Mittwoch, 1. Februar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 27 - 5.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 130,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

Wörner bleibt im Amt. Kießling soll rehabilitiert werden

Der Kanzler besteht aber auf einem Revirement im Verteidigungsressort

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich für einen Verbleib von Manfred Wörner im Amt des Bundesverteidigungsministers entschieden. Dieser Entschluß des Kanzlers ist gestern nach intensiven Gesprächen mit den Vorsitzenden der Koalitionsparteien CSU und FDP, Franz Josef Strauß und Hans-Dietrich Genscher, gefallen. Kohl will die Gründe für seine Haltung heute vor dem Bundeskabinett darlegen und anschließend vor die Presse gehen. Der Kanzler verbindet seine Unterstützung für Wörner allerdings mit „Auflagen".

Nach Informationen der WELT fordert Kohl ein umfassendes personelles und organisatorisches Revirement auf der Hardthöhe, das Verteidigungsministerium solle dadurch „regierbar" gemacht werden. Außerdem strebt der Kanzler eine „saubere" *Rehabilitierung des im Dezember* 1983 in den einstweiligen Ruhestand versetzten Vier-Sterne-Generals Kießling an, der homosexueller Neigungen bezichtigt worden war. Wegen angeblicher Aufenthalte in Kölner Homo-Lokalen war der General als „Sicherheitsrisiko" bezeichnet worden.

Nach Beratungen auch mit Kanzleramtschef Schreckenberger ist Kohl zu der Auffassung gelangt, daß dieser Vorwurf gegen Kießling „zumindest nachweisbar" nicht aufrechtzuerhalten ist. Der Bundeskanzler hat bereits am Montag Bundespräsident Karl Carstens aufgesucht, um dessen Meinung zu einer Rehabilitierung Kießlings zu hören. In Regierungskreisen in Bonn hieß es gestern, das Staatsoberhaupt werde sich einem solchen Schritt nicht widersetzen, Carstens halte ihn aufgrund „der gegebenen Umstände" im Interesse Kießlings sogar für erforderlich. Offensichtlich ist daran gedacht, Kießling „urkundenmäßig" wieder einzustellen, aber auf dem Wege eines Arrangements mit ihm soll gewährleistet werden, daß er keinen Dienst mehr tut. Am 31. März 1984 soll Kießling dann – wie zunächst einvernehmlich zwischen ihm und Minister Wörner vorgesehen war – in den Ruhestand treten. Bei diesen Überlegungen geht man im Bundes*kanzleramt davon aus, daß* sich der General mit einer „einfachen Ehrenerklärung" nicht zufriedengeben wird. Auch ein Großer Zapfenstreich soll für ihn, wenn Kießling dies wünschen sollte, gegeben werden.

SEITE 3:
Kanzler will Minister behalten
SEITE 4:
Die Probleme der Soldaten

Mit Spannung wurde gestern das einstündige Treffen zwischen dem Bundeskanzler und dem CSU-Vorsitzenden Strauß im Bonner Bundeshaus begleitet. Die CSU, so war danach zu hören, will keine „Gefährdung" der von Kohl beschlossenen Linie. Strauß habe nicht den Rücktritt von Wörner verlangt und auch keine eigenen Ansprüche gestellt. Er wolle nicht als derjenige dastehen, der die Entlassung des Ministers fordere, hieß es. Ein solches Begehren müßte als ein „Ausstieg aus der Solidarität der Koalition" empfunden werden. Allerdings ist der CSU daran gelegen, diese Entscheidung als die des Kanzlers darzustellen. Er habe dafür die Kompetenz, aber auch die Verantwortung. Zugleich legt die CSU offenkundig Wert darauf, deutlich zu machen, daß nicht sie es gewesen sei, die aufgefordert habe, die Affäre „durchzustehen".

Im Bundeskanzleramt war man sich gestern bewußt, daß die Entscheidung Kohls, Wörner zu halten, in der Öffentlichkeit auf erhebliche Kritik stoßen wird. Kohl, so hieß es, habe vor der Entscheidung gestanden, „ob man einen jungen und tüchtigen Minister hält oder ihn beim ersten Ansturm fallenläßt". In der Sache habe Wörner gewiß „nicht viel Fortune" gehabt, aber wenn der Kanzler bei jeder Krise den betreffenden Minister verabschiede, dann laufe er Gefahr, „bald alleine zu sein". Außerdem müsse man berücksichtigen, daß Wörner in juristischen Angelegenheiten nicht besonders erfahren sei. Im Bundeskanzleramt ist man inzwischen der Meinung, es sei richtig gewesen, daß der Chef des Amtes, Staatssekretär Schreckenberger, zeitweise an der Begegnung mit Zeugen aus der Homo-Szene teilgenommen habe. Für Wörner seien diese „lebenswichtig" gewesen und deshalb habe ihm möglicherweise auch die nötige Skepsis gegenüber deren Glaubwürdigkeit gefehlt. Hier habe Schreckenberger als „Korrektiv" gewirkt und die Schwäche in der Glaubwürdigkeit dieser Personen erkannt.

DER KOMMENTAR

Abgeblockt

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Ein Bundeskanzler muß allemal für eine souveräne Entscheidung gut sein, und Kohl scheint entschlossen, dafür ein überraschendes Beispiel zu geben. Wenn nicht alle Bonner Anzeichen trügen, so wird er Verteidigungsminister Wörner im Amte halten. Das geht nur, wenn General Kießling in Beruf, Ansehen und Ehre rehabilitiert wird. Die große Reform, die nach Ansicht von Strauß das Kabinett zu treffen hätte, soll auf die Hardthöhe verlagert werden, wo Ministerium und MAD eine strukturelle und personelle Neuordnung zu gewärtigen haben.

Der Kanzler wird gefragt werden, wie souverän er bei dieser Entscheidung in Wirklichkeit sei. Hat er zu befürchten, daß er mit der ihm vielfach angeratenen Entlassung Wörners eine Lawine losträte, die in donnernder Talfahrt seine Koalition unter sich begraben könnte?

Mit seinem Ruf nach der großen Kabinettsreform hat Strauß sich zum Wortführer einer Stimmung gemacht, die auch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion um sich greift, und deren Credo lautet, daß der Kanzler nicht bei einer Verabschiedung Wörners stehenbleiben dürfe, sondern bei dieser Gelegenheit das Kabinett von allem personellen Ballast befreien müsse, damit die Regierung endlich frei werde, sich auf jenen Feldern auszuzeichnen, auf denen sie angetreten sei. Gemeint ist die Wirtschafts- und Finanzpolitik. In jedem Fall hieße das, auch im Fall Lambsdorff durchzugreifen. Aber hier hat sich der Kanzler selbst die Hände gebunden, als er das weitere Schicksal seines Wirtschaftsministers davon abhängig machte, ob das Bonner Landgericht das Hauptverfahren in der Spenden-Affäre eröffnet oder nicht. Wollte er die große Kabinettsumbildung durchsetzen, so würde ihn die FDP beim Wort nehmen. Die Koalitionsfrage wäre sehr wahrscheinlich gestellt.

Kohl scheint der Weisheit letzten Schluß darin zu erkennen, eine Entwicklung abzublocken, die seine Regierungsmacht unmittelbar gefährden könnte. Darum hält er an Wörner fest. Er wird wissen, daß es fortan nicht mehr einen Fall Kießling und auch nicht einen Fall Wörner gäbe, sondern daß er sich die Affäre selbst auf die Schulter lüde. Er mag seine Schuhnummer für groß genug halten, um das durchzustehen. Festen Stand wird er in der Tat brauchen.

POLITIK

Entscheidung: Bundeskanzler Kohl strebt an, daß noch in dieser Woche ein Schlußstrich unter die Affäre Kießling gezogen wird. Er will Verteidigungsminister Wörner halten, verbindet eine solche Entscheidung aber mit der Forderung, daß der entlassene General „sauber" rehabilitiert wird. (S.1 und 3)

Heuss-Ehrung: In einer Feierstunde zum 100. Geburtstag erklärt Bundespräsident Carstens, Heuss habe alles daran gesetzt, nach der Nazi-Herrschaft „den Namen des deutschen Volkes wieder zu reinigen". (S. 12)

Güde: Der frühere Generalbundesanwalt (von 1957 bis 1961) ist 82jährig gestorben.

Waffenstillstand: Südafrika habe eine einseitige Feuerpause in Namibia beschlossen, teilt Premier Botha mit.

Unzufriedenheit: 65 Prozent der Franzosen wollen eine Regierungsumbildung, stellt „Le Quotidien" in einer Meinungsumfrage fest.

Geheimdienst-Streik: In schweren internationalen Krisen sei das Geheimdienstzentrum Cheltenham mehrfach bestreikt worden, erklärt Außenminister Howe zur Begründung des Verbots jeglicher Gewerkschafts-Mitgliedschaft für die 7000 dort Beschäftigten.

Abrüstung: Die USA seien zur Zusammenlegung der Verhandlungen über die Reduzierung strategischer Waffen (START) und über Mittelstreckensysteme (INF) bereit, falls die Sowjetunion diesen Vorschlag machen sollte, erklärt START-Unterhändler Rowny nach einer Unterredung mit Präsident Reagan. (S. 1)

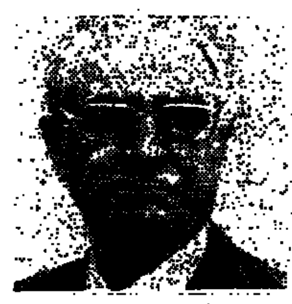
Gegenleistung: Der sowjetische Außenminister Gromyko hat in Rumänien offenbar verstärkte Wirtschaftshilfe als Gegenleistung für engere außenpolitische Zusammenarbeit angeboten.

Trudeau: Für „konkrete Maßnahmen zur Einstellung des Wettrüstens" hätten sich der kanadische Ministerpräsident und SED-Chef Honecker ausgesprochen, meldet die amtliche Agentur ADN. Trudeau ist der erste NATO-Regierungschef, der die „DDR" besucht.

Terrorbekämpfung: Der spanische Ministerpräsident Gonzalez fordert die europäischen Regierungen zu gemeinsamer Bekämpfung des Terrors auf. (S. 5)

Heute: Bundeskabinett befaßt sich in einer Sondersitzung im Bundesverteidgungsministerium mit der „Internen Lage" der Bundeswehr. – Der Prozeß gegen die RAF-Terroristen Klar und Mohnhaupt beginnt in Stuttgart-Stammheim.

ZITAT DES TAGES



»Wie sollen wir junge Handwerker dazu motivieren, sich selbständig zu machen und Arbeitsplätze zu schaffen, wenn sie dafür eine 60-Stunden-Woche in Kauf nehmen in einer Umgebung, die auf 35 Stunden eingerichtet ist?«

Der nordrhein-westfälische Handwerkspräsident Georg Schulhoff FOTO: DIE WELT

WIRTSCHAFT

EG-Fangquoten: Erstmals in der Geschichte der Europäischen Gemeinschaft haben sich die Fach-Minister bereits zum Jahresanfang auf die Verteilung der Fischfangquoten geeinigt.

Steuerreform: Der Bundesverband der Deutschen Industrie rät der Bonner Regierung, mit der Reform der Einkommensteuer so lange zu warten, bis sich der wirtschaftliche Erholungsprozeß stabilisiert habe. (S. 13)

Hanomag: Für den Baumaschinenhersteller wurde der Anschlußkonkurs beantragt. (S. 13)

Kapitalmarkt: Die neue Bundesanleihe von zwei Milliarden DM bringt 8,25 Prozent. Sie wird vom 2. bis 6. Februar angeboten.

Arbeitslose: Die Zahl der Beschäftigungslosen (Dez.: 2 348 986) hat sich im Januar deutlich erhöht, hieß es in Nürnberg.

Börse: Gewinnmitnahmen prägten das Geschehen an den Aktienmärkten. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT- Aktienindex 157,6 (157,9). Dollarmittelkurs 2,8139 (2,8141) Mark. Goldpreis pro Feinunze 373,75 (369,85) Dollar.

KULTUR

Schaper gestorben: Der Schriftsteller, dessen von tiefer Religiosität geprägtes, international bekanntes Werk rund 40 Romane, Erzählungen, Dramen und Hörspiele umfaßt, ist am Sonntag in einem Krankenhaus in Bern im Alter von 75 Jahren gestorben.

Ring: Die australische Oper in Sydney verwirklicht mit deutscher Hilfe ihr ehrgeizigstes Projekt – eine eigene Inszenierung von Wagners „Ring"-Zyklus. Das geschlossene Werk ist auf den Antipoden zum letzten Mal vor 70 Jahren aufgeführt worden. (S. 19)

SPORT

Fußball: In Wiederholungsspielen im Achtelfinale des DFB-Pokals schlug Bayern München Uerdingen mit 1:0 (0:0). Stuttgart siegte in Hamburg 4:3 (2:2) n. V. und Bremen schlug Aachen 1:0 (0:0) nach Verlängerung.

Warnung: Hans Kindermann, Chefankläger des DFB, will künftig gegen Fußball-Sünder und Spielervermittler härter vorgehen. Die Vermittlung von Spielern verstoße gegen das Arbeitsförderungsgesetz.

AUS ALLER WELT

Statuen: Italien hat es endgültig abgelehnt, die Bronzestatuen von Riace als Leihgabe zu den Olympischen Sommerspielen nach Los Angeles zu schicken. Die beiden monumentalen griechischen Kriegerstatuen wären durch den Transport in die USA zu sehr gefährdet, befand die Denkmalskommission in Rom.

Südafrika: Während nach dreijähriger Dürre am Kap der Guten Hoffnung Buschfeuer wüten, erlebt der Osten Südafrikas die schwersten Überflutungen seit 1939. (S. 20)

Wetter: Unbeständig und mild. Schneefall nur in Höhenlagen über 500 Meter.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Zuversicht über US-Initiative für Genf

Rownys Erklärung in Bonn begrüßt / Durchbruch über „Tauschhandel" angestrebt

kie./DW. Washington/Bonn

In Washington und Bonn herrscht vorsichtige Zuversicht, daß die abgebrochenen Genfer Raketen-Verhandlungen bald wiederaufgenommen werden können. Die am Montagabend in einer Stellungnahme des amerikanischen Chefdelegierten bei den Verhandlungen über einen Abbau der strategischen Rüstung (START), Edward Rowny, deutlich gewordene flexible Haltung der USA *wurde gestern in* Bonn *mit* Genugtuung begrüßt. Die USA hatten sich bereit erklärt, den Vorschlag einer Zusammenlegung der bisher getrennt geführten START-Verhandlungen und der Gespräche über nukleare Mittelstreckenwaffen (INF) zu erwägen.

Der Auftritt Rownys im Weißen Haus war offensichtlich darauf angelegt, die fortdauernde Beweglichkeit in der US-Verhandlungsposition in Genf unter Beweis zu stellen. Dazu gehörte auch der Hinweis Rownys, daß die Administration die Idee einer Zusammenlegung der Verhandlungen „prüfen würde, wenn die Sowjets sie ihrerseits auf den Tisch legten". Washington sei aber immer noch nicht sehr begeistert von einer solchen Verschmelzung, fügte der frühere General hinzu.

Nach Ansicht gut unterrichteter Kreise in Bonn könnte Moskau in einer solchen neuen Kombination der Abrüstungsverhandlungen seine *Position wahren, da es sich dann* nicht um eine von den Sowjets erbittert abgelehnte Wiederaufnahme der alten Mittelstreckenverhandlungen handeln würde.

Edward Rowny hatte nach einer Unterredung mit US-Präsident Ronald Reagan erklärt, die USA seien jetzt in der Lage, bei einer Rückkehr an den Verhandlungstisch auf der Basis eines „Tauschhandels" zwischen den USA und der UdSSR einen „Durchbruch" zu erzielen. „Wir glauben, unsere Vorteile bei Bombern und Marschflugkörpern könnten in einem Tausch gegen die Vorteile der Sowjetunion bei Interkontinentalraketen ausgeglichen werden", erläuterte Rowny das mögliche „Gegengeschäft".

Rowny sagte, er sei schon im Oktober vergangenen Jahres von Präsident Reagan ermächtigt worden, den Sowjets einen „derartigen Handel" vorzuschlagen als Kompensation für die tiefen Einschnitte, die der ur*sprüngliche* US-Vorschlag *den sowjetischen* Arsenalen zufügen würde.

Die Amerikaner hatten zunächst vorgeschlagen, in einem ersten Anlauf die Zahl der Sprengköpfe auf 5000 zu begrenzen und danach weitere Untergrenzen auszuhandeln.

Die Sowjets widersetzen sich diesem Vorschlag mit dem Argument, Washington ziele auf eine Umstrukturierung ihres landgestützten Arsenals ab, zugunsten der amerikanischen Rüstung, die stark auf die Dis-

● Fortsetzung Seite 12

Agrarstreit: USA drohen EG mit Gegenmaßnahmen

dpa/DW. Washington

Die US-Regierung hat ihre Botschafter in den Hauptstädten der Europäischen Gemeinschaft und dem EG-Sitz in Brüssel angewiesen, gegen Importrestriktionen für Viehfutter aus den USA zu protestieren. Das US-Außenministerium erklärte in Washington, sollten die Europäer die Beschränkungen einführen, werde das „zu Handelsrestriktionen zum Nachteil für die EG und die USA führen".

Bereits Anfang Dezember hatten die USA nach gescheiterten Handelsgesprächen mit der EG in Brüssel mit Gegenmaßnahmen gedroht, falls die EG amerikanische Agrarausfuhren in die Gemeinschaft behindert. Nach Gesprächen mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Gaston Thorn, hatte US-Außenminister George Shultz gesagt: „Löst eure Probleme, aber tut es nicht in einer Art und Weise, die zu Lasten der USA geht." Washington wehrt sich gegen EG-Pläne für eine Fettsteuer, die auf Kosten der Sojabohnenexporte gehen würde, und Lieferbeschränkungen für Getreidesubstitute. Als alarmierend empfinden die Amerikaner dabei, daß ihre Ausfuhren in die EG 1983 rückläufig waren, ihre Einfuhren aber um 13 Prozent höher als im Vorjahr lagen.

Optimistisch äußerte sich gestern dagegen Japans *Außenminister* Abe in Washington über eine mögliche Einigung in der Agrarfrage mit den USA. Sowohl Japan als auch die USA müßten sich bei ihren bilateralen Handelsproblemen konzessionsbereit zeigen, sagte Abe nach einem Gespräch mit Präsident Reagan.

Karmal entläßt 40 Politiker und Offiziere

AP/DW. Neu-Delhi

Die bekanntgewordenen Umbesetzungen in der Militär- und Regierungsspitze Afghanistans sind offenbar doch umfangreicher als zunächst angenommen. S. M. Maiwand, ein Exil-Sprecher des afghanischen Widerstandes, berichtete in Neu-Delhi unter Berufung auf eine amtliche Quelle in Kabul, insgesamt seien fast 40 Politi*ker und Offiziere abgesetzt worden.*

Zu den entlassenen Politikern sollen der Sekretär des Zentralkomitees der regierenden „Demokratischen Volkspartei", Nur Ahmad Nur, und Innenminister Mohammed Gulabsoi gehören. Ihnen habe Staatspräsident Babrak Karmal in einer sechsstündigen Ansprache vor der Partei- und Militärführung am 8. Januar vorgeworfen, eine Nebenregierung gebildet zu haben. Außerdem seien Vize-Außenminister Sachi Danischdscho und der Armeestabschef Baba Dschan entlassen worden. In seiner Rede klagte Karmal vor allem über die mangelhafte Leistung der Armee.

Wie Reisende in der indischen Hauptstadt berichteten, ist das Filmproduktionszentrum in Kabul am Wochenende durch einen Sprengstoffanschlag zerstört worden. Unter den Trümmern des dreistöckigen Gebäudes seien zahlreiche Menschen begraben worden. Zuvor hatte es Berichte über ein Komplott von Funktionären der Regierungspartei zur Ermordung Karmals gegeben. Geplant war ein Anschlag auf das Flugzeug, mit dem Karmal am 9. Januar nach Moskau fliegen wollte.

Gromyko lockt Ceausescu mit mehr Öl

Für engere außenpolitische Kooperation bietet der Kreml verstärkte Wirtschaftshilfe an

DW./rtr. Bukarest

Die Sowjetunion strebt eine engere Zusammenarbeit mit ihrem oft eigenwilligen Verbündeten Rumänien an und offeriert als Gegenleistung verstärkte Wirtschaftshilfe.

Wie aus sowjetischen Kreisen in Bukarest verlautete, ging es bei einem vierstündigen Gespräch, das der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko in der rumänischen Hauptstadt mit Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu führte, vor allem um diese Problematik. Inoffiziell war von der Bereitschaft Moskaus die Rede, Rumänien in diesem Jahr durch Lieferung von 1,5 Millionen Tonnen Erdöl zu möglichst günstigen Bedingungen aus seiner akuten Energiekrise herauszuhelfen.

Rumänien hat vor allem in Fragen der internationalen Sicherheitspolitik oft abweichende Ansichten vertreten und geäußert. So stimmt Ceausescu erklärtermaßen nicht mit der sowjetischen Linie überein, daß der gegenwärtige atomare Rüstungswettlauf allein den USA anzulasten sei, sondern möchte die Verantwortung sowohl dem Westen als auch dem Osten zuweisen. Die übrigen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes haben sich dagegen dem sowjetischen Standpunkt angeschlossen. Westliche Diplomaten in Bukarest äußerten die Ansicht, Gromyko wolle versuchen, diese sowjetisch-rumänischen Differenzen bei seinem Besuch in Bukarest auszugleichen und die Standpunkte wieder anzunähern.

Nach der bestehenden Planung hat Rumänien für seine wirtschaftliche Zukunft bis 1990 auf Selbstversorgung im Energiebereich gesetzt, ist nach Einschätzung westlicher Experten aber von diesem Ziel noch weit entfernt. Die rumänische Bevölkerung wurde angewiesen, den privaten Stromverbrauch durch Sparsamkeit um die Hälfte zu reduzieren.

Bislang kritisierte Rumänien, wie aus dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) verlautete, die Bedingungen für seine Agrarexporte in die Sowjetunion wie auch die Zahlungsbedingungen für sowjetische Öllieferungen. Angeblich will Moskau für die nun geplanten zusätzlichen Öllieferungen Zahlungen in rumänischer Währung zu einem günstigen internen RGW-Umrechnungskurs für den sowjetischen Rubel sowie rumänische Gegenlieferungen in Landesprodukten akzeptieren. Die Wirtschaftsverhandlungen mit der rumänischen Regierung führt der sowjetische Vizepremier Nikolai Talysin, der zur Begleitung Gromykos gehört.

Primas Glemp ermahnt die Priester

Kritik an „politischen Predigten" / Was wird aus Walesas Beichtvater?

DW./AFP, Warschau

Der Primas der katholischen Kirche Polens, Jozef Kardinal Glemp, hat mehrere Geistliche persönlich zu politischer Zurückhaltung aufgefordert. Er führte mit Priestern, die von der Warschauer Führung beschuldigt werden, ihr Amt zu politischen Zwecken zu mißbrauchen, ausführliche Gespräche. Unter den zum Primas zitierten Geistlichen ist auch Hendryk Jankowski – Beichtvater Lech Walesas –, der nach der Unterredung mit dem Kardinal am Freitag vergangener Woche nicht zu seiner Gemeinde zurückgekehrt ist. Geheimnisvoll hieß es in Warschau, Jankowski habe einige Tage Urlaub genommen.

Zu den Gesprächspartnern Glemps gehörten neben Jankowski auch der für sein Engagement auf seiten der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" bekannte Mieczyslaw Nowak aus dem Warschauer Arbeitervorort Ursus. Die Predigten von Nowak, Jankowski und anderen regimekritischen Geistlichen werden auf Kassetten vervielfältigt und verteilt.

Den Vorladungen Glemps waren, wie es in informierten Kreisen hieß, Beschwerden der polnischen Staatsführung vorausgegangen. So soll der Erzbischof von Danzig vom zuständigen Minister schriftlich auf den Fall Jankowski aufmerksam gemacht worden sein. Wie weiter bekannt wurde, bemängelte der Primas das Engagement dieser Priester insbesondere in ihren Predigten.

Glemp sprach von einer Notwendigkeit, die Reibungen zwischen Staat und Kirche so gering wie möglich zu halten. Außerdem schlug er den betroffenen Geistlichen ihre Versetzung vor.

Politische Beobachter berichteten, diese Haltung Glemps und die Beschwerden der Staatsführung zeigten bereits Folgen. So hielt sich der für seine regimekritischen Predigten bekannte Jerzy Popieluszko am vergangenen Sonntag in der Warschauer Stanislaw-Kirche merklich mit seiner Kritik zurück.

In Kreisen der Opposition wird das Verhalten Glemps immer schärfer verurteilt. Verschiedentlich wird dem Primas „Kollaboration mit dem Regime" vorgeworfen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sauerstoff für Genf

Von Heinz Barth

Nur einen Spalt breit hat sich die Tür für die Wiederaufnahme der Genfer Kernwaffen-Gespräche zwischen Amerika und der Sowjetunion geöffnet. Fast gleichzeitig mit der Ankündigung seiner Kandidatur für eine zweite Präsidentschaft gab Ronald Reagan seinem Chefunterhändler bei den unterbrochenen START-Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Interkontinentalwaffen grünes Licht, den Russen neue Kontaktbereitschaft zu signalisieren.

Was die in Genf abgebrochenen Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen in Europa betrifft, scheiterten alle Anknüpfungsversuche an der strikten Weigerung des Kreml, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, solange die seit Spätherbst installierten Pershing-2-Raketen nicht aus Europa verschwunden sind. Es stand von vornherein fest, daß die Sowjets von dieser starren Haltung nie abgehen würden, bevor ihnen kein Weg gezeigt wird, der ihnen Gesichtsverluste erspart. Aufgeschlossenheit für eine solche Schontherapie war im Kreml schon relativ früh nach dem Genfer Eklat zu ertasten.

Nun scheint es soweit zu sein. Wie Amerikas Chefunterhändler bei den START-Verhandlungen, Edward Rowney, nach Rücksprache mit dem Präsident mitteilte, sind die USA bereit, den Abbau strategischer Waffen zu einem diplomatischen Bündel zu schnüren, dem später „andere Themen" (die Mittelstreckenraketen) beigepackt werden können. Auf diesem Umweg kämen die Sowjets von dem starren Nein herunter, auf das sie sich zunächst festgelegt hatten.

Offensichtlich treffen sich hier die Interessen des Präsidenten mit denen des Kreml. Ronald Reagan ist daran gelegen, sich seinen Wählern und den europäischen Verbündeten als Pragmatiker einer flexiblen Friedenspolitik vorzustellen. Die Sowjets haben ein dringliches Interesse daran, nach der Niederlage, die sie im lauen Herbst mit ihren westlichen Propaganda-Kolonnen erlitten, den Genfer Dialog nicht für immer einschlafen zu lassen. Nicht nur dem Dialog, auch den Friedensmarschierern ist in den letzten Monaten die Luft ausgegangen. Neue Verhandlungen, das weiß Moskau, sind so unentbehrlich wie Sauerstoff, um auf den Straßen Europas die Heersäulen der Leichtgläubigen frisch zu beatmen.

Husseins Dementi

Von Jürgen Liminski

In Amman gehören nicht geglaubte Dementis schon lange zum Handwerkszeug der Politiker. Ihr Wahrheitsgehalt muß von Fall zu Fall an der jeweiligen Situation der Dementierenden gemessen werden. So auch die öffentliche Bekundung König Husseins, von einer 8000 Mann starken jordanischen Eingreiftruppe, die mit 220 Millionen amerikanischen Dollar aufgebaut werden solle, wisse er nichts. Noch weniger will er wissen von dem Aktionsradius dieser Truppe, der auf 2400 Kilometer angelegt ist.

Das ist keine kurze Elle. Eine solche Truppe reichte bis tief nach Libyen hinein, bis an die iranischen Ufer des Kaspischen Meeres und an die Straße von Hormuz. Nach Syrien ist es nur ein Katzensprung.

Ein Monarch mit dieser Truppe schafft vielleicht ein Mehr an strategischer Sicherheit für Länder, die an einer ungehinderten Ölversorgung interessiert sind, oder an Abschreckung für Länder, die gern und oft mit der Apokalypse prahlen. Sich selbst jedoch baut der König mit dieser Truppe zum Feindbild aller radikalen Araberstaaten und Terrorgruppen auf. Daran ist Hussein nicht gelegen. Gegen den König sind, so ist aus zuverlässigen Quellen zu vernehmen, neue Mordpläne ausgeheckt worden, auf deren Vollstreckung Revolutionäre und Macchiavellisten in Nahost warten.

Eine jordanische Truppe amerikanischer Machart könnte außerdem Ansehen und Umgang des Königs in der diplomatischen Welt der Araber belasten. Arabische Führer verlassen sich nur auf sich und erst dann auf den Verbündeten, wenn die Not keinen anderen Ausweg mehr läßt. Wer sich zu einem Bündnis bekennt, wird schnell als Wasserträger eingestuft.

Das muß nicht heißen, daß Hussein keine jordanische Eingreiftruppe mit US-Logistik wünscht. Er wünscht sie nur nicht öffentlich. Im Ernstfall sieht das anders aus, sowohl im persönlichen als auch im strategischen. Beide Varianten zu verhindern und zu überleben, das ist die immerwährende Sorge des dementierenden Königs. Das weiß man auch in Washington und deshalb wird das königliche Dementi wohl auch richtig eingeordnet werden.

Elitäres

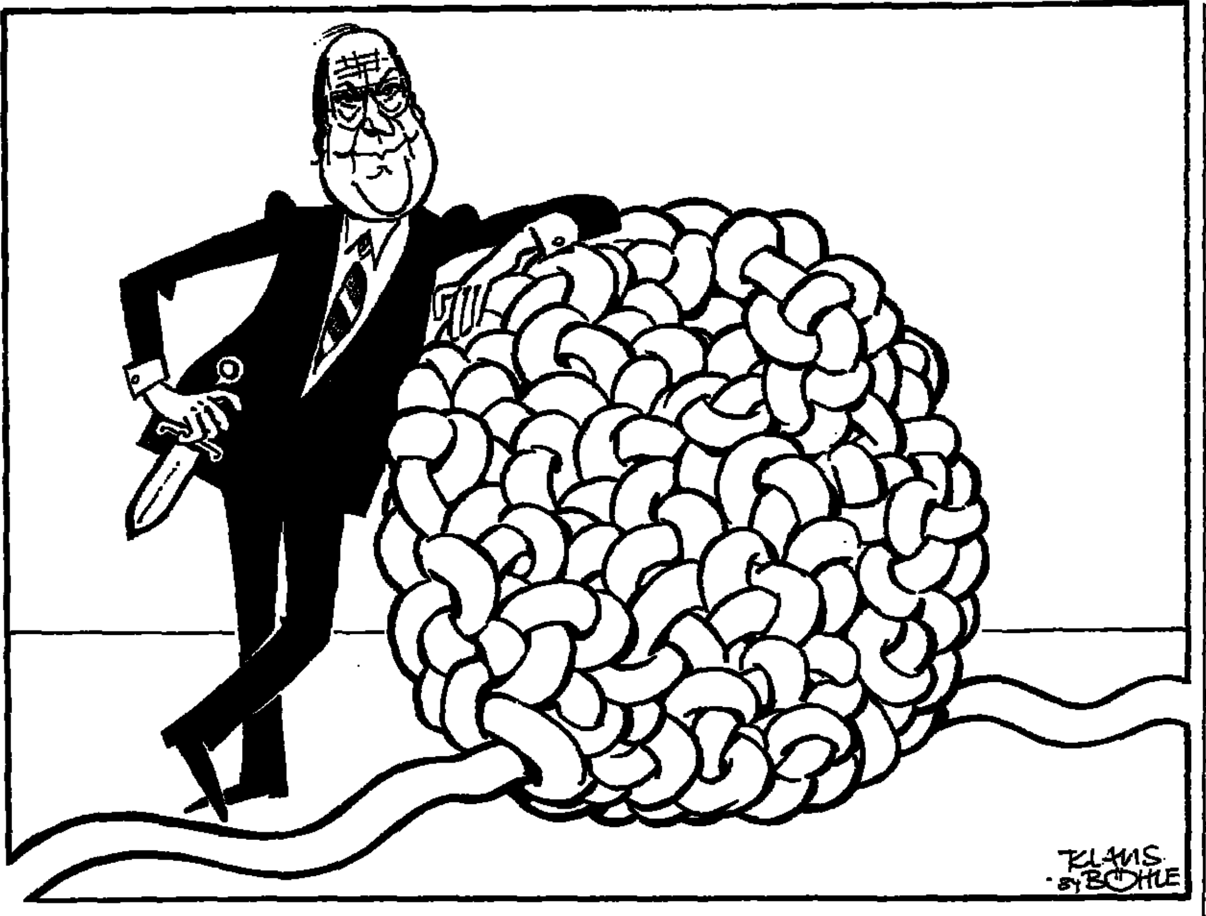
Von Peter Philipps

Elite bekommt wieder Konjunktur. Notfalls auch nur als Pappkamerad, auf den sich mit Worthülsen trefflich dreinschlagen läßt. Für einen Teil der politischen Linken ist das Wort Elite gleichbedeutend mit dem Ruf nach Klassenkampf von oben; sie sieht schon das alte preußische Dreiklassen-Wahlrecht wieder um die Ecke schielen. Als ideologischer Kontrapunkt wird dann die Forderung nach Offenhalten der Schulen und Hochschulen der Elite-Forderung gegenübergestellt. Das Schlachtfeld scheint bereitet.

Freilich: Eine breitangelegte Förderung vieler auf ein möglichst hohes Bildungsniveau hin und die Heranbildung von Leistungseliten schließen einander eben nicht aus, sondern müssen sich ergänzen. In einer komplexer werdenden Welt braucht unser Land eine geistige Spitze und ein möglichst hohes Bildungs- und Ausbildungsniveau der Basis gleichermaßen. Nach dem Motto: Jeder soll seine Chance zum Abitur haben, aber keiner ein Anspruch darauf.

Der Deutsche Philologenverband hat jetzt mit einem Memorandum in die Elite-Diskussion eingegriffen. Sie haben die Pappkameraden in die Ecke gestellt und ein paar Grundweisheiten ins Gedächtnis zurückgerufen. Zum Beispiel, daß jeder junge Mensch einen Anspruch darauf habe, „daß seine Anlagen als Ausgangspunkt genommen werden und daß seine Umwelt so gestaltet wird, daß er seine Anlagen ungehindert entfalten und entwickeln kann".

Daraus folgert konsequent: Chancengleichheit heißt eben auch, daß Hochbegabte Anspruch auf optimale Förderung haben. Hier ist unter dem Schwindeletikett von Demokratie und Chancengleichheit in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten viel versäumt und kaputtgemacht worden. Eine curriculare Reformitis, die Inflationierung von Schulversuchen haben gerade an den Gymnasien gewchsene Strukturen zerstört. Unsere Konkurrenten in den USA und in Japan wie im realexistierenden Sozialismus haben die Zeit genutzt. Wir können uns keine Pappkameraden-Schlachten mehr leisten.



„Na und . . . ?" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Rechte bedeuten Pflichten

Von Heinz-Dietrich Ortlieb

„Ordnung ohne Herrschaft" war die große Hoffnung aller Bewegungen, welche Freiheit und Gleichheit aller Menschen zum Ziele hatten. Auch wenn dies inzwischen als Utopie erkannt ist, der die Existenzbedingungen unserer großorganisierten Gesellschaft besonders entgegenstehen, kann diese Idee so weit Leitbild bleiben, wie die Selbstkontrolle der Menschen, ihre Beteiligung an der Gestaltung der eigenen Lebens- und Arbeitsverhältnisse aktiviert und ihre Befähigung zur sozialen Zusammenarbeit und Einordnung verbessert wird, wo und wie es nur irgend geht.

In dieser Hinsicht muß jedem, dem Freiheitsrechte am Herzen liegen, das Mitbestimmungsrecht als das vielleicht bedeutungsvollste Experiment unseres Jahrhunderts erscheinen. Eine andere Frage ist allerdings, unter welchen Voraussetzungen ein solches Experiment funktionieren kann, ohne für alle existenzgefährdend zu werden, und ob diese Voraussetzungen gerade in unserer Zeit in ausreichendem Maße gegeben sind. Denn mandarf nicht verkennen, daß der utopisch emotionalisierende Gehalt dieser Idee ein doppeltes Gesicht trägt: Als Ansporn fördert er die Möglichkeit des Gelingens; soweit er illusionärer Natur ist, kann er zum bloßen Vorwand für die Herrschaftsansprüche seiner Verfechter werden, welche verführerischerweise Rechte ohne Pflichten zugestehen und damit das Gemeinwohl vor die Hunde gehen lassen.

Nun ist bei uns für die Mitbestimmung die Gefahr des Scheiterns dadurch besonders groß geworden, daß unsere gesellschaftlichen Zustände zunehmend an das Märchen vom Fischer und seiner Frau erinnern. Bei uns verhalten sich die gesellschaftlichen Gruppen wie die Frau im Märchen. Sie wollen immer mehr und schließlich etwas, was alles bereits Erreichte wieder in Frage stellt. Und unsere politische und wirtschaftliche Führung verhält sich überwiegend wie der Fischer, der allen Forderungen doch schließlich nachgibt, um Ruhe im Hause zu haben und Anerkennung zu gewinnen.

Bei einer solchen Haltung wächst die Gefahr, daß die Mitbestimmung nicht als Mitverantwortung aufgefaßt, sondern nur noch als Recht verstanden wird, in zunehmendem Umfang Ansprüche mit Bequemlichkeit zu verbinden.

Im übrigen ist es gerade die Eigentümlichkeit unserer arbeitsteiligen Gesellschaft, daß wir von unseren Fehlhandlungen nicht mehr in erster Linie selbst betroffen werden. Die Folgen tragen überwiegend andere. Jeder bekommt den Freiheitsmißbrauch der anderen – wozu jede Art von Schmarotzertum zu rechnen ist – mehr oder weniger mittelbar zu spüren und kann meist selbst wenig dagegen unternehmen. Deshalb lebt eine arbeitsteilige Gesellschaft davon, daß die Grenzmoral der Schmarotzer für diese selbst Nachteile zur Folge hat und nicht ständig noch prämiert wird. Andernfalls wird die Grenzmoral vorherrschend und leitet einen Zerfall der Gesellschaft ein.

Aus diesem Grunde kommt keine Gruppe und keine Einrichtung, soweit sie gesellschaftliche Funktionen zu erfüllen haben, ohne eine gewisse Kontrolle von oben oder von außen aus. Sie wird jedoch von vornherein durch das Wort „Fremdbestimmung" diffamiert.

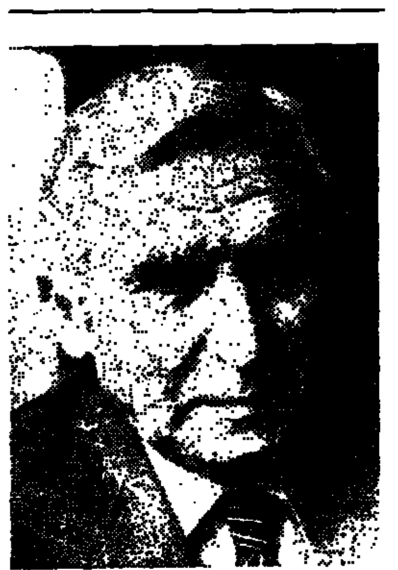
Nun ist unter privat- und marktwirtschaftlichen Verhältnissen so etwas wie Fremdkontrolle durchaus vorhanden, die einen gewissen Zwang zur Mitverantwortung für alle mit sich bringt. Denn eine private Unternehmung, die ihre gesellschaftlichen Produktions- und Leistungsfunktionen nicht erfüllt, geht früher oder später zugrunde, und ihre Belegschaft wird arbeitslos, anders als etwa Behörden, Schulen oder auch kommunale Betriebe, wenn diese zum Nulltarif tendieren.

Die Mitbestimmung muß unvermeidlich mit dem Gemeinwohl in Konflikt geraten, wenn der Staat laufend für Defizite in öffentlichen Unternehmungen aufkommt oder wenn, wie in Behörden, bei geringerer Leistung überhaupt keine Defizite erkennbar werden. Dann hat nämlich die Leitung keinen zwingenden Grund mehr, einem kostensteigernden oder leistungsmindernden Mißbrauch der Mitbestimmung den notwendigen Widerstand entgegenzusetzen, sofern sie unter der Wirkung des Zeitgeistes überhaupt noch die dafür erforderliche Entscheidungsfähigkeit besitzt.

Daß bis in die 60er Jahre von der Mitbestimmung noch keine Gefährdung unseres Wohlstandes ausging, lag daran, daß die Mitbestimmungsinstanzen zunächst weder durch übertriebenen Gruppenegoismus der Belegschaften noch durch linke Ideologen irritiert wurden. Doch hat sich auch eine sachgerechte Anteilnahme der Arbeitnehmerschaft am inner- und überbetrieblichen Wirtschaftsgeschehen damals nicht erkennen lassen. Bis in die jüngste Vergangenheit zeigte man bei Meinungsbefragungen mehr Interesse an Beschäftigung, Löhnen und stabilen Preisen als an Mitbestimmung. Immerhin war aber die Leistungsgesellschaft als Leitbild unbestritten und dementsprechend Leistungsbereitschaft etwas Selbstverständliches.

Das änderte sich bekanntlich Ende der 60er Jahre mit dem Aufbruch unserer anarchistischen Bewußtseinsbildner. Durch sie wurde Auslese nach Leistung etwas Zweifelhaftes, Verteilung wichtiger als Produktion und Freiheit zum Recht auf Bequemlichkeit umfunktioniert. Das mußte die Leistungsmoral ruinieren, deren weiterer Abbau dem Mißbrauch der Mitbestimmung Tor und Tür öffnet. Daraus folgt: Solange bei uns Leistung nicht wieder zu etwas Selbstverständlichem geworden ist, kann vor mehr Mitbestimmung und mehr Verstaatlichung nur gewarnt werden.

GAST-KOMMENTAR



Keine Ordnung ohne Herrschaft: Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, emeritierter Ordinarius für Volkswirtschaft, leitete lange das Hamburger Weltwirtschafts-Archiv FOTO: CHRISTA KUJATH

IM GESPRÄCH Paul F. Gorman

US-Vorposten am Kanal

Von Manfred Neuber

Wenn in Washington die Haltung zum Krisenherd Mittelamerika festgelegt wird, hat das Wort eines Militärs besonderes Gewicht: General Paul F. Gorman (56), Kommandeur des Southern Command der US-Streitkräfte in der Panama-Kanalzone.

Das strategische Interesse der Vereinigten Staaten in dieser Region gebietet es, der von Nicaragua und Kuba ausgehenden Bedrohung mehrerer Länder Mittelamerikas durch linke Guerilleros entschlossen Paroli zu bieten. Es geschieht durch militärischen Gegendruck und das Angebot von Wirtschaftshilfe.

General Gorman gilt als weitblikkender Stratege mit Korea- und Vietnam-Erfahrung. Er gehörte der US-Delegation bei den Pariser Friedensverhandlungen für Vietnam an und diente eine Zeitlang beim Geheimdienst CIA sowie beim Gremium der Vereinigten Stabschefs.

Auf dem Posten in der Kanalzone wird General Gorman von Kritikern als amerikanischer Prokonsul für Lateinamerika gesehen, weil er für die Militärhilfe und die Verteidigungsplanung der USA südlich des Rio Grande bis Feuerland zuständig ist. In der Kanalzone werden auch lateinamerikanische Soldaten in der Guerrilla-Bekämpfung ausgebildet.

Die Wiederbelebung des Mittelamerikanischen Verteidigungspaktes (Condeca, nach den spanischen Anfangsbuchstaben) geht auf seine Initiative zurück. Er will die Mittelamerikaner imstande sehen, selbst die Subversion zu bannen. Auf dem Flugzeugträger „Ranger" vor der Küste von Honduras beriet er darüber im vorigen August mit den Verteidigungsministern von El Salvador, Guatemala und Honduras.

Als der US-General am nächsten Treffen der Verteidigungsminister der Condeca, zu der auch Panama stieß, als „Beobachter" teilnahm, kam es zu einem öffentlichen Streit zwischen Pentagon und State Department, weil die USA keine offizielle Bindung an dieses Bündnis haben. Anscheinend fühlen sich US-Botschafter in Mittelamerika durch den Militär übergangen.

Um Costa Rica, das keine Armee unterhält, in die Front gegen das Revolutionsregime in Managua einzubeziehen, sollten US-Reservisten im Grenzgebiet zwischen Costa Rica und Nicaragua für den Straßenbau eingesetzt werden. So wollte General Gorman zugleich Militär- und Entwicklungshilfe leisten. Dabei sollten tausend Mann der US-Nationalgarde aufgeboten werden. Nach anfänglicher Zustimmung winkte Präsident Luis Alberto Monge jetzt ab: Wenn überhaupt, dann dürfen die US-Militärs nur im Süden seines Landes tätig werden. Costa Rica will Verwicklungen mit Nicaragua vermeiden.



Hilfe zur Selbsthilfe: General Gorman FOTO: AP

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Das Blatt kommentiert Blüms Vorschläge zum Arbeitsrecht:

Wenn künftig befristete Arbeitsverträge nicht nur für ein halbes, sondern für ein volles Jahr, bei Betriebsgründungen sogar für zwei Jahre abgeschlossen werden dürfen, wächst die Chance für Arbeitslose, wenigstens vorübergehend eine neue Beschäftigung zu finden. Wenn der Aufschwung anhält, können aus solchen Arbeitsverhältnissen auf Zeit auch Dauerarbeitsplätze mit vollem Kündigungsschutz werden. Der Plan dagegen, Überstunden nicht mehr mit Lohnzuschlägen, sondern mit zusätzlicher Freizeit abzugelten, kommt einem nicht unbedenklichen Eingriff in betriebliche Arbeitsabläufe gleich. Zwar leuchtet der Zweck ein: Wenn Überstunden kein Geld mehr bringen, ließe das Interesse von Belegschaften und Betriebsräten wohl nach, und der Arbeitgeber sähe sich veranlaßt, nach zusätzlichen Arbeitskräften Ausschau zu halten. Aber nicht immer und überall läßt sich anfallende Mehrarbeit von erst einzuarbeitenden Kräften bewältigen. Bläht man aber durch Überstunden die Urlaubszeiten auf, verschiebt sich die Last der Mehrarbeit auf den Rest des Stammpersonals.

Neue Zürcher Zeitung

Hier heißt es zur erneuten Kandidatur des US-Präsidenten Reagan:

Der Alte im Weißen Haus spielte in den letzten Tagen alle Register seiner darstellerischen Begabung: Mit unverstellter Zufriedenheit zählte er dem Kongreß die Erfolge seiner Amtszeit auf, in geradezu jugendlicher Gelöstheit entwarf er ein Programm für die Konsolidierung seiner Politik ... Das eher griesgrämige ... Häufchen der demokratischen Anwärter mußte Schlag auf Schlag eine Demonstration präsidialer Überlegenheit miterleben, gegen die es, wenn nicht eine ökonomische oder außenpolitische Katastrophe eintritt, kaum ankommen wird ... Andererseits muß sich Reagan ... klar darüber sein, daß eine zweite Amtszeit sich nicht mehr an den Fehlern des Vorgängers messen lassen wird wie sehr weitgehend noch die erste ... - Niemand, der Reagans innere Sicherheit und Entschlossenheit kennt, ist überrascht, daß er auf Risiko gesetzt hat. Dieses Risiko ist allerdings nicht zu unterschätzen: Reagan hat zu Beginn seiner Zeit im Weißen Haus oft polarisierend gewirkt und in seiner manchmal unverfrorenen Hemdsärmeligkeit Widersacher und Anhänger verwirrt. Sein zwischen Unbeugsamkeit und plötzlichem Nachgeben schwankender Regierungsstil konnte bis jetzt als Suche nach dem richtigen Maß gelten; im Wahlkampf und gegebenenfalls in der zweiten Amtszeit wird er beweisen müssen, daß er dieses Maß gefunden hat.

LE FIGARO

Das Pariser Blatt schreibt zur Kandidatur Reagans:

Sie spinnen alle, diese Amerikaner! ... Was hat der Präsident gemacht, das eine derartige Schwärmerei rechtfertigen könnte? Die lange Liste der errungenen Erfolge an der Inflationsfront, bei der Beschäftigung und der Wiederbelebung der Nachfrage dürfte als Antwort auf diese Frage ausreichen. Das gibt sämtlichen Einwohnern Frankreichs Anlaß zum Träumen, ganz gleich, welche Farbe der Stimmzettel hatte, den sie am 10. Mai 1981 in die Urne gesteckt haben ... Die Amerikaner „lieben" ihren Präsidenten vor allem aufgrund des Erscheinungsbildes, das er von sich zu geben verstanden hat ... In der Rolle des „Mr. America" ist Ronald Reagan im Wahllokal unschlagbar. Er ist das Symbol für die „Rückkehr Amerikas".

Der Konkurrenz bleibt nur, auf einen Fehler zu hoffen

Die Schwierigkeit, gegen den amtierenden Präsidenten anzutreten / Von Thomas Kielinger

Niemand möchte die demokratische Partei der USA um die Rolle, Opposition spielen zu müssen, beneiden. Sie hat mit Ronald Reagan einen der stärksten Präsidenten seit langem vor sich, einen Amtsinhaber mit hoher Popularität. Sie hat dazu einen zweiten, Faktor gegen sich: eine unterschwellige Stimmung, die einen Präsidenten mit zwei Amtszeiten zu favorisieren scheint, also die Erneuerung des Mandats.

Die „two-term-presidency" ist ein Traum, der sich seit Eisenhowers Zeiten nicht mehr erfüllt hat. Daß er mit Reagan wieder in greifbare Nähe rückt, gehört zu den Volten der Zeitgeschichte, – erheiternd, weil auch hier wieder einmal alle konventionelle Weisheit auf den Kopf gestellt wurde, die noch 1980 kaum etwas von den Wahlchancen des Ex-Schauspielers wissen wollte.

Die Demokraten antworten auf Reagan nicht, wie dieser das damals auf Carter tat: mit einem geschlossenen Gegenweltbild, das sie dem Publikum anbieten könnten. Der New Deal, die auf F. D. Roosevelt zurückgehende „sozial-liberale" Tradition, entfaltet nicht mehr die gleiche Ausstrahlung wie einst. Natürlich: Fairneß ist ein Wahlkampfthema, diesmal der Vorwurf, Reagans Sparprogramme hätten grausam in das Existenzminimum der ohnehin schon am Rande Lebenden eingegriffen.

Aber diese Beschwerde gegen den Kalifornier kommt keinem Grundaufstand gegen sein leistungs- und produktivitätsorientiertes Wirtschaftsprogramm gleich. Es ist eher eine Beschwerde über die ungerechten Auswirkungen dieses Programms, kein Einwand gegen die prinzipielle Richtigkeit des Kurses. Daran allein läßt sich ermessen, wie stark die Republikaner seit dem Wahljahr 1980 die nationale Debatte beherrschen. „Growth", Wachstum – das gehört auch heute zu den Lieblingswörtern der Liberalen. Früher hatten sie sich vorzugshalber mit der Verteilung beschäftigt. Aber mit dem Ruf nach gerechter Verteilung des sozialen Kuchens ist heute in den USA keine Wahl zu gewinnen, wenn man nicht gleichzeitig nachweisen kann, daß man ein besseres Wachstumskonzept anzubieten hat als Reagan und seine Mannen.

Diese Wahrheit muß vor allem der weit vor allen anderen Kandidaten seiner Partei liegende Walter Mondale, Jimmy Carters einstiger Vizepräsident, beherzigen. Er hat sich bei so vielen Sonderinteressen Liebkind zu machen verstanden, daß allein die Befriedigung all dieser Erwartungen eine schwere Hypothek für seine Manövrierfähigkeit als Präsident sein müßte. Diese Sonderinteressen gehören ja nicht zur Wall Street, zu Busineß-Kreisen, ja, vielleicht nicht einmal zur „MainStreet" Amerikas. Vielmehr rekrutieren sie sich aus der alten liberalen Koalition: den Gewerkschaften, Erziehungsgruppen, Farbigen, Rentnern, Sozialempfängern, zu denen heute die Homosexuellen als eine lautstarke Minderheitsgruppe hinzugestoßen sind. „Walter", so klagte neulich Mit-Anwärter Gary Hart in einer Podiums-Diskussion, die alle acht demokratischen Herausforderer auf einer Bühne sah, „du kannst nicht regieren, indem du allen alles versprichst."

Mondales Kollegen, eingedenk des alten schädlichen Etiketts, Demokraten dächten nur an Ausgaben und Besteuern, suchen daher angestrengt nach anziehenden Alternativen. Eine davon lautet „Industrial Policy". Das Konzept entleiht viel Gedankengut aus der westdeutschen „Konzertierten Aktion", will also auch in den USA die Debatte um Wachstumskoordination anfachen. Doch geht es darüber hinaus, indem konkrete Institutionen, so etwa eine „Bundesbank für Finanzierungen", ins Blickfeld rücken. Solche zentralen Kreditanstalten sollen idealerweise in enger Zusamenarbeit mit der Wirtschaft Projekte fördern, die die Regierung in ihre Prioritätenliste aufgenommen hat.

Letztlich wirkt die Suche nach Alternativkonzepten vergeblich, wo das Land mit der Grundrichtung der gegenwärtigen Regierung durchaus noch einverstanden ist. Der beste Trumpf für die Demokraten ist und bleibt, darauf zu warten, daß es auf den beiden Risiko-Gebieten, die Reagan betreten hat, zu Einstürzen der Regierungspolitik kommen könnte. Dazu gehören, innenpolitisch, die noch nicht absehbaren Konsequenzen des anhaltenden Defizits sowie, außenpolitisch, die täglich prekärer wirkende Lage der amerikanischen Truppen am Beiruter Flughafen. Die Opposition hat immer darauf zu hoffen, daß die Regierenden ausrutschen. Das ist ihr gutes Recht. Aber die amerikanischen Demokraten müssen diesmal darauf mit besonderer Inbrunst hoffen. Denn ihre eigene Kraft würde kaum reichen, den Präsidenten zu stürzen.

Warum der Kanzler seinen Minister behalten will

Noch ist es nicht offiziell, aber alles deutete gestern darauf hin, *daß der Bundeskanzler seinen* Verteidigungsminister nicht fallen läßt. Was hat Kohl zu diesem Schritt bewogen? War es auch ein „Minister Strauß"?

Von MANFRED SCHELL

Die Stimmung im Bundeskanzleramt war auch schon besser als in diesen Tagen. Das Tauziehen, ob Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner nun gehen muß oder ob er – wie es jetzt aussieht – von Bundeskanzler Helmut Kohl „gehalten" wird, hat Nerven gekostet.

Kohl hat seine engsten Mitarbeiter vergattert, den Mund zu halten. Ohnehin hatte der eine oder andere als Blitzableiter herhalten müssen. Und so haben sich diejenigen, die ansonsten mit großer Verve die politischen Ideen des Kanzlers unters Volk bringen, die drei Affen zum Vorbild genommen: Nichts hören, nichts sehen, nichts wissen.

Der Kanzler selbst heizte gestern die Journalisten-Neugierde weiter an: „Ihr kriegt diese Woche noch so viel Neuigkeiten, daß Ihr genug habt." Das war auf dem Empfang der FDP zm 100. Geburtstag von Theodor Heuss. Und vielfach deutbar fügte der Kanzler noch hinzu, wenn man in einem Jahr nachlese, was in diesen Tagen geschrieben worden sei, dann werde man den Kopf schütteln. Anschließend traf er sich im Bundeshaus gut zwei Stunden lang mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, um mit ihm sein Vorgehen in der Affäre um Wörner und den entlassenen Vier-Sterne-General Kießling zu bereden. Kohl, das scheint sicher, hat sich entschieden, Wörner auf der Hardthöhe zu belassen. Jetzt geht es um die „Kautelen" dieser Entscheidung.

Wie es aussieht, wird Wörner vom Bundeskanzler Weisung erhalten, eine umfassende Veränderung im Ministerium und im Militärischen Abschirmdienst (MAD) vorzunehmen. Der alte Vorschlag der FDP, die drei Teilstreitkräfte mit den Inspekteuren *aus dem Ministerium zu lösen und in* die Kommandobehörden einzugliedern, wird wieder gehandelt. Im Kanzleramt wird allerdings von einer „Jahrhundertaufgabe" gesprochen.

Der Kanzler wünscht eine Rehabilitierung des entlassenen Generals Kießling. Am späteren Montagvormittag suchte Kohl Bundespräsident Karl Carstens in der Villa Hammerschmidt auf. Der Kanzler blieb 45 Minuten. Dabei *dürfte er sich erkundigt* haben, wie das Staatsoberhaupt über einen solchen Schritt denkt. Immerhin hat Carstens, auf Antrag und nach mündlicher Begründung Wörners, Kießling in den einstweiligen Ruhestand geschickt. Als Form der Rehabilitierung wäre eine „Ehrenerklärung" der Bundesregierung für Kießling denkbar. Aber der General hat durch seinen Anwalt Redecker erklärt, dies wäre unzureichend, er wolle reaktiviert werden.

Ein solcher Schritt bedürfte der Mitwirkung des Bundespräsidenten. Es wird deshalb auch daran gedacht, Kießling „urkundenmäßig" wiedereinzustellen, er aber bis zum 31. März 1984 – dem ursprünglich vorgesehenen Ausscheiden – aus Krankheitsgründen nicht mehr im Dienst erscheine.

Übereinstimmung haben Kohl und Wörner, so hieß es gestern, auch darin erzielt, das eingeleitete Disziplinarverfahren gegen Kießling nicht fortzuführen. Außerdem wird überlegt, mit einer Erklärung, es gebe keine „hinreichenden Beweise" für die Homosexualität Kießlings, einen Beitrag zur Einstellung des von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Verfahrens gegen Unbekannt zu leisten. *Dieses Verfahren hatte der Anwalt* Kießlings initiiert, um eine gerichtliche Klärung dieser Anschuldigungen zu erreichen.

Politische Beobachter in Bonn stellen die Frage, was Kohl veranlaßt haben könnte, diesen schweren Weg mit Wörner zu gehen. Noch vor wenigen Tagen, als Kohl in Israel war und in Bonn die peinliche Begegnung Wörners mit dem homosexuellen Schweizer Alexander Ziegler publik wurde, *hatte man selbst im Kanzleramt die* Chancen für einen Verbleib des Ministers nicht mehr hoch veranschlagt. Weshalb diese Trendwende? Franz Josef Strauß hat mit seiner Forderung nach einem größeren Kabinettsrevirement sicherlich dazu beigetragen.

Beobachtern der Szene ist schon früher aufgefallen, daß das „Krisenmanagement" im Kanzleramt stark darauf ausgerichtet ist, Strauß von Bonn fernzuhalten. Eine Ablösung Wörners hätte Strauß eine Möglichkeit für personelle Schachzüge eröffnet. Eine „isolierte Lösung", an die Kohl zu Beginn gedacht haben mag, war auch aus anderen Gründen nicht möglich.

Gewiß, gegen Alfred Dregger als neuen Bundesverteidigungsminister hätte die CSU nichts einzuwenden gehabt und auch die Wahl von Wolfgang Schäuble zum Fraktionsvorsitzenden wäre gesichert gewesen. Die CSU schätzt Schäuble. Allerdings ist an der Basis der Union und auch von Bundestagsabgeordneten in den letzten Tagen immer energischer die Frage gestellt worden, warum Wörner entlassen, aber Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) unter dem Vorwurf der Bestechlichkeit im Amt bleiben solle. Hinzu kam, daß immer mehr Abgeordnete dem Kanzleramt berichteten, das Ansehen Wörners bei der Truppe sei groß und die Anhängerschaft über die Entwicklung in Bonn beunruhigt.

Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht (CDU) verlangte, Wörner solle im Amt bleiben. Montagfrüh telefonierte Kohl mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth (CDU), aus dessen Landesverand Wörner kommt und der vor einer Landtagswahl steht. Späth versicherte Kohl, er werde über Wörners Schicksal nicht öffentlich diskutieren. „Es wäre gut, wenn bald eine Klärung erfolgt", meinte Späth. Er stehe nach wie vor zu der Erkläung des CDU-Vorstandes, in dem Wörner das Vertrauen ausgesprochen worden sei.



Vor ihrem Gespräch über die Affäre Wörner/Kießling trafen sich Bundeskanzler Kohl und CSU-Chef Strauß beim Empfang der FDP zum 100. Geburtstag von Theodor Heuss FOTO: ROBERTO PFEIL/AP

Kohl beriet sich, ehe er dann zu Carstens ging, mit Kanzleramtschef Schreckenberger und dem Justitiar der Unionsfraktion, Paul Mikat. Der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger war auch bei ihm. Dann führte er zwei Gespräche mit Wörner.

Der Vorschlag von Strauß aus München, eine größere Kabinettsumbildung vorzunehmen, hatte schon zu diesem Zeitpunkt keine Grundlage mehr. Der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher und der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick hatten schon Montagabend vom „Insel"-Hotel in Heilbronn aus mit Kohl telefoniert. Dabei war klar, daß auch Kohl keine „Vermengung" der Diskussionen um Wörner und Graf Lambsdorff wünscht. Selbst wenn es Kohl wollte, er könnte jetzt nicht beide entlassen.

Im Fall Lambsdorff hat sich der Kanzler durch die Erklärung, die Frage des Rücktritts stelle sich erst bei der Eröffnung des Hauptverfahrens, seinen Handlungsspielraum eingeengt. Ob es zu einem Hauptverfahren kommt, wird aber erst im April entschieden.

Bei dieser Ausgangslage hat sich Kohl, das galt gestern als sicher, entschlossen, die Diskussionen „durchzustehen". Im Kanzleramt ist man sich bewußt, daß dies nicht leicht fallen wird. Offensiv, so wird jetzt als Parole ausgegeben, werde der Kanzler die Sache angehen und, wie es einst Adenauer und Erhard auf ihre Weise getan hätten, die Begründung für seine Entscheidung „in die Wohnstuben" hineintragen. Was habe Wörner denn „verbrochen"? Er habe nicht gegen das Gesetz verstoßen, sondern „nur" eine Reihe von „Ungeschicklichkeiten" begangen. Anders liege der Fall bei Lambsdorff, dem vorgeworfen werde, gegen das Gesetz verstoßen zu haben.

In der heutigen Kabinettssitzung auf der Hardthöhe, bei der es um die Belange der Bundeswehr geht, will Kohl seine Entscheidungen offiziell mitteilen.

Der Schrei nach „Liberté" gilt den privaten Schulen

Der Regierung Mitterrand steht ein Kulturkampf ins Haus. Hunderttausende von Franzosen gehen auf die Straße und demonstrieren gegen ein geplantes Gesetz, das den Privatschulen den Garaus machen soll.

Von A. GRAF KAGENECK

So etwas hat es in dieser Stadt seit ihrer Befreiung von den Deutschen noch nicht gegeben." Der Mann, der dies sagt, ist Jacques Chaban-Delmas, Bürgermeister von Bordeaux, 1944 mit 27 Jahren jüngster „General" des französischen Widerstands und Held des Befreiungskampfes um Bordeaux und Paris, später Minister unter De Gaulle und Premierminister unter Pompidou. Er hat an diesem Tage seinen alten Regenmantel aus der alten Kampfzeit angezogen und marschiert an der Spitze eines riesigen Zuges, der sich wie ein Lavastrom durch die engen Innenviertel seiner Stadt wälzt.

„Freiheit, Freiheit!" rufen die Menschen. „Liberté" haben sie auch auf ihre Spruchbänder geschmiert. Zehn*tausende von Menschen demonstrie*ren für die Freiheit, ihre Kinder auf einer privaten und nicht einer jener staatlichen Schulen erziehen zu lassen, die, wie sie meinen, zu oft von bärtigen sozialistischen Lehrern mit dem Fanatismus von iranischen Mullahs in Brutstätten des Sozialismus verwandelt worden sind.

Was sich in Frankreich in diesen Tagen anbahnt, ist ein regelrechter, von den Sozialisten vom Zaun gebrochener Kulturkampf. Und es werden die Fetzen fliegen. Denn die Kämpfer für die Privatschulen, die nicht unbedingt die Truppen der katholischen Kirche sind, haben einen ungeheuren Grad an Mobilisierung erreicht.

Massendemonstration in der Stadt der Könige

Achtzigtausend waren sie am 22. Januar in Bordeaux, die doppelte Anzahl acht Tage später in Lyon. In Versailles, der Stadt der Bourbonenkönige, wollen sie zur großen Apotheose Anfang März eine Million auf bei Beine bringen. Vier Wochen später wird die Nationalversammlung sich den Gesetzentwurf des Erziehungsministers Alain Savary vornehmen, und er wird, wie man in Frankreich sagt, „wie ein Brief zum Briefkasten" durchgehen, bei einer erdrückenden Zweidrittelmehrheit der Sozialisten und Kommunisten, unter denen wieder ein gutes Drittel von Beruf Lehrer ist.

Alain Savary hat den Kulturkampf sicher nicht gewollt. Er hat sogar viel getan, um ihn zu verhindern. Er hat seinen Text ein Jahr lang im stillen Kämmerlein überdacht, dann den „Sozialpartnern" zum Studium vorgelegt, sie an den Verhandlungstisch gebracht, den Text unter Berücksichtigung der diversen Einwände neu überarbeitet, noch einmal zur Prüfung vorgelegt, und erst am 7. Januar, nachdem es zwischen Anhängern und Gegnern der privaten Schulen nicht zur Einigung kam, ultimativ mit einer letzten Bedenkensfrist von sechs Wochen als Gesetzentwurf endgültig auf den Tisch geknallt. Man mag die Dinge drehen und wenden wie man will: Trotz einigen Entgegenkommens in Detailfragen wie die Finanzierung eines gewissen privaten Sektors im Rahmen eines „einheitlichen, laizistischen und nationalen Erziehungssystems" oder die Übernahme der 40 000 Privatlehrer in den Staatsdienst bleibt es beim Grundsätzlichen: Das Ende der Freiheit französischer Eltern, ihre Kinder in einer von ihnen freigewählten privaten religiösen oder weltlichen, dem staatlichen Einfluß entzogenen Schule einzuschulen.

Schule als Boden für den Klassenkampf

Die da marschieren wissen, daß sie die Mehrheit der Franzosen hinter sich haben (Umfragen sprechen von 70 Prozent). Die meisten von ihnen haben das „Sozialistische Manifest" von 1979 gelesen, in dem es heißt: „Die Schule, seit jeher Instrument des Kapitalismus zur Beherrschung der Massen, gleichzeitig jedoch Faktor der Emanzipierung und daher eng verbunden mit der revolutionären Klasse, ist der ideale Boden für den Klassenkampf." Sie haben die Worte des heutigen Premierministers Mauroy in den Ohren, der 1980 als Parteiredner im Wahlkampf verkündete: „Die Lehrer sind die natürlichen Multiplikatoren des Sozialismus". Sie haben im Fernsehen den letzten Parteikongreß der Sozialisten in Bourg-en-Bresse verfolgt und gesehen, wie das Parteivolk stürmisch nach Durchsetzung der „egalité" auf den Schulbänken verlangte. Denn was die vorzeitigen Machthaber in Frankreich am meisten wurmt, ist nicht das Geld, das der Steuerzahler seit der Trennung von Staat und Kirche vor 100 Jahren für die privaten Schulen aufbringen muß (auch das ist ihnen ein Dorn im Auge), es ist, so ein Demonstrant, auch der für Sozialisten „unerträgliche Gedanke, daß von 12 Millionen Schülern jährlich zweieinhalb Millionen junge Franzosen der täglichen Indoktrinierung durch staatlich bestellte und geschulte Ideologen entzogen werden."

Weiß der Himmel, warum der Präsident, ein schlauer Routinier der Politik, diesen Konflikt ausgelöst hat, wo er schon viele Arbeiter mit seinem Sozialismus vergrätzt und sich die Kommunisten mit seiner Außenpolitik zum Feind gemacht hat. Vielleicht denkt er, daß vieles in seinem Lande nicht so heiß gegessen wird wie es gekocht wurde, und daß das gallische Temperament schon wieder in ruhigere Bahnen zurückfindet, wenn die Praxis erst mal eingesetzt hat. Hierin bekräftigt ihn auch die katholische Kirche, die das Projekt des Erziehungsministers insgeheim unterstützt.

Als der Ayatollah Khomeini nach Iran zurückkehrte

Von M. WEIDENHILLER

Er ist ein Mythos, noch bevor er nach fünfzehn Jahren Exil am 1. Februar 1979 wieder iranischen Boden betritt: Ayatollah Ruhollah Khomeini, damals 78 Jahre alt. „Allah ist groß", ruft die Menge begeistert, Spruchbänder tauchen auf wie „Im Winter kommt der Frühling" oder „Der mächtige Wille des großen Führers wird das ungerechte Kaiserregime niederschlagen". Im Gedränge verlieren Mullahs ihre Turbane, viele Menschen brechen in Tränen aus. 50 000 freiwillige Helfer sind aufgeboten, um die Menschenmassen in Schach zu halten.

Millionen von Iranern säumen wenig später die 30 Kilometer lange Strecke zwischen Flughafen und dem Friedhof Beheschte Zara, um ihren „Imam" zu feiern. Zeitweise geraten sie so außer sich, daß der Wagen Khomeinis nicht weiter kommt, daß er schließlich in einen Hubschrauber umsteigen muß. Auf dem Friedhof liegen die meisten Opfer der Unruhen der letzten Zeit begraben. Bei der mit Spannung erwarteten ersten programmatischen Erklärung enttäuscht Khomeini seine Anhänger: Er geht *nicht auf die von ihm proklamierte* Absicht ein, eine Islamische Republik zu schaffen. „Die Zeit der Monarchie in Iran ist zu Ende", sagt er und erneuert damit seine Kritik an der noch vom Schah eingesetzten Regierung Bachtiar. Die Streitkräfte forderte er auf, neutral und unabhängig zu sein.

Noch einen Tag vor der Rückkehr *Khomeinis rollten Soldaten der kai*serlichen Armee auf ihren Panzern durch die Straßen Teherans. Einige sollen Khomeini-Porträts getragen, andere „Es lebe der Schah" gerufen haben. Innenpolitischer Druck und das Drängen der USA hatten Schah Reza Pahlevi am 16. Januar gezwungen, Iran zu verlassen. Die USA hätten ihn wie „eine tote Maus" aus dem Land geworfen, schrieb er später in seinen Memoiren. 1964 war es der Schah, der Khomeini auswies. Irak nahm ihn auf. Im Oktober 1978 wurde Neauphle-le-Château bei Paris sein neuer Exilort. Von dort aus redete er

WIE WAR DAS?

einem gewaltsamen Umsturz in Iran das Wort, forderte er die iranische Armee zum Ungehorsam auf.

Khomeini verstand es, die religiösen Gefühle der Menschen anzusprechen, sie – für seine Zwecke – zu nutzen. Schon im September 1979 sagte er: „Das Volk will eine islamische Republik, keine demokratische." Die Mullahs wurden zu allmächtigen Experten in allen Lebensbereichen erhoben, eine Lösung anstehender Probleme boten sie kaum.

Fünf Jahre nach der triumphalen Rückkehr des Ayatollah scheint das Mullah-Regime allen düsteren Prognosen zum Trotz gefestigt – die Islamische Republik auch über den Tod Khomeinis hinaus. Das Regime hat seine Macht durch Repression aufrechterhalten, eine Innenpolitik auf nationalen Stolz und Eifer aufgebaut und in seiner Außenpolitik ein „weder Ost noch West" propagiert. Aus der Schah-Zeit wurden viele Strukturen übernommen oder in die Revolution integriert: Parlament und Einparteiensystem, Ministerien, Armee.

Die Moscheen wandelten sich zu politischen Organen mit weitreichenden Funktionen. Die Mullahs treiben Steuern ein, sie sprechen Recht, schreiben Schulbücher, überwachen die Verteilung rationierter Lebensmittel. Darüber hinaus wurden revolutionäre Einrichtungen wie die Pasteran und Revolutionskomitees geschaffen. Krisen – wie etwa Bombenattentate der Opposition – wurden zur erfolgreichen Doppelstrategie genutzt: Der Gegner wurde systematisch vernichtet, gleichzeitig die Geistlichkeit immer stärker in die direkte Führung einbezogen.

Eine verzweifelte wirtschaftliche Lage zwang zu einem pragmatischen Kurs auf Kosten der revolutionären Ideologie. Aber wie der Schah ist auch das Khomeini-Regime vom Öl abhängig. Kaufte jener noch moderne Waffen und Luxusgüter, fließen die Erlöse jetzt in die Revolution, auch in den Krieg mit Irak. Obwohl er Unsummen verschlingt und die Volksbegeisterung schwindet, wird er fortgesetzt – lenkt von den inneren Problemen Irans ab.

Wie Ost-Berlin mit Scheinfirmen im Westen Millionen verdient

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Sicherheitsbehörden haben *ein heißes Eisen* angepackt und in einem Bericht Einzelheiten über „kommunistisch gesteuerte" Firmen in der Bundesrepublik Deutschland niedergeschrieben. Eine der Kernaussagen dieses Berichts, der mit Stand 31. Dezember *1983* abgefaßt ist und der inzwischen den zuständigen politischen Stellen vorliegt, lautet: „Hochrechnungen ergeben, daß über die inländischen gesteuerten Firmen jährlich innerdeutsche Handelsgeschäfte und Dienstleistungen im Wert von über 4 Milliarden Mark abgewickelt werden." Ihre Gewinne (vor Steuern) „dürften mit jährlich ca. 200 Millionen Mark eher zu niedrig eingeschätzt werden".

Es geht dabei ausschließlich um Wirtschaftsunternehmen, die von der „DDR" unterhalten werden. Diese Firmen, so wird in dem Bericht dargestellt, werden von der „Abteilung Verkehr" beim Zentralkomitee der SED in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Außenhandel der „DDR" gesteuert. *Die* Abteilung Verkehr unter Leitung von Josef Steidl und dessen Stellvertreter Julius Cebulla sei im wesentlichen „für die personelle Besetzung" der Firmen zuständig. Deren wirtschaftliche Tätigkeit werde weitgehend von Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski, den Klaus Bölling als „Fachmann für Gewinnoptimierung" beschrieben hat, vorgegeben.

Nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden verfolgt die „DDR" mit den von ihr gesteuerten Firmen vor allem drei Zielsetzungen:

- Die Erschließung des Zugangs zu Devisen, wobei die SED Bestimmungen des innerdeutschen Handels und der dabei geltenden Steuergesetze ausnutzt oder sie umgeht.
- Die Beschaffung von Gütern, gelegentlich auch von Embargowaren, die die DDR-Wirtschaft dringend benötigt, sowie die Versorgung von SED-Funktionären mit westlichen Luxusgütern.
- Die Erwirtschaftung von Firmengewinnen, aus denen ein Teil der mehr als 60 Millionen Mark aufgebracht wird, mit denen die SED gegenwärtig die DKP aushält.

Treuhandverträge mit erprobten Genossen

Bei Gründungen oder bei der Übernahme von Firmen geht die „DDR" nach Konzepten vor, die ihre Wirtschafts- und Rechtsexperten entwickelt haben. Vielfach werden „verdiente Genossen" eingesetzt. Die Mittel werden von der „DDR" vorgestreckt. Aber selbst langjährigen erprobten Genossen vertraut sie die Gelder erst nach Abschluß eines Treuhändervertrages an. So geht aus einer 1974 von dem verstorbenen „DDR"-Juristen Kaul *verhandelten notariellen Ur*kunde hervor, daß der ehemalige KPD-Funktionär Hans Eigner 50 Prozent der Anteile an einer in Essen ansässigen Firma treuhänderisch für den „Volkseigenen Außenhandelsbetrieb" Chemie-Export besessen hat. *Eigner hatte sich* verpflichtet, die „Rechte aus den erworbenen Anteilen nur in Übereinstimmung und entsprechend den Weisungen von Chemie-Export auszuüben, insbesondere die Anteile jederzeit entsprechend den Weisungen an die natürliche oder juristische Person zu übertragen, die mir von Chemie-Export genannt wird".

In den letzten Jahren ist die „DDR" dazu übergegangen, die von Kommunisten gehaltenen Kapitalanteile auf gesteuerte Firmen im westlichen Ausland zu übertragen.

Vielfach, so heißt es in dem Bericht der Sicherheitsbehörden, „tauchen in leitenden Positionen gesteuerter Firmen die gleichen Personen auf". So habe der im Jahre 1960 wegen Devisenvergehen im innerdeutschen *Handel* verurteilte Kaufmann Hans-Joachim Meister Ende 1957 die „Berliner Import- und Export-Bank AG" mit einem Stammkapital von vier Millionen Mark gegründet. An diesem Kapital sei die 1953 in Vaduz (Liechtenstein) gegründete Firma „Otra Overseastrading Trust" beteiligt gewesen, zu deren Verwaltungsräten mit Einzelzeichnungsberechtigung auch der Direktor *Adolf Wilhelm* Fehr gezählt habe. Nach der Verurteilung von Meister sei das Firmenimperium weitgehend aufgelöst worden. Aber der Name Fehr sei in der Folgezeit bei verschiedenen ausländischen gesteuerten Firmen als Verwaltungsrat aufgetaucht, zumindest bis Ende 1982 sei er dies für die „Anstalt Hanseatic" in Vaduz gewesen.

Steuernachzahlung, um Hintermänner zu decken

Diese Firma sei Eigentümerin des Hausgrundstückes in Hamburg-Eppendorf, in dem früher der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann gewohnt habe. Heute befänden sich dort die Ausstellungsräume der „DKP-Nebenorganisation Kuratorium Gedenkstätte Ernst Thälmann" sowie die Geschäftsstelle der DKP-Bezirksorganisation Hamburg. Im Bemühen, ihre eigentlichen Kapitalgeber im dunkeln zu lassen, erbringe die „*DDR*" zum Teil erhebliche finanzielle Leistungen. In einem Fall habe eine gesteuerte Firma eine „Steuernachzahlung von ca. 1,5 Millionen Mark" geleistet, um nicht ihre Hintermänner preisgeben zu müssen.

Die in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin angesiedelten Firmen, die von der „DDR" gesteuert würden, seien im Ost-West-Handel und als Spediteure tätig. Gesteuerte Firmen im westlichen Ausland würden auch als Eigentümer von Grundstücken auftreten, „die ausschließlich von der DKP oder ihren Vorfeldorganisatio*nen genutzt werden*".

Mit der Einschaltung ausländischer Firmen als Eigentümer dieser Immobilien hat die „DDR" Konsequenzen aus dem KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts gezogen: wie seinerzeit bei der KPD würde der DKP im Falle eines Verbots die Einziehung des Parteivermögens drohen. So ist Eigentümerin des vom DKP-Parteivorstand genutzten Hausgrundes in Düsseldorf die in Lugano (Schweiz) ansässige Firma „Rexim S. A.", der auch eine vom Chefredakteur des DKP-Zentralorgans „Unsere Zeit", Georg Polikeit, genutzte Eigentumswohnung in Wuppertal-Vohwinkel gehöre. Weiterhin sei diese Firma Alleingesellschafterin an einer in West-Berlin ansässigen Firma (Kapital 4 Millionen Mark) sowie Gesellschafterin eines weiteren Unternehmens (Kapitalanteil 1,02 Millio*nen Mark*).

Am Kapital der DKP-Hausdruckerei Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH, Neuss, werden laut dem Bericht der Sicherheitsbehörden neben gesteuerten Firmen auch DKP-Funktionäre und staatliche *Unternehmen aus osteuropäischen* Ländern beteiligt: „Etablissement Monument/Liechtenstein", auch Eigentümerin des von der Fa. Plambeck genutzten Hausgrundstückes in Neuss, sei mit einer Einlage von 400 000 DM beteiligt. 300 000 DM betrage die Einlage der „GLOBUS-Zeitungs-, Druck- und Verlagsgesellschaft mbH", ein „der KP Österreich zuzurechnendes Unternehmen". Mit Einlagen von je 10 000 DM seien die DKP-Funktionäre Kurt Bachmann und Georg Polikeit vertreten. Jeweils 500 000 Mark Einlage gehörten den Firmen „AGPOL" (Polen), „KULTURA" (Ungarn), „HUNGEXPO" (Ungarn). Die Unternehmen „TISKOVA AGENTURA ORBIS" (Tschechoslowakei) hätten 400 000 DM und „BULGARREKLAMA" (Bulgarien) 300 000 DM gezeichnet.

In dem Bericht der Sicherheitsbehörden werden auch „Methoden der *Gewinnschmälerung*" beschrieben. Um möglichst große Teile der Gewinne der inländischen Besteuerung zu entziehen, wende die „DDR" unter anderem folgende Methoden der „Gewinnabschöpfung" an: Die „DDR" bestehe bei *Abschluß* von Geschäften *mit* Partnern in der Bundesrepublik Deutschland darauf, daß in die Abwicklung von Verträgen inländische, von ihr gesteuerte Firmen als „Spediteure" oder „Vermittler" eingeschaltet würden. „Obwohl die gesteuerte Firma selten aktiv zur Abwicklung des Geschäfts beiträgt, berechnet und kassiert sie Provisionen zwischen drei und fünf Prozent des Geschäftswertes." Die Unternehmen versuchten außerdem, ihre Gewinne durch die „Schaffung gewinnmindernder Betriebsausgaben" zu schmälern.

Einen Großteil dieser Gewinnschmälerung erreiche die „DDR" dabei durch die Einschaltung eines zweiten Vermittlers, der Firma „SIMPEX Büro für Handel und Beratung GmbH", *Ost-Berlin*, Oranienburger Straße 1. Diese vom SED-Funktionär Hans Springmann geleitete Firma SIMPEX schließe mit der jeweiligen gesteuerten Firma eine Vereinbarung ab, nach der SIMPEX für dieses Unternehmen im Gebiet der „*DDR*" angeblich zu erledigende „Vermittlertätigkeit" (Einholung behördlicher Genehmigungen, Besorgung von Frachtraum) gegen Zahlung eines Entgeldes wahrnimmt. Tatsächlich aber handelt es sich bei SIMPEX um einen getarnten Sektor der Abteilung Verkehr beim ZK der SED, der den gesteuerten Firmen „Vermittlungsgebühren" berechne. Die Zahlung von Vermittlungsgebühren an SIMPEX werde über die Deutsche Bank/Deutsche Außenhandelsbank AG („DDR") in Form von Verrechnungseinheiten abgewickelt. Nach offiziellen Unterlagen „fließen der DDR über SIMPEX jährlich unversteuert Vermittlungsgebühren von über 60 Millionen DM zu".

Von den Erträgen wird die DKP unterstützt

Einzelheiten über die Finanzierung der DKP werden in dem 13-Seiten-Bericht der Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland ebenfalls genannt. Die von den gesteuerten Firmen erzielten Gewinne würden „direkt oder über ausländische gesteuerte Firmen in die DDR abgeführt und von dort mit zur Finanzierung kommunistischer Aktivitäten in die Bundesrepublik Deutschland bereitgestellt". Darüber hinaus gebe es aber auch eine „unmittelbare" Unterstützung dieser Firmen für die DKP, zum Beispiel durch „Schein*arbeitsverhältnisse*". *Eine Reihe* von DKP-Funktionären sei meist als „Außendienstmitarbeiter" bei diesen Unternehmen angestellt gewesen, aber hätten tatsächlich „ausschließlich für die DKP" gearbeitet. So seien die DKP-Funktio*näre* Heinz-Jürgen Nieth *und* Gerda Mies angeblich für eine in West-Berlin ansässige Firma tätig gewesen, obwohl sie ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland gehabt hätten.

Nieth ist Mitarbeiter im DKP-Parteivorstand und Gerda Mies, Ehefrau des DKP-Vorsitzenden Herbert Mies, ist Mitglied des DKP-Bezirksvorstandes Rheinland-Westfalen. Auch der Kraftfahrer von Mies, Hans-Jürgen Kölling, sei als „Mitarbeiter" des Unternehmens in Berlin ausgegeben worden. Während üblicherweise hauptamtliche DKP-Bezirksfunktionäre ein jährliches Bruttogehalt von 40 000 bis 45 000 DM von der Partei erhielten, hätten diese angeblichen Mitarbeiter zuletzt zusammen brutto jährlich ca. *270 000 DM zuzüglich* Spesen „verdient".

Bundeswehr und die Probleme der Soldaten

Kabinett tagt im Verteidigungsministerium / Minister erstattet über „*innere Lage*" *Bericht* / Planung der nächsten Jahre

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Bundesregierung will nach dem „Jahr der Raketen" und den hitzigen öffentlichen Auseinandersetzungen über Strategie und Sicherheitspolitik ihr Hauptaugenmerk auf die Fragen lenken, welche die Soldaten der Bundeswehr berühren und sich direkt oder indirekt auf ihren täglichen Dienst auswirken. Deshalb verfügte Bundeskanzler Kohl schon vor einiger Zeit, daß der Verteidigungsminister auf einer von langer Hand vorbereiteten Kabinettssitzung der Regierung über die „innere Lage" der Bundeswehr Bericht erstattet. Diesem Ziel dient die heute im Verteidigungsministerium auf der Hardthöhe stattfindenden Kabinettssitzung.

Minister Wörner, dessen Position in der Regierung als Folge der „Affäre Kießling" schwer erschüttert ist, will den Kanzler als Hausherr offiziell begrüßen und, nachdem das Kabinett den Jahreswirtschaftsbericht beraten hat, in einem knapp bemessenen Vortrag dem Kabinett die wichtigsten der Probleme darlegen, die die Soldaten belasten. Zu Ergänzungen und zur Vertiefung der angeschnittenen Fragen halten sich der Generalinspekteur und die Inspekteure der Teilstreitkräfte sowie des Sanitätswesens bereit. Geplant ist, daß die *medizinische* Versorgung der Truppe und der Zivilbevölkerung im Frieden wie im Verteidigungsfall, die seit vielen Jahren entscheidende Lücken aufweist, einen wesentlichen Teil der Berichte ausmachen sollen.

Zwei der zentralen *Aspekte* der generellen Darlegungen sind die „Schnittstellen" zwischen Wehrpflichtigen und Vorgesetzten in den Kasernen und die zwischen werdenden Wehrpflichtigen in den Schulen, im Elternhaus und am Ausbildungsplatz. Obwohl die Truppe sich hütet, generelle Bewertungen negativer Art abzugeben, wird tendenziell doch *festgestellt, daß die zum Dienst ein*gezogenen Wehrpflichtigen häufig von ihren Vorgesetzten zuwenig „fürsorgliche Behandlung" erfahren. Dies, so wird registriert, gilt, obwohl es nicht generell kritisiert wird, ebenso für Gruppenführer wie für *Zugführer, für Kompaniechefs wie* auch für die Kommandeure auf Bataillonsebene. Vor allem wird von den Vorgesetzten erwartet, daß sie auch nach Dienstschluß für die jungen Soldaten da sind und sie „nicht dem Bier in der Kantine" überlassen. Kenner der Lage sagen, es sei nötig, daß die Offiziere abends wieder mehr in den Kasernen bleiben und durch mehr Anwesenheit und persönliches Engagement eine Art „Geist der Truppe" bilden helfen. An solchen konkreten Beispielen zeige sich er*folgsorientierte* Truppenführung sowie Erziehung und Ausbildung.

Im Verteidigungsministerium ist längst erkannt, *daß zur Lösung* dieser Probleme eine wirkliche Erleichterung beim sogenannten Beförde*rungs- und* Verwendungsstau der Truppenoffiziere und -feldwebel vonnöten ist. Wenn Einheitsführer zehn Jahre und mehr in dieser Verwendung bleiben müßten, sei klar, daß Dienstplangestaltung und Freizeitvorhaben für ihre Einheit mehr und mehr in *phantasielose Routine* und in einen Prozeß abgenützten Engagements abglitten. Der „Führer" der Kompanie werde zum „Leiter" einer Dienststelle. Bei so langen „Stehzeiten" der Vorgesetzten sei auch nicht zu verhindern, daß diese im Vergleich mit den *18jährigen* Wehrpflichtigen zu „alt" seien, um diesen in deren Sprache und Erlebniswelt zu begegnen. Darunter leide schließlich nicht nur die wirksame Einsatzbereitschaft der Truppe, negativ beeinflußt sei auch im weitesten Sinne die „Attraktivität" der Bundeswehr *für die* zivile Umwelt.

Der zweite generelle Aspekt, die „Schnittstelle" zwischen Jugendlichen und Gesellschaft vor deren Eintritt in die Bundeswehr, beeinflußt besonders deren Einsicht und Motivation für *ihren* Wehrdienst. *Darauf* haben vor der Regierung Kohl bereits zahlreiche Bundesregierungen hingewiesen. Aber bis heute sei es dabei geblieben, daß von den Kultusministerien und den Schulbehörden eher „Lippenbekenntnisse" zugunsten einer verbesserten Unterrichtung der Jugend über Sinn und Notwendigkeiten des Wehrdienstes abgegeben werden.

Darüber hinaus soll die Kabinettssitzung auch dazu dienen, den Mitgliedern der Regierung in groben Umrissen eine Vorstellung von der Bundeswehrplanung bis in die neunziger Jahre *zu geben. Dabei spielt* der Rückgang der Geburtenjahrgänge eine Rolle, aber auch die Frage, wie die Zielsetzung einer verbesserten konventionellen Kampfkraft der Bundeswehr mit neuen Waffentechnologien erreicht werden kann.

„Detaillierte Zahlenwerke" werden dem Vernehmen nach dem Kabinett nicht vorgetragen. Auch sind von dieser Sitzung der *Regierung* auf der Hardthöhe keine Entscheidungen zu erwarten. Schließlich will das Verteidigungsministerium in der augenblicklich schwierigen Lage des Bundeshaushaltes keine zusätzlichen finanziellen Forderungen etwa zum Abbau des Verwendungsstaus erheben. Im Vordergrund, so wurde versichert, stehe die Information der Re*gierung*, so daß aus ihr in den nächsten Jahren mehr Verständnis für dann etwa anstehende Haushaltswünsche der *Hardthöhe* erwachsen könnte.

Ein letztes Kapitel der RAF?

Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt *stehen* von *heute* an *in Stammheim vor* Gericht

WERNER KAHL, Stuttgart

Geballte Fäuste und Durchhalteparolen können heute zum Prozeßbeginn im Gerichtsgebäude Stuttgart-Stammheim *nicht mehr* darüber hinwegtäuschen, daß *das* Umfeld der RAF-Stadtguerrilla immer stärker geschrumpft ist. Am Vorabend des Prozesses gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar, die als Testamentsvollstrecker Andreas Baaders und Gudrun Ensslins 1977 die RAF-Nachfolgeorganisation bildeten, erinnerte das damalige Sprachrohr der *RAF-Mitbegründerin Ulrike* Meinhof, „Konkret", an die „Vergessenen" in Stammheim.

Die einstigen Genossen heutiger RAF-Gefangener aus dem zerbrochenen Führungskern wie Klar und Mohnhaupt seien auf dem Marsch durch die Institutionen inzwischen in Abteilungsleitungen, im Fraktionsvorstand oder auf dem Lehrstuhl angelangt, befand *das Magazin* über *das* geistige Terrorismus-Umfeld. Im Zwiespalt zwischen heutigem Sein und einstigem Bewußtsein gingen sie statt auf die Barrikaden zum Psychiater, denn „der nimmt auch Geld und schweigt".



Christian Klar



Brigitte Mohnhaupt

Ob heute morgen in Stammheim das letzte Kapitel der deutschen Stadtguerrilla aufgeschlagen wird, darauf *will* sich *die* Justiz vorerst nicht festlegen. Die Fahnder zögern, das vierzehnte Jahr des Untergrundkampfes einer kleinen Gruppe gegen die Gesellschaftsordnung als Liquidationsdatum der „Roten Armee Fraktion" einzuläuten. Spärliche Nachrichten aus der Szene, zu denen die Absetzbewegung führender RAF-Mitglieder 1983 in den arabischen Raum gehörte, haben zwar frappierende Ähnlichkeit mit der letzten Phase der Selbstauflösung der terroristischen „Bewegung 2. Juni". Doch die Angeklagten in Stammheim scheinen die Hoffnung auf einen Befreiungsschlag noch nicht aufzugeben.

Zuschauer des Stuttgarter Mammutverfahrens – 436 Zeugen, 83 Sachverständige – werden vergeblich nach typischen Merkmalen einer „terroristischen Karriere" suchen. Den Terroristen schlechthin gebe es *ebensowenig wie* *d e n* *Terrorismus*, so Joachim Wagner in einer vergleichenden Betrachtung des politischen Terrorismus und Strafrechts im kaiserlichen Deutschland. Leichter dagegen erscheint die Einordnung ihrer Rolle in der Bewegung. Funktionsträger *sind heute wie damals geistige* Wegbereiter, Organisatoren und „Soldaten". Im Kollektiv organisierten Terrorismus der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts hatte es Peukert, einer der intellektuellen Führer, sogar abgelehnt, sich an Gewalttaten zu beteiligen, da sein *Leben* für die Bewegung zu kostbar sei, es auf dem Schafott zu opfern.

Den Stammheimer Angeklagten droht als Höchststrafe lebenslange Haft. Laut Anklageschrift organisierten sie führend die *Mordanschläge*, denen 1977 Generalbundesanwalt Siegfried Buback, der Bankier Jürgen Ponto und Hanns Martin Schleyer, der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, mit seinen Begleitern zum Opfer fielen: ge*meinschaftlich* begangener *neunfa*cher Mord. Über den Tatbeitrag der Angeklagten im einzelnen ist der Anklage allerdings nichts zu entnehmen. Im Vordergrund stehen wieder einmal wie in anderen Terroristenprozessen die stummen Beweiszeugen der *Kriminaltechnik*.

Christian Klar wird außerdem Mordversuch an zwei Personen vorgeworfen, als er im *Januar 1977* sich an der Schweizer Grenze den Weg freischoß. Brigitte Mohnhaupt und er sollen ferner an dem mißglückten Anschlag auf US-General Frederick Kroesen in Heidelberg 1981 beteiligt gewesen sein.

Nach ihrer Verhaftung 1982 machte Brigitte Mohnhaupt die Erfahrung, daß ihr früher zugängliche Kommunikationswege zwischen Häftlingen und Außenwelt blockiert waren. Sie hatte von 1972 bis 1977 ihre erste Strafe als Mitglied der ehemaligen Baader-Meinhof-Bande verbüßt. Das damalige sogenannte „Info-System" machte es möglich, daß sie nach der Entlassung am 8. Februar 1977 sofort an den Neuaufbau der zerschlagenen RAF heranging. Mit 20 Jahren hatte sie sich als Studentin in München einer Kommune angeschlossen, mit 22 prangte ihr Name zum ersten Mal *auf einem Steckbrief, und mit* 28 war sie 1977 nach Feststellung der Bundesanwaltschaft neue Chefin der Stadtguerrilla.

Christian Klar war 1974 in der Anarcho-Szene in Erscheinung getreten. Der *damals* 22jährige angehende Politologe aus dem Badischen machte bei der Besetzung eines Hauses in der Hamburger Ekhofstraße mit. Mit der Krankenschwester Adelheid Schulz, die gegenwärtig vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht angeklagt ist, trat er der *RAF-Nachfolgegruppe* bei und konnte sich dank heimlicher Quartiergeber fünf Jahre dem Fahndungsnetz entziehen.

Hoffnungen der Angeklagten auf die Eröffnungswoche überdauernde *Solidaritätsbekundungen hat das* Szenenblatt „taz" bereits einen Dämpfer aufgesetzt. Sie würden „oft allein sein" mit Richtern, Bundesanwälten und den insgesamt neun Verteidigern. Ein gestern in der Szene verbreiteter Gedanke einer Amne*stie-Kampagne für alle RAF-Häftlin*ge macht die Aussichtslosigkeit, mit der anscheinend die Fortsetzung des Untergrundkampfes betrachtet wird, noch deutlicher. Christian Lochte, Präsident des hamburgischen Verfassungsschutzes, erklärte dazu auf *Anfrage der WELT*: „*Dann sollen* sie (das noch untergetauchte restliche RAF-Kommando – die Red.) erst einmal einen Brief schreiben, daß sie ihren so bezeichneten ‚militärischen Kampf' eingestellt haben."

Brauchitsch weist Vorwürfe zurück

DW. Bonn

Bis zum Beginn der gerichtlichen Ermittlungen seien ihm Spendenmanipulationen zwischen der Firma Flick und der kirchlichen Organisation „Soverdia" unbekannt gewesen, er habe jedoch 1981 „unverzüglich Anweisung erteilt, 12 *Millionen* Mark nachzuversteuern", als der Verdacht der Steuerhinterziehung auftauchte. Das erklärte der ehemalige Flick-Gesellschafter Eberhard von Brauchitsch zu den Vorwürfen, die im „Spiegel" gegen ihn erhoben wurden.

Das Nachrichten-Magazin hatte behauptet, führende Flick-Manager hätten dem Missions-Verein Soverdia („Societas Verbi Domini") über Jahre hinweg Geld gespendet, dafür eine Steuerbescheinigung erhalten, aber Teile der Spende insgeheim zurückgeschleust.

Tatsächlich, so von Brauchitsch, sei ihm dieser Vorgang bis zum Beginn der Ermittlungen unbekannt gewesen. Der „Spiegel" benutze diese „erneute diffamierende und unwahre *Berichterstattung*" *mit Blick auf die* bevorstehende Zeugenvernehmung vor dem Flick-Untersuchungsausschuß des Bundestages. Der Missionspater Josef Schröder habe vor der Staatsanwaltschaft wahrheitsgemäß ausgesagt, bei Flick nur mit den Herren Kaletsch, Christoffer und Diehl zusammengetroffen zu sein, nicht aber mit ihm, erklärte von Brauchitsch.

Auch einen zweiten Vorwurf des „Spiegel" weist der Manager zurück. Danach soll von Brauchitsch dem Bankier Adolf Ratjen eine Provision von rund 2,7 Millionen Mark gezahlt haben, um den Verkauf der Maxhütte *an die Klöckner-Gruppe* zu fördern. Von dieser Summe sei die Hälfte an Flick zurückgeflossen.

„Der Bankier Ratjen *ist nicht von* mir für die Tätigkeit in Sachen Maxhütte eingeschaltet worden", entgegnet von Brauchitsch, und „von einer *Rückprovision* von Ratjen an Flick ist mir nichts bekannt."

Die im „Spiegel" faksimiliert wiedergegebenen Unterlagen, hätten – falls es sich nicht um Fälschungen handle – für ihn damals einen völlig anderen Informationswert besessen als heute unterstellt. Die Darstellung des Nachrichtenmagazins sei „entstellt", falsch und die Umstände der Durchsuchung seines Privathauses „empörend", meinte von Brauchitsch.

Philologenverband kritisiert Niveau der Hochschulen

PETER PHILIPPS, Bonn

Die deutschen Philologen haben gestern den „Schwarzen Peter", der ihnen schon so lange zugeschoben wird, weitergereicht: Nicht Mängel der gymnasialen Schulbildung seien schuld an dem immer wieder beklagten Niveau des Akademiker-Nachwuchses, sondern die „Krise" der Universitäten wirke sich hier aus.

Philologenverbands-Vorsitzender Bernhard Fluck sprach von „deutlich nachlassender Qualität der Leistungen in der Lehre wie auch in der Forschung", von der „Politisierung und Soziologisierung" der Hochschulen, die in vielen Fällen zu einem „tiefen Graben zwischen dem Wissen und Können der Hochschulabsolventen und der Möglichkeit der beruflichen Nutzung" geführt hätten, und von der „oft mangelnden Bewährung der Hochschulabsolventen im Beruf".

Im Vertrauen auf die eigene Leistungsfähigkeit erteilen die Philologen deshalb auch allen Überlegungen der Universitäts-Präsidenten und einiger Kultusminister eine deutliche Absage, am Gymnasium mitkurieren zu wollen. Das Gymnasium mit neun Schuljahren und Abitur-Abschluß biete, so Fluck, nach wie vor „die beste Voraussetzung für den Hochschulzugang und für ein erfolgreiches Studium".

Bei aller Kritik – an einem Punkt gehen die Gymnasiallehrer wieder auf Schulterschluß mit den Hochschulen: Eliteschulen und Elite-Universitäten, wie sie unter anderem von Außenminister Genscher gefordert werden, *lehne auch der Philologen*verband ab. Das bestehende Schulwesen biete genügend Möglichkeiten zur Hochbegabten-Förderung, die nur wieder stärker ausgeschöpft werden müßten. Der Verband hat deshalb ein „Memorandum" vorgelegt, in dem eine optimale Förderung der Anlagepotentiale eines jeden jungen Menschen verlangt wird. Da die Gymnasien der geeignete Ort zur Förderung seien, müßten sie sachlich wie personell für diese Aufgabe besser ausgestattet werden. Außerdem seien die Möglichkeiten zur zweifelsfreien Erkennung von Hochbegabten sowie die entsprechenden Förderungs- und Unterrichtungsinhalte noch besser zu erforschen.

Neue Verfassungspläne nach Bonner Vorbild

Von F. MEICHSNER

Zur Stabilisierung der italienischen Demokratie hat die Democrazia Cristiana eine Reihe von Verfassungsänderungen vorgeschlagen. Sie umfassen die Wahl des Ministerpräsidenten durch das Parlament oder die parlamentarische Bestätigung des vom Staatspräsidenten ausgewählten Regierungschefs durch ein allein auf diesen – nicht mehr wie bisher auf die ganze Regierung – bezogenes Vertrauensvotum, die Einführung des konstruktiven Mißtrauensvotums, die Korrektur des reinen Verhältniswahlrechts durch Gewährung einer Mehrheitsprämie sowie eine Differenzierung der Gesetzgebungsbefugnisse von Abgeordnetenkammer und Senat.

Ein Memorandum mit diesen christdemokratischen Vorschlägen wurde dem Präsidenten des Parlamentsausschusses für institutionelle Reformen zugeleitet. Die Kommission war *aufgrund einer* Koalitionsabsprache nach der Bildung der

ITALIEN

Regierung Craxi im vergangenen Herbst eingesetzt worden. Parteisekretär De Mita will am heutigen Mittwoch das Reformprojekt seiner Partei vor dem Ausschuß im einzelnen vortragen und erläutern.

Ausgangspunkt der Vorschläge ist die in fast 40jähriger Praxis gewonnene Überzeugung, daß einige Artikel der 1947 in Kraft getretenen Verfassung die parlamentarische Arbeit verlangsamen, die politische Zersplitterung fördern und der Exekutive eine zu schwache Position einräumen. So muß bisher jedes Gesetz sowohl die Kammer als auch den beinahe identisch zusammengesetzten Senat durchlaufen. Das Gesetzgebungsverfahren wird dadurch – zumeist ohne entsprechenden qualitativen Gewinn für die einzelnen Gesetze – nicht nur kompliziert, sondern auch beträchtlich verzögert.

Als noch folgenschwerer haben sich das in der Verfassung fixierte Ungleichgewicht zwischen Parlament und Regierung, die durch das reine Verhältniswahlrecht begünstigte Parteienzersplitterung sowie das Umsichgreifen der außerparlamentarischen Krisen erwiesen, denen von der Verfassung kein Riegel vorgeschoben wurde. Jede Regierung ist potentiell ständig bedroht – sei es von Auseinandersetzungen unter den Koalitionsparteien, sei es von Machtkämpfen in jeder einzelnen dieser Partei. Für den Sturz eines Kabinetts reichen oft wenige parlamentarische „Heckenschützen" irgendeiner der zahlreichen Parteiströmungen aus. 43 Regierungskrisen seit Kriegsende sind eine Bilanz, die allmählich auch immer mehr italienische Politiker beunruhigt.

Die Einführung einer Sperrklausel für Miniparteien nach deutschem Muster schließt sich für Italien aus. Dies schon deshalb, weil sich dafür keine verfassungsändernde Mehrheit finden würde. Ein anderer Hinderungsgrund ist, daß dadurch verdienstvolle Traditionsparteien vom Untergang bedroht würden – etwa die Republikaner und die Liberalen, deren Verdienste um den demokratischen Staat weit über ihre numerische Stärke *hinausreichen. Die* Christdemokraten schlagen deshalb bei grundsätzlicher Beibehaltung des Verhältniswahlrechtes die Gewährung einer Mehrheitsprämie für das in einer Wahl siegreiche Koalitionslager vor.

Ob sie sich mit diesem Vorschlag durchzusetzen vermögen, ist freilich ziemlich fraglich. Die Kommunisten, deren Zustimmung De Mita für eine Verfassungsreform sucht, haben bereits Widerspruch erhoben.

Theoretisch wäre zwar eine Verfassungsänderung auch ohne kommunistische Mithilfe möglich, da verfassungsändernde Gesetze absolute Stimmenmehrheit beider Parlamentshäuser und das bei jeweils zwei *Durchgängen bedürfen. Aber diese* absolute Mehrheit würde die absolute Geschlossenheit des jetzigen Regierungslagers voraussetzen, die in punkto Mehrheitsprämie schwer zu erreichen sein dürfte.

Größere Chancen werden den christdemokratischen Vorschlägen zur Einführung des konstruktiven Mißtrauensvotums und zur Differenzierung der Gesetzgebungsbefugnisse von Kammer und Senat gegeben. Vorstöße in diese Richtung waren bereits im April 1981 auch vom jetzigen sozialistischen Ministerpräsidenten Craxi auf dem 42. Nationalkongreß seiner Partei in Palermo gemacht worden.

Bei den Verlagen in Fleet Street füllen sich wieder die Kassen

Erstmals seit 1974 Gewinne für britische Zeitungen / Gewerkschaften wollen mehr Lohn

FRITZ WIRTH, London

„Ich habe nicht die Absicht, teures Geld für eine Zeitung zu bezahlen, die nicht erscheint", sagte Rupert Murdoch seinen aufmüpfigen Gewerkschaften, nachem sie den kanadischen Verleger Thomson aus dem Hause gegrault und zum Verkauf des teuersten Zeitungsjuwels im Lande, der „Times", veranlaßt hatten. „Wenn sich solche Arbeitskämpfe wiederholen, schließe ich den gesamten Laden", hatte Murdoch drohend hinzugefügt.

Seit Donnerstag letzter Woche sind in Großbritannien wieder einmal „Times"-lose Zeiten. Das Blatt ruht zusammen mit der Schwesterzeitung „Sunday Times". Die Verluste dieses Streiks betragen bis zur Stunde zwei Millionen Pfund (etwa acht Millionen D-Mark), und aus der Verlagsetage der „Times" in der Gray's Inn Road sind altvertraute Sätze zu vernehmen. *„Das gesamte Unternehmen ist* in Gefahr. Wenn der Streik nicht schnell beendet wird, werden ‚Times' und ‚Sunday Times' endgültig vom Markt verschwinden."

Diese Todesdrohung ist in den letzten drei Jahren genau zwölfmal zuviel ausgesprochen worden. Denn dies ist die zwölfte Stillegung des Blattes, seit die „Times" im Jahre 1979 für elf Monate vom Markt verschwand. Sie kommt bei den Gewerkschaften nicht mehr an, selbst wenn sie vom angeblich so eisenharten neuen „Times"-Besitzer Murdoch gebraucht wird.

Der Anlaß des gegenwärtigen Streiks bei der „Times" ist, wie bei nahezu allen Arbeitskämpfen in Fleet Street, auf den ersten Blick fast lächerlich. Der „Times"-Verlag hat einen neuen Chef für sein Bildarchiv eingestellt. Das Problem: Er gehört zwar der richtigen Gewerkschaft (Sogat 82) an, nicht aber der richtigen Unterabteilung, nämlich zur Gruppe der Abteilungsleiter. Die Gewerkschaft jedoch meint, er müsse von einem Mitglied ihrer Hauptgewerkschaft besetzt werden.

Hinter diesem lächerlichen Anlaß jedoch steht mehr. Es geht um das Management des Blattes, um die Frage, wer die Personalpolitik betreibt. Denn 80 Prozent der Fleet-Street-Jobs werden nicht von den Zeitungsverlagen, sondern von den Gewerkschaften vergeben. Die Sogat-Leute wollten in diesem Falle auch ein Mitspracherecht bei der Vergabe des Abteilungsleiter-Jobs haben.

Im Grunde genommen ist beiden Seiten der Streik peinlich. Sie wollen ihn so schnell wie möglich beenden. Die am Dienstag neu gestarteten Gespräche geben Anlaß zur Hoffnung. Wie immer der Ausgang sein wird, er wird das übliche Fleet-Street-Format haben: ein Kompromiß, der keines der Probleme löst. Der nächste, also der 13. Ausstand bei der „Times", darf schon mit Sicherheit angekündigt werden.

Der Grund: das Läuten der Totenglocken in den Verlagsetagen von Fleet Street hat seit einigen Monaten keine Wirkung mehr. Die Gewerkschaften wissen: Es geht nach langer



Will den „gesamten Laden schließen": Times-Verleger Rupert Murdoch FOTO: CAMERA PRESS

Talfahrt wieder aufwärts in den Verlagshäusern. Es ist für sie wieder etwas zu holen. Sie treten an zur Selbstbedienung.

14,5 Millionen Tages- und 18 Millionen Sonntagszeitungen werden in Fleet Street produziert und verkauft. Der Gesamtumsatz pro Jahr liegt bei etwa 1,2 Milliarden Pfund (rund 4,8 Milliarden Mark). Dieser Umsatz hat im letzten Jahr einen Gesamtgewinn von 2,3 Millionen Pfund eingebracht. Das ist zwar eine lächerlich kleine Profitmarge, dennoch ist diese Zahl ein Ereignis, denn sie signalisiert eine Wende im britischen Zeitungsgeschäft. Es ist der erste Gewinn in Fleet Street seit neun Jahren.

Um die Wende an einem Beispiel zu demonstrieren: Im ersten Geschäftsjahr unter Murdoch schloß der „Times"-Verlag mit einem Verlust von 28 Millionen Pfund (112 Millionen D-Mark) vor Steuern ab. Im zweiten Jahr waren es nur noch 8,5 Millionen. In diesem Jahr sollte der Verlag die Verlustzone verlassen, was der jüngste Streik freilich verhindern wird.

Im gleichen Zeitraum stieg die Auflage der „Times" von 276 000 beim Murdoch-Kauf im Frühjahr 1981 auf heute 380 000. In diesem Frühjahr soll die 400 000-Grenze überschritten werden. Diese neue Blütezeit in Fleet Street ist bei den Qualitätszeitungen deutlicher spürbar als bei den Massenblättern. Diese Massenblätter leben von der Auflage, die weitgehend stagnierte, die Qualitätszeitungen dagegen vom Anzeigengeschäft, das sich im letzten Jahr um sechs Prozent verbesserte.

So meldete der „Guardian" nach jahrelangen Verlusten, die von seiner Schwesterzeitung in Manchester wettgemacht wurden, im letzten Jahr *den ersten Reingewinn von einer Mil*lion Pfund, wobei sich die Zeitung eine weitere Million Pfund für Fernsehwerbung leistete. Aufwärts geht es auch im Hause der „Daily Mail", die das Jahr 1982 mit einem Verlust von drei Millionen Pfund und 1983 mit einem Gewinn von zwei Millionen Pfund abschloß. Selbst der „Observer", lange Jahre wirtschaftlich das „kranke Kind" unter den Sonntagszeitungen, steckt seit ein paar Monaten nicht mehr in den roten Zahlen.

Nach langen Jahren der Krisen also wieder rosige Zeiten in Fleet Street. Der Haken jedoch ist: Die Gewerkschaften haben es gemerkt und bitten zur Kasse. Sie stehen mit Lohnforderungen von zehn Prozent vor den Türen der Verleger, die denn auch jetzt schon wieder Krisenalarm geben.

Sie sorgen sich nicht so sehr um die Höhe dieser Lohnforderungen, sondern um die Zahl der Arbeiter und Angestellten, an die sie gezahlt werden müssen. Denn in Fleet Street werden im Augenblick 33 000 Leute beschäftigt. Das sind genau doppelt so viel, wie tatsächlich benötigt werden. Die Gewerkschaften haben angekündigt, daß sie nicht mehr bereit sind, sich weitere Stellen durch Abfindungssummen abkaufen zu lassen. Die nächsten Streiks und Stillegungen sind spätestens im Frühjahr in Sicht.

„Kampf gegen Terrorismus koordinieren"

U. L. Straßburg

Zwei Tage nach der Ermordung des spanischen Generals Quintana Lacaci durch ETA-Terroristen hat der spanische Ministerpräsident Felipe Gonzales gestern seine Forderung nach einer europäischen Regierungskonferenz im Kampf gegen den Terrorismus bekräftigt. Vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sagte Gonzales: „Keiner soll glauben, daß er sich der Gefahr des Terrorismus dadurch entziehen kann, daß er abseits steht. Dieser blinde Egoismus wird niemandem Terroranschläge ersparen. Es ist unverzichtbar, daß die Demokratien in Westeuropa auf diese Bedrohung mit

einer festen, abgestimmten und solidarischen Aktion reagieren."

Gonzales regte ferner eine Regierungskonferenz der 21 Staaten des Europarates zur Lösung der Probleme der Jugendarbeitslosigkeit an. Immerhin seien heute in den Staaten des Europarates acht bis neun Millionen junge Menschen ohne Arbeit. Nachdrücklich bekannte sich der spanische Ministerpräsident zum Wunsch seiner Nation nach Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft.

AN DIESEM ANGEBOT KOMMEN SIE SO SCHNELL NICHT VORBEI. AUSSER MIT DEM WAGEN RECHTS.

2.0-l-HC-OHC-Motor, 77 kW (105 PS) / 5-Gang-Getriebe / Einzelradaufhängung / Gasdruckstoßdämpfer / Doppelgelenk-Schräglenker-Hinterachse / Servolenkung / 6 J x 14 Stahlfelgen und Stahlgürtelreifen 185 SR 14 / Bremskraftverstärker / Langflorteppichboden / Ablageschalen an den Vordertüren / Mittelkonsole mit beleuchtetem Aschenbecher und Zigarettenanzünder, sowie Ablagebox mit stoffbezogener Abdeckung / regelbare Instrumentenbeleuchtung / Scheibenwischer-Intervallschaltung mit variablem Intervall / einstellbare Lendenstütze im Fahrersitz / Türverkleidungen mit Stoffeinsatz / höhen- und neigungsverstellbare, stoffbezogene Kopfstützen / Zigarettenanzünder auch im Fond / abschließbarer Tankverschluß / H4-Halogen-Hauptscheinwerfer / Nebelschlußleuchte in Heckleuchte integriert / 2 von innen einstellbare Außenspiegel / Lamellen-Kühlergrill in Wagenfarbe / Seitenschutzleisten / Kofferraumbeleuchtung mit Kontaktschalter / Kofferraumvolumen: 485 Liter (VDA) / zulässige Anhängelast: 1750 kg bei 8% Steigung.

Jetzt ein besonderes Ford Granada-Angebot:

DM 19.935,–

Unverbindliche Preisempfehlung ab Werk.

Dazu das Super-Angebot der Ford Credit Bank: Nur 5,9% effektiver Jahreszins, wenn Sie jetzt kaufen. Keine Bearbeitungsgebühr. Selbstverständlich gilt dieser Zinssatz auch für Finanzierungen ohne Anzahlung. Sprechen Sie jetzt mit Ihrem Ford-Händler.

FORD GRANADA LIMOUSINE




Ford

Was geschieht mit Bischof Muzorewa?

Im Ausland macht die Opposition auf die Zustände in Zimbabwe aufmerksam

M. GERMANI, **Johannesburg**

Der erste schwarze Premierminister von Zimbabwe-Rhodesien, Bischof Abel Muzorewa, der im November vergangenen Jahres von der Regierung verhaftet wurde, wird nach wie vor im Gefängnis von Goromonzi, nahe der Hauptstadt Harare, festgehalten. Bisher gibt es keine Anzeichen für seine Freilassung in nächster Zeit.

Ein führendes Mitglied der UANC-Partei Muzorewas, Chris Sakala, will in diesen Tagen in London eine Kampagne zur Freilassung Muzorewas einleiten. Zu dem Vorwand von Muzorewas Verhaftung erklärt Sakala der WELT: „Beziehungen zu Israel zu haben, bedeutet noch lange nicht, politische und militärische Unterstützung aus diesem Staat zu erhalten. Muzorewa hat andererseits sehr wohl realisiert, daß Südafrika unser ständiger Nachbar ist, ganz gleich, ob dort eine schwarze Regierung herrscht oder nicht. Er hat sich immer für Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit dem Nachbarland ausgesprochen. Schließlich hat die marxistische Regierung in Harare den gleichen südafrikanischen Handelskommissar wie zur Zeit der weißen Regierung. Muzorewa und die UANC glauben, daß Mugabe und seine Schlächter nur die Hand beißen, die sie ernährt. Es war schließlich Muzorewa, der bei den Verhandlungen seinerzeit in Lusaka mit der weißen Regierung des Ian Smith für die Freilassung politischer Gefangener votiert hatte. Die Verhaftung des Bischofs haben wir schon lange erwartet, sie ist ein Schritt in den Ein-Parteien-Staat. Die Welt soll aber eines wissen: Die wahren Unterdrücker des Volkes in Zimbabwe sitzen in Zimbabwe und nicht in Südafrika oder Israel."

Sakala will in Europa und den USA die Öffentlichkeit auf das Schicksal Muzorewas aufmerksam machen. Er beabsichtigt, sich vor allem mit Amnesty international und der Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt in Verbindung zu setzen, um eine Freilassung des Bischofs zu erwirken. Besonders enttäuscht sind die Anhänger Muzorewas über die Tatsache, daß sich die christliche Welt nicht für ihn einsetzt, insbesondere die Methodistische Kirche in den USA, deren Bischof er ist.

In London erklärte jetzt auch der zimbabwische Oppositionspolitiker Pastor Sithole: „Premierminister Robert Mugabe wird bis Mitte des Jahres nach marxistischem Vorbild in Zimbabwe einen Ein-Parteien-Staat errichten." Der Oppositionspolitiker, gleichzeitig Gründer der „Zimbabwe African National Union Party", berichtet außerdem: „Im Matabeleland sind in den letzten 18 Monaten 20 000 bis 30 000 Menschen getötet worden." Aus Zeugenaussagen gehe hervor, daß 3000 Soldaten der gefürchteten fünften nordkoreanischen Brigade weiter das Matabeleland durchkämmen. Es komme immer wieder zu blutigen Zwischenfällen.

Vorwürfe gegen Warschau vor Europaparlament

dpa, **Brüssel**

Das Europäische Parlament wird sich auf Antrag der deutschen Christdemokraten mit der Lage der deutschen Minderheit im polnischen Machtbereich befassen. Nach einem gestern veröffentlichten Entschließungsantrag sollen die Außenminister der EG aufgefordert werden, sich in Warschau für die deutsche Bevölkerung einzusetzen.

Die deutschen Christdemokraten werfen der polnischen Regierung in ihrem Antrag vor, den Staatsbürgern deutscher Abstammung (rund eine Million) viele Menschenrechte vorzuenthalten. So würden deutsche Vornamen nicht ins Amtsregister eingetragen und Deutsch könne oft weder als erste noch als zweite Fremdsprache an den Schulen erlernt werden. Die 200 000 Ausreisewilligen müßten nach Einreichen eines Ausreiseantrages damit rechnen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und endlosen Verhören ausgesetzt zu werden.

Machtwechsel ohne Wende in Caracas

Auch unter Lusinchi steht Venezuela noch lange Durststrecke bevor / Treffen mit Alfonsin

WERNER THOMAS, *Miami*

Während seiner Wahlkampagne hatte Jaime Lusinchi seinen Landsleuten versprochen, die wirtschaftlich stagnierende Nation „wieder in Marsch zu setzen". Und: „Ich werde alle notwendigen Maßnahmen treffen und keine Hürden scheuen." Jetzt muß er zeigen, ob er Wort halten kann.

Der 59jährige Kinderarzt übernimmt morgen die Präsidentschaft des südamerikanischen Ölstaates Venezuela. Mit seiner Amtseinführung beginnt wieder eine fünfjährige Regierungszeit der sozialdemokratischen Partei „Acción Democratica" (AD) und die christdemokratische „Partido Social-Cristiano" (COPDI) geht in die Opposition. Ein solcher Wechsel ist in diesem Land fast schon Tradition.

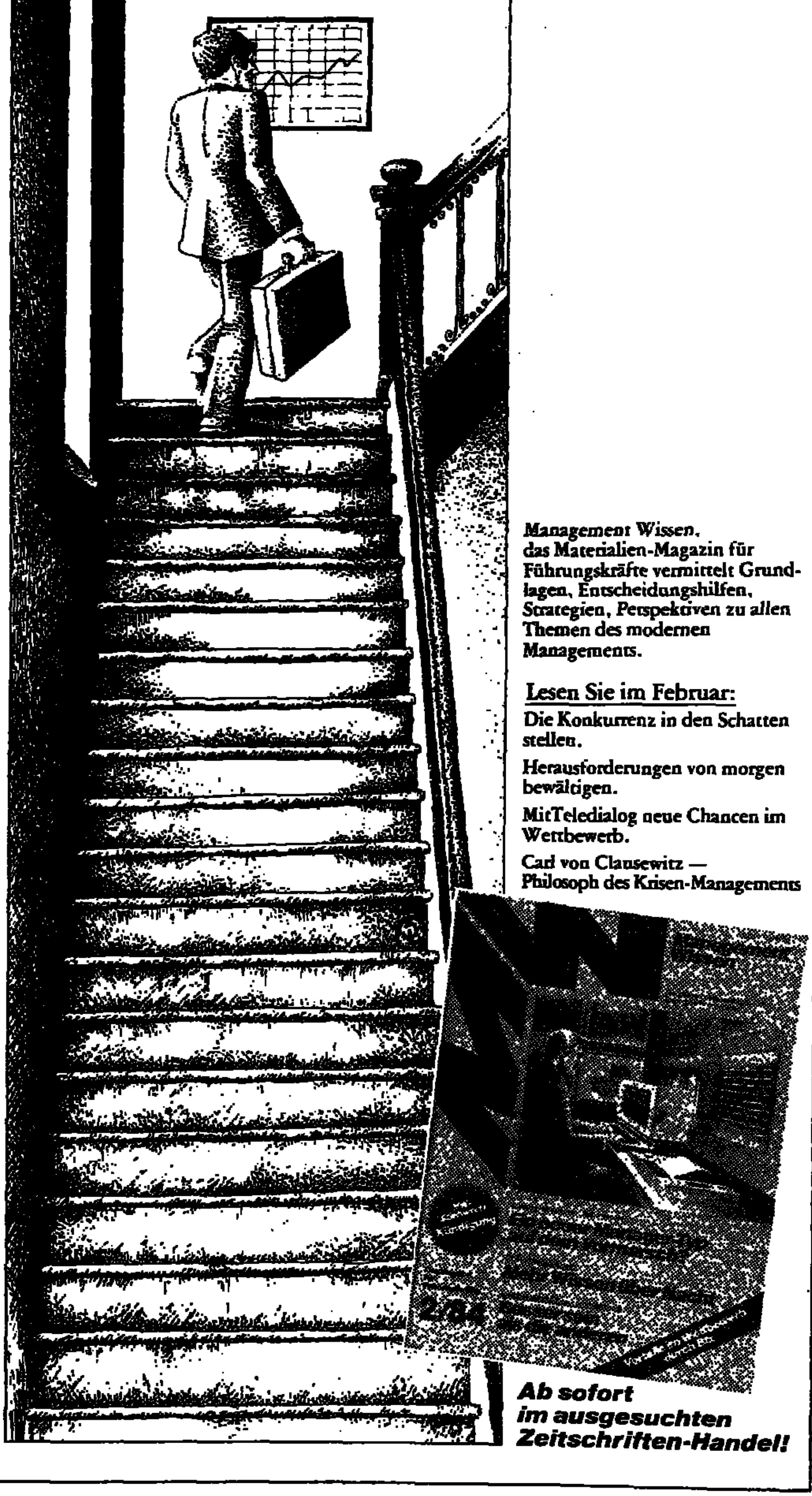
Lusinchi, ein jovialer Mann mit einem volksnahen Naturell, steht unter starkem Erwartungsdruck. Die Arbeitslosenrate liegt bei 17 Prozent und die Auslandsschulden der 15,5 Millionen Venezolaner betragen 34 Milliarden Dollar. Lusinchi muß die von seinem Amtsvorgänger Luis Herrera Campins begonnenen Umschuldungsverhandlungen fortsetzen. Die Gläubiger fordern, daß die Nation ein Austeritätsprogramm des Internationalen Währungsfonds (IWF) akzeptiert. Wenn Lusinchi darauf eingeht – es bleibt ihm vermutlich keine Alternative – steht dem Land eine weitere Durststrecke bevor.

Der prominenteste Gast bei den Feiern in Caracas wird der argentinische Präsident Raul Alfonsin sein, der die erste Auslandsreise seit seiner Machtübernahme Mitte Dezember unternimmt. Beide Männer verbindet nicht nur eine persönliche Freundschaft, sondern auch die gleiche politische Wellenlänge. Sie hören es gern, wenn man sie „pragmatische Sozialdemokraten" nennt.

Wie es heißt, wollen sich Lusinchi und Alfonsin ausführlich über die explosive Lage in Mittelamerika unterhalten. Venezuela gehört neben Mexiko, Panama und Kolumbien zu der sogenannten Contadora-Gruppe, die sich für eine friedliche Lösung des Konfliktes einsetzt.

Herrera Campins scheidet als einer der unpopulärsten Präsidenten in der jüngeren Geschichte Venezuelas. Während seiner Amtsperiode war das Brutto-Sozialprodukt um 4,6 Prozent gesunken. Viele Wahlanalytiker haben die klare Niederlage der Christdemokraten auf die Ressentiments der Bevölkerung gegen den glücklosen Staatschef zurückgeführt.

Der Generalsekretär der Partei, Eduardo Fernandez, nannte dieser Tage jedoch auch die Flügelkämpfe als einen Grund des Debakels und forderte von den Funktionären in Zukunft eine solidarische Einstellung. „Nur durch die Einheit können wir wieder die Mehrheit der Bevölkerung und die Regierung zurückgewinnen", sagte er. Fernandez versprach eine „konstruktive und ideenreiche Opposition" der Christdemokraten. (SAD)



Personalien

EHRUNGEN

Bundespräsident **Karl Carstens** soll nächster Ehrenbürger der Stadt Bonn werden. Am 2. Februar beschließt der Bonner Stadtrat in einem gemeinsamen Antrag aller drei Ratsfraktionen von CDU, SPD und FDP über die Ehrenbürgerschaft. Die letzte Ehrenbürgerschaft war im vergangenen Jahr an den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt vergeben worden.

*

Der Aachener Dr. **Stephan Buchkremer**, 82 Jahre alt, ist von **Papst Johannes Paul II.** mit dem hohen päpstlichen Orden vom Heiligen Gregorius ausgezeichnet worden. Den Orden überreichte Aachens Bischof Dr. **Klaus Hemmerle**. Dr. Buchkremer, der bis zum 75. Lebensjahr Geschäftsführer der Hochspannungsgesellschaft in Köln war, hatte sich während des Zweiten Weltkrieges ungewöhnliche Verdienste um die Erhaltung des Aachener Doms erworben. Buchkremer leitete eine Gruppe von Jungen und Mädchen zwischen neun und 14 Jahren, die während der schweren Bombenangriffe auf Aachen 2000mal größere und kleinere Brände im Dom gelöscht hat.

*

Ferdinand Römer, Chefredakteur und Mitherausgeber der in Würzburg erscheinenden einzigen überregionalen katholischen Tageszeitung „Deutsche Tagespost", erhielt von Bundespräsident **Karl Carstens** das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Römer gehört seit dem Gründungsjahr 1948 der „Tagespost"-Redaktion an. Das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse hat auch der in der Schweiz lebende Schriftsteller **Jürgen Thorwald** erhalten. Der gebürtige Solinger, Autor von Büchern wie „Das Jahrhundert der Detektive", „Das Gewürz – Die Geschichte der Juden in Amerika" und „Der Mann auf dem Kliff", erhielt die Auszeichnung in Lugano aus den Händen von Botschafter **Gerhard Fischer**.

*

Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm** gehört jetzt mit in die Reihe jener Politiker, die in der närrischen Zeit Ordensträger werden. In Bürstadt in Hessen erhielt Blüm von dem dortigen Bürstädter Heimat- und Karnevalsverein den diesjährigen Courage-Orden. Die Laudatio hielt der Ordensträger des Vorjahres, Außenminister **Hans-Dietrich Genscher**. Seinen Kabinettskollegen Blüm würdigte er als „Mensch mit Herz" erklärte „eine Regierung ohne Blüm ist wie eine Fußballmannschaft ohne Mittelstürmer".

UNFALL

Unverletzt hat der frühere Bundespräsident **Walter Scheel** einen Autounfall auf der Autobahn Heidelberg–Darmstadt überstanden. In der Nähe von Pfungstadt war ein österreichischer Personenwagen aus einer Parkanlage direkt auf die linke Fahrspur der Autobahn ausgeschert. Trotz einer Vollbremsung fuhr der Mercedes 350, in dem sich Scheel und sein 26jähriger Fahrer befanden, auf. Walter Scheel, der angeschnallt war, kam ohne Blessuren davon. An seinem Wagen soll ein Schaden von 11 000 DM entstanden sein. Der Altbundespräsident, der am Dienstag im Bundestag an der 100-Jahr-Feier für Theodor Heuss teilnahm, fuhr mit einem Begleitfahrzeug weiter zu seinem Wohnsitz nach Köln.



Altbundespräsident Walter Scheel FOTO: DPA

GEBURTSTAG

Professor Dr. **Gerhart Kessler**, emeritierter Ordinarius für Elektrische Antriebstechnik der Technischen Universität München, wird heute 70 Jahre alt. Der gebürtige Berliner hatte zunächst als kommissarischer Leiter des Lehrstuhls für Theorie der Elektrotechnik an der Technischen Hochschule Stuttgart sein Fach durch die Nachkriegswirren geführt. 1950 wurde er Entwicklungsingenieur bei Siemens, zunächst in der Nachrichtentechnik, dann in der Energietechnik. Hier wurde er der Begründer einer modernen Systemtechnik bei Mehrmotorenantriebsanlagen, zum Beispiel bei der Papier-, Kunststoff- und Druckindustrie. 1965 ging er als Ordinarius für Elektrische Antriebstechnik nach München. Seinen Studenten vermittelte er gleichermaßen gekonnt Erfahrungen aus der Praxis wie die Kenntnis wissenschaftlicher Methoden. Er wirkte auch an den neuesten Entwicklungen der Einführung der Mikrorechner noch mit. 1973 war er Dekan der Fakultät für Maschinenwesen und Elektrotechnik.

GESTORBEN

Michael Zahn, Vorsitzender des Vorstands der Phrix A. G. in Hamburg, starb im Alter von 76 Jahren. Zahn, Sohn eines Wuppertaler Rechtsanwalts, arbeitete ab 1933 zunächst bei den Vereinigten Glanzstoff Fabriken in Wuppertal. Später gehörte er dem Vorstand der österreichischen Glanzstoffwerke in St. Pölten an und trat 1952 in den Vorstand der Phrix Werke in Hamburg ein. Michael Zahn war auch Präsident der deutschen Industrievereinigung Textilfaser.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Immerwährender Vergleich

„Leserbrief: Dauerstreit um Privilegien"; WELT vom 10. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Darstellung des Herrn Ellingen, Trier, im Zusammenhang mit einer Überversorgung der Mitarbeiter großer Betriebe in der Wirtschaft bedarf der Richtigstellung.

Wenn Industrieunternehmen besonders wichtigen Fachkräften eine Pensionszusage anbieten oder diese in ihren Statuten verankern, dann hat dies aber überhaupt nichts mit „praktiziertem Gruppenegoismus" zu tun.

Auch die Mitfinanzierung über Preise und Steuern ist unbedeutend. Die deutschen Unternehmen arbeiten in keinem Naturschutzpark, sondern sind im In- und Ausland bis auf sehr wenige Ausnahmen hartem Wettbewerb ausgesetzt. Dies erkennt man daran, daß die Nettoumsatzrendite der Industrie von 2,9 Prozent in 1970 auf 1,0 Prozent in 1981 gesunken ist.

Den betreffenden Unternehmen ist doch primär daran gelegen, Schlüsselkräfte langfristig zu halten und ihren Arbeitern eine schmale Zusatzrente (durchschnittlich 400,- bis 600 DM monatlich) zu der bescheidenen Arbeiterrente (Durchschnitt 1982 1.332,- DM bei 40 Versicherungsjahren) zu gewähren.

Bei den leitenden Angestellten mit wichtigem Verantwortungsbereich ist davon auszugehen, daß deren Arbeitgeber *diesen ein Ruhegeld zahlt*, um zusätzlich zu der Rente, die nicht – wie bei dem öffentlichen Dienst – 75 Prozent der letzten Bezüge erreicht, an etwa 75 Prozent des letzten Gehaltes heranzukommen. In solchen Unternehmen werden je nach Zugehörigkeit im Höchstfalle 50 Prozent des letzten Gehalts als Ruhegeld gezahlt, das als lohnsteuerpflichtig behandelt wird. Die durchschnittliche Rente der meisten leitenden Angestellten kann man bei 40 Versicherungsjahren mit etwa 2.000,– monatlich ansetzen. Diese Rente ist ja zu je 50 Prozent vom Rentner und von dessen Arbeitgeber gezahlt worden und wird daher richtigerweise nur mit einem Ertragsanteil besteuert.

Wenn ein höherer Beamter, Steuerklasse III/0, mit 63 Jahren in den Ruhestand tritt, dann erhält dieser bei einem angenommenen Gehalt von 6000,– DM monatlich 75 Prozent. Das sind 4875,–DM, weil im Öffentlichen Dienst im Gegensatz zur freien Wirtschaft das 13. Gehalt ruhegehaltsfähig ist! Der Beamte zahlt dann monatlich 809,– DM an Steuern, so daß netto 4066,– DM verbleiben.

Der Angestellte tritt mit demselben Gehalt, Steuerklasse III/0, in den Ruhestand und zahlt Lohnsteuer auf 3000,– DM (6000,–, davon 50 Prozent) und versteuert einen Ertragsanteil von 26 Prozent bei 2000,– DM Rente. Macht zusammen 477,– DM, so daß ihm 4523,– DM gehören.

Der Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst erhält in der Regel durch Beihilfen und eine private Zusatzversicherung, die durchschnittlich DM 300,– monatlich kostet, 100 Prozent seiner Heilbehandlungen erstattet.

Der Rentner erhält keine Beihilfen, auch keine Unterstützung durch seine frühere Firma, ist auch nicht Mitglied der AOK und muß daher, um eine *100prozentige* Erstattung für sich und seine Frau zu erhalten, mindestens monatlich 800,– DM für seinen Krankenkassenbeitrag berappen. Auch wenn er z. B. 1985 noch 6,5 Prozent Zuschuß von der BfA, bezogen auf seine Rente, für die Krankenkasse erhält.

Und nun kommen die Feinheiten. Der Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst erhält als Rentner ein volles 13. Gehalt, das die Angestellten als Rentner der freien Wirtschaft nicht bekommen. Außerdem stehen dem Pensionär des öffentlichen Dienstes weitere Vergünstigungen wie z. B. ermäßigte Versicherungsprämien, günstige Baudarlehen mit niedrigeren Zinsen zur Verfügung. Wichtigster Punkt dieser „Privilegien" ist jedoch, daß der Beamtenpensionär jährlich an dem traditionellen Lohnritual, das 1984 ausgesetzt werden soll, der ÖTV durch Anhebung seiner Pension partizipiert.

H. Behrendt, Bendestorf

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Haltet den Dieb!

„Hamm-Brücher für Kritik an Genscher gerügt!"; WELT vom 17. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

Frau Hamm-Brücher muß wirklich Hornhaut auf ihrem politischen Gewissen haben, wenn ausgerechnet sie sich gegen die von Herrn Genscher vorgeschlagenen Eliteuniversitäten engagiert. War sie es doch, die zusammen mit dem verstorbenen SPD-Bildungspolitiker Picht durch ihre Kassandrarufe von der angeblich bevorstehenden „Bildungskatastrophe" die gegenwärtige brisante Bildungsinflation maßgeblich mitverschuldet hat. Durch gigantische Fehlinvestitionen verkamen unsere Bildungseinrichtungen weitgehend zu Massenproduktionsstätten von Fachidioten, Halbgebildeten, Frustrierten und Radikalinskis. Gymnasien und Universitäten sind ja von jeher und überall als Erziehungsstätten von notwendigen Eliten gedacht. Da sie bei uns solche nicht mehr sind, müssen eben private Institute ihre Aufgaben künftig erfüllen.

Hugo Selke, Ratzeburg

Schwere Sprache

„Leserbrief von bis zu"; WELT vom 12. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

Leserin Steinbach irrt mit der Kritik an der Formulierung wie z. B. „Wasser mit einer Temperatur von bis zu 5 Grad".

In dem Beispiel gehört zum Wort „Temperatur" die Angabe von deren Höhe, weil ohne solche Angabe die Temperatur uninteressant ist. Diese Angabe erfordert die Wortverbindung mit „von ... Grad". Will man einen nach unten nicht begrenzten Spielraum, also lediglich eine Obergrenze angeben, dann wird die bestimmte Zahlenangabe „5" (Temperatur von 5 Grad) ersetzt durch die Angabe „bis zu 5", so daß sich die beanstandete Wortkombination zwangsläufig ergibt.

Mit freundlichen Grüßen U. von Heyl, Lampertheim

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Arbeiten können, wo man nicht genießen darf; eine Saat aussäen, deren Ernte man nicht erblicken und einheimsen darf, und dennoch arbeiten, als gelte es eigenen Besitz: das ist Größe eines königlichen Herzens."

Wilhelm Löhe, evang. Theologe (1808–1872)

Meine Zeit steht in Deinen Händen.
Psalm 31,16

Gott der Herr nahm nach langem Leiden zu sich in seinen Frieden meinen lieben Mann, unseren guten Vater und Großvater

Hans-Karl von Viereck

Ministerialrat a. D.

* 11. Februar 1903 † 27. Januar 1984

In Liebe und Dankbarkeit

Marie-Luise von Viereck geb. von Grolman
Dorothee von Schlütter geb. von Viereck
Hans von Schlütter
Hans-Wilhelm von Viereck
Christine von Viereck geb. von Puttkamer
Matthias, Maximilian und Mortimer
Elisabeth von Trotha geb. von Viereck
Gustav-Adolf von Trotha
Alexander und Thilo

5300 Bonn 1, Adenauerallee 180

Der Trauergottesdienst in der Kapelle auf dem Poppelsdorfer Friedhof in Bonn und die Beisetzung finden statt am Freitag, dem 3. Februar 1984, um 11.30 Uhr.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten, Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Götz Baner, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44
Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61
Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Nachrichtentechnik: Reinhard Frechelt
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Dietrich Windberg
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

STELLENANGEBOTE



Auskunft auch sonntags

15–18 UHR

Unser Auftraggeber ist die deutsche Vertriebsgesellschaft (Sitz in Nordrhein-Westfalen) eines weltweit tätigen angelsächsischen Unternehmens. In der Bundesrepublik ist sie seit 20 Jahren ansässig und erreicht einen Jahresumsatz von über DM 15 Mio. p. a. (mit steigender Tendenz). Gesucht wird ein

Accountant / Controller

der die Leitung des Finanzbereiches (vier Mitarbeiter) übernehmen soll. Ein etwa 28- bis 35jähriger Betriebswirt mit guten englischen Sprachkenntnissen, mit Erfahrung im amerikanischen Berichtswesen und in der EDV-Anwendung käme unseren Erwartungen besonders entgegen. Etwa fünf Jahre Berufserfahrung, möglichst in einem amerikanischen Unternehmen, setzen wir voraus. Die Position ist entwicklungsfähig – die Dotierung entspricht der hohen Leistungserwartung.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung, deren vertrauliche Behandlung zugesichert wird, mit tabellarischem Lebenslauf, Handschriftprobe und Zeugniskopien unter Kennziffer 1032 an die

PSP

Personalberatung PSP
Porges, Siklossy & Partner GmbH
Kaiserstraße 6 · 5300 Bonn 1 · Telefon (02 28) 21 20 95-96

Stellv. Leiter(in) der Kreditabteilung bei der BfG:

Für diese verantwortungsvolle Aufgabe in unserer Niederlassung suchen wir eine Führungskraft, die über umfassende theoretische und langjährige praktische Erfahrungen in allen Bereichen des Kreditgeschäftes – insbesondere im kurz- und mittelfristigen Firmenkreditgeschäft – verfügt. Sie sollten akquirieren und geschickt verhandeln können, um bestehende Geschäftsverbindungen zu pflegen und unser Kreditgeschäft weiter auszubauen. Außerdem müssen Sie Mitarbeiter motivieren und führen sowie mit organisatorischem Geschick Arbeitsabläufe zielgerecht steuern können.

Ein juristisches oder wirtschaftswissenschaftliches Studium und *gute englische Sprachkenntnisse* wären von Vorteil, sind jedoch nicht Bedingung.

Wir bieten Ihnen eine Position, die mit Prokura und angemessener Kreditkompetenz ausgestattet ist. Ihr Gehalt entspricht der Bedeutung der Aufgabenstellung.

Bewerben Sie sich bitte schriftlich mit den wichtigsten Angaben zu Ihrem Werdegang und Ihren besonderen Erfahrungen.
Zu einer ersten Kontaktaufnahme können Sie auch Herrn Direktor Drill anrufen, Telefon (06 11) 258 · 7200-01.

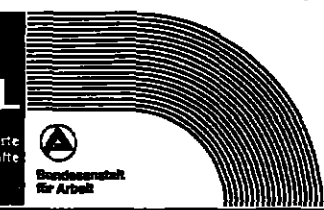
Bank für Gemeinwirtschaft
Mainzer Landstraße 16–24
6000 Frankfurt/Main 1

Wir möchten, daß Sie Ihren Beruf von seiner besseren Seite kennenlernen.

BfG:Frankfurt

STELLENGESUCHE





Fachmann für Lager und Transport/Handel

Ingenieur für Transport-Betriebstechnik, berufliche Erfahrung als Handelsleiter-Ersatzteilvertrieb Haushaltgeräte (Lager-, Rechnungs- und Mahnwesen, Versand, Organisation), als Betriebsingenieur für technische Instandhaltung eines Großhandelszentrums und Einsatzleiter Transport, Führerschein Klassen 1, 2 und 3 vorhanden.

Auskünfte erteilt: Herr Pein
Fachvermittlungsdienst Hannover, Hanomagstraße 9
3000 Hannover 91, ☎ 0511/4737-209, FS 921428

Finnlandexperte

33, Gymnasial-Lehrer, 1. u. 2. Ex. Uni Kiel, Bio./Geo. Ökologie; Schreibmaschinenkenntnisse. Sprachen: sehr gut Finnisch, Deutsch, Schwedisch, Grundl. Englisch, Dolmetschererf.; sucht gehobene Tätigkeit in Wirtschaft, Industrie, Handel.

Auskünfte erteilt: Herr Schulte
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-293, FS 292673

Welches Handels- u./o. Industrieunternehmen sucht für ihre Niederlassung, Bau-, Handels- & Projektvorhaben im engl.-spr. Ausland einschl. in Entwicklungsländern einen versierten und marktorientierten

PROJEKT- & SALES-MANAGER

dynam. Führungskraft, 53 J., fundierte techn.-kommerz. Kenntnisse.
- anspruchsvolle Beratungs- & Verkaufstätigkeit für Agrarwirtschaft, Handel, Industrie, Finanzierungsinstitute und Regierungsstellen.
- Ausfindigmachen von wirtschaftl. geeigneten Projekten sowie deren Bearbeitung, Verhandlung und Überwachung, Joint venture-consulting, Feasibility- & Project-Studies, Investment- & Project Management, Financing Engineering, Personaltraining –

besondere Erfahrungen mit Länder-Know-how für Arabien und Westafrika.
- Marketing & Trading, Marktanalyse, Absatz- und Vertriebsstrategie, PR, Produkteneinführung, umsatz- und ergebnisverantwortliche Führung einer Auslandsgesellschaft, evtl. Firmenvertretung, auch Übersee, Fernost – Singapore – und in Entwicklungsländern.

Zuschriften unter W 3603 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

CHEMIKER

Dr. rer. nat., Nahrungsmittelindustrie. Ende 30, z. Z. in ungekündigter *Forschungs- und Entwicklungs-Führungsposition, Management*erfahrung durch langjährige Tätigkeit in internationalen Großkonzernen (Nahrungsmittel und Chemie), fließend Englisch und Französisch, sucht neuen, erweiterten Wirkungskreis.

Zuschriften erbeten unter PP 47605 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Chefsekretärin

25 J. in namhaftem Handelsunternehmen der Lebensmittelbranche (Süddeutschland) tätig, möchte sich verändern. Gute Kenntnisse in Steno, Schreibm. und Englisch sowie mit der *Leitung und Organisation eines Sekretariats bestens vertraut.*

Angebote unter E 3743 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Privat-/Reisesekretärin

tadellose Erscheinung, sucht neuen Wirkungskreis.
Angeb. erb. unt. F 3744 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Junge, dynamische
Handelsvertreter

gesucht. Für Produktneuheiten im Bereich Parfümerie, Drogerie, Gebietsschutz gewährleistet. Eintritt nach Vereinbarung. Kurzbewerbung an:
Herrn Bernd Scherer
Kiesstr. 1, 6580 Idar Oberstein 2
Tel. 0 6 81 / 4 35 27

Techn. Führungskraft

*Maschinen- u. IE-Ing., 44, 18 J. als LA in Groß- und mittel*ständ. Betrieben der Metallbau- sowie Kunststoffind., Engl., verhandlungssicher, Erf. als LA in Stab, Fertigung, techn. Marketing, FUE-Leiter Profizenter, 30 Mio. Ergebnisverantw., Sanierung, *z. Zt.* techn. *Geschäftsführer, Zeitmanagementver*trag, sucht fordernde Aufgabe mit unternehmerischer Prägung z. 1. 5. 84, evtl. Beteiligung, mögl. Großr. Hamburg bevorzugt.

Angebote erbeten unter D 3786 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Marketing, Dipl.-Betriebswirt

39 J., ungek., sucht neue verantwortungsv. Aufgabe im Länderreferat und/oder Produktmanagement im deutschspr. Raum, Südeuropa, Lateinamerika. Bevorz. Firmensitz Raum Hamburg.
Bietet als Profi:
- die Beherrschung d. gesamten Marketing-Mix
- praktische Erfahrung a. Einsatz u. Reisen in Lateinamerika
- Produktbetreuung und
- Neueinführung i. Konsumgüterbereich

Angeb. erb. u. PT 47 475 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Werbefachmann

41, leitend tätig, 15 Jahre Werbe-/Marketing-Erfahrung im Bereich technischer Produkte. Ergebnisorientiertes Arbeiten gewohnt; hohe Flexibilität und Belastbarkeit, ausgeprägtes Kostendenken, sucht interessante, zukunftsorientierte Position bei Industrie, Handel oder Verlag. Großraum Düsseldorf oder Köln.

Ang. erb. u. N 3750 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Marketing/Kommunikations-Fachmann

49 J., Geschäftsführer einer mittelgr. Full-Service-Werbeagentur (Schwestergesellschaft einer internat. Agentur-Gruppe), mit Umsatz-, Gewinn- u. Führungsverantwortung. Langj. Erfahrung in allen Marketing- u. Kommunikationsbereichen.
Umfangreiche Kenntnisse der unterschiedl. Branchen (Food/Nonfood, Gebrauchsgüter, Dienstleistungen). Besondere Stärke im Bereich Akquisition, Geschäftsausweitung u. Kundenbetreuung. Gute Englisch-Kenntnisse.
Gesucht wird Führungsaufgabe in der Kommunikationsbranche, Marketing/Kommunikationsleitung in Industrie oder Verlag.

Angebote unter A 3739 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Chemiker, Dr. rer. nat.

42, Organiker und Analytiker, langjährige erfolgreiche Praxis als Laborleiter (Analytik) in der Pharmaindustrie, sucht neue Tätigkeit in der Industrie oder bei Behörden in Analytik, *Qualitätskontrolle*, Dokumentation oder im Außendienst; Norddeutschland bevorzugt.
Angeb. erb. u. C 3741 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Ingenieur (FH)

36 J., elektromech. Lehre m. 5jähr. Praxis, ungekündigte Position im Vertriebsinnendienst für erklärungsbedürftige Investitionsgüter, sucht zum 1. 7. 84 oder später anspruchsvollere Aufgabe.
Angebote unter E 3853 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

S Y N D I K U S

36 J., langj. umfass. Berufserfahrung in Unternehmen der Nahrungs- u. Genußmittelbranche (Bereiche Vertrieb, Administration u. Recht), in leitender ungekündigter Stellung tätig, sucht verantwortungsvolle neue Führungsaufgaben in Wirtschaft oder Verband.
Angeb. erb. u. G 3745 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Heizungs- u. Lüftungsmeister

Außendiensterfahrung in Sanitär und Heizung, Bau- u. Maschinenschlosser, sucht *Dauerstellung, evtl. Gebietsver*kaufsleiter oder ähnlich. Sitz PLZ 52.

Zuschr. erb. u. S 3753 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suchen Sie einen Fachmann für Ihre *Messe*beteiligungen, Werbung und PR? Kommunikationswirt WAH, 32 Jahre, auf allen Messeplätzen zu Hause, flexibel und zuverlässig, sucht neue Aufgaben. – Angebote erbeten unter N 3816 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirt – EDV staatl. gepr. Außenhandelskaufmann

sucht neue Aufgaben i. Orga./EDV bei Untern. m. Auslandserf.; 41 J., langj. Erf. internat. Handel, Stahl u. Rohstoffe, 3 J. USA, Engl., Franz. u. Span., bes. Interesse PC-Computer. Ang. erb. u. PJ 47 600 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Deutsche Firmen verschaffen derzeit ihre
Chancen in Südostasien
– einem Markt von 280 Millionen –

Blitzbesuche genügen nicht mehr. De Kunde hier verlangt heute den kontinuierlichen, persönlichen Einsatz Ihres Mannes vor Ort:
Deutscher, Ende 30, verh. mehrsprachig, langjährige Berufserfahrung als techn. Außenhandelskaufmann (Maschinen/Aanlagen) im asiatischen Raum.
Zuschriften erb. u. P 3817 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Personalreferent

44 J., wirtschaftswiss. Ausb., Führungserf., vertraut mit Entwicklung u. Anwendung mod. Konzeptionen u. Methoden im kaufm. u. gewerbl. Bereich (Personalplanung, -beschaffung, -entwicklung, -ausbildung, -organisation, -verwaltung). Umfassende arbeitsrechtl. Kenntn., inkl. Rationalisierung, sucht neue Herausforderung, mögl. nordd. Raum.
Angeb. erb. u. Z 3738 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Qualifizierter Maschinenschlosser

33 Jahre, Englisch fließend, Spanische Schulkenntnisse, mehrjährige Auslandserfahrung in Maschinenbau, Montage, Neueinrichtung und Reparatur, sehr gute Schweißkenntnisse, sucht Tätigkeit in Süd*amerika, Afrika oder Asien.*

Zuschr. u. U 3755 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Finanzm.

34 J., Abteilungsleiter, Dienstleistungsber., Bankkfm., Dipl.-Ökonome, Engl., Franz. fließend, sucht Aufgabengeb. in Vermögensverw., Finanzabt. Raum Hamburg.
Zuschr. erb. u. V 3844 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Währungsmanagement

Dipl.-Volkswirt, 32 J., mit Ausl.-Erf., Berater bei renom. Broker und großem Handelshaus, su. verantwortl. Pos. in Industrie, Handel oder bei Bank. **Spezialgebiete:** Analyse und Prognose von Zins-, Devisenkursentwicklungen und Rohstoffpreisen, *Chartanalyse.* Engl. u. Span. fließend.

Ang. erb. u. K 3857 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsleiter – Direktvertrieb

44 J., Erfahrungsschwerpunkte: Entwicklung von Vertriebskonzepten, praktischer Organisationsaufbau, *Menschenführung,* sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschr. unter L 3858 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

32 J./Erf. Ein- und Verkäufer, techn. Handel, Raum Bremen, bittet um Kontaktaufnahme unter K 3747 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebwirt grad.

38 J. sucht leit. Stellung i. mittelständ. Baubetrieb. Zuschr. unt. V 3778 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

32jähr. Ind.-Kfm.

unabh., zuverl., sucht Reisetätigkeit innerhalb der BRD oder Ausland.

Bevorzugte Aufgabenstellung: Überführung v. Fahrzeugen, Testfahrten oder ähnliches.

Angebote erbeten unter U 3821 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Exportkaufmann

33, verh., ungek., Engl. u. Franz. fließend, erfolgsorientiert, langj. Erf. als Niederlassungsleiter in Übersee, sucht neue Aufgabe im In- oder Ausland, als Exportleiter, Vertreter, Filialleiter.

Angebote erbeten unter M 3815 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Student, 21, FS-Kl. II, sucht Job bis 9. 3. Raum HH.
Tel. 0 40 / 6 01 65 93

Amerik. Rechtsanwalt

mit vorherigem Aufenth. in Deutschld., sucht ab April, für ca. 6 Monate (plus), Position, nicht unbedingt in einem Anwaltsbüro.
Stephen Krueger, 147 W. 95 St., Apt. 1R, New York, N. Y. 10025, USA.

Chauffeur Hausmeisterehepaar

Er: Allroundman, Kfz-Schlosser, Führerschein Kl. 2, Jagdschein, langjährige unfallfreie Fahrpraxis, handwerklich sehr geschickt.
Sie: gute Hausfrau mit Kochkenntnissen und allen Hausarbeiten bestens vertraut sowie der Gästebewirtung.
Beide mit besten Referenzen in ungekündigter Stellung in der Schweiz tätig, suchen Dauerstellung in der BRD.
Angebote unter J 9644 IVA AG, Postfach, CH-8032 Zürich.

Exportkaufmann

36 J., verh. mit Filipina, Betriebswirt Fachrichtung Außenhandel, langj. Praxis im internat. Vertrieb, Auslandstätigkeit als Projektkfm., gutes techn. Verständnis, fließend Englisch, Französischkenntnisse, sucht nach Rückkehr aus Fernost per sofort neue Position i. *Handel/* Ind., bevorzugt Raum NRW, evtl. auch Auslandseinsatz.
Angeb. unt. H 3746 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

SPEDITIONSKAUFMANN

42 J., langj. Erfahr. und Verbindungen spez. Fernost-Import/Export, Konferenz/Outsider/Netto-Raten, Import/See-Luftfracht/OZL/Inland. Tarif- und verhandlungssicher, mit Auslanderfahrung einschl. *Controlling und* Frachtenprüfung. Suche Pos. Industrie/Handel – Raum Hambdurg evtl. kurzfristig außerhalb.

Zuschriften unter PO 47509 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Bilanzbuchhalter IHK

u. prakt. Betriebswirt, 44 J., sucht Anfangsstellung als Buchhaltungsleiter od. 2. Mann in Hamburg.
Ang. erb. u. PH 47 689 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Dipl.-Ing. (FH) Bauing.

langjähr. Erfahrung i. Projektleitung i. konstrukt. u. *organisatori*schem Bereich des Hoch- und Schlüsselfertigbaus, sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschr. u. H 3680 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außenhandelskaufmann Betriebswirt

37 Jahre, sucht ausbaufähige Stellung in Handel/Industrie, möglichst Neuaufbau, Organisation einer Abteilung, Filiale im Raum Hamburg.
Erfahrungen bei Umsetzung und Leitung neuer Konzeptionen im In- und Ausland (Handels- und Finanzbereich), Englisch und Französisch, verfügbar ab August 84, evtl. früher.
Angebote erbeten unter PG 47598 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Direktion-/Cheffahrer

zum 1. 4. 84 frei.
Angebote unter T 3820 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chemielaborantin

33 J., m. langj. Berufserfa. i. d. pharmaz. Industrie, sucht neuen Wirkungskreis. Derz. Aufgabenbereich: Laborführung.
Angebote erbeten unter *PF* 47597 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

33 Jahre, männl., suche als Kurier o. ä. Dauer-, Halb- oder Gelegenheitsbeschäftigung, Führersch. Kl. III seit 10 J. (ca. 300 000 km), P.-Schein m. 1 J. (30 Flugst.) Erfahrung.
Tel. 0 40 / 7 89 29 62

Gastronomieleiter

40 J., mit Konzernerfahrung (Warenh. u. Kettengastro.) sucht entspr. Position.
Angeb. *erbeten* unt. K 3813 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kfm., Dr. rer. pol.

33 J., zwei *Jahre Praxis in intern.* Industriebetrieb, Schwerpunkte Controlling und Materialwirtschaft, davor Tätigkeit als Assistent an der Universität, sucht aus ungekündigter Stellung verantwortungsvolle Aufgabe, ggf. als Assistent der Kaufm. Leitung, in mittlerem bzw. größerem Unternehmen, bevorzugt *Norddeutschland.*
Zuschr. unter G 3855 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

MARKETING-SERVICE

Kreativer Profi mit 30jähriger Industrie-Praxis (Chemie, Elektrotechnik, Kommunikationswirtschaft), betriebswirtschaftl. versiert, vertraut mit Markt- u. *Konkurrenz-Analyse*, Planung und Absatzorganisation, gewandt i. d. *mod. Kommunika*tionstechniken, im strateg. u. analytischen Denken, mit sicherer Hand für Menschenführung, *konziliant*, knallhart i. d. Sache, sucht neuen Wirkungskreis (Hamburg) per 1. 4. 84 od. später.
Zuschr. unter PO 47604 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Junger Mann

mit guten Referenzen, sucht Stellung als Privatchauffeur o. ä., in freundlicher Atmosphäre, im Raum Hamburg.
Angeb. erbeten unt. L 3814 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erfahrener
Rauhmeister

sucht neuen Wirkungskreis.
Angebote erb. unt. D 3742 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Wir suchen

solvente und gut eingeführte

VERTRIEBSPARTNER

für den selbständigen Import und Verkauf folgender Produkte:

Alarmanlagen
- für Haus und Wohnung
- für alles Mobile, vom Ski bis zum Fahrrad, Surfbrett, Mofa, Gepäck etc.
- gegen Taschendiebe

Sicherheitslicht
für Fußgänger, Reiter, Kinder, Radfahrer

Werkbänke und Werkzeugschränke

Terrarien in kunstgewerblicher Handarbeit.

Wir bitten um Bewerbungen von Firmen und Personen, die bei Handel und Gewerbe bereits gut eingeführt sind und seriöse Bankreferenzen vorweisen können.

PREMISURA AG, CH-4500 SOLOTHURN/SCHWEIZ
Schöngrünstraße 27, Telefon Nr. 00 41 65 22 63 20
Telex Nr. 45 934 335 schl

Wir haben Sie
die lösungsmittel- und bitumenfreie Dachbeschichtung zur Flachdachsanierung. Farblose und farbige Dickbeschichtungen für Fassaden, elast. Balkon-, Industrieböden- und Korrosionsschutzbeschichtungen.
Wir suchen Sie
Freie Handelsvertreter od. Vertriebsunternehmen für den nordd. Raum, gut eingeführt in Industrie u. Gewerdbe, gesucht. Veri Handelsgesellschaft mbH, Tatenberger Weg 1, 2000 Hamburg 74, T. 0 40 / 7 89 97 43

Wollen Sie Ihr eigener Chef sein

International tätige Aktiengesellschaft im Dienstleistungsbereich sucht für die Städte Essen, Köln, Bonn, Düsseldorf, Neuss, Wuppertal, selbständige Manager *als Lizenznehmer. Auch für branchenfremde kein Hindernis, da qualifizierte* Mitarbeiter Schulungen durchführen sowie der Betriebsaufbau bzw. die Übernahme unterstützt wird. Eigenkapital von DM 25 000,– – DM 100 000,– je nach Einzugsgebiet mit Kapitalnachweis erforderlich.
Schriftliche Bewerbungen mit Lebenslauf erb. u. M 3749 an WELT-Verlag, *Postfach 10 08 64, 4300 Essen.*

Die Polizei ist für alle da – wir sind nur für SIE da!!!
SAFETY & SECURITY
Sicherheitsanalysen und -beratung
Am Bach 2, 4930 Detm., Tel. 0 57 55 / 2 89

USA Metzgermeister als Partner

für Wurstwarenfabrik in Florida gesucht. Erforderliches Kapital DM 400 000,–. Investiertes Geld in einem Jahr zurück. Englischkenntnisse nicht erforderlich.

Zuschr. unter A 3761 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Eine führende saudiarabische Handelsfirma

hauptsächlich auf dem Bausektor tätig, wünscht Kontakte mit westdeutschen Firmen, die auf der Basis von Alleinvertretungen für Ihre Produkte in Saudi-Arabien und sonstigen arabischen Ländern im Nahen Osten interessiert sind. Ein Büro in Deutschland ist vorhanden.
Angeb. erb. unter L 3748 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Selbständig machen mit Garantie

Marktlücke zum Konzept ausgearbeitet. – Info.: Tel. 0 40 / 59 21 76

TEXAS OIL COMPANY

Urgently needs individual or company to represent its line of high performance building maintenance materials. Out*standing earnings* and growth opportunity. No experience required. We're professionals in our field with 50 years' experience and offer complete training. Modern European factory. Please write in English to A. N. Dickerson, Southwestern Petroleum, P. O. Box 789, Ft. Worth, Texas 76101 USA, Telex 758300, Cable: SWEPCO

GESCHÄFTSERLEDIGUNG IN ASIEN

In Deutschland beschäftigter indonesischer Ingenieur erledigt Geschäftswünsche in Jakarta, Singapore, Hongkong in der *Zeit* 2. 4. bis 25. 4. 1984.
Ang. erb. u. D 3808 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Zu kaufen gesucht

GMBH-Mantel (Baugesellschaft).
Zuschr. u. Z 3760 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bauingenieur

Langj. Praxis in Hoch- u. Tiefbau, übern. Bauleitung in der BRD oder in Spanien (evtl. Südamerika).

H. Riedel, Bannwaldstr. 36
7571 Hügelsheim
Telefon 0 72 29 / 8 61

Für unser neues
Katzenstreu
hiesige Herstellung (asbestfrei) sowie für interessante Kleintierprodukte suchen wir
Vertriebspartner
in BRD, Österreich, Schweiz, Benelux, Skandinavien, die über gute Kontakte zu Zoo-Fachgeschäften, Gartencentern, Supermärkten usw. verfügen. – Kontaktaufnahme erbeten unter S 3819 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wir errichten
6 Generalvertretungen

für den Direktvertrieb französischer Qualitätsparfums.
In den PLZ-Gebieten 1–5 suchen wir für deren Besetzung
Verkaufsprofis
mit nachweisbaren Erfolgen.
Kurzbewerbung erbeten an:
ZIMMERMANN GMBH
Postf. 22 01, 6620 Völklingen
Tel. 0 68 02 / 4 04



Nordd. Agentur f. Direktwerbung m. *Wirkungsbereich* in Hamburg, Bremen, Schlesw.-H. u. Niedersachsen sucht zur Erweiterung ihres Auftragsvolumens
freie Mitarbeiter
auf Prov.-Basis, welche bereits gute Kontakte zu dem Management von Industrie u. Handel unterhalten.
Zuschr. erb. u. PD 47595 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Alteingesessenes Gebäudereinigungsunternehmen, das seinen Arbeitsbereich auf das gesamte Gebiet der Bundesrepublik ausdehnen möchte, sucht zur Verwirklichung seiner Deutschlandstrategie
Leute aus dem Top-Management
von Industrie, Großbetrieben, Verwaltungen, Krankenhäusern, Schulen usw. zur Vermittlung von Jahresaufträgen gegen Beteiligung bzw. Spitzenprovision über die gesamte Laufzeit. Alle Zuschriften werden ausschließlich vom Chef allein bearbeitet, so daß sich strengste Diskretion bei der Bearbeitung von Zuschriften von selbst versteht.
Ang. erb. u. L 3616 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Partner in Irland

Deutscher, 46 J., mit technischem und wirtschaftlichem Hochschulstudium, vertritt Ihre Interessen in Irland (u. evtl. GB) auf Erfolgs- oder Honorarbasis.
Info: Sa. + So. Tel. 09 11 / 68 44 54 oder unter V 3822 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Erfinderin

einer Neuheit f. Freizeit, Sport, Strand (Plastik) su. Firma mit weltweitem Vertrieb u. entspr. Management unter PM 47508 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

U.S.A. EINWANDERUNGSVISA

Für Investoren, Unternehmer, Freiberufler, Gesellschaften, deren Mitarbeiter, Verwandte von U.S.-Bürgern.
Informationen: VIC GmbH
Widenmayerstr. 18/I · 8000 München 22
Tel. (0 89) 22 91 31 · Telex 5 216 534 inda d

Suche

stille Beteiligung auf dem Feriensektor, *gute Rendite, DM 50 000,–.* – Angeb. u. R 3818 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wie komme ich in die Zeitung?

Diese Frage stellen sich viele Unternehmer. Die Antwort gibt der presse-brief. Erzielen auch Sie kostenlose Veröffentlichungen in Millionenhöhe. Gratisinfo durch presse-brief, Postfach 12 34, D-5010 Bergheim.

Deutscher Allroundman

(Speditions-Kfm.) m. Residenz i. d. CSSR (Bratislava) übernimmt Firmenvertretungen *sow. Vermittlg. v. Han*delsgeschäften. Tel. u. Telex vorh.
Zuschr. erb. u. PE 47596 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Wir kaufen u. verkaufen

fast jeden Warenposten aus dem Food- und Non-Food-Bereich.
Tel. 06 81 / 5 78 11, FS 4 421 283

Kaufen (fast) alles,
wenn der Preis stimmt.
Handelswaren-Vertrieb Schubach GmbH
Daimlerstraße 7, 3160 Lehrte
Tel. 0 51 32 · 40 43, FS 9 23 450

Republik Irland

Hamburger, in Irland lebend, sucht Vertretungen zum Verkauf u. Herstellung von Produkten, zwecks Ausnutzung der Steuerfreiheit.
Zuschr. erb. u. PM 47 584 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Verkäufer auf dem Baumarkt wird gesucht

Schwedisches Unternehmen *sucht* Generalvertreter für ein Produkt, das bei Form- und Betonarbeiten verwendet wird. Gewisser Lagerbestand ist erforderlich. Das Produkt wird seit 1978 in Schweden verwendet und ist sehr effektiv und beliebt.
Antwort an SWEAB, Dalagatan 10, 79500 RÄTTVIK, Schweden

Geschäftsleute oder solche, die es werden wollen, die sich „ein zweites Bein" oder eine neue Existenz aufbauen möchten, bieten wir Vertriebsrecht für ein bestimmtes Gebiet mit

Supererfindung

- Der Artikel wird bereits in mehreren Ländern mit *großem* Erfolg zwischen DM 50,– und 70,– verkauft.
- Marketing-Unterstützung wird geboten.
- Eigenkapital von DM 30 000,– von Vorteil, nicht Bedingung.
- Wir stellen den Artikel auf der „Kölner Internationalen Hausratmesse" vom 8. bis 11. Februar vor, wo auch *ein* persönliches Gespräch möglich ist.
- Richten Sie daher Ihre Bewerbung mit Telefonangabe expreß an: Tiesar Chemie, A-1100 Wien, Steudelgasse 34.

Joseph Conrads „Geheimagent" als Fernsehspiel

Fetische der Bourgeoisie

Der Pole Joseph Conrad Korzeniowski, als Sohn eines politisch gemaßregelten Vaters in der Ukraine geboren und dann in Krakau aufgewachsen, ging nach Marseille, um auf einem französischen Schiff anzuheuern, lernte aber zu seinem Französisch noch Englisch dazu, weil er durchaus ein britischer Seemann werden wollte. Doch er begnügte sich nicht mit dem Kapitänspatent, das er auf langen Reisen in den Fernen Osten erwarb, er fing an, auf englisch Romane zu schreiben, Geschichten vom Meer und von den Menschen, die es befahren. Er wurde zum größten Erzähler von Seegeschichten auf der ganzen Welt; wenn man seinen Schriftstellernamen nur ausspricht, spürt man das Salz auf der Zunge, hört man den Wind in den Segeln.

Der Geheimagent – ARD, 20.15 Uhr

Nur wenige von Conrads Büchern spielen auf dem Festland. Eines davon, „Der Geheimagent" (1907 veröffentlicht), das man einen Krimi auf allerhöchstem Niveau nennen könnte, hat London zum Schauplatz, ein kleinbürgerliches London mit einem Hintergrund politischer Intrigen und anarchistischer Umtriebe. Für seine Verfilmung von 1981 hat der französische Regisseur Marcel Camus, durch „Orfeu negro" weltberühmt geworden und kurz nach dem „Geheimagenten" mit 71 Jahren gestorben, die Szene nach Paris verlegt, wo es an dunklen Machenschaften und Bombenattentaten ja auch nie gemangelt hat. Ein solcher Anschlag ist Gegenstand des Romans: Um die bürgerliche Welt aufzuschrecken, soll eines ihrer heiligsten Güter, die moderne Wissenschaft, in Gestalt des Null-Meridians von Greenwich attackiert werden.

Im Film geht es statt dessen um das Ur-Metermaß, das in Sèvres aufbewahrt wird – ein glücklicher Einfall des Drehbuchautors, denn dieser Stab aus Platin bildet ein besseres Angriffsziel als der nur gedachte Längengrad. Der Plan zu dem Attentat stammt vom Ersten Sekretär der russischen Botschaft in London, dessen antiwestliche Ideen ein prophetischer Vorgriff auf spätere kommunistisch-totalitäre Vorstellungen sind. Das ausführende Organ soll ein unscheinbarer Buchhändler sein, der als Untergrundagent aus langjähriger Untätigkeit herausgeholt wird. Er ist jedoch so erbärmlich, die Aufgabe seinem jugendlichen Schwager zuzuschieben, einem geistig zurückgebliebenen Geschöpf, dem man weismacht, daß im Park von Sèvres Tiere gequält würden, wogegen sich seine naive Empörung richtet. Man findet nach der Explosion nur ein blutgetränktes Kleidungsstück von ihm.

Seine Schwester Winnie, die Frau des Geheimagenten, ist (im Film von Marina Vlady dargestellt) die Hauptfigur. Sie hat den zwielichtigen Buchhändler geheiratet, ohne etwas von seinem eigentlichen Beruf zu ahnen. Als ihr klar wird, mit welcher Brutalität er ihren Bruder in das Abenteuer hineingehetzt hat, und als er versucht, alles abzustreiten, schreckt sie in ihrer Empörung nicht vor dem Mord an ihrem Ehemann zurück.



Erzählte Geschichten vom Meer und den Menschen: Joseph Conrad FOTO: ARD

Der Pole Joseph Conrad habe da eine sehr antirussische Geschichte geschrieben, meinte Thomas Mann, der im Jahre 1926 ein empfehlendes Vorwort zum „Geheimagenten" verfaßte und damit als einer der ersten auf den in Deutschland – im Unterschied zu England, Frankreich und Amerika – noch so gut wie unbekannten Autor hingewiesen hat. Aber er vermerkte auch, wie stark der russische Roman, wie stark gerade Dostojewskij hier durchschlägt, ohne dessen „Idioten" die rührende Gestalt des schwachsinnigen kleinen Stevie kaum zu denken wäre. Thomas Mann schien ganz begreiflich zu finden, daß an einer Botschaft der Zaren ein marxistisch gesinnter „Mittelbau" tätig werden konnte, der Anschläge gegen die Fetische der Bourgeoisie, aber vor allem gegen alle Freiheitsliebenden vorbereitet. Conrad selber stehe, so meinte er, zwischen oder richtiger: über den Klassen; die Terroristen seien für ihn um kein Haar besser als die Macht, die gegen sie aufgeboten wird.

HELLMUT JAESRICH

KRITIK

... und nichts als die Wahrheit?

Das minutiöse Porträt journalistischer Überheblichkeit, das Paul Mautner von der **Washington Post** (ARD) zeichnete, hielt ein um Objektivität bemühtes Gleichgewicht zwischen beißender Kritik an der am meisten gefürchteten Tageszeitung Amerikas und Anerkennung der virtuosen Leistung, die in ihr steckt. Skrupellosigkeit, Killer-Instinkt und die fast sprichwörtliche Unfairneß des Blattes, das einen Präsidenten stürzte und ein Monopol in der amerikanischen Hauptstadt besitzt, wurden überaus deutlich.

Undeutlich, ja geradezu verwischt, blieb hingegen die Abgrenzung des von der „Post" kultivierten Enthüllungs-Journalismus vom Sensationalismus, gegen den sich Ben Bradley, der arrogante Chef der Zeitung, entrüstet verwahrt. Mit Herablassung serviert er dem deutschen Fernsehteam aus dem unerschöpflichen Vorrat von Eigenlob, über den die „Post" verfügt, eine Sonderration. Man muß zweimal durchatmen, bevor man es schluckt, daß ihr nichts höher steht als der Dienst an der Wahrheit. Sie hat ihre Freunde, etwa den Kennedy-Clan, beständig glorifiziert und ihre konservativen Feinde vernichtet, wo immer es möglich war.

Die „Post", erkannte Paul Mautner richtig, ist eine mächtige, aber oft auch ungenaue Zeitung. Ihre Gesellschaftsreporterin Sally Quinn, im Privatleben Mrs. Bradley, hängte Carters Sicherheitsberater Brzezinski eine Skandalaffäre an, die dem Blatt übel bekam. Von dem Kolumnisten Philip Geyelin, der sich von der „Post" trennte, erfahren wir, daß der legendäre „Deep Throat", die angeblich unantastbare Quelle aus der Umgebung Nixons, auf der ein wesentlicher Teil der Watergate-Enthüllungen beruhte, in Wirklichkeit nicht existiert hat. Er war vermutlich nur eine Trickfigur, unter der sich diverse Informanten der listenreichen Reporter Woodward und Bernstein verbargen. Das Uralt-Märchen der strengen Trennung von Nachricht und Meinung hätte Ben Bradley dem ARD-Publikum besser nicht aufgetischt.

HEINZ BARTH

Schicke Jungs mit Irisch-Moos-Blick

Wenn sich die Dinge nicht bewegen, so sagt eine alte Filmer-Regel, dann muß der Kameramann die Action bringen. So kommt es denn, jeder kennt das, daß Statuen und Säulenfronten, die Jahrhunderte überdauern durften, auf deutschen Bildschirmen unentwegt zu kreiseln scheinen; daß Kuppeln und Kirchen jäh in die Wohnstube springen, Bilder und Büsten zerpuzzeln. Weil das ganze so schön und das Rezept so narrensicher ist, wird es sogar dort appliziert, wo man es ganz und gar nicht gebrauchen kann, etwa bei einem Ballett.

Wolfgang Büsgen nun hatte bei seiner Reportage über die Naturschutz-Aktivisten von Greenpeace **Helden oder Spinner?** (ZDF) mit alldem keine Not: Seine schicken Jungs bewegten sich so schön, so smart vor der Kamera, mit ihren Meilenweit-Stiefeln und dem Irisch-Moos-Blick, so lemonenfrisch, als hätten sie immer schon die Visualisierung der Stuyvesant-Symphonie „Duft der großen weiten Welt" geübt. Immerhin ein schönes Stück.

HORST STEIN



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 WISO
10.35 Der Schatz im Haus
12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Berlin ist doch keen Dorf – oder?
Internationale Grüne Woche Berlin 1984
Moderation: Hans Werner Kock
16.55 Geheimprojekt Doombolt
Fernsehserie in 6 Teilen
3. Das Schloß von Scudmore
17.20 Dahintergeschaut
3. Kalau rockt und rollt
Film von Lutz Neumann und Jürgen Wesche
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Geheimagent
Nach dem Roman von Joseph Conrad
Fernsehbearbeitung: Roger Grenier
Mit Jacques Dalés, Pierre Mescam u. a.
Regie: Marcel Camus
21.45 Brennpunkt
Der MAD – Wörner, Kießling und die Konsequenzen
Moderation: Wolf Feller
22.30 Tagesthemen
23.00 Nick Lewis, Chief Inspector
Der Überfall
Mit Tom Adams u. a.
Regie: Vere Lorrimer
Chief Inspector Nick Lewis ahnt nicht, was ihm und seinen Mitarbeitern bevorsteht, als Goldbarren im Wert von einer Million Pfund im „Prisoners Property Office" deponiert werden.
23.45 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Rappelkiste
16.35 Die Bären sind los
Nur ein kleiner Vogel
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Bret Maverick
18 Doppelfolgen der amerikanischen Serie
Der gewonnene Saloon
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Flashlights
Hits + News mit Hiroko, Evelyn und Dhana
sowie Howard Carpendale, Joan Baez, Udo Lindenberg, Gruppe „Alphaville"
20.15 Kennzeichen D
Moderator: Joachim Jauer
„Oh là là – Paris in Ost-Berlin", Frankreich eröffnet jetzt als Gegenstück zur Kulturbotschaft, die die „DDR" Ende '83 in Paris einrichtete, in Ost-Berlin ein französisches Kulturinstitut
21.00 Der Denver-Clan
21.45 heute-journal
mittwochslotto – 7 aus 38
22.10 exclusiv
Mit Berichten über Norman Mailer, Liv Ullmann mit Tochter Linn, Rudolf Nurejew und Benjamin Guiness.
22.55 Eine deutsche Revolution
Film von H. Herbst über den Dichter Georg Büchner (1813–1837).
0.30 heute



Harry „Airline" (Tony Wright) will Goldbarren im Wert von einer Million Pfund aus dem „Prisoners' Property Office" stehlen (Nick Lewis, Chief Inspector – ARD, 23.00 Uhr) FOTO: ARD

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Meinerzhagen
21.45 Hobbythek
Schabernack selbstgemacht
22.30 Psycho
US-Spielfilm, 1960
0.15 Letzte Nachrichten

NORD

19.15 Auf den Spuren des Abraham Roentgen
19.30 Das Jahr im Garten
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
Wirtschaftsmagazin mit Ingrid Lorenzen
Anschl.: Kurznachrichten
21.00 Kolonialmacht Venedig (2)
Der Kampf um Kreta
21.45 Preis der Schönheit
Franz. Spielfilm, 1932
Regie: Augusto Genina
23.35 Nachrichten

HESSEN

19.00 Eine Klassenreise (5)
19.15 Ökoland (1)
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Stadtgespräch
Heute in Wetzlar
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Perle der Karibik
Film von Manfred Stelzer

SÜDWEST

19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten
19.30 Zeit genug
4. Das Marinefest
20.15 Raffael
21.00 Sein oder Nichtsein
Amerik. Spielfilm, 1942
Regie: Ernst Lubitsch
22.35 Kolonialmacht Venedig
4. Kultur und Profit

BAYERN

19.00 Unterhaltung am Mittwochabend
Bayern-Kino 84
19.45 Nur ein Viertelstündchen
20.00 Klimbim
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Der steinige Weg zur Downing Street Nr. 10 – Winston Churchill
22.45 Z. E. N.
22.50 Zum Wohle der Firma
23.35 Rundschau
23.40 News of the Week

TURNEN / Immer neue Vorwürfe gegen den Bundestrainer Eric Singer – wann wird er entlassen?

„In der freien Wirtschaft hätte man ihm mit seinen Eskapaden schon nach 14 Tagen gekündigt"

KLAUS BLUME, Bonn

Bei den Kunstturn-Weltmeisterschaften vor zwei Jahren in Moskau soll die inzwischen zurückgetretene Turnerin Sabine Blumtritt den deutschen Mannschaftsarzt Dr. Ulrich Maierski gebeten haben: „Doktor geben sie mir bitte eine von den Pillen, die ich sonst immer von Eric Singer bekomme, damit ich besser turnen kann." Maierski erschrak, denn davon wußte er nichts. Nun will der *Bundesfachausschuß des Deutschen* Turner-Bundes (DTB) klären, was der amerikanische Bundestrainer Eric Singer seinerzeit heimlich verabreicht hat.

Weil Singer nachweislich ohne Einschaltung des Mannschaftsarztes Überdosen der Aufbaumittel Sargenor und Actiphos an die zumeist minderjährigen deutschen Nationalturnerinnen im vorigen Jahr verabreichte, *hat der Bundesfachausschuß* folgenden Beschluß gefaßt: „Singer hat durch sein wiederholt unverantwortliches und undurchschaubares Verhalten die Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zerstört. Der Bundesfachausschuß und die Landesfachwarte haben alle Trainer angewiesen, die Zusammenarbeit zu verweigern." Das DTB-Präsidium wurde ersucht, den Anstellungsvertrag *mit Eric Singer zu lösen. Ursula* Hinz, die Bundeskunstturnwartin und damit die Vorgesetzte von Singer: „Aber dieses Präsidium ist ja so schwach, daß es Angst vor einer Entscheidung hat."

In Hannover, wo Singer derzeit im Landesleistungszentrum arbeitet, sagt Landesfachwartin Hanka Sulk, die ihm sicherheitshalber übergeordnet wurde: „In der freien Wirtschaft hätte man ihm mit seinen Eskapaden schon nach 14 Tagen gekündigt." Am 12. Januar hat Singer zum Beispiel *von Ursula Hinz* eine schriftliche Dienstanweisung erhalten und sich nicht daran gehalten. Beim Niedersachsen-Lehrgang am letzten Januar-Wochenende fehlte er – aus privaten Gründen. Frau Hinz: „Das nenne ich schlichtweg Arbeitsverweigerung."

Und weil das Präsidium bisher nicht reagiert hat, sammelt Ursula Hinz nun listenlang die Verfehlungen des Eric Singer in den letzten Jahren, *die offenbar alle gekannt haben*, aber für selbstverständlich nahmen. Frau Hinz: „Da gehen die wildesten Gerüchte um." Zum Beispiel dieses: Singer, so heißt es, handele heimlich mit Rohdiamanten. Der Hamburger Hellmuth Wöhlbrand, Sprecher des Bundesfach-Ausschusses zur WELT: „Mir hat er auch mal einen angeboten. Aber ich habe die Finger davon gelassen. Ich weiß nicht, wo er die *Sachen her hat, und ich will es auch* nicht wissen. Ich will damit nichts zu tun haben." Oder die Sache mit der Spezialmassage der jungen Turnerinnen, die Singer an ihnen vorgenommen haben soll. Wöhlbrand zu diesem Fall: „Das ist eine sehr delikate Angelegenheit. Wir haben sie im Interesse der Turnerinnen nicht weiterverfolgt, weil wir den Mädchen sonst peinliche Fragen stellen müßten."

Als im November vergangenen Jahres zum ersten Mal publik wurde, daß Singer Aufbaupräparate verabreicht hatte, *die auf dem deutschen* Arzneimittelmarkt nicht zugelassen sind, mußten die Heimtrainer von Norden bis Süden Elternabende abhalten, um die aufgebrachten Eltern von Turnerinnen zu beruhigen. Warum wurde Singer damals nicht wenigstens beurlaubt? Ursula Hinz: „Ich kann es dem Steuerzahler nicht zumuten, daß ein Eric Singer für seine Beurlaubung auch noch sein Gehalt weiterbekommt." Und auch die Tatsache, daß ihm kaum mehr ein mit dem Turnen befaßter Arzt ein Rezept ausstellt, kann Singer offenbar nicht stoppen. Eine Trainerin zur WELT: „Er sagte mir: ‚Ich lege dann immer meinen Bundestrainer-Ausweis vor und erkläre dazu, daß ich die Mädchen in Form bringen muß für Olympia. Das zieht bei jedem Apotheker'."

Wenn künftig auch der Deutsche Sportbund und das Bundesinnenministerium, die Arbeitgeber Singers, *nicht reagieren würden*, will der Bundesfachausschuß die ordentlichen Gerichte anrufen, um gegen Eric Singer vorgehen zu können. Wöhlbrand: „Wir hätten Zeugen, die bestätigen könnten, daß Singer den Turnerinnen das Essen entzogen, ihre Zimmer durchsucht und Schränke aufgebrochen hat." Singer will wegen dieser Aussage gegen Wöhlbrand klagen, doch der bleibt dabei.

Übrigens: Bevor Ursula Hinz sich gegen Singer aussprach, gab sie Singer sogar 100 Mark für Medikamente, transportierte davon ein Teil nach Berlin, wo sie dann von ihrem Mann, dem Berliner Landestrainer Jupp Hinz, an Turnerinnen verabreicht wurden.

Singer hat die Medikamente in der Frankfurter Turnschule beim WM-Lehrgang stets offen am Frühstückstisch verteilt. Und stets war auch der tschechoslowakische Cheftrainer Vladimir Prorok dabei. Was sagt er dazu? „Zum Fall Singer gebe ich überhaupt keinen Kommentar." Frage: Werden Sie wieder mit ihm arbeiten, wenn er nach Frankfurt kommt? Prorok: „Nun, er ist ja in Hannover." Und dann, ganz erschrocken: „Da habe ich ja schon zuviel gesagt."

Eric Singer ist, wie es in der Fach*sprache heißt, am Gerät hervorragend*. Doch reicht das aus?

SPORT-NACHRICHTEN

Klampar verletzt

Budapest (sid) – Ohne den mehrmaligen Welt- und Europameister Tibor Klampar (Ungarn) wird das europäische Tischtennis-Ranglistenturnier „Top 12" vom 3. bis 5. Februar in Bratislava/CSSR stattfinden. Klampar mußte wegen einer Schulter-Verletzung absagen. Einzige deutsche Teilnehmerin ist Kirstin Krüger aus Kiel.

Keine Wiederholung

Frankfurt (dpa) – Das Fußball-Zweitligaspiel Fortuna Köln gegen Hessen Kassel (2:1) vom 27. November 1983 wird nicht wiederholt. Das Bundesgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) wies am Montag Kassels Einspruch gegen die Spielwertung in letzter Instanz zurück.

Neuer Bestechungsskandal

London (dpa) – Der britische Pferderennsport wird schon wieder von einem Bestechungsskandal erschüttert. Von den 15 Jockeys, die vom Jockey-Club überprüft worden sind, wurde mehreren nachgewiesen, Bestechungsgelder angenommen zu haben.

Granath gedopt

Stockholm (sid) – Der ehemalige Sprintweltmeister Johan Granath wurde vom schwedischen Eisschnelllauf-Verband wegen Dopings für 15 Monate gesperrt. Er war am 3. Dezember 1983 bei Rennen in Schweden der Einnahme verbotener Substanzen überführt worden.

Willi Weyer auf Reisen

Frankfurt (dpa) – Willi Weyer, Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB), wird in den kommenden Monaten fünf Länder besuchen. Neben Reisen nach China, Südkorea und in die CSSR sind auch Besuche in Israel und Rumänien geplant.

Zehn Jahre Gefängnis

Moskau (sid) – Zu einer Gefängnisstrafe von zehn Jahren ist ein Fußballspieler in der UdSSR verurteilt worden, der einen Anhänger seiner eigenen Mannschaft mit Messerstichen schwer verletzt hatte. Der Spieler war von dem Fan kritisiert worden.

Pause für Thomas

Krefeld (sid) – Wayne Thomas, englischer Mittelfeldspieler des Fußball-Bundesligaklubs Bayer Uerdingen, wird nach seiner am Wochenende erlittenen Verletzung voraussichtlich schon am 11. Februar wieder spielen können.

Weltcup-Abfahrt live

München (sid) – Die letzte Weltcup-Abfahrt der Herren vor den Olympischen Winterspielen in Sarajevo wird am 2. Februar aus Cortina d'Ampezzo von der ARD zwischen 10.55 und 12.05 live übertragen.

ZAHLEN

TENNIS

Damen-Turnier in Houston/US-Bundesstaat Texas (150 000 Dollar), erste Runde: Pfaff (Deutschland) – White (USA) 6:2, 6:4, Turnbull (Australien) – Brown (Großbritannien) 6:2, 6:2, Potter (USA) – Sands (USA) 6:1, 6:4, Rinaldi (USA) – Moulton (USA) 6:7, 7:6, 3:0 Moulton aufgegeben.

EISHOCKEY

DEB-Pokal, Vorrunde, Gruppe I: Kölner EC – Düsseldorfer EG in Troisdorf 6:0 (2:0, 1:0, 3:0)

SEGELN

Weltmeisterschaft in der olympischen 470er Klasse vor Auckland/Neuseeland, vierte Wettfahrt: 1. Sowry/McNeil (Neuseeland), 2. Dickson/Allen (Neuseeland), 3. Foster/Newlands (Großbritannien).

Stand nach vier Wettfahrten: 1. Dickson/Allen (Neuseeland) 19,0 Punkte, 2. Barnes/Willcox (Neuseeland) 24,0, 3. Jones/Berry (Neuseeland) 31,7, John Stavenuider/Giundo Alkemade (Niederlande) 32,7.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 428 225,90, 2: 61 175,10, 3: 485,50, 4: 77,60, 5: 7,00. – **Toto: Elferwette:** 1. Klasse: 808,30, 2: 59,80, 3: 7,20. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 248 960,90, 2: 82 986,90, 3: 3849,90, 4: 57,50, 5: 6,60. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 1914,00, 2: 208,40. – Rennen B: Klasse 1: 269,90, 2: 42,70. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 64 704,20. (Ohne Gewähr.)

STAND ● PUNKT

Fast ein Jahr lang war Siegfried Held, früherer Fußball-Nationalspieler und zuletzt Trainer beim damaligen Bundesligaklub Schalke 04, arbeitslos. Eine schlimme Zeit für einen Trainer, wie für jeden ohne Arbeit. Doch Held hat die Zeit genutzt, er hat nachgedacht. Heute sagt er: „Ich hätte nie gedacht, daß ich so lange raus sein würde. In dieser Zeit *kommt man sehr ins Grübeln.*" Ein Trainer-Schicksal wie so viele. Auch Willibert Kremer, der jetzt in Düsseldorf hoch gelobt wird, war kurz davor, an seinen Fähigkeiten zu zweifeln. Kremer hat mit Düsseldorf unten angefangen. Noch tiefer steigt jetzt Siegfried Held.

Ansprüche

Er trainiert ab sofort mit dem BV Lüttringhausen den Tabellenletzten der zweiten Liga. „Ein Himmelfahrts-Kommando", wie Held selber weiß. Aber es ist immer noch besser, als zu Hause zu sitzen und Däumchen zu drehen.

Nun braucht niemand auf den Gedanken *zu kommen, daß jetzt* Mitleid am Platze wäre. Das wäre Unsinn, weil die Trainer in der Regel so gut bezahlt werden und ihr Risiko kennen müßten. Mittlerweile ist es nur so, daß sie die eigenen Ansprüche herabschrauben müssen. Diese Einsicht ist gut so.

DW.

FUSSBALL

Kindermanns Drohungen

DW. Bonn

Hans Kindermann, Chefankläger des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), will in Zukunft gegen Fußball-Sünder und Spielervermittler härter als bisher vorgehen. Das erklärte Kindermann in einem Interview mit der Illustrierten „Quick". Wörtlich sagte er: „Ich werde die Schiedsrichter anhalten, künftig energischer durchzugreifen." Nach Kindermanns Ansicht müßten die Schiedsrichter deutlicher herausstellen, wer „Herr auf dem Platz sei" und dürften nicht mehr beide Augen zudrücken. Kindermann: „Das gilt vor allem für den Umgang mit prominenten Spielern." Auch Wiederholungstäter, so der DFB-Chefankläger, sollen künftig härter bestraft werden.

Sein größter Zorn richtet sich aber gegen die seiner Ansicht nach immer dreister auftretenden Spielervermittler, die unter Umgehung des DFB Spieler berieten, mit Vereinen verhandelten und bei Vereinswechseln *das Bestmögliche für ihre Schützlinge* herausholten. Kindermann: „Die Tätigkeit der Spielervermittler verstößt gegen das Arbeitsförderungsgesetz und ist demzufolge nicht statthaft." In einem Rundschreiben an alle Bundesligaklubs kündigte er an, daß jeder bestraft werde, der sich mit Spielervermittlern einlasse.

● Noch sieben Tage bis zu den Olympischen Winterspielen in Sarajevo. Die WELT setzt ihre Serie über Persönlichkeiten des Wintersports fort mit dem englischen Eistanzpaar Jayne Torvil und Christopher Dean. Experten glauben, die beiden Engländer brauchten sich in Sarajevo nur die Goldmedaillen abzuholen, so groß sei ihre Überlegenheit. In der nächsten Folge: Irene Epple, die in Sarajevo endlich aus dem Schatten von Rosi Mittermaier fahren will.

Sarajevo '84

OLYMPIA-SERIE / Eistänzer Torvil/Dean

Brennende Frage: Endet Love-Story auf dem Eis mit Gold und Hochzeit?

Von MARTIN HÄGELE

Das traurige Stück paßte in den Kalender: Aschermittwoch. Es gab Tränen nach dem bitteren Ende schöner Träume. Beim Eistanz in der Olympiahalle von Lake Placid hatten 7000 Zuschauer das schon bekannte Eiskunstlauf-Stück erlebt. Titel: Wie sich Gerechtigkeit verhindern läßt, wenn sich nur genug Ungerechte einig sind. Die Weltmeister Natalia Linitschuk und Gennadi Karponsow waren ausgerutscht, und alle dachten, nun sei die Reihe an den Ungarn *Krisztina Regöczy/Andras* Sallay. Doch einige Preisrichter meinten, das dürfe nicht sein. Sie lupften die Russen aufs Podest, stahlen dem besseren ungarischen Paar den verdienten Lohn seiner Leistung. Krisztina Regöczy weinte vor Wut. Unter vielen Tränen entfuhr ihr auch ein sehr bemerkenswerter Satz: „Unser Land ist eben zu klein, als daß man uns einen so großen Erfolg gönnen würde."

Vier Jahre später, diesmal an einem Dienstag, wird Betty Callaway, die Trainerin der Ungarn, nicht mehr streicheln, trösten und Tränen trocknen müssen. Ihr neues Paar hat die Goldmedaille schon reserviert. Am 14. Februar 1984 wird im Eispalast von Sarajevo die englische Hymne gespielt werden. „God save the Queen", und Gold für Jayne Torvil und Christopher Dean.

Sechskommanull, sechskommanull. Wahrscheinlich werden die Preisrichter so viele Sechser wie noch nie aufleuchten lassen. Traumnoten für ein Traumpaar. Wie die beiden das Eis liebkosen, so müsse wohl der liebe Gott Schlittschuhlaufen. Das Zitat stammt nicht von einem der unzähligen Fans, sondern vom früheren Weltmeister Bernard *Ford. Und das Londoner Blatt „Mail* on Sunday" schrieb: „Seit D. H. Lawrence und den Raleigh-Fahrrädern ist nichts Besseres aus Nottingham gekommen."

Irgendwas ist an diesem Vergleich mit dem Schöpfer von „Lady Chatterley" wohl dran. Lawrence hat in seinen Romanen stets Sex als Ausweg gesucht, um dem Zwiespalt von Körper und Geist zu entrinnen. Torvil und Dean interpretieren dieses Thema mit Tänzen. „Wir versuchen mit der Musik und mit unseren Bewegungen die Zuschauer zur eigenen Phantasie anzuregen." So versucht Dean die Beifallsstürme und Blumenregen, die sie nun schon seit einigen Jahren begleiten, zu erklären.

Hinter der Eleganz des Paares steckt *harte Arbeit. Man kann sie* schwitzen sehen. Manchmal treten die Adern an Christophers Hals hervor wie elektrische Kabel. Ohne diese Besessenheit hätten sich die Versicherungsangestellte Jayne und der Polizei-Rekrut Christopher nie ins internationale Rampenlicht getanzt. Beide stammen aus bescheidenen Verhältnissen. Ein bißchen Aschenputtel spielt da schon mit. Mit zehn Jahren hat das Mädchen vom Kioskstand angefangen, Kringel zu drehen. Bei Christopher lagen die Schlittschuhe gleichfalls unterm Christbaum, als er zehn Jahre alt war. 1975 sind sich beide zufällig über den Weg gelaufen.

1978 ließen sich T&D – nur so werden sie in der Branche genannt – schon als britische Meister feiern. Der große Durchbruch aber erfolgte erst zwei Jahre später. In Lake Placid waren sie Fünfte geworden. Sie seien das Paar der Zukunft, hatte man ihnen attestiert. Nur, von diesem Lob ließ sich nichts kaufen. So standen sie vor der Entscheidung: entweder die Nummer eins in der Welt zu werden oder zwei bekannte Namen im Millionenheer der englischen Arbeitslosen (Dean).

Sie nahmen das Risiko auf sich und kündigten ihre Jobs. Der Rat der Stadt Nottingham bewilligte für die zwei ehrgeizigen jungen Bürger eine Spende. 50 000 Mark sollten sie jährlich erhalten.

In einigen Wochen werden Jayne Torvil (26) und Christopher Dean (25) Beträge dieser Größenordnung als Prozente oder Provisionen betrachten. Jayne und Christopher, die Kinder armer Leute aus Nottingham, werden nie mehr auf den Cent gukken müssen. Die bekanntesten Eisrevues kämpfen um die dreimaligen Weltmeister, das ungekrönte Königspaar.

Nur noch ein paar Tage müssen Jayne und Christopher Prinz und Prinzessin spielen. Dann, als reiche Profis, können sie alle Geheimnistuerei beenden und endlich normal sein. Denn die Beziehung der beiden be*schäftigt so ziemlich alle* Sport-, Klatsch- und Gesellschaftsjournalisten auf der Insel. Endet die Love-Story auf dem Eis mit Gold und Hochzeit? Oder geht jeder seine eigenen Wege? Verdammt noch mal, ergänzen sich Jayne und Christopher wirklich nur beim Tanz so phantastisch? Man wird als Engländer wohl noch fragen dürfen.

Ihre Beziehung sei sehr schwer zu erklären, hat Jayne darauf geantwortet. Früher sei schon etwas Liebe gewesen, jetzt nicht mehr. Und alle anderen Gefühle seien bis zu den Olympischen Spielen ausgeschaltet. Christopher: „Wir sind bestimmt die besten Freunde. Unser Verhältnis ist enger als das zwischen Bruder und Schwester, aber nicht so wie bei Mann und Frau."

Ein sibyllisches Rätsel. Die Antwort liegt in Sarajevo. Millionen Briten warten auf die Lösung. Und eine Meute englischer Sensationsschreiber lauert hinter dem olympischen Dorf darauf, am Tag nach der Goldmedaille die heißeste aller Stories nach London zu tickern ...

Zuversicht über US-Initiative für Genf

● Fortsetzung von Seite 1

lozierung zur See und zur Luft ausgerichtet ist.

Um den toten Punkt am Verhandlungstisch zu überwinden, offerierten die USA auch eine Begrenzung der Zahl ihrer Bomber und ihres Cruise-Missile-Arsenals. Dem Vernehmen nach zeigten sie sich dabei bereit, die Zahl der Bomber auf 400 zu begrenzen und die mitgeführten Cruise Missiles von derzeit geplanten oder schon vorhandenen 8000 auf 3500. Die Sowjets sollen sich gegenüber diesem Vorschlag sehr aufgeschlossen gezeigt haben, was sie allerdings nicht daran hinderte, im November die weiteren Verhandlungen darüber einseitig auszusetzen.

Hinter das Konzept einer möglichen Zusammenlegung von INF und START hat sich inzwischen auch die renommierte außenpolitische Stiftung „Council on Foreign Relations" in ihrer jüngsten Studie „Nuclear Weapons in Europe" gestellt. Skeptisch über die Äußerungen Rownys zeigten sich dagegen sowohl der ehemalige Mitarbeiter Kissingers, William Hyland, als auch Gerard Smith, der unter Präsident Nixon den SALT-I-Vertrag ausgehandelt hatte. Hyland gab zu bedenken, daß der Kreml zur Zeit „nahezu gelähmt durch die Andropow-Frage" sei und man daher keine rasche sowjetische Antwort erwarten dürfe, die so weitreichende Konsequenzen habe wie die Zusammenlegung der beiden Verhandlungsebenen. Smith bezeichnete die Atmosphäre der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen als eigentlich nicht sehr günstig für einen entscheidenden Durchbruch bei den START-Verhandlungen.

Weitere Kritiker äußerten die Vermutung, daß der betonte Optimismus des Abrüstungsbeauftragten etwas mit der Tatsache zu tun haben könne, daß sich Ronald Reagan am Abend zuvor für eine weitere Präsidentschaftskandidatur entschieden habe. Der Eindruck, daß es der Reagan-Administration in drei Jahren nicht gelungen ist, zu neuen Rüstungskontrollvereinbarungen mit der Sowjetunion zu kommen, gilt als politische Belastung im kommenden Wahlkampf.

„Heuss, ein Staatsmann zum Aufschauen"

Feierstunde zum 100. Geburtstag des ersten Bundespräsidenten

STEFAN HEYDECK, Bonn

In einer Feierstunde im Bonner Bundestag lebte gestern ein Stück deutscher Nachkriegsgeschichte auf. Aus Anlaß des 100. Geburtstages von Theodor Heuss gedachten Repräsentanten des Staates der Verdienste des ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland bei Gründung und Aufbau dieser zweiten deutschen Republik. Zu dem Festakt waren rund 800 führende Vertreter aller gesellschaftlichen Gruppen – mit Ausnahme der Grünen – in den blumengeschmückten Plenarsaal gekommen. Unter ihnen waren auch die Schwiegertochter und ein Enkel von Theodor Heuss.

Mit Heuss' Wahl zum Staatsoberhaupt am 12. September 1949, sei „ein neuer deutscher Staat in die Geschichte" eingetreten, „der sich vor allem der Freiheit seiner Bürger und dem Frieden in der Welt verpflichtet wußte", sagte Bundespräsident Carstens in seiner Ansprache. Für Heuss, der Mitglied des Parlamentarischen Rats gewesen war, sei während seiner zehnjährigen Amtszeit die Aussöhnung nach innen und außen erstes und vornehmstes Ziel gewesen. Er habe das Bewußtsein der Solidarität zwischen Vertriebenen und Flüchtlingen und denjenigen stärken wollen, „denen ohne ihr Verdienst dieses schwere Schicksal erspart geblieben war". Ein Schwerpunkt seines Wirkens galt nach den Worten von Carstens dem deutsch-jüdischen Verhältnis. So habe er schonungslos über die in der NS-Zeit von Deutschen begangenen Verbrechen gesprochen. Durch dieses Bekenntnis habe er die Deutschen jedoch nicht isoliert. Es sei vielmehr der einzige Weg zur Aussöhnung gewesen.

„Er war wegweisend, freundlich und gebildet"

Zuvor hatte Bundestagspräsident Rainer Barzel hervorgehoben, daß Heuss „die Aufgabe einer geistig-moralischen Selbstdarstellung unserer wiedergewonnenen und erneuerten Demokratie" bespielhaft gelöst habe. Dies habe er in einer „für unser Volk und unsere Nachbarn so besonders schwierigen Zeit" erreicht. Der unvergessene und herausragende Staatsmann sei „wegweisend, freundlich, klug und gebildet" gewesen; „einer zum Aufschauen".

Als Präsident des Bundesrats wies der bayerische Regierungschef Franz Josef Strauß darauf hin, daß das von den Bürgern „Papa Heuss" genannte Staatsoberhaupt schon zu Lebzeiten zur Legende geworden sei. Strauß erinnerte sich, daß zwischen ihm und Heuss 1949 in der Bundesversammlung über die Frage des Föderalismus gerungen worden war. Heute würde der der nationalen liberalen Tradition verpflichtete FDP-Politiker „bestimmt auf der Seite derer" stehen, die vor dem Weg in den Zentralstaat warnen. Die bundesstaatliche Ordnung, zu der Heuss einen großen Beitrag geleistet habe, sei „das Bauprinzip eines wiedervereinigten Deutschland ebenso wie das eines in Freiheit geeinten Europa".

Brandt: Er war ein Glücksfall

Für die Sozialdemokraten bekundete deren Vorsitzender, der ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt, Respekt, Sympathie und Dankbarkeit. Heuss habe ihm als Berliner Abgeordneten und Regierenden Bürgermeister „nichts anderes als hilfsbereite Aufmerksamkeit, wohlmeinend-sensible Kritik und eine mitunter knurrende Herzlichkeit zukommen" lassen. Er habe seine Pflichten für Berlin nicht „als Stichwort für pathetische Sonntagsreden verstanden". Brandt: „Er war ein nachkriegsdeutscher Glücksfall." Denn Heuss habe seine Pflicht, über den Parteien zu stehen und nach Möglichkeit ausgleichend zu wirken, wörtlich genommen.

Auch der FDP-Vorsitzende, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, betonte, daß Heuss Repräsentant des demokratischen Deutschland gewesen sei. Er habe wesentlich dazu beigetragen, „der Welt, den Deutschen einen deutschen Staat mit menschlichem Gesicht wiederzugeben". Heuss, der den Ablehnungsantrag des „Ermächtigungsgesetzes" formuliert hatte, habe als Bundespräsident „historische Größe" erreicht.

Ermittlungen gegen Berliner Professoren

F. D. Berlin

Der Berliner Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig (CDU) hat disziplinarische Ermittlungen gegen mehrere Berliner Hochschulprofessoren angekündigt, die am Montag ihren Lehrverpflichtungen aus Protest gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Deutschland nicht nachgekommen waren. Kewenig wies darauf hin, er werde zusammen mit den Präsidenten der Berliner Universitäten jeden Einzelfall disziplinarrechtlich prüfen. An dem Streik hatten sich rund 90 der insgesamt 2000 Berliner Hochschullehrer beteiligt, zahlreiche Initiatoren der Aktion hatten jedoch ohnehin an diesem Tag keine Lehrverpflichtung.

Die geringe Teilnahme am Streik beweise, so Kewenig, daß die große Mehrheit der Professoren nicht bereit sei, sich an rechtswidrigen Aktionen zu beteiligen. Der Lehrbetrieb sei an diesem Tag „normal" weitergelaufen.

Der AStA der Freien Universität sprach hingegen davon, daß an der FU „kein normaler Unibetrieb" stattgefunden habe.

Verfügung gegen den „stern"

hy. Düsseldorf

Das Landgericht Düsseldorf hat gestern eine von der Rheinmetall Berlin AG beantragte einstweilige Verfügung erlassen, nach der dem Magazin „stern" die Behauptung verboten wird, der Konzern habe „aus schwarzen Kassen Parteien finanziert". Gleichzeitig verbot das Gericht unter Androhung einer Geldstrafe in Höhe von 500 000 Mark die Verbreitung der am Donnerstag erscheinenden „stern"-Ausgabe, wenn darin die von Rheinmetall beanstandeten Behauptungen wiederholt werden.

Nach Darstellung der Hamburger Illustrierten soll Rheinmetall in zehn Jahren insgesamt 227 Millionen Mark über Schweizer Banken am Fiskus vorbei in die Parteikassen von CDU und FDP gezahlt haben. Mittler sei dabei die „Staatsbürgerliche Vereinigung" in Köln gewesen.

DIE WELT (uspe 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

USA: Fortschritte in Damaskus

Abstimmung mit Syrien soll Abzug der Marines aus Libanon ermöglichen / Mubarak in Zaire

RS./DW. Washington/Bonn

Der Tod eines amerikanischen Marineinfanteristen in Beirut hat in den Vereinigten Staaten wieder die politische Aufmerksamkeit auf den Nahen Osten gelenkt.

Der US-Soldat war bei einem Artillerieangriff drusischer Milizen auf die amerikanische Friedenstruppe am Flughafen Beirut getötet worden, drei weitere GI's wurden bei dem Angriff verwundet. Bei einem Überfall drusischer Milizen auf libanesische Soldaten in der Nähe der Universität Beirut wurden zwei Libanesen getötet, zehn Personen wurden verletzt.

Wie ernst der amerikanische Präsident die Verwicklung der US-Streitkräfte in Libanon nimmt, wurde gestern durch eine Stellungnahme seines Wahlkampfleiters Edward Rollings deutlich. Der Wahlmanager erklärte vor Journalisten, Ronald Reagan betrachte die Libanon-Politik als größten Unsicherheitsfaktor für seine Wiederwahl.

Der Druck, den vor allem die Mitglieder der Demokratischen Partei im Kongreß in der Frage der weiteren Stationierung des amerikanischen Kontingents der Internationalen Friedenstruppe in Beirut ausgeübt wird, wurde unter anderem durch eine Erklärung des Fraktionsführers im Senat, Robert Byrd, deutlich. Der Politiker meinte gestern, seine Fraktion werde möglicherweise eine weitere Untersuchung fordern, um festzustellen, ob die Sicherheitsvorkehrungen für die Marines in Beirut ausreichend seien. Eine frühere Untersuchung, nach dem Mordanschlag, bei dem im August vergangenen Jahres 259 amerikanische Soldaten in Beirut ums Leben gekommen waren, hatte gravierende Mängel an amerikanischen Sicherheitsvorkehrungen offenbart.

Der amerikanische Sonderbotschafter für den Nahen Osten, Donald Rumsfeld, der sich gegenwärtig in Syrien aufhält, hat nach amerikanischen Angaben bei seinen Gesprächen mit dem syrischen Außenminister Khaddam einige Fortschritte erzielt. Rumsfeld will wegen dieser „günstigen Entwicklung" seinen Aufenthalt in Damaskus verlängern. Der US-Diplomat ist bemüht, in Abstimmung mit Damaskus eine Stabilisierung in Libanon herbeizuführen. Sie soll es Washington erlauben, sein Militärkontingent ohne Gesichtsverlust aus Beirut abzuziehen.

Die Entscheidung des Pentagon, der libanesischen Armee 35 moderne M 60 Panzer zu liefern, ist ebenfalls Teil der amerikanischen Bemühungen um eine Stabilisierung der Lage in Libanon. Durch reichhaltige amerikanische Waffenlieferungen und militärische Ausbildungshilfe der USA soll die libanesische Armee zu einem Machtfaktor aufgebaut werden, der nach einem Abzug der Marines das prowestliche Regime von Präsident Gemayel sichern soll.

Teil der Bemühungen um einen Ausgleich im Nahen Osten ist gewiß auch die gestern begonnene achttägige Afrika-Reise des ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak. Am Tag zuvor war Kairo, nicht zuletzt auf Intervention mehrerer afrikanischer Staaten, wieder zur Mitarbeit in der Organisation Islamischer Staaten eingeladen worden. Es gilt als sicher, daß Mubarak in Afrika weiter für Kairos Politik des Ausgleichs mit Israel werben wird. Erste Station der Reise des Präsidenten ist Zaire, das im vergangenen Jahr die diplomatischen Beziehungen mit Jerusalem wiederaufgenommen hat. Erst vor wenigen Wochen hatte der israelische Staatspräsident Herzog Zaire einen offiziellen Besuch abgestattet.

„Präventiv-Schlag" gegen Ölfelder?

Überlegungen in der „Jerusalem Post" für den Fall akuter Bedrohung durch Saudi-Arabien

DW./SAD, Jerusalem

In Jerusalem mehren sich die Stimmen, die einen militärischen Präventivschlag gegen Saudi-Arabien fordern, falls die Aufrüstung dieses Landes für Israel bedrohliche Ausmaße erreichen und der jüdische Staat sich mit der Gefahr eines militärischen Angriffs konfrontiert sehen sollte. Diese Haltung ist nicht zuletzt auf den mißlungenen Versuch Jerusalems zurückzuführen, von Bundeskanzler Kohl während seines Israel-Besuches eine definitive Zusage zu erhalten, keine modernen deutschen Rüstungsgüter nach Saudi-Arabien zu exportieren.

Bereits in der vergangenen Woche hatte der Staatssekretär im Amt des israelischen Premierministers, Shmulevitz, gegenüber dem Springer-Ausland-Dienst (SAD) die Befürchtung geäußert, daß eine Aufrüstung Saudi-Arabiens „uns in eine Lage versetzen könnte, einen Präventivschlag" zu führen (WELT v. 28./29. Jan.).

Gestern nun schrieb die Zeitung „Jerusalem Post" über die Möglichkeit deutscher Waffenlieferungen an Riad auch mit israelischen Angriffen auf arabische Ölfelder: „Falls Israel jemals zu einer solchen Aktion (Prävgentivschlag) gezwungen wird, kann niemand erwarten, daß es sich nur gegen militärische Ziele richtet. Denn das Öl der Saudis und der Golfstaaten, das die Europäer bei der Überschwemmung dieser Region mit Waffen, die nur gegen Israel gerichtet sein können, im Auge haben, ist ein strategisches Ziel von gleicher, wenn nicht sogar größerer Bedeutung."

Dabei werde Israel auch einen Bruch seiner Beziehungen in Kauf nehmen, meinte das Blatt. Wann immer Israel die militärische Initiative ergriffen habe, sei die Aktion erfolgreich gewesen.

Als Beispiele dafür führt das Blatt den Sinai-Feldzug 1956, die Versendung von Briefbomben gegen deutsche Wissenschaftler in Ägypten, den Sechs-Tage-Krieg von 1967 und die Vernichtung einer irakischen Nuklear-Anlage durch israelische Jagdbomber im Jahre 1981 an. Lediglich vor dem Yom-Kippur-Krieg 1973 habe Jerusalem mit Rücksicht auf Washington auf einen Präventivschlag verzichtet – „ein beinahe tödlicher Fehler", nach Meinung der Zeitung.

Der Deutsche Bundestag wird in der nächsten Woche auf Anregung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel über die Israel-Reise des Bundeskanzlers debattieren. Es wird mit einer heftigen Debatte gerechnet. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ehmke hat Äußerungen des Kanzlers in Israel als peinlich und die Position zur Frage der deutsch-israelischen Beziehungen und mögliche Waffenlieferungen an Riad als dilettantisch bezeichnet.

Grüne nennen Hessen Kriegsschauplatz

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Mit einem heftigen Wortwechsel markierten Holger Börner, der geschäftsführende Ministerpräsident des Landes Hessen, und seine Verhandlungspartner, die Grünen, in Wiesbaden ein weiteres Mal die „Unvereinbarkeit" von Positionen, ohne daß ihre Absichten, zu einer „kontinuierlichen Zusammenarbeit" zu kommen, dabei Schaden nahmen. Beide Parteien waren dabei sichtlich bemüht, Eindruck bei den Kritikern der rot-grünen Verhandlungen in den eigenen Reihen zu machen.

Anlaß des Streites war ein von den Grünen vorgelegtes „Positionspapier" zum Thema „Kriegsschauplatz Hessen?". Darin wurde unter anderem gefordert: erste Schritte zu einem ABC-Waffen-freien Hessen, „neutrales Verhalten" der Landesregierung gegenüber dem Volksbegehren gegen die Raketenstationierung, Absage an die „Militarisierung Hessens" und sofortige Konstituierung eines Sonderausschusses dazu. Andere Punkte betrafen bereits verhandelte oder abgehakte Gegenstände wie: „Keine Inbetriebnahme der Startbahn West", „Abrüstung" der hessischen Polizei, „Stopp der sogenannten friedlichen Atomenergie" in Hanau und Biblis.

Der hessische Ministerpräsident beantwortete diese Forderungen und Vorschläge aufbrausend mit den Worten: „Das ist kein Verhandlungspapier, sondern eine Zumutung." Die Amerikaner seien für die SPD keine „Fremdtruppen" (wie die Grünen in einem Anlage-Papier formuliert hatten), sondern Bündnispartner und Freunde. Bei dem Satz „Da gibt es überhaupt keinen Rabatt" haute Börner sogar kräftig auf den Tisch. Von allen Vorschlägen sei allein das Verlangen nach einer stärkeren Förderung der hessischen Friedens- und Konfliktforschung diskutabel. Die Grünen machten betretene Gesichter, man ging in eine Pause und verabredete anschließend, in einer „Unterkommission" weiterzuverhandeln.

Der Fortgang der Gespräche zeigte dann, daß der von den Grünen provozierte Zusammenstoß (sie möchten für die „Friedensbewegung" glaubhaft bleiben) ohne Folgen für das Verhandlungsklima blieb. Noch nie in den vorangegangenen Verhandlungsrunden war so viel gelacht, gewitzelt und gefrotzelt worden wie in der folgenden halben Stunde. Die Vorstellungen der Grünen zur Landwirtschaftspolitik nannte Börner „einen guten Einstieg". Für ihr Ziel, die Anwendung von Chemie und Mineraldünger einzudämmen, sehe er „eine große Chance, langfristig zu Gemeinsamkeiten" mit der SPD zu kommen und in Hessen „Landwirtschaftspolitik von einer anderen Seite als die EG" zu machen.

In der grünen Sozialpolitik entdeckte Börner „Juckpulver, das Sie in die Hemdkragen unserer Bürgermeister streuen wollen". Es ging um die Forderung, statt Jugendheimen jugendliche „Selbsthilfegruppen" stärker zu fördern, die oft nicht wüßten, wie ein Antrag formuliert sein müsse, damit „die Staatsknete rüberkommt". Börners Einwand: Sie müßten aber genauso Rechnung legen wie etwa die privaten Träger und dürften auch keine Konkurrenz für diese werden. Generell müßten die Grünen bei ihren sozialpolitischen Vorschlägen (zum Beispiel: Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes für Sozialhilfeempfänger, Erlaß eines Kindergartengesetzes) noch detailliert sagen, wo sie das Geld abknapsen wollten, das dafür gebraucht werde.

Berliner Justiz klagt NS-Richter an

Es soll der Nachweis geführt werden, daß der „Volksgerichtshof" kein ordentliches Gericht war

WERNER KAHL, Bonn

Die Westberliner Justiz wird gegen einen ehemaligen Richter des nationalsozialistischen Volksgerichtshofes Anklage erheben. Das wurde gestern nach Abschluß des Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft in Bonn bekannt. Mit der offiziellen Anklageerhebung vor einem Schwurgericht rechnen zuständige Stellen im späten Frühjahr.

Die Staatsanwaltschaft hatte 52 Juristen ermittelt, die als Beschuldigte für Rechtsbeugung und damit verbundene Terrorurteile während des Dritten Reiches in Frage kommen. Sie sind heute zwischen 73 und 89 Jahre alt. Für ein Strafverfahren aus diesen Fällen will die Justiz nun die Hauptverhandlung beantragen.

Es handelt sich um einen ehemaligen Kammergerichtsrat, der als 82jähriger Pensionär in Westdeutschland lebt. Als zeitweiliger Beisitzer im Senat des Volksgerichtshofspräsidenten Roland Freisler soll der Jurist mit dafür verantwortlich sein, daß in 78 Verfahren 122 Gegner des Hitler-Regimes zum Tode verurteilt wurden. Unter den Hingerichteten ist unter anderem der Jesuitenpater Alois Grimm aus Feldkirch in Baden. Ihm waren „schwer zersetzende, ketzerische und defätistische" Äußerungen vorgeworfen worden.

In einem anderen Fall wurde der kaufmännische Angestellte Lucian Pickert hingerichtet, weil er „zwei Volksgenossen gegenüber sein Bedauern über das Mißlingen des Anschlags gegen den Führer" zum Ausdruck gebracht hatte.

Der Volksgerichtshof war 1934 in Berlin geschaffen worden. Er sollte das Reichsgericht in Leipzig ersetzen, dem die Nazis die – in ihren Augen zu unabhängige Verhandlungsführung beim Reichstagsbrandprozeß nicht vergessen hatten. Eine dem nationalsozialistischen System gemäße Strafverfolgung sollte das neue höchste Justizorgan durch eine entsprechende Besetzung gewährleisten: Zwei Berufsrichtern wurden drei Laienrichter zur Seite gestellt – erprobte Parteigenossen. Allein im Jahre 1942 verhängte das Gericht – in 1033 Verfahren gegen 2572 Angeklagte – 1192 Todesurteile. Dem erklärten Willen der NS-Führung entsprechend sollte eine „für ihre Sonderaufgaben ausgelesene Richterelite" die Gegner des Regimes vernichten.

Die Ostberliner Justizverwaltung übergab in dieser Woche dem Leitenden Oberstaatsanwalt beim Westberliner Kammergericht, Severin, mehrere hundert Blatt archivierter Akten, vor allem aus Geschäftsverteilungsplänen des Volksgerichtshofes. Noch 1982 hatte die „DDR" erklärt, alle für die Ermittlungen der Westberliner Justiz relevanten Unterlagen seien bereits ausgehändigt worden.

Mit der Anklage gegen einen Richter will die Justiz nun den Beweis für die Anschuldigung führen, daß der Volksgerichtshof zumindest von 1942 an, als die Freisler-Verfahren begannen, kein ordentliches Gericht war.

*

dpa, Ludwigsburg

Die zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von nationalsozialistischen Verbrechen hat 1983 insgesamt 61 neue Vorermittlungsverfahren eingeleitet. Zu Beginn diesen Jahres waren bei der Ludwigsburger Zentralstelle noch 110 Verfahren anhängig, nachdem 1983 insgesamt 96 Verfahren abgeschlossen wurden. Diese Zahlen gab das baden-württembergische Justizministerium bekannt.

Die Gesamtzahl der von der Zentralstelle seit ihrer Gründung bis Ende 1983 eingeleiteten Vorermittlungsverfahren gab das Ministerium mit 4802 an. Davon seien 462 abgeschlossen und an die Staatsanwaltschaften abgegeben worden.

Nichts gelernt

dos – Für die 2000 Mitarbeiter der Hanomag GmbH, die im Zusammenhang mit dem Konkursantrag aufgefordert wurden, nicht mehr am Arbeitsplatz zu erscheinen, ist dies schlicht eine Katastrophe. Ihre Chancen, in der Region Hannover eine adäquate Beschäftigung zu finden, sind minimal. So gesehen ist die Hartnäckigkeit, mit der die Stadt- und Landespolitiker in Hannover auf eine Produktionsgarantie am jetzigen Standort drängen, durchaus verständlich. Eine solche Garantie indes hat einst auch der frühere IBH-Chef Horst-Dieter Esch formuliert. Die Ereignisse der letzten Monate haben bewiesen, wie seriös Erklärungen dieser Art sind.

Nun soll Orenstein & Koppel, die künftig die Geschicke bei Hanomag bestimmt, nicht auf eine Stufe gestellt werden mit Esch und seiner IBH. Lang genug hat sich die Hoesch-Tochter gegen das Ansinnen einer Standort-Garantie gewehrt, weil alle betriebswirtschaftlichen Daten gegen die Aufrechterhaltung der Produktion in dem hoffnungslos veralteten Betrieb sprechen. Wenn O&K sich jetzt auf eine – wenn auch befristete – Standort-Garantie einläßt, dann sicher nur bei entsprechender Risikoabdeckung.

Genau hier schließt sich der Kreis. Einmal mehr geht die öffentliche Hand ins Obligo. Die Höhe der Bürgschaft ist zwar noch unbekannt; kommen muß sie aber, wie die Dinge stehen. Gleiches gilt für die Prolongierung des ebenfalls von Stadt und Land verbürgten Massekredits. Die Frage, ob die Politiker aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt haben, wird sich erst Mitte nächsten Jahres beantworten lassen. Dann nämlich läuft die Frist ab, für die O&K und der jetzige Konkursverwalter Kretschmer in Hannover in der Pflicht sind.

Verstanden?

Mk. – Was sollen eigentlich sogenannte wissenschaftliche Untersuchungen, die abgefaßt sind, daß selbst gutwilligen Adressaten sie nicht verstehen, und deren Verfasser auch nicht in der Lage sind, sie in einer normalen Sprache zu erklären? Doch wohl nichts, zumal dann nicht, wenn der Eindruck entsteht, es werde als Problem-Lösung eine ganz neue Gesellschaft vorgeschlagen. Die Studie des Batelle-Instituts „Mikroelektronik: Kann Europas Industrie überleben?", die jetzt in Bonn präsentiert wurde, ist ein solcher Fall. Sie kommt zu dem überraschenden Schluß, daß die zunehmende Integration elektronischer Bauelemente mit der Integration sozialer und ökonomischer Einheiten Hand in Hand geht, und empfiehlt daher einen „integrierten" Ansatz zur Förderung der Mikroelektronik", heißt es wörtlich. Und so soll dann auch Europa die Lücke zu den USA und Japan geschlossen werden, wann, das wird allerdings nicht gesagt. Ob dies hilft, mag glauben, wer das versteht. Um Fehlurteile über die Mikroelektronik abzubauen, ist dies jedenfalls nicht geeignet, eher für ein Preisrätsel.

WIRTSCHAFTSLAGE / Industrie fordert Fortsetzung des Konsolidierungskurses

Steuerreform erst dann beschließen, wenn Erholungsprozeß sich stabilisiert hat

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die konsequente Umsetzung eindeutiger marktwirtschaftlicher Grundsätze in der Wirtschaftspolitik wird nach Ansicht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie *entscheidend dazu beitragen*, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik zu erhalten und auszubauen. Nach Einschätzung des Verbandes ist die konjunkturelle Entwicklung in eine spürbare Belebung übergegangen, deren Intensität und Dauerhaftigkeit aber noch nicht voll abzuschätzen sei.

Wie das Präsidium des Bundesverbandes jetzt feststellte, ginge die entscheidende Gefahr für die weitere wirtschaftliche Belebung und damit für den Arbeitsmarkt von den Forderungen einzelner Gewerkschaften aus, die sich bewußt über alle Erkenntnisse und Erfahrungen hinwegsetzten. Vor allem der beabsichtigte Einbruch in die Wochenarbeitszeit und der damit verbundene erneute Kostenschub für die Unternehmen würde alle bisherigen Erfolge aufs Spiel setzen und die deutsche Industrie auf Jahre hinaus auf den Weltmärkten weit zurückwerfen.

Die auch angesichts des Bundesbankgewinns bemerkenswerten Fortschritte bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte werden vom BDI begrüßt. „Dieser Kurs muß konsequent fortgesetzt werden." Er schaffe das für private Investitionsentscheidungen notwendige Vertrauen und erweitere die Finanzierungsspielräume. Daher dürfe die erforderliche Reform des Einkommensteuertarifs, die im Sinne der Leistungsbezogenheit auch die höheren Einkommen *ohne Tabuisierung des Spitzensteuersatzes* entlasten muß, erst verwirklicht werden, wenn der wirtschaftliche Erholungsprozeß trägt. Das gelte auch für die gleichermaßen dringliche Reform der Unternehmensbesteuerung. „Alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Erklärungen sind daran zu messen, ob sie der Sicherung und Stärkung des wirtschaftlichen Aufschwungs dienen", heißt es in der BDI-Erklärung.

Die erklärte Absicht der Bundesregierung, ihre Wirtschaftspolitik noch eindeutiger als bisher marktwirtschaftlichen Grundsätzen zu unterwerfen, werde bei konsequenter Umsetzung erheblich dazu beitragen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken. Dazu gehöre als unverzichtbares Element die beharrliche Entwicklung einer systemkonformen Sozialpolitik.

Die Bundesrepublik werde sich allerdings nur in der Spitzengruppe der technologisch kreativen und leistungsfähigen Industrieländer behaupten können, wenn die Investitions- und Innovationsdynamik früherer Jahre zurückgewonnen und dabei auch die Weichen in der *Forschungs- und Technologiepolitik* dauerhaft richtig gestellt würden.

Um die Innovationspotentiale künftig voll ausschöpfen zu können, fordert der BDI:

- eine *nachhaltige Verbesserung der* Ertragskraft und die Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen, vor allem durch eine Entlastung von Steuern und Abgaben;
- eine staatliche Forschungs- und Technologiepolitik, die der technisch wirtschaftlichen Dynamik zusätzliche Impulse gibt;
- einen verstärkten Technologietransfer zwischen der Grundlagenforschung an den Hochschulen und der angewandten Forschung in der Industrie;
- eine staatliche Bildungspolitik, die den Herausforderungen der modernen Arbeitswelt an junge Menschen gerecht wird und zugleich ein technik- und forschungsfreundliches Klima schafft.

Sorge bereitet der deutschen Industrie die gegenwärtige Handlungsschwäche in der Europäischen Gemeinschaft. Damit sei die Gefahr falscher Weichenstellungen verbunden. Die Sanierung der EG-Finanzen durch Änderungen in der Ausgabenstruktur, vor allem durch eine Reform der Agrarpolitik, könne nicht länger aufgeschoben werden. Initiativen im Bereich der industriellen und technologischen Kooperation werden vom BDI begrüßt. Dabei müsse das Schwergewicht jedoch auf dem Abbau von Hemmnissen für *grenzüberschreitende Firmenkooperationen* liegen.

FRANKREICH

Paris plant Industriezonen nach britischem Vorbild

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Wie kann die von der französischen Regierung angekündigte Umstrukturierung der Automobilindustrie, der Stahlindustrie, des Steinkohlenbergbaus und der Werften ohne soziale Probleme verwirklicht werden? Mit dieser Frage haben sich Premierminister Mauroy und 13 Fachminister bzw. Staatssekretäre auf einer Klausurtagung in Versailles auseinandergesetzt. Von den etwa 130 000 Arbeitsplätzen, die 1984 in der gesamten französischen Industrie wegen Unrentabilität aufgegeben werden müssen, entfallen 70 000 auf die genannten Industriezweige. Sie konzentrieren sich auf Regionen, die bereits eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit ausweisen. Deshalb soll dort die Umstrukturierung möglichst ohne Entlassungen erfolgen, hatte Mauroy bereits vor dem „Seminar" ausdrücklich erklärt.

Das erfordert die Schaffung neuer, möglichst konjunkturunempfindlicher Arbeitsplätze, sagte der Premierminister. Damit scheint die sozialistische Idee begraben zu sein, für diese Aufgabe vor allem die großen verstaatlichten Industriekonzerne, die weitgehend selbst in der Strukturkrise stecken, heranzuziehen. *Vielmehr will die Regierung* jetzt die kleinen und mittleren Unternehmen ermutigen, die freizusetzenden Arbeitskräfte aufzunehmen. An derartigen flexiblen Unternehmen könnten in den betreffenden Regionen etwa 10 000 neu gegründet werden, heißt es. *Um ihre Ansiedlung zu fördern*, ist – nach britischem Vorbild – die Schaffung von sogenannten Freizonen vorgesehen, in denen besondere staatliche Hilfen und Steuervorteile gewährt werden sollen. Mauroy hat jedoch den Vorschlag des Patronats ausdrücklich zurückgewiesen, in diesen Zonen darüber hinaus die Entlassungsschutzbestimmungen zu lockern.

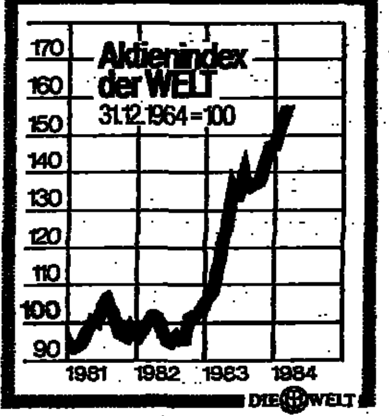
Die kommunistische CGT fordert den Verzicht auf „jede Entlassung". Zu einer derartigen illusorischen Zusage hat sich die Regierung zwar nicht bereit erklärt. Es wurde jedoch in Versailles als Kompromißlösung das Projekt diskutiert, nach italienischem Vorbild die Inhaber nicht benötigter Arbeitsplätze für zwei Jahre zu „beurlauben", und zwar in der Erwartung, daß für sie bis dahin ein neuer Arbeitsplatz geschaffen ist. Wer so lange in welcher Höhe die Löhne fortbezahlt, ist aber noch offen.

Nach Angaben Mauroys soll zur Finanzierung der Aktion nicht nur die Staatskasse, sondern auch die Sozialpartner (im Rahmen der Arbeitslosenversicherung) herangezogen werden. Theoretisch könnte das Industrieministerium etwa 20 Milliarden Franc aus einem für Umstrukturierungszwecke geschaffenen Sonderfonds aufbringen. Mit den Prinzipien der Aktion haben sich nach den Worten von Regierungssprecher Gallo alle Mitglieder der Regierung solidarisch erklärt, also auch die kommunistischen Minister. Allerdings dürfte es der Regierung nicht leicht *fallen, mit den Gewerkschaften zu* einer Einigung zu kommen.

Weiter zuversichtlich

Von CLAUS DERTINGER

Die deutsche Aktienbörse hat nach *einer Konsolidierungspause, die* zum Teil mit der Technik des Optionshandels zusammenhing, wieder zu ihrem Aufwärtstrend zurückgefunden. Mit einem Indexplus von gut dreieinviertel Prozent – der Aktienindex der WELT stieg von 152,6 auf 157,6 Punkte (31. 12. 65 = 100) – ist die Performance des Gesamtmarktes im Januar zwar relativ bescheiden, und die deutsche Börse bleibt hinter den doppelt bis dreimal so hohen Steigerungen in Paris, Brüssel, Mailand, Madrid und Amsterdam zurück. Aber sie hebt sich positiv von der internationalen Leitbörse New York ab. Die alten Hasen auf dem Parkett sind



freilich überhaupt nicht traurig, daß es nicht stürmisch bergauf geht, weil damit die Gefahr eines stärkeren Rückschlags und eines möglichen Verschreckens von Anlegern weniger groß erscheint.

Stürmisch geworden sind allerdings, und zwar seit gut einer Woche, die Aktivitäten am Aktienmarkt. Die Umsätze erreichten bis zur gestrigen Verschnaufpause nahezu wieder das Rekordniveau vom Spätwinter/Frühjahr 1983. Daß es dabei nur in Ausnahmefällen zu Kursexplosionen gekommen ist, signalisiert zunehmende Gewinnrealisationen. Aber die sind, wie es scheint, noch nicht ein Indiz dafür, daß Aktionäre Kasse machen, weil sie der weiteren Börsenentwick*lung mißtrauen*, womit der Anfang vom Ende des Kursaufschwungs eingeleitet würde. Die Verkaufserlöse werden vielmehr überwiegend wieder in anderen Aktien angelegt, denen Experten noch größere Kurssteigerungschancen einräumen als den *bisherigen Favoriten, die schon eine* reiche Ernte gebracht haben.

Auf solche Tauschoperationen sind in den letzten Wochen die überdurchschnittlichen Kursgewinne der Bankaktien zurückzuführen, deren Aufwärtsbewegung von der Deutschen Bank (*plus 15 Prozent im Januar*) angeführt wurde. Auch die Stahlaktien gehörten zu den „Neuentdeckungen", die seit Jahresbeginn Kursgewinne von 13 bis fast 17 Prozent erzielten, weil viele Börsianer damit rechnen, daß sich die Erträge der krisengeschüttelten Branche bei einer fortschreitenden Belebung der Investitionsgüterindustrie verbessern. Unter dem Motto „Selektivität ist Trumpf" in einer fortgeschrittenen Haussephase, suchen die Experten nach zurückgebliebenen Papieren. Dabei gehen sie, wie es scheint, zunehmend „auf die Dörfer". Charakteristisch dafür sind die überdurchschnittlichen Kurssteigerungen einiger Aktien der „zweiten Kategorie", also von marktengeren Nebenwerten, zu denen neben qualitativ hochwertigen Titeln allerdings auch manche Fußkranken gehören.

Die früheren Favoriten stürzen aber trotz Gewinnmitnahmen nicht in den Abgrund; sie nehmen sogar teilweise, wie zum Beispiel die Farbennachfolger, noch überdurchschnittlich an der allgemeinen Aufwärtsbewegung teil. Denn es drängt nach wie vor neues Geld an die Börse, von institutionellen Anlegern, von Privaten, denen die steuersparenden Anlagemöglichkeiten an den „grauen Märkten" weniger attraktiv erscheinen, und neuerdings auch wieder verstärkt von Ausländern, die von den günstigen Wirtschaftsaussichten und der Chance angelockt werden, daß *die D-Mark längerfristig wieder an Wert gewinnt.*

Wächst die deutsche Aktienbörse *in* neue Dimensionen, wie die Deutsche Bank in ihrem jüngsten Börsenbericht unter Hinweis auf die günstigen fundamentalen Voraussetzungen für eine weiterhin positive Kursentwicklung fragt? Bei aller Zuversicht, die sich zu verstärken scheint, fehlt freilich nirgendwo die Warnung vor der dünneren Luft auf dem Hochplateau der Kurse und vor Euphorie, die an der Börse bisher noch immer einen Dämpfer bekommen hat. So auch gestern.

AUF EIN WORT

» Es wundert mich, daß – wann immer über die Probleme, die sich aus dem Wachstum ergeben, gesprochen wird – die Begrenzung des Bevölkerungswachstums dabei bewußt oder unbewußt kaum Erwähnung findet. Jeder Mensch, der auf die Welt kommt, belastet die Umwelt. «

Gert Becker, Vorstandsvorsitzender der Degussa AG, Frankfurt

FOTO: SVEN SIMON

Handwerk gegen 35-Stunden-Woche

Mk. Bonn

Handwerkspräsident Paul Schnitker hat die Einführung der 35-Stunden-Woche in Düsseldorf noch einmal entschieden abgelehnt. Sie schaffe im Handwerk keine zusätzlichen Arbeitsplätze. Eine Umfrage der Handwerkskammer in Düsseldorf habe ergeben, daß nur 0,7 Prozent der insgesamt 2600 befragten Betriebe bei einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden eine zusätzliche Arbeitskraft einstellen würden. Im Abbau von Verordnungen und Gesetzen, die der Einstellung neuer Mitarbeiter im Weg stehen und die Flexibilität der Betriebe hemmen, sieht das Handwerk einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung konjunktureller Auftriebskräfte. Der Teilzeitarbeit öffne das Handwerk daher seine Tore.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Immer noch keine Einigung über die Fischereipolitik

WILHELM HADLER, Brüssel

Wenige Wochen nach der „Geburt" der gemeinsamen Fischereipolitik haben sich die zuständigen Fachminister der EG gestern erneut über Fangquoten für Heringe und Kabeljau gestritten. Für die deutschen Trawler ging es dabei wieder einmal vor allem um ihre Fischereirechte vor Grönland.

Die Einigung im langwierigen Streit um die gemeinsam bewirtschafteten Bestände im „EG-Meer" hatte sich zum Jahreswechsel nur auf die nachträgliche Festlegung der gesamten Fangrechte für 1983 sowie die Anteile der einzelnen Mitgliedsländer daran bezogen. Gestern ging es um die zusätzlichen Gesamtfänge und die nationalen Quoten für 1984.

Dabei bestand die Chance, den europäischen Fischern erstmals zu Beginn des Kalenderjahres eine Übersicht über die vorhandenen Fangmöglichkeiten bei den sieben wichtigsten Speisefischarten zu ermöglichen, was für die Disposition der Reedereien von großer Wichtigkeit ist.

Die Kommission hatte (nach dem Stand der wissenschaftlichen Untersuchungen) zunächst eine leichte Aufstockung der meisten Quoten vorgenommen; diese jedoch nachträglich wieder vermindert. Als politisch bedeutsam erwies sich jedoch vor allem das Bestreben Dänemarks, durch möglichst niedrige Quoten bei Kabeljau und Rotbarsch dem Wunsch der grönländischen Fischer entgegenzukommen. Die Insel befindet sich in Verhandlungen über ihren Austritt aus der Gemeinschaft und über den Status eines „überseeischen Gebietes" der EG.

KREDITWESENGESETZ

In wesentlichen Fragen wurde keine Übereinstimmung erzielt

dpa/VWD, Bonn

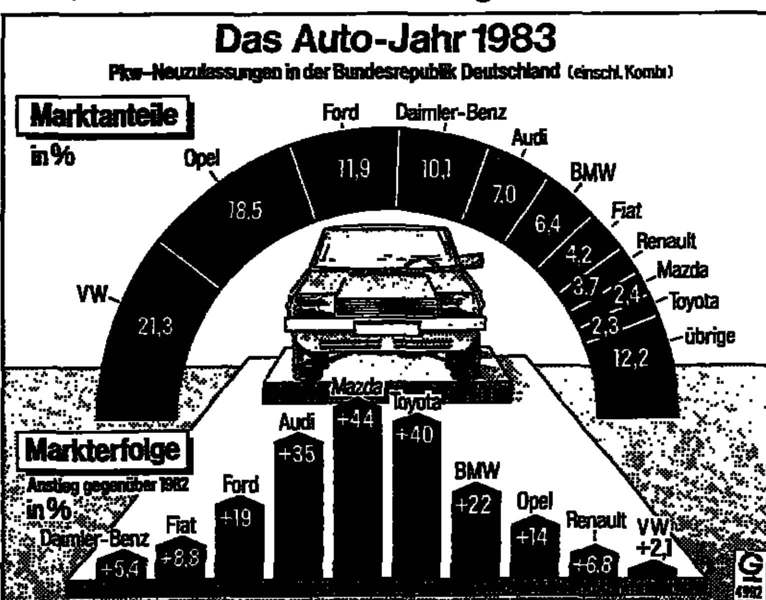
Die für Ende Januar angekündigte Vorlage einer Novelle zum Kreditwesengesetz (KWG) läßt auf sich warten. Wie gestern von zuständiger Seite in Bonn zu hören war, konnte in wesentlichen Fragen des Gesetzentwurfs zwischen den beteiligten Regierungsressorts bisher keine Übereinstimmung erzielt werden. Das gilt für die Ebene der Staatssekretäre, aber auch für den federführenden Bundesfinanzminister Stoltenberg und seinen Kollegen vom Wirtschaftsministerium, Otto Graf Lambsdorff. Nach der derzeitigen Lage wird sich nunmehr das Kabinett selbst voraussichtlich Mitte Februar um einen gemeinsamen Nenner bemühen müssen.

Das gilt beispielsweise für die Frage, ab welcher Größenordnung das der Abwehr risikoreicher Kreditengagements dienende neue bilanzielle Konsolidierungsverfahren – Einbeziehung von (Auslands-) Töchtern – greifen soll. Während Stoltenberg eine Grenze von 40 Prozent befürwortet, soll nach Meinung von Lambsdorff eine echte Mehrheitsbeteiligung von über 50 Prozent die Schwelle sein.

Dem Vernehmen nach steht der Wirtschaftsminister auch der von Stoltenberg angestrebten Einbeziehung der Hypothekenbank-Töchter in das Verfahren ablehnend gegenüber. Einig scheint man sich indessen zu sein, daß die derzeitige Grenze für Großkredite beim Einzelkredit von derzeit 75 Prozent des haftenden Eigenkapitals auf künftig 50 Prozent gesenkt werden soll.

Übereinstimmung ist nach letzten Bonner Informationen auch in der zentralen Frage erzielt worden, daß mit der Novelle keine neuen Eigenkapital-Formen eingeführt werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Das vergangene Jahr war ein gutes Autojahr. In der Bundesrepublik Deutschland sind rund 2,4 Millionen neue Pkw und Kombi zugelassen worden, fast 13 Prozent mehr als im Jahr zuvor. An diesem Erfolg waren die Ausländer – insbesondere die Japaner – nicht unbeteiligt. Denn die größten Zuwachsraten hatten Mazda und Toyota mit 44 und 40 Prozent.

QUELLE: GLOBUS

Zustimmung notwendig

Bonn (AP) – Banken werden wahrscheinlich bis auf weiteres Auskünfte über Privatkunden nur noch dann an Dritte weitergeben, wenn *sie deren* ausdrückliche Zustimmung haben. Diese vorläufige Regelung der seit mehreren Tagen heftig umstrittenen Frage der bankmäßigen Auskünfte deuteten die im Zentralen Kreditausschuß (ZKA) zusammengeschlosse*nen Spitzenverbände des Bankgewer*bes gestern in einem Gespräch mit dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz, Reinhold Baumann, in Bonn an. Nach einer Pressemitteilung des Datenschutzbeauftragten soll die Regelung solange gelten, *bis sich Banken und Datenschützer endgültig* über die Bankauskunft geeinigt haben. Bankauskünfte über Geschäftskunden sollen – solange der Kunde nichts anderes bestimmt – auch in der Übergangszeit „im bisher üblichen Umfang" erteilt werden.

Pfandbriefe stark gefragt

Frankfurt (dpa/VWD) – Private Anleger in der Bundesrepublik haben im vergangenen Jahr bei den Realkreditinstituten Pfandbriefe und Kommunalobligationen für 5,7 (4,8) Milliarden Mark gekauft, das sind 19,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Dieses starke Engagement, das in der Nachkriegszeit nur im Hochzinsjahr 1981 übertroffen wurde, ist nach Ansicht des Gemeinschaftsdienstes der Boden- und Kommunalkreditinstitute in Frankfurt um so beachtlicher, als die Sparquote der privaten Haushalte im gleichen Zeitraum gesunken ist.

Klage zurückgezogen

Luxemburg (VWD) – Die Klöckner Werke AG hat sämtliche noch ausstehenden Klagen gegen die EG-Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof zurückgezogen. Es handelte sich dabei um neun Einzelklagen gegen die wegen Quotenüberschreitung im dritten und vierten Quartal 1982 und allen vier Quartalen 1983 verhängten Bußgelder im Gesamtvolumen von 135,7 Millionen Mark, teilte der Europäische Gerichtshof mit.

Bauen teurer

Wiesbaden (VWD) – Die Preise für konventionell gefertigte Wohngebäude stiegen von August zum November nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 0,2 Prozent. Sie lagen damit um 3,1 Prozent höher als zur gleichen Vorjahreszeit. Im August hatte diese Teuerungsrate noch 2,6 Prozent betragen. Der große Preisschub, der den Anstieg der Teuerungsrate auslöste, kam im wesentlichen mit der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes zum 1. Juli. Im Mai hatte der Preisanstieg zum Vorjahr erst 1,4 Prozent betragen.

Nur mäßiger Anstieg

Hamburg (dpa/VWD) – Einen verhaltenen Anstieg der Nachfrage und nur mäßig steigende Preise bei Industrierohstoffen erwartet das HWWA-*Institut für Wirtschaftsforschung*-Hamburg für dieses Jahr. Im Jahresdurchschnitt dürfte das Preisniveau um schätzungsweise fünf Prozent höher als 1983 sein. Auch durch die zu erwartende konjunkturelle Entwicklung in den USA und Westeuropa werde der Verbrauch insgesamt nur mäßig zunehmen. Die Verbraucher dürften daher auch ihre Vorräte nur wenig aufstocken. Andererseits werde die Versorgung mit Industrierohstoffen auch 1984 reichlich sein. Bei den agrarischen Rohstoffen ist nach Auffassung des HWWA nicht mit einem weiteren Produktionsrückgang in der kommenden Saison zu rechnen, und die Erzeuger von NE-Metallen hätten – außer bei Zinn – bereits wieder stillgelegte Kapazitäten in Betrieb genommen.

Hanomag in Konkurs

Hannover (dos) – Erwartungsgemäß hat gestern der Vergleichsverwalter der Hanomag GmbH, Egon Kretschmer, beim Amtsgericht Hannover den Anschlußkonkurs beantragt. Kretschmer wird jetzt als vorläufiger Konkursverwalter fungieren. Währenddessen wurden die Verhandlungen um eine Übernahmelösung weitergeführt. Endgültige Ergebnisse lagen bei Redaktionsschluß zwar noch nicht vor. Im Vorfeld einer Sitzung des niedersächsischen Kabinetts wurde aber bekannt, daß die Hoesch-Tochter Orenstein & Koppel AG, Dortmund, „das Rennen gemacht" hat. Das Unternehmen soll sich nach unbestätigten Meldungen bereit erklärt haben, eine bis zum 30. Juni 1985 befristete Produktionsgarantie für den Standort Hannover zu übernehmen. Gegenüber den Banken soll O & K außerdem eine „Nachbesserung" im Rahmen der Verwertung der Sicherheiten-Bestände von Hanomag zugesagt haben.

BERUFSUNFÄLLE

Die größten Gefahren lauern noch im Verkehrsbereich

HANS BAUMANN, Köln

Die Zahl der Berufsunfälle in der deutschen Wirtschaft nimmt weiter ab. Wie die besonders gefährdete Branche Feinmechanik und Elektrotechnik, zu der moderne Technologien wie Luft- und Raumfahrt, Energieerzeugung und -verteilung, Strahlennutzung, Computertechnik und Elektronik gehören, in der in 60 000 Betrieben 1,9 Millionen Versicherte tätig sind, in Köln berichtete, hat die Zahl der *Unfälle im letzten* Jahr um 9,3 Prozent auf 60 330 abgenommen.

Im einzelnen gingen die Arbeitsunfälle um 9,2 Prozent auf gut 48 000 zurück. Die Stromunfälle ermäßigten sich nur um 2 Prozent auf 558. Die Verkehrsunfälle aber gingen um 12 Prozent auf 9684 zurück. Diese Zahl der Berufsgenossenschaft sticht besonders ins Auge, da immer noch 63 Prozent aller tödlichen Unfälle auf den Verkehrsbereich entfallen. Ihre effektive Zahl betrug 1983 87 Personen, das sind 1,1 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Insgesamt haben die tödlichen Unfälle um sieben auf 138 zugenommen. Die tödlichen Arbeitsunfälle stiegen um zwei auf 27, davon die *Stromtoten um sechs auf* 17, das sind 54,5 Prozent mehr als 1982. Tödliche Berufskrankheiten hielten sich mit sieben auf Vorjahreshöhe.

Die Arbeit der Berufsgenossenschaften zur Sicherung der Beschäftigten findet aber deutlichen Ausdruck im Zehnjahresvergleich. Seit 1973 hat sich die Zahl der Unfälle um 50,5 Prozent auf 60 330 vermindert. Noch stärker ist der Rückgang der Zahl der Todesfälle. Er betrug 50,7 Prozent, effektiv von 280 auf 138 in *1983. Trotz der Halbierung der Unfälle* binnen zehn Jahren haben die Entschädigungsleistungen der Berufsgenossenschaft von 188 auf über 375 Mill. Mark zugenommen.

IBH-PLEITE / *Vier Staatsanwaltschaften machen Hausdurchsuchungen bei Beteiligten*

Geschönte Bilanz, Blaupausen-Geschäft

dpa/VWD, Mainz

Umfangreiche Hausdurchsuchungen haben vier Staatsanwaltschaften im Zusammenhang mit der Pleite der Mainzer IBH-Holding am Dienstag in mehreren Städten vorgenommen.

Durchsuchungen gab es am Sitz der Holding in Mainz, bei der IBH-Tochter Zettelmeyer in Konz bei Trier, in Bad Kreuznach, dem neuen Sitz der Esch Vermögens- und Beteiligungsgesellschaft, sowie im Privathaus des gescheiterten Vorstandsvorsitzenden Horst-Dieter Esch (40) in Niedernhausen-Wildpark (Hessen). Ferner sollen Durchsuchungen bei Hanomag in Hannover sowie in Frankfurt im Zusammenhang mit der kurz vor dem Zusammenbruch geretteten Privatbank Schröder, Münchmeyer, Hengst und Co. (SMH) vorgenommen worden sein. Leitender Oberstaatsanwalt Heribert Braun von der Koblenzer Zentralstelle für Wirtschaftsstrafsachen gab auf Anfrage nach den Durchsuchungen in Rheinland-Pfalz vorerst keine Erklärung ab.

Gegen Esch hatte die Zentralstelle für Wirtschaftsstrafsachen der Staatsanwaltschaft Koblenz im Dezember 1983 ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der verspäteten Konkursantragstellung eingeleitet. Die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft sind offensichtlich ausgedehnt worden, nachdem bei der IBH und bei Zettelmeyer von „geschönten Bilanzen" berichtet wird. So sprach IBH-Konkursverwalter Dr. Wolfgang Petereit in der ersten Gläubigerversammlung von „Blaupausen-Geschäften". Die Ertragsbilanz habe nicht mehr der tatsächlichen Situation entsprochen, weil Konstruktionszeichnungen von Tochterfirmen an die Mainzer Zentrale verkauft worden seien. Der Baumaschinen-Konzern habe Umsätze mit nicht zur IBH gehörenden Firmen verbucht, tatsächlich habe es sich jedoch um Umsätze innerhalb des Konzerns gehandelt.

Auch die von der IBH seit 1981 ausgewiesene Gewinn- und Verlustrechnung stimmte nicht mit den Feststellungen des Konkursverwalters überein: 1981 sei offiziell ein leichter Gewinn behauptet worden, tatsächlich habe die IBH jedoch einen Verlust von 100 Millionen Mark erwirtschaftet. Der Konzern habe 1982 einen Bilanzverlust von 111 Millionen Mark ausgewiesen, in Wirklichkeit liege er zwischen 350 und 400 Millionen Mark. Den 83er Verlust gab Petereit mit 400 Millionen Mark an.

Den Straftatbestandsverdacht der verspäteten Konkursantragstellung hält Petereit für erfüllt. Im Juli 1983 habe die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „klipp und klar" auf die Überschuldung und drohende Zahlungsunfähigkeit hingewiesen. Der Vergleichsantrag wurde jedoch erst am 4. November gestellt. Für Verluste will der Konkursverwalter deshalb den Vorstand haftbar machen.

ÖSTERREICH / Ernüchterung im Fremdenverkehr

Weniger Übernachtungen

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Von ausgesprochener Krisenstimmung kann zwar nicht die Rede sein. In den Reihen der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft *breitet* sich aber nach langen Jahren der Wachstumseuphorie Ernüchterung aus. Denn die Auswirkungen der internationalen Konjunkturschwäche haben auch vor Hotels und Gasthöfen der Alpenrepublik nicht halt gemacht. 1983 mußte mit einem Minus von 2,2 Prozent bereits das zweite Jahr ein Übernachtungsrückgang hingenommen werden. Wobei – so wie schon 1982 – vor allem die Ausländer (minus 2,8 Prozent) ausblieben, während die Zahl der inländischen Übernachtungen praktisch stagnierte.

Gleichzeitig gingen auch die *Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr* um 1,4 Prozent auf 93 Milliarden Schilling leicht zurück. Wenn sich trotzdem die Sorge in Grenzen hält, so liegt dies vor allem daran, daß noch immer die Zahl der Ankünfte um 1,1 Prozent gestiegen ist. Daraus läßt sich ableiten, daß Österreich nach wie vor ein beliebtes Reiseziel ist, die Aufenthaltsdauer der Gäste aber ebenso abgenommen *hat* wie die Ausgabenfreudigkeit.

Diese Globalaussage wird unterstützt durch die Meldungen der *Stadthotellerie aus Wien, Salzburg* und Innsbruck, die von einem Konjunktureinbruch noch nichts bemerkt haben will. Dies bedeutet allerdings, daß sich innerhalb des österreichischen Fremdenverkehrs eine zahlenmäßige Verschiebung zugunsten des Städte-Tourismus vollzogen hat. Die traditionellen Urlaubsregionen *dürften dagegen sehr wohl unter* den Folgen der dreijährigen Wirtschaftsflaute in den verschiedenen Herkunftsländern leiden.

Dementsprechend fiel auch der Rückgang der Übernachtungen von deutschen Urlaubern mit minus 3,6 Prozent (1982: minus 4,9 Prozent) überdurchschnittlich aus und gewinnt noch dadurch besonderes Gewicht, daß die rund 60 Millionen Übernachtungen von Urlaubern aus der Bundesrepublik immerhin 70 Prozent der Ausländerübernachtungen und mehr als die Hälfte der gesamten Übernachtungen im österreichischen Fremdenverkehr ausmachen. Weniger ins Gewicht fiel da das Ausbleiben von holländischen Gästen (minus 7 Prozent), die als zweitstärkste Nation nur mehr rund zehn Prozent zu den Ausländerübernachtungen beitragen.

Angesichts dieser Zahlen richtet sich ein guter Teil dieser einstigen Wachstumsbranche darauf ein, künftig mit einem stagnierenden Übernachtungsaufkommen auskommen zu müssen. Für viele Betriebe stellen sich damit aber insofern Probleme, als die österreichische Hotellerie in*zwischen mit fast 50 Milliarden* Schilling mehr oder weniger langfristig verschuldet ist und viele Unternehmer noch mit den früher gewohnten Zuwachsraten kalkuliert hatten.

Die sich aus der ständig steigenden Kostenbelastung sowie letztlich auch der neuerlichen Mehrwertsteuererhöhung ergebende angespannte Liquiditätslage war schon während der letzten beiden Jahre für einen merklichen Anstieg der Insolvenzzahlen verantwortlich. Gegenwärtig finden daher massive Verhandlungen mit öffentlichen Stellen und den Kreditinstituten um eine Verlängerung der Laufzeiten – auch von staatlich subventionierten Krediten für die Fremdenverkehrswirtschaft – statt.

HOWALDTSWERKE-DEUTSCHE WERFT / Anteilseigner decken Verlust

Kapazitäten sind fast ausgelastet

JAN BRECH, Hamburg

Die Durchführung des im März 1983 verabschiedeten Unternehmenskonzepts sowie negative Ergebnisse im *Handelsschiffbau*, in der Reparatur und im Stahlbau haben bei der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, Hamburg/Kiel, ein tiefes Loch gerissen. Insgesamt schließt das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) mit einem Jahresfehlbetrag von 210 Mill. DM. Zwei Drittel entfallen davon auf Sozialpläne und außerordentliche Abschreibungen, ein Drittel resultiert aus dem laufenden Geschäft.

Die Verluste, die HDW aus eigener Substanz nicht mehr decken kann, *sind von den Anteilseignern* voll übernommen worden. Am Kapital von 140 Mill. DM ist die Salzgitter AG zu 74,9 und das Land Schleswig-Holstein zu 25,1 Prozent beteiligt. Durch Einlagen der Aktionäre und gleichzeitiger Entnahme wurden 179 Mill. DM gedeckt, der Bilanzverlust von 62 Mill. DM (31 Mill. DM Verlustvortrag) Anfang dieses Jahres ausgeglichen.

Im neuen Geschäftsjahr, so hofft der Vorstandsvorsitzende Klaus Ahlers, müssen die Anteilseigner voraussichtlich nicht mehr zusätzlich zur Kasse gebeten werden. HDW werde zwar kein ausgeglichenes Ergebnis erreichen, doch den Verlust ganz *wesentlich* reduzieren. *Das* Unternehmenskonzept sei zeitlich günstiger umgesetzt worden als erwartet und habe zu einer erheblichen Verbesserung der Kostenstruktur geführt. Der Niederschlag im Ergebnis 1982/83 wäre deutlicher ausgefallen, hätte HDW nicht als Generalunternehmen für vier von Kolumbien bestellte Korvetten vorsorglich Risikorückstellungen bilden müssen.

Das Konzept werde in seinen wesentlichen Teilen bis Mitte dieses Jahres verwirklicht sein, erklärt Ahlers. Von dem vorgesehenen Personalabbau von 4000 Mann sind im Geschäftsjahr 1800 Entlassungen vorgenommen worden. Bis Ende März werden weitere 2200 folgen.

Endgültig vollzogen ist die Einstellung des Schiffsneubaus im Betrieb Hamburg. In Kiel wurden die Fertigungskapazitäten von 4,5 auf 2,5 Mill. Fertigungsstunden reduziert. Von diesen 2,5 Mill. Stunden belegt HDW zur Zeit ein Drittel mit Marineaufträgen.

Mit einem Auftragsbestand von zur Zeit 20 Einheiten seien die Kapazitäten im ersten Halbjahr noch *nicht* ganz, im zweiten Halbjahr jedoch voll beschäftigt, betont Ahlers. In den Aufträgen steckten jedoch vorkalku*lierte* Verluste. Die Abwicklung dieser Verlustaufträge bringe aber bessere Deckungsbeiträge, als HDW Belastungen aus Kurzarbeit entstehen würden.

Ahlers räumt ein, daß sich HDW trotz erheblicher Fortschritte nach wie vor in schwerer See befinde. Angesichts der völlig ruinierten Preise *auf den Schiffbaumärkten und* rigoroser Konkurrenz aus Fernost werde die Werft sowohl im Schiffsneubau als auch in der Reparatur weiter defizitär bleiben. Auf Dauer könnten Bereiche nicht fortgeführt werden, die nur Verluste bringen und andere profitable Bereiche wie den Maschinenbau strangulierten. Die rasche Umsetzung des Unternehmenskonzepts zeige jedoch, daß HDW mit Hilfe der Aktionäre gewillt sei, die Überlebensfähigkeit sicherzustellen.

GROSSBRITANNIEN / Unternehmer-Umfrage

Auf Optimismus gestimmt

WILHELM FURLER, London

Die britischen Unternehmer beurteilen die konjunkturelle Lage und die weitere wirtschaftliche Entwicklung in ihrem Land so optimistisch wie seit Ende der siebziger Jahre nicht mehr. Dies jedenfalls geht aus den Antworten auf die jüngste Quartalsumfrage des britischen Industrieverbandes CBI bei mehr als 1700 Mitgliedsfirmen der verarbeitenden Industrie hervor.

Nach Angaben des Unternehmerverbandes ergibt *sich aus der Umfrage* nicht nur ein verstärkter Optimismus bei den Firmen bezüglich der allgemeinen Geschäftslage in ihrem jeweiligen Unter;:ehmensbereich, sondern auch die Exportaussichten für die nächsten zwölf M;nate werden optimistischer beurteilt als in den Befragungen zuvor. Sowohl Auftragseingänge als auch Produktion haben sich den Antworten zufolge während der vergangenen vier Monate erhöht, und zwar, wie der CBI betont, „deutlich stärker als in allen Quartalsumfragen der letzten Zeit".

Die Unternehmens-Erwartungen weisen in Richtung auf einen anhaltenden Anstieg der Geschäftstätigkeit nicht nur in der Konsumgüter-Branche, sondern – dies ist besonders bemerkenswert – inzwischen auch bei *Zwischenprodukten* und Investitionsgütern. In den letzten beiden Bereichen lagen die Erwartungen bislang ausgesprochen niedrig. Nach Angaben des CBI geht der größte Teil der Auftragszunahme auf die binnenländische Nachfrage zurück, während die Exportaufträge der Befragung zufolge während der vergangenen vier Monate nur geringfügig angezogen hätten. Doch wird für die kommenden vier Monate eine verstärkte Zunahme der Auftragseingänge aus dem Ausland erwartet.

Nachdenklich stimmen allerdings folgende Ergebnisse:

- Eine Verbesserung der schwachen Preis-Wettbewerbsfähigkeit auf den Auslandsmärkten ist der Umfrage zufolge nicht in Sicht.
- 81 Prozent der Befragten rechnen mit einer mehr oder weniger starken Produktions-Beschränkung *in den* nächsten vier Monaten aufgrund eines immer noch zu niedrigen Auftrags- oder Verkaufsvolumens (bei der letzten Befragung im Oktober vergangenen Jahres 85 Prozent). Unverändert 65 Prozent arbeiten unterhalb ihrer vollen Kapazität.
- Immer mehr Unternehmen berich*ten über einen Anstieg* ihrer Stückkosten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Krupp baut Mühle auf

Essen/Hamburg (dpa/VWD) – Die im Sommer vergangenen Jahres durch ein Großfeuer vernichteten Pro*duktionsanlagen der Ölmühle Ham*burg AG wird die Krupp Industrietechnik wieder aufbauen. Dabei werden zwei komplette Extraktionsanlagen einschließlich der Schrotaufbereitungsanlage für Raps und Soja im Werte von 18 Millionen DM errichtet. Außerdem gehört zu diesem Auftrag die Reparatur der beim Großfeuer *lediglich beschädigten Maschinen.* Alle Anlagen sollen Anfang 1985 in dem neuen Gebäude der Ölmühle betriebsbereit sein.

Schachtelwechsel

Hamburg (JB.) – Die Vereins- und Westbank AG, Hamburg, hat ihre Beteiligung von mehr als 25 Prozent an der New York-Hamburger Gummi-Waren-Compagnie AG an eine Treuhandgesellschaft mit Sitz in der Schweiz verkauft. Diese Gesellschaft hat außerdem eine kleinere Beteiligung, die bislang die Albingia Versicherung hielt, übernommen. Mehrheitsaktionär bei der New York-Hamburger Gummi mit einem Grundkapital von 6 Mill. DM bleibt die *Elektrische Licht- und Kraftanlagen* (Elikraft) AG, Frankfurt. Die New York-Hamburger Gummi befindet sich seit Jahren in einem schwierigen Umstrukturierungsprozeß. Eine Dividende ist seit 1980 nicht mehr gezahlt worden.

Seagrams erwirbt Beteiligung

Montreal (dpa/VWD) – Der kanadische Spirituosenkonzern Seagram Company Ltd. hat eine 93,5prozentige Beteiligung an der deutschen Sektkellerei Matthäus Müller KG a. A. (Eltville) erworben. Dies teilte ein Seagram-Sprecher am Montag in Montreal auf Anfrage mit. Die Seagram ist bereits in Europa Besitzer mehrerer Winzereien und Sektkellereien. Ein Kaufpreis wurde nicht genannt.

BHF-Bank erhöht Kapital

Frankfurt (cd.) – Die BHF-Bank erhöht ihr Grundkapital durch Teilausnutzung des genehmigten Kapitals im Verhältnis 7:1 zum Kurs von 190 DM je 50-DM-Aktie um 19,65 auf 155,1 Mill. DM. Die Bezugsfrist für die neuen, für 1984 voll dividendenberechtigten Aktien läuft vom 14. bis zum 28. Februar. *Die Inhaber der Dollar-Optionsscheine* erhalten kein Bezugsrecht. Für sie ermäßigt sich statt dessen der Optionspreis vom 14. Februar an um 10,13 auf 260,87 DM für Aktien „ex Bezugsrecht". Mit der Kapitalerhöhung werden die Eigenmittel dem um rund zehn Prozent gestiegenen Kredit- und Geschäftsvolumen angepaßt. Der Ertrag der BHF-Bank ist nach beachtlicher Risikovorsorge deutlich höher als 1982.

Naspa zufrieden

Frankfurt (cd) – Zufrieden mit dem Geschäft, vor allem mit dem Ertrag, ist die Nassauische Sparkasse, Wiesbaden. Die fünftgrößte Sparkasse, deren Bilanzsumme um 3,2 Prozent auf 9,6 Mrd. DM zunahm, hat ihr Betriebsergebnis nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Walter Herms bei einer auf deutlich über drei Prozent erhöhten *Zinsspanne um 14 Prozent auf* 125 Mill. DM gesteigert. Trotz eines 15-Millionen Verlusts bei der SMH-Bank werden der Sicherheitsrücklage ebenso wie im Vorjahr 20 Mill. DM zugeführt. Das Sparaufkommen ging von 372 auf 203 Mill. DM zurück. Das Kreditgeschäft lag mit einen Volumen von 5,3 Mrd. DM um rund 100 Mill. DM höher als Ende 1982.

FELDMÜHLE / Absatz und Gewinn verbessert

Papiermarkt im Aufschwung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Noch besser als der Durchschnitt der zumeist gut erholten Branche hat die zum Flick-Konzern gehörende Feldmühle AG, Düsseldorf, 1983 ihren Absatz an Papier und Karton um 12 Prozent auf 1,3 Mill. t und die Produktion um 7 Prozent auf 1,1 Mill. t gesteigert. Die Auslandsbeteiligungen dieses größten Papierkonzerns Europas schafften neben erhöhter Zellstoffproduktion ein Produktionsplus von knapp 5 Prozent auf 770 000 *Tonnen Papier und Karton. Die* „deutliche Konjunkturerholung" halte 1984 an, meint der Vorstand. Wegen steigender Zellstoffpreise müßten allerdings auch die Produktpreise weiter steigen.

Sie taten das 1983 nur mit zögerndem Wiederaufholen des seit Mitte 1982 eingetretenen Preisverfalls. So wuchs der Umsatz des Feldmühle-Inlandkonzerns (fast drei Viertel des Weltumsatzes) 1983 nur halb so stark wie der Absatz um 6 Prozent auf 2,53 Mrd. DM mit einem weiter auf 37 (35) Prozent erhöhten Exportanteil. Dank Nationalisierung und Rückkehr in die Vollbeschäftigung ab Herbst 1983 sei dabei der Vorjahresgewinn (24,4 Mill. DM) verbessert worden.

Stärkster Motor des Aufschwungs waren 1983 bei der Feldmühle die grafischen Papiere, die erstmals mehr als die Hälfte des Inlandkonzern-Umsatzes ausmachten. Faltschachtelkartons erlebten nach zweijähriger Flaute eine branchentypisch „leichte" Konjunkturerholung, die *heute schon bis zur vollen* Kapazitätsauslastung der europäischen Kartonfabriken reiche.

Düster blieb es auch für die Feldmühle nur auf dem Hygienepapiermarkt. Zwar habe man da besonders durch neue Produkte den Absatz gesteigert. Doch Überkapazitäten der europäischen Produzenten und der harte Einzelhandelswettbewerb, vor allem mit Niedrigpreis-Handelsmarken, führten auch 1983 zu einem „beträchtlichen Preisverfall", beklagt der Vorstand.

SÜSSWARENMESSE / Größter europäischer Markt

Die Ausländer drängen

HEINZ HILDEBRANDT, Köln

Die deutschen Süßwarenverbraucher werden weiterhin von den ausländischen Anbietern stark umworben, denn die Bundesrepublik ist der größte europäische Markt in diesem Segment. So blieben die Bemühungen unserer Nachbarn in der Vergangenheit durchaus nicht ohne Erfolg. Beispielsweise konnte Frankreich in den ersten 10 Monaten 1983 den Export seiner Schokoladenprodukte in die Bundesrepublik um 19 Prozent steigern, bei Backwaren gab es ein Plus von 11 Prozent. Ähnlich positiv sieht die Bilanz italienischer Exporteure aus, deren Ausfuhren in unser Land 1983 um 18 Prozent stiegen.

Besondere Chancen rechnen sich auch die britischen Süßwarenhersteller aus, die traditionsgemäß zu den führenden Anbietern in Europa zählen. Gleich mit 54 Ausstellern sind die Briten in Köln vertreten. Die Regierung in London schickte extra Peggy Fenner, parlamentarische Staatssekretärin im Ernährungsministerium, nach Köln und unterstreicht damit die Bedeutung dieser internationalen Süßwarenmesse.

Kaugummimarkt wächst

Der deutsche Kaugummimarkt wächst weiter. Fast 60 Prozent aller Bundesbürger in den Altersgruppen von 5 bis 55 gehören zu den gelegentlichen oder öfteren Käufern, sie sorgten im Vorjahr für ein Mengenwachstum von 2 Prozent. Der Gesamtumsatz überstieg damit die 400-Mill.-DM-Marke. Wesentliche Impulse kamen von der verstärkten Werbung der Hersteller. So erhöhte allein der Marktführer, die deutsche Wrigley GmbH, München, ihre Werbe- und Verkaufsförderungsaufwendungen 1983 um 35 Prozent, und vermeldet bei einzelnen Artikeln zweistellige Umsatzsteigerungen.

Ähnlich positive Aussagen kommen auch vom zweitgrößten Anbieter, der All Sweets GmbH, Pinneberg, die inzwischen ihren Umsatz auf mehr als 100 Mill. DM steigern konnte. Alle Hersteller sind überzeugt, daß der Markt noch weiteren Zuwachs zuläßt, zumal in diesem Segment kaum mit Preiserhöhungen zu rechnen ist.

Mit hohem Exportanteil

Die H. Bahlsen Keksfabrik KG, Hannover, weltweit einer der größten Anbieter, konnte 1983 ihren Umsatz um 2 Prozent auf rund 1,3 Mrd. DM erhöhen. Möglich war dies vor allem durch überdurchschnittliche Zuwächse in der zweiten Jahreshälfte, die den schleppenden Start vergessen ließen. Besonders erfreulich waren die Zuwachsraten im Ausland. Der Exportanteil des Unternehmens, zum Teil durch eigene Tochtergesellschaften erzielt, liegt inzwischen bei mehr als 40 Prozent.

Die in den letzten Jahren eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen sind inzwischen weitgehend abgeschlossen. Sorgen bereitet die Kostenentwicklung der Rohstoffe. Bahlsen hat daher bereits zum 1. Februar wirksam gewordene Preiserhöhungen durchgeführt, ist sich jedoch noch nicht sicher, ob diese Maßnahmen auch für das ganze Jahr Bestand haben werden, falls die Kosten weiter im bisherigen Umfang steigen.

NAMEN

Karl Kramer, Seniorchef der Kramer-Werke GmbH, Überlingen/-Gutmadingen, feierte Ende Januar den 80. Geburtstag.

Dr. **Rolf Mühlmann** (41) wurde zum Leiter der neuerrichteten Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit und Information in der Zentralverwaltung der Dr. August Oetker, Bielefeld, berufen.

Karl-Heinz Pradel (54) wurde zum Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden, Frankfurt, bestellt.

Dieter Kümmel, Mitglied der dreiköpfigen Geschäftsführung der Barmer Ersatzkasse (BEK) wird am 2. Februar 60 Jahre alt.

Heino Freiherr von Richthofen, zuletzt Leiter der Niederlassung Hamburg des Bankhauses Lampe, ist als Generalbevollmächtigter und Mitglied der Geschäftsleitung in das Bankhaus Merck, Finck & Co. eingetreten.

Dr. **Friedrich Bösel**, Unternehmensberater für Bankfragen, wurde per 1. März Geschäftsführungs-Sprecher der Gesellschaft für Zahlungssysteme mbH, Frankfurt.

Anton Maurer, Vorstandsmitglied der Stadtsparkasse München, ist per 1. August zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden berufen worden. Er wird das Amt von **Josef Turiaux** übernehmen.

SIEMENS / Spitzenposition wird in den nächsten fünf Jahren mit Investitionen von 30 Milliarden Mark gesichert

Am Ende der Rezession ein glänzender Abschluß

DANKWARD SEITZ, München

Obwohl die Weltkonjunktur für die Siemens AG, Berlin/München, im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) nach den Worten ihres Vorstandsvorsitzenden Karlheinz Kaske „noch ziemlich schlecht" lief, kann der größte deutsche Elektrokonzern einen glänzenden Jahresabschluß präsentieren. Nicht ohne Genugtuung, aber mit dem für das Unternehmen typischen Understatement, stellte Kaske auf der Bilanzpressekonferenz fest, „daß es gelungen ist, Siemens gesund und eher gestärkt durch die lange und tiefe Weltrezession zu bringen".

Optisch wird die günstige Entwicklung durch den Umsatzrückgang um 1,6 Prozent – ohne das Kraftwerksgeschäft, wo kein Projekt zur Abrechnung kam, wäre ein Plus von 2 Prozent zu verzeichnen gewesen – und auch durch die Verbesserung der Umsatzrendite von 1,8 auf 2,0 Prozent nur unzulänglich wiedergegeben.

Deutlicher belegen dies die Zuwachsraten des Cash-flow, des Gewinns je Aktie sowie des Jahresüberschusses, von dem 392,4 (334,8) Mill. DM in die Rücklagen wandern. Daß die ertragsabhängigen Steuern sich nur leicht auf 1,0 (0,93) Mrd. DM erhöhten, liegt an der Dotierung der Pensionsrückstellungen mit 1,27 (0,54) Mrd. DM. Insgesamt wurde der Aufwand für die Altersversorgung um fast 0,46 Mrd. auf 2,36 Mrd. DM gesteigert. Die Ertragsverbesserung hat mehrere Gründe. So erhöhte sich der Bestand an Wertpapieren und flüssigen Mitteln erneut kräftig auf knapp 16,6 (11,1 nach 8,6) Mrd. DM. Der Zinsüberschuß nahm um mehr als das Doppelte auf 950 (459 nach 115) Mill. DM zu. Des weiteren konnte der Unternehmensbereich Datentechnik nach Angaben von Kaske „aus den roten in gute schwarze Zahlen" gebracht werden. In bezug auf die Umsatzrendite dürfte die Datentechnik – in den nächstten drei bis vier Jahren sollen hier 800 Mill. DM investiert werden – inzwischen sogar einen Spitzenplatz innerhalb des Konzerns einnehmen.

Schließlich konnten auch die Auslandsgesellschaften einen deutlich besseren Gewinn (nach Steuern) von nun 261 (178) Mill. DM beissteuern; vor zwei Jahren waren es lediglich 77 Mill. DM. Selbst in Brasilien konnte noch ein „kleiner Gewinn" erwirtschaftet werden.

Trotz des glänzenden Jahresabschlusses werden sich die Aktionäre mit der Standarddividende von 8 DM zufrieden geben müssen, was nach Ansicht von Finanzchef Heribald Närger „wieder zu dem üblichen Gejammere führen wird". Man wolle keineswegs immer bei diesem Satz bleiben, aber erst dann an eine höhere Ausschüttung denken, wenn alle steuerlichen Abzugsmöglichkeiten erschöpft sind. Ob dies allerdings schon für 1983/84 der Fall sein könne, dazu sei eine Aussage zum gegenwärtigen Zeitpunkt einfach noch zu früh.

Und doch könnte sich für Siemens schon bald diese Frage stellen, denn die Entwicklung im ersten Quartal des neuen Geschäftsjahres signalisiert bei anziehender Weltkonjunktur noch Besseres als 1982/83. So erhöhte sich der Gewinn nach Steuern gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 22,5 Prozent auf 196 Mill. DM. Beim Umsatz ergab sich ein Plus von 8 Prozent auf 9,7 Mrd. DM, wovon auf das Inland allein 4,8 Mrd. DM (plus 17 Prozent) entfielen. Der Auftragsbestand nahm um 5 Prozent auf 60,5 Mrd. DM zu.

Daß der Auftragseingang mit 12,6 Mrd. DM ein Minus von 7 Prozent ausweist, nachdem in der Vorjahreszeit noch ein Plus von 75 Prozent erzielt worden war, beruht lediglich darauf, daß damals das Auslaufen der Investitionszulage und der Auftrag für das KKW Emsland die Inlandsbestellungen hochschnellen ließen. Unter Berücksichtigung dieses Basiseffekts sei das derzeitige Minus „relativ milde" ausgefallen. Deutlich verlangsamt hat sich jetzt auch der Personalabbau im Inland mit 1 Prozent auf 210 000 Mitarbeiter.

Insgesamt erwartet Kaske für 1983/84 ein Umsatzplus von 10 Prozent. Zu diesem kräftigen Umsatzsprung wird die KWU beitragen, die voraussichtlich zwei Kernkraftwerke abrechnen kann. Investiert werden sollen über 2 Mrd. DM. Zur „Sicherung der technologischen Spitzenposition" sind für die nächsten fünf Jahre, wie Kaske mitteilte, sogar etwa 30 Mrd. DM für Investitionen sowie Forschung und Entwicklung eingeplant.

Siemens-Konzern	1982/83	±%
Umsatz (Mill. DM)	39 471	- 1,6
davon Ausland	22 193	+ 0,5
Auftragseingang	44 908	+ 4,2
davon Ausland	22 450	- 7,9
Auftragsbestand	57 000	+ 7,5
Beschäftigte (30.9.)	313 000	- 3,4
davon Ausland	101 000	- 2,9
Sachinvestitionen	1 593	- 7,0
Abschreibungen	1 560	+ 5,8
Brutto-Cash-flow[1]	4 790	+ 23,5
Bilanzsumme	40 441	+ 9,9
Grundkapital	2 194	(2 052)
Rücklagen	7 965	- 8,6
Jahresüberschuß	802	+ 8,7
Bilanzgewinn	351	+ 7,0
Gewinn je Aktie[2] (DM)	38,00	(30,40)
Dividende[3] (DM)	8,00	(8,00)

[1]) nach eigenen Angaben; [2]) nach eigener Berechnung je 50-DM-Aktie, Vorjahreswert bereinigt; [3]) je 50-DM-Aktie, einschl. Steuergutschrift 12,50 DM.

ALLIANZ

Interesse an US-Versicherung

DW./dpa/VWD, München

Die Allianz Versicherungs-AG, München, will die nationalen und internationalen Versicherungsoperationen des amerikanischen Stahl- und Mischkonzerns Armco Inc. kaufen. Eine entsprechende vorläufige Vereinbarung ist nach Angaben beider Firmen getroffen worden. Der Preis soll sich auf das 1,5- bis zweifache des Buchwertes der Versicherungsgesellschaft belaufen, erklärte Harry Holiday, Chairman von Armco, ohne weitere Angaben zu machen. Experten rechnen mit mindestens 550 Mill. Dollar. Bei dem Geschäft handelt es sich um die Armco Insurance Group Inc. in Milwaukee sowie um Versicherungen in Großbritannien, auf dem europäischen Kontinent und auf den Bermudas.

Die Allianz Versicherungs-AG bestätigte, daß sie derzeit die Übernahme der Armco-Versicherungstochter prüft. Dieses Verfahren könne jedoch noch zwei bis drei Monate in Anspruch nehmen. Die Armco-Versicherung hatte 1982 Brutto-Beitragseinnahmen von 1 Mrd. Dollar erzielt. Sie ist vor allem im Bereich der gewerblichen Sachversicherung tätig. Die Allianz weist ferner darauf hin, daß die angestrebte Übernahme im Rahmen ihrer seit Jahren erklärten Diversifizierungsbestrebungen gesehen werden muß, wobei sie sich vor allem um die Ausweitung des Geschäfts in den USA bemühe. Dabei dürfte aber auch die Möglichkeit einer baldigen Anlage der Gewinne aus dem Verkauf der Eagle Star-Aktien (rd. 650 Mill. DM) eine Rolle spielen.

BAUMWOLLE / Hohes Anlandeergebnis in Bremen

Kaum Preisveränderungen

W. WESSENDORF, Bremen

Die bremischen Häfen verzeichneten 1983 bei Baumwolle das seit zehn Jahren höchste Anlandeergebnis. Rund 1,2 Millionen Ballen mit einem Gewicht von 250 426 Tonnen wurden in Bremen und Bremerhaven gelöscht. Das sind 17 000 Ballen mehr als 1982. Diese Zahlen veröffentlichte die Bremer Baumwollbörse.

Der Anteil an den bundesdeutschen Gesamtimporten belief sich auf 72,5 Prozent. Die über Bremen importierte Menge repräsentierte einen Einfuhrwert von etwa 750 Mill. DM.

Für etliche Länder erfüllen die bremischen Häfen dabei Transitfunktion. Ungefähr jeder vierte gelöschte Ballen ist für ausländische Rechnung bestimmt. Als wichtigste Transitpartner zählen Österreich, Schweiz, Italien und Ungarn. Die Schweiz allein importierte im letzten Jahr fast 34 000 Tonnen Baumwolle über Bremen, 13,2 Prozent des gesamten Landungsaufkommens an Baumwolle in den bremischen Häfen.

„Die entscheidenden Impulse für die Rohstoffdisposition sind von den ersten Monaten des Berichtsjahres ausgegangen, erklärte der Präsident der Bremer Baumwollbörse, Fritz Grobien. Das Kaufinteresse habe sich sowohl an einer verbesserten Beschäftigungslage der Baumwollindustrie als auch an günstigen Rohstoffnotierungen orientiert. Rubien: „Eine Rolle spielt auch die Aussicht auf kleinere Ernten in 1983/84 besonders in den USA, und damit auf eine Wiederbefestigung der Preise." Der erhöhten Kaufbereitschaft habe jedoch eine Wechselkursentwicklung entgegengestanden, die zu einer weiteren Verteuerung des US-Dollar im Vergleich zu 1982 um 4,5 Prozent (Januar bis November) führte. Für den Endverbraucher würden sich die Preise nicht nennenswert ändern, meinte Grobien.

RENK-HV / Mit Antriebstechnik auf der Schattenseite

Schub durch den Leopard

HEINZ STÜWE, Augsburg

Die Zahnräderfabrik Renk AG, Augsburg, sieht sich mit der gesamten Branche Antriebstechnik weiterhin „auf der Schattenseite der konjunkturellen Erholung". Vorstandssprecher Hans Josef Nienheysen sprach auf der Hauptversammlung der Gesellschaft, die zu über 85 Prozent zum GHH-Konzern gehört, von einem „unbefriedigenden" Auftragseingang im ganzen Jahr 1983.

Das stark von der Auslandsnachfrage abhängige Unternehmen (Exportanteil: 62 Prozent) muß nicht nur den Ausfall traditioneller Abnehmer in Südamerika und im Ostblock verkraften. Die gesamte Einzelgetriebefertigung ist derzeit nur zwischen 60 und 70 Prozent ausgelastet, so daß bereits seit Oktober letzten Jahres kurzgearbeitet wird. Besonders im Spezialschiffbau werden größere Aufträge erwartet.

Der Fahrzeuggetriebesektor ist von den Auslastungsproblemen ohnehin kaum betroffen. Hier soll das größte Einzelprojekt der Augsburger, der Leopard II, für neuen Schub sorgen. Die Aufträge für das fünfte und letzte Los im Wert von zirka 90 Mill. DM werden in nächster Zeit erwartet. Derzeit verfügt Renk über einen „immer noch beachtlichen" Auftragsbestand von über 300 Mill. DM.

Ertragsmäßig steht das Unternehmen ohnehin besser da als viele Konkurrenten, was auf der Hauptversammlung auch von den Aktionären anerkannt wurde. Bei einer Präsenz von 91 Prozent konnten sie für 1982/83 (30.6.) eine unveränderte Dividende von 7 DM je 50-DM-Aktie beschließen. Im laufenden Geschäftsjahr werde das Ergebnis wiederum positiv ausfallen, kündigte Nienheysen an. Beim Umsatz – Zielgrößen zwischen 280 und 300 Millionen DM – will der Vorstand bewußt kürzertreten.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bergheim: Nachl. d. Otto Ziegler, Zahnarzt, Bergheim 5 (Oberaußem); Herbert Sikatzki, Elektroindustriemontagen, Elsdorf; **Bocholt:** Heinrich Voß OHG, Borken; **Düsseldorf:** DiDo Wohnbau GmbH, Ratingen; **Flensburg:** Krummhorn Reederei W. Petersen u. Co. KG; **Gelsenkirchen:** Eduard Boch GmbH; **Göttingen:** J. H. S. Sanitär E. Skorobogaty GmbH, Rosdorf; **Gummersbach:** Nachl. d. Walter Clasen, Kaufmann, Engelskirchen; **Herford:** Erich Schmitz KG, Putz- u. Stuckgeschäft, Hiddenhausen; **Kassel:** Nachl. d. Anna Katharina Auguste Elisabeth Döhne; **Köln:** Warto Rohrreinigungs GmbH; **Neu-Ulm:** Karl Müller, Fleischvertriebsgroßhandel, Krumbach; **Salzgitter:** Rogler-Tiefbau GmbH Salzgitter; **Ulm (Donau):** Ingeborg Müller, Inh. d. Frisiersalons Linas Haarmoden.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Dortmund: European Airfilter Group Deutschland GmbH.

Gewinnmitnahmen bei den Aktien

Aber weiterhin Nachfrage nach Siemens, BMW, IWKA

DW. – Die Ultimobörse stand bei den Aktien im Zeichen verstärkter Gewinnmitnahme. Vor allem der Berufshandel suchte sich zu entlasten, offenbar verunsichert durch den Niedergang der Notierungen an der New Yorker Börse, der nun doch Wirkung auf die Tendenz in der Bundesrepublik zu gewinnen scheint. Auf der anderen Seite zeigen Sonderbewegungen in einzelnen Papieren, daß die Unternehmungslust an den Aktienmärkten keineswegs zum Erliegen gekommen ist. Ausländer engagierten sich an der Dienstagbörse vorzugsweise bei Siemens.

IWKA-Aktien machten bei lebhaften Umsätzen einen weiteren Sprung nach vorn. Mit knapp 230 DM (plus 7,50 DM) wurde ein neuer Höchstkurs erreicht. BMW-Aktien wurden zunächst um 4 DM zurückgesetzt, später konnte dieser Verlust jedoch wieder aufgeholt werden. Nach wie vor rechnet man mit einer Optionsanleihe, die dann wie bei Conti Gummi den Aktionären im Wege über ein Bezugsrecht angeboten werden soll. Die Hausse in Stahlaktien gilt als abgeschlossen. Besser jedenfalls als die Mehrzahl der Maschinenbauwerte, bei denen es Abschläge bis zu 4 DM gab. Unter weiteren Gewinnmitnahmen hatten auch die Warenhausaktien zu leiden.

Düsseldorf: Audi NSU befestigten sich um 5 DM auf 280 DM, Hageda stiegen um 3 DM auf 133 DM und Neckermann konnten sich um 4 DM auf 130 DM verbessern. Stinnes schlossen mit einem Plus von 20 DM auf 690 DM ab und Aachener Münchener Bet. kletterten um 10 DM auf 930 DM.

Frankfurt: Die Standardwerte wurden bis zu 3 DM zurückgenommen. Lediglich Siemens und AEG konnten sich befestigen. Nebenwerte blieben uneinheitlich. Huta im Zusammenhang mit den aktuellen Liquiditätsschwierigkeiten bei Doppelminus 75 DM minus 10 DM, dagegen bei Plusankündigung Neckarwerke 240 DM plus 12 DM und V. Seidenw. 104 DM plus 6 DM. Im Freiverkehr blieben Chemische Köpp. 115 DM minus 10 DM und Ton Wiesloch 375 DM plus 35 DM.

Hamburg: HEW blieben unverändert. NWK-Vz. gaben um 1,50 DM auf 176,50 DM nach. Phoenix Gummi gingen zu 157,90 DM plus 1,90 DM um. Holsten Brauerei mußten mit 289 DM plus 4 DM bezahlt werden. Beiersdorf konnten sich bei 369,50 DM behaupten. Reichelt fielen nach anfangs 131 DM bis auf 129 DM minus 4 DM zurück.

München: Agrob St. erhöhten sich um 1 DM auf 320 DM, Audi NSU verbesserten sich um 4,50 DM auf 279 DM und Diamalt befestigten sich um 3,80 DM auf 179,80 DM. Leonische Draht verminderten sich um 7,50 DM auf 330,50 DM, Augsburger Kammgarn fielen um 2 DM auf 110 DM und NAK Stoffe verschlechterten sich um 0,20 DM auf 79,80 DM.

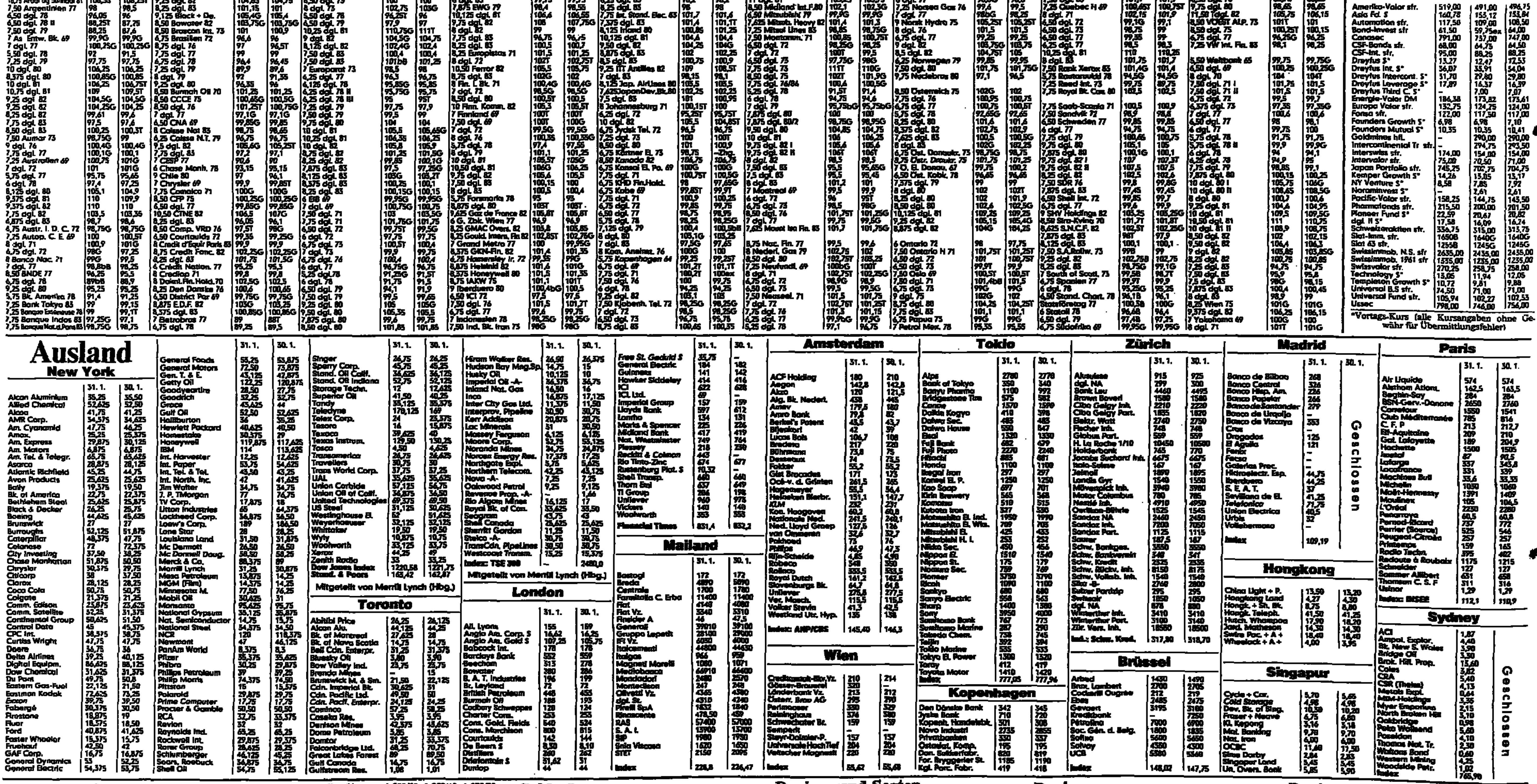
Berlin: Herlitz Vorzüge zogen um 12,50 DM und Herlitz Stämme um 9,50 DM an. Rheinmetall büßten 8 DM ein.

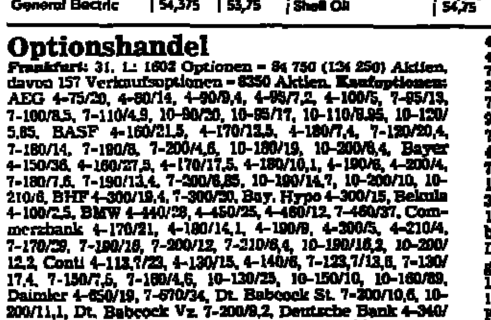
Nachbörse: zuversichtlich

WELT-Aktienindex vom 31. 1.: 157,8 (157,9); WELT-Umsatzindex vom 31. 1.: 4507 (4825)









Optionshandel

Frankfurt: 31. 1.: 1602 Optionen = 84 750 (134 250) Aktien, davon 157 Verkaufsoptionen = 8350 Aktien. Kaufoptionen: AEG 4-75/20, 4-80/14, 4-90/9,4, 4-95/7,2, 4-100/5, 7-95/13, 7-100/8,5, 7-110/4,9, 10-90/20, 10-95/17, 10-110/8,95, 10-120/5,85, BASF 4-160/21,5, 4-170/13,5, 4-180/7,4, 7-120/20,4, 7-180/14, 7-190/8, 7-200/4,6, 10-180/19, 10-200/8,4, Bayer 4-150/38, 4-160/27,5, 4-170/17,5, 4-180/10,1, 4-190/6, 4-200/4, 7-180/7,6, 7-190/13,4, 7-200/8,85, 10-190/14,7, 10-200/10, 10-210/6, BHF 4-300/19,4, 7-300/20, Bay. Hypo 4-300/15, Bekula 4-100/2,5, BMW 4-440/28, 4-450/25, 4-460/12, 7-460/37, Commerzbank 4-170/21, 4-180/14,1, 4-190/9, 4-200/5, 4-210/4, 7-170/29, 7-190/18, 7-200/12, 7-210/8,4, 10-190/18,2, 10-200/12,2, Conti 4-112,7/23, 4-130/15, 4-140/6, 7-123,7/13,6, 7-130/17,4, 7-150/7,5, 7-160/4,6, 10-130/25, 10-150/10, 10-160/89, Daimler 4-650/19, 7-670/34, Dt. Babcock St. 7-200/10,6, 10-200/11,1, Dt. Babcock Vz. 7-200/9,2, Deutsche Bank 4-340/47, 4-350/44, 4-370/32, 4-380/25, 4-390/16,5, 4-400/15,6, 4-420/7,7, 4-430/5, 7-330/73, 7-340/58, 7-370/45, 7-380/42, 7-390/32, 7-400/24, 7-430/16, 10-370/52, 10-380/30, 10-390/45, 10-400/40, Dresdner Bank 4-180/13,9, 4-190/5, 4-200/3,5, 7-180/18, 7-190/15, 7-200/9,05-9, 7-210/5,5, GHH St. 4-180/6, 7-170/5, GHH Vz. 7-150/10, Hoechst 4-170/27, 4-180/16,4, 4-200/6, 4-210/5, 7-190/16,9, 7-220/13, 7-220/4, 10-200/14,8, 10-220/9-8, Hoesch 4-80/35, 4-100/25, 4-110/18, 4-120/14, 4-130/7, 4-140/3,9, 7-100/31, 7-110/24,2, 7-130/12, 7-140/8, 10-130/16,5, 10-140/12, 10-150/8,1 Klöckner 4-40/18,5, 4-50/12,5, 4-55/8, 4-60/5, 7-53/10,5, 7-60/7, 10-55/11, 10-65/5,9, Lufthansa Vz. 7-170/8,6, MAN 4-150/4,1, Mercedes 7-570/24,2, 7-580/18, 7-590/10,1, 10-600/29,2, Mannesmann 4-130/24, 4-140/15,8, 4-150/8, 4-160/4,2, 7-130/26,8, 7-150/13, 7-160/8, 7-170/4,3, 10-160/11,9, Preussag 10-280/25, RWE St. 4-180/12, 7-190/8,4, RWE Vorz. 4-190/4,6, 10-190/9,1, Siemens 4-350/30, 4-380/40, 4-370/32, 4-380/25, 4-390/16, 4-400/12, 4-410/8,9, 4-420/4,5, 7-380/31,9, 7-390/25,8, 7-400/18,6, 7-410/14, 10-400/26,2, Thyssen 4-75/21, 4-80/14,4, 4-85/11,1, 4-90/8,5, 4-95/7, 4-100/4,1, 7-80/10,8, 7-85/13, 7-90/10, 7-95/8, 7-100/7, 10-90/10, 7-95/8, 7-100/7, 10-90/14,5, 10-95/13,4, 10-100/10,6, VEBA 4-170/13,8, 4-190/3,6, 7-170/20, 7-180/12,9, 7-190/5,85, 10-170/20,8, 10-190/10,2, VW 4-220/19,8, 4-230/9, 4-240/7,2, 4-260/4,4, 7-220/24, 7-230/19,4, 7-240/13,6, 7-250/9, 7-260/5,9, 10-220/31, 10-230/25,4, 10-260/10,4, 10-270/8. Verkaufsoptionen: AEG 4-85/1, 4-85/4, 7-90/3,7, 7-95/5,2, 10-90/1,3, 10-90/4,2, Bayer 10-180/4,4, Bekula 10-100/8,85, BMW 4-430/7, 7-430/9,4, 10-430/12,4, Commerzbank 10-180/5, Conti 4-140/5,5, 7-130/3, 7-140/8,4, 10-130/4,4 Dt. Babcock St. 10-180/7,4, Deutsche Bank 4-380/7,5, Degussa 4-380/8,4, Dresdner Bank 4-170/12, 4-180/3, 7-170/2,5, 10-170/3, 10-180/5, GHH St. 4-160/9, 7-150/6,6, Hoechst 10-190/4, 10-190/5,85, Hoesch 4-120/2, 7-120/3,4, 10-120/4,5 Klöckner 4-55/2,9, 7-50/2,5, 7-55/4, Lufthansa St. 10-160/5,4, MAN 4-140/3,2, 6, Royal Dutch 4-140/4,9, Sperry 4-130/5,9, 7-130/6,4, Xerox 7-140/5,5. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 31. 1.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9½– 9⅝	5⅝–5⅞	3 –3¼
3 Monate	9¾– 9⅞	5¾–6	3⅜–3⅝
6 Monate	9⅞–10	6⅛–6⅜	3¾–4
12 Monate	10⅛–10⅜	6⅜–6⅝	4 –4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 31. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1590,00	1926,60
10 US-Dollar (Indian) **)	1220,00	1433,80
5 US-Dollar (Liberty)	510,00	672,60
1 £ Sovereign alt	245,00	302,10
1 £ Sovereign Elizabeth II	237,00	292,98
20 belgische Franken	186,00	241,68
10 Rubel Tscherwonez	253,00	313,78
2 südafrikanische Rand	238,00	292,98
Krüger Rand, neu	1065,00	1254,00
Maple Leaf	1065,00	1254,00
Platin Noble Man	1112,00	1307,58
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	264,00	328,32
20 schweiz. Franken „Vreneli"	200,00	251,94
20 franz. Franken „Napoléon"	200,00	251,94
100 österr. Kronen (Neuprägung)	983,00	1184,46
20 österr. Kronen (Neuprägung)	196,00	246,24
10 österr. Kronen (Neuprägung)	105,00	136,80
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	465,00	570,00
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	110,00	148,20

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

31. 1. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs4)	Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York2)	2,8099	2,8179	2,7876	2,76	2,85
London1)	3,941	3,955	3,915	3,89	4,04
Dublin1)	3,087	3,101	3,047	3,03	3,18
Montreal2)	2,2498	2,2578	2,2224	2,21	2,30
Amsterd.	88,710	88,930	88,795	87,75	89,75
Zürich	125,320	125,520	125,42	124,00	126,75
Brüssel	4,885	4,905	4,828	4,71	4,93
Paris	32,605	32,765	32,095	31,85	33,60
Kopenh.	27,515	27,635	27,263	26,75	28,75
Oslo	35,700	35,820	35,155	34,75	36,50
Stockh.**)	34,320	34,480	33,97	33,50	35,25
Mailand3) **)	1,637	1,647	1,598	1,58	1,68
Wien	14,167	14,207	14,173	14,09	14,31
Madrid**)	1,757	1,777	1,712	1,69	1,81
Lissabon**)	2,040	2,060	1,955	1,60	2,40
Tokio	1,1985	1,2015	–	1,16	1,22
Helsinki	47,240	47,440	46,24	46,25	48,00
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,6570	2,7410	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5735	2,5925	–	2,50	2,61
Johannesbg.*)	2,2065	2,2275	–	2,00	2,25

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 3) 1000 Lire; 2) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der amtliche Mittelkurs wurde am 31. 1. mit 2,8139 festgestellt. Bei ausgesprochen ruhigen Handelsaktivitäten bewegte sich der US-Dollar zwischen 2,8130 und 2,8150. Die Bekanntgabe der Frühindikatoren der amerikanischen Wirtschaft mit 0,6 Prozent ließen den Kurs kurzfristig bis 2,8170 ausschlagen ohne sich jedoch behaupten zu können, da die Veränderung der Markterwartung entsprach. Das Britische Pfund schwächte sich um 0,9 Pfg. auf 3,948 ab. Der Belgische Franc verzeichnete mit 4,895 einen neuen historischen Tiefstkurs. Der Schweizer Franken schwächte sich um 6 Pfg. auf 125,42 ab. Mit 1,2000 notierte der Japanische Yen unverändert zum Vortag. Für die übrigen amtlich notierten Währungen ergab sich keine einheitliche Entwicklung gegenüber der D-Mark. Dollar in: Amsterdam 3,1695; Brüssel 57,49; Paris 8,6095; Mailand 1714,25; Wien 19,8270; Zürich 2,2438; Ir. Pfund/DM 3,094; Pfund/Dollar 1,4030; Pfund/DM 3,948.

Ostmarkkurs am 31. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Terminmärkte wiesen am 31. Januar nur geringe Veränderungen auf.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,92/0,82	2,69/2,59	5,15/4,95
Pfund/Dollar	0,04/0,06	0,15/0,17	0,28/0,31
Pfund/DM	1,80/0,40	4,00/2,60	7,00/5,60
FF/DM	25/9	66/50	126/110

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 31. 1.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,7–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 6,05–6,2 Prozent.

Privatdiskontsätze am 31. 1.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 31. 1.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,25 (7,41) – 9,50 (7,69). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,25 (7,49) – 9,50 (7,83) – 9,50) 8,06) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,99, 2 Jahre 7,21. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.

Bundesanleihen

		31. 1.	30. 1.
F 4 Abl. 57-	4/84	100,25G	100,25G
7 Bund 77	3/84	100,05G	100,05
7½ dgl. 76 II	4/84	100,2	100,15
5 dgl. 78	5/84	99,7	99,7
6 dgl. 78 III	9/84	99,8	99,8bG
8¾ dgl. 76	9/84	101,1bG	101,1
6 dgl. 78 IV	12/84	99,7	99,7bG
6¼ dgl. 79	1/85	99,8	99,8
8½ dgl. 73 I	3/85	101,8	101,8
7 dgl. 79	4/85	100,15	100,15
7½ dgl. 79 II	6/85	100,35	100,4
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,1	101,1
8 dgl. 76 IV	10/85	100,4	100,4
6½ dgl. 78 II	3/86	97,2	97,15G
5¾ dgl. 78	5/86	96,7	96,8
7¼ dgl. 76 I	12/86	99,6	99,6G
6½ dgl. 78	1/87	97,4G	97,5
7¼ dgl. 76 II	1/87	99,3	99,4G
6¾ dgl. 77	4/87	97,5	97,45
6½ dgl. 77	7/87	96,25	96,25
6 dgl. 77	10/87	94,45	94,45
6 dgl. 78 I	1/88	94,1	94
6½ dgl. 78 I	9/88	95	94,85
6½ dgl. 78 II	12/88	94,6	94,65G
6¾ dgl. 79	1/89	95,85	95,6G
7¼ dgl. 79 I	4/89	96,85	96,85
10 dgl. 81	4/89	107,6	107,45
7½ dgl. 79 I	6/89	97,65	97,65G
8 dgl. 79 I	7/89	99,75	99,75
8 dgl. 79 II	8/89	99,65	99,75
7½ dgl. 79 II	9/89	97,6	97,55
7¾ dgl. 79 II	11/89	98,7	98,7
7¾ dgl. 80 I	1/90	98,7	98,8
10 dgl. 80	4/90	108,7	108,7
5¾ dgl. 78	5/90	90,85	90,65G
8¼ dgl. 80 I	7/90	100,05	100,15
8¼ dgl. 80 II	11/90	100,15	100,3
7¾ dgl. 82	11/90	97,85	97,85G
9 dgl. 81	2/91	103,9	103,9
10¼ dgl. 81	7/91	109,9G	109,9
10¾ dgl. 81	9/91	113	112,9G
10 dgl. 81 II	12/91	108,9	108,9
9¾ dgl. 82 I	1/92	107,7G	107,7
9¾ dgl. 82 II	3/92	107,85	107,85G
6 dgl. 78 II	3/93	88,1	88
9,5 dgl. 82	4/92	106,3	106,3G
9 dgl. 82	5/92	103,45	103,55
8½ dgl. 82	6/92	100,9	100,95
9 dgl. 82	8/92	103,75	103,75G
8¾ dgl. 82	9/92	102,2G	102,25
7¾ dgl. 82	12/92	96,65	96,65
7½ dgl. 83	1/93	94,95	94,95
7½ dgl. 83 II	3/93	95G	95
7½ dgl. 83 III	5/93	96,2	96,2
8¼ dgl. 83	6/93	99,5	99,5
8 dgl 83	7/93	97,95	97,9
8¼ dgl. 83 II	8/93	99,5	99,5
8¼ dgl. 83 III	10/93	99,5bG	99,45
8¼ dgl. 83 IV	11/93	99,45bG	99,45
8¼ dgl 83 V	12/93	99,5	99,5
8¼ dgl. 84	1/94	99,6	99,6
F 7¾ B.Obl 79 S.1	12/84	100,8bG	100,8bG
8 dgl. 80 S.2	2/85	101,3	101,3bG
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	101,5G	101,5
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	102,35	102,25bG
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	102	102
8½ dgl. 80 S.6	5/85	101,4	101,4
8 dgl 80 S.7	6/85	101,15	101,15
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,55	100,55
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	101,65	101,6
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102,6	102,55bG
9 dgl. 81 S.11	1/86	103	103
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	104,15	104,1G
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,85	104,6bG
9½ dgl. 81 S.14	4/86	103,85	103,85G
10 dgl. 81 S.15	4/86	104,85	104,85G
10½ dgl 81 S.16	6/86	105,75	105,9G
11 dgl. 81 S.17	8/86	107,3	107,3
10½ dgl. 81 S.18	10/86	106,45	106,75
10 dgl. 81 S.19	10/86	105,3	105,3G
9½ dgl. 81 S.20	11/86	104,3G	104,3G
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	106,1G	106,1G
10 dgl. 81 S.22	11/86	105	105,6
9½ dgl. 81 S.23	12/86	104,4	104,4
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	104,75	104,65
9½ dgl. 82 S.25	3/87	104,15	104,2
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	103,45G	103,45bG
9 dgl. 82 S.27	4/87	102,7	102,8
8½ dgl. 82 S.28	5/87	101,3	101,3
9½ dgl. 82 S.29	7/87	104,35	104,3
9 dgl. 82 S.30	8/87	102,9	102,9
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	102,05	102,15
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	100,75	100,7
8 dgl. 82 S.33	11/87	100	100,05
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	99,15bG	99,1
7½ dgl. 82 S.35	12/87	98,3	98,3
7¼ dgl 83 S.36	1/88	97,45	97,45
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	95,65	95,65
7 dgl. 83 S.38	5/88	96,35	96,35
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	97,1	97,15
7½ dgl. 83 S.40	6/88	98,05	98,05
8 dgl. 83 S.41	6/88	99,95bG	99,95
8 dgl. 83 S.42	9/88	99,9	99,85
8 dgl. 83 S.43	12/88	99,9	99,85
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	100,65	100,6

Bundesbahn

		31. 1.	30. 1.
F 4 Abl. 57-	4/84	100,25G	100,25G
8 Bdbahn 72	9/84	100,85G	100,85
8¼ dgl. 76	9/84	100,85	100,85G
6 dgl. 78 III	11/84	99,75	99,7

Bundesanleihen (Forts.)

		31. 1.	30. 1.
F 8½ dgl 79	2/85	100,05	100
8¼ dgl 73	2/85	101,7	101,7
7 dgl. 77	2/87	98,3	98,3
6 dgl. 77	9/87	94,3	94,25
6 dgl. 78 II	7/88	93,05	92,95G
6½ dgl. 77	5/89	93,35	93,3
8 dgl. 79 I	7/89	99,75	99,7
6 dgl. 78 I	2/90	90,6	90,55
8 dgl. 80 II	7/90	99,25	99,2G
9 dgl. 81	3/91	103,7	103,7
10½ dgl. 81	9/91	111,4G	111,4
10¼ dgl. 81	11/1	110,3	110,25
8 dgl 80 I	2/92	98,65G	98,55
10 dgl 82	2/92	109,25	109,25
9½ dgl. 82	7/92	106,7	106,8
8 dgl. 82	11/92	98	98
7¾ dgl. 83	1/93	96,75	96,75G
8¼ dgl. 83	10/93	99,5	99,5

Bundespost

		31. 1.	30. 1.
F 4 Abl. 57-	4/84	100,25G	100,25G
6½ Bdpost 68	6/88	98,75	98,6G
8 dgl. 72 I	9/87	100,35	100,35
10 dgl. 81	3/89	107,75	107,75
10¼ dgl. 81	6/89	109,05	109,05
8 dgl. 80	3/90	99,5	99,5
7¾ dgl. 80	8/90	98,35G	98,35G
8¾ dgl. 80	12/90	102,8G	102,8G
10½ dgl 81	10/91	111,5	111,5
9¾ dgl. 82	2/92	107,1	107,7
8¾ dgl. 82	6/92	102,25G	102,25G
8½ dgl. 82	10/92	101	101
7¾ dgl 83	2/93	96,5	96,5
8½ dgl. 83	9/93	101,05	101,05

Länder – Städte

		31. 1.	30. 1.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	86	96,4G	96,25G
8¼ dgl. 82	92	99,55	99,5G
M 7 Bayern 68	86	100G	100G
6½ dgl. 67	87	100,25	100,25
6 dgl. 68	85	98,5G	98,5G
7 dgl. 72	84	100G	100G
7½ dgl. 76	84	100	100G
6 dgl. 78	88	92,9	92,9
8¾ dgl. 80	90	102	102G
8¾ dgl. 82	90	101,9	101,9
7½ dgl 83	93	94,5G	94,5G
B 8½ Berlin 70	85	101,25	101,25G
8 dgl. 72	85	100,25G	100,25G
7½ dgl. 76	84	100G	100
7 dgl. 77	85	100G	100
6½ dgl. 78	88	96,6G	96,6
8¾ dgl. 80	88	102,9	102,85G
Br 7¾ Bremen 71	87	100,5G	100,5G
8 dgl. 72	87	100,7G	100,7G
7½ dgl. 83	93	94,5G	94,5G
H 8½ Hamburg 70	85	101,1G	101,1G
6¼ dgl. 77	92	94,5G	94,15G
8 dgl. 80	92	99G	99,3
9¼ dgl. 82	92	107,5G	107,5
7½ dgl. 83	92	95,1G	95,1
F 8 Hessen 71	86	100,1	100,1
6¼ dgl. 78	88	93,2	93
Hn 8½ Niedurs. 70	85	101,2G	101,2G
7½ dgl. 72	87	100G	100G
8 dgl. 72	87	100,3G	100,3G
7½ dgl. 79	87	98	98
7¾ dgl. 82	92	98,1G	96G
8 dgl. 83	93	97,35	97,35G
D 7½ NRW 83	93	94,45	94,4G
7¾ dgl. 83	93	95,9G	95,9G
8½ dgl. 83	93	100,4	100,5G
8¼ dgl. 83	93	99,3	99,3
8¼ dgl. 84	92	99,5	99,5
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,4G	99,4G
8 dgl. 71	86	100,25	100,4
F 8½ Saar 70	85	100,55	100,55
7 dgl. 72	87	98,4G	98,4G
6 dgl. 78	88	92,8	92,6
H 6 Schl.-H. 64 II	84	99,65G	99,65
7½ dgl. 72	87	99,5	99,25G
8½ dgl. 73	85	101,5	101,5G
D 7 Essen 72	85	99,9	99,9bG
M 6 München 64	84	99,75G	99,75G
S 7½ Stuttgart 71	86	100,5G	100,5G
7¾ dgl. 72	87	100,5	–
8 dgl. 83	93	98bG	98bG

Bankschuldverschreib.

	31. 1.	30. 1.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	98,5G	98,5
F 7½ Bakola Pf 104	99,95G	99,95G
9 dgl. Pf 106	102,3G	102,3G
10 dgl. Pf 108	107G	106G
7 dgl. KS 132	94,6G	94,6G
8 dgl. KS 155	98,25G	98,25G
9 dgl. KS 169	102G	102G

Schwankungen bei den Renten

Am Rentenmarkt ist man verschnupft über die Konditionen der neuen Bundesanleihe, deren Rendite von 8,25 Prozent alles andere als marktgerecht gilt. Anstoß nimmt man vor allem an dem Ausgabekurs von 100 Prozent. Die jüngste 8¼prozentige Hamburg-Anleihe wurde zu ihrem Ausgabekurs von 99,25 Prozent in den Börsenhandel eingeführt. Bei kleinem Geschäft tendierten öffentliche Anleihen uneinheitlich. Es kam zu Schwankungen bis zu 0,20 Prozentpunkte. Der Pfandbriefmarkt war von der Verstimmung weniger betroffen, er konnte sich im allgemeinen behaupten.

Pfandbriefe (1)

	31. 1.	30. 1.
M 5½ Bayer.Hdbk Pf 14	91,75G	91,75G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6¼ dgl. Pf. 2	94,75G	94,75G
7 dgl. Pf 3	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	95,25G	95,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl. Pf 34	77bG	77G
6 dgl. KO Pf 50	99,8G	99,8G
6½ dgl. Pf 10	82G	82G
6 dgl. KS 1	98,75G	98,75G
M 6 Lds. Aufb. IS 15	96,25G	96,15G
6 dgl. IS 16	95,25G	94,85G
6 dgl. IS 17	94,25G	94G
8½ dgl. KO 49	101,3G	101,3G
8½ dgl. KO 48	101,5G	101,5G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	99,25G	99,25G
9½ dgl. Pf 105	101G	101G
10 dgl. KS 307	100,9G	100,9G
9½ dgl. IS 726	102,3G	102,3G
M 5 Bayer Verbk. Pf 11	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 28	75G	75G
6 dgl. Pf 4	89,5G	89,25G
6½ dgl. Pf 3	86G	86G
6½ dgl. Pf 12	86G	86G
7 dgl. Pf 20	95G	95G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	98,5G	98,5G
6 dgl. Pf 34	94,75G	94,75G
6½ dgl. Pf 37	98,75G	98,75
8 dgl. Pf 51	101G	101G
Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1	117G	117G
7 dgl. Pf 80	86,5G	86,5G
7½ dgl. Pf 87	90,25G	90,25G
6 dgl. KS 29	78,25G	78,25G
7 dgl. KS 30	97,55G	97,55G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119G	119G
5 dgl. Pf 54	115,5G	115,5G
6 dgl. Pf 109	80G	80G
6½ dgl. Pf 123	88,5G	88,5G
6½ dgl. Pf 141	85,5G	85,5G
7 dgl. Pf 143	92G	92G
7 dgl. KO 113	100bG	100G
9 dgl. KO 217	101,5G	101,5G
9 dgl. KO 215	101,5G	101,5G
9¾ dgl. KO 218	101,75G	101,75G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	116G	115,5G
5½ dgl. Pf 50	72,5G	72G
6 dgl. Pf 84	99,9G	99,9G
9 dgl. KS 139	102,8G	102,5G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	101G	100,8G
9 dgl. Pf 239	102,9G	102,6G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	108,75G	108,25G
7 dgl. KS 35	98,6G	98,4G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	91,2G	91,2G
6 dgl. IS 71	99,5G	99,5G
6¼ dgl. IS 73	95,85G	95,85G
8¾ dgl. IS 80	100G	100G
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO55-4	82G	81G
8 dgl. KO 46	78G	77G
7 dgl. KO 97	100,1G	100,1G
7½ dgl. KO 185	95,1G	95,1G
8 dgl. KO 129	102G	102G
10 dgl. KO 125	100,7G	100,7
Hn 6 Dt. Hyp. Hann. Pf 91	78G	78G
7 dgl. KS 101	99,35G	99,35G
10 dgl. KS 134	102,35G	102,35G
8¾ dgl. KS 140	101,4G	101,4G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	79G	79G
6¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	72G	72G
5½ dgl. Pf 59	79G	79G
6 dgl. Pf 162	79G	79G
B 9 Dt.Pf.Wl. Brf. 482	103G	103G
Br 8 Dt. Schiffbk. Pf 46	100,4G	100,4G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	98,7G	98,7G
6¼ dgl. Pf 60	95,15	95,15
6¼ dgl. Pf 74	98,4G	98,4G
6¼ dgl. Pf 76	98,7G	98,7G
Br 6½ dgl. Pf 77	93,75G	93,4G
6 dgl. Pf 42	99,85	99,85
8½ dgl. Pf 47	101,25G	101,25G
F 5 Fft. Hypobk. Pf 68	70G	70G
5½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 79	77G	77G
6 dgl. Pf 130	91,5G	91,5G
6½ dgl. Pf 133	85G	85G

Pfandbriefe (2)

	31. 1.	30. 1.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	89,5	89
6 dgl. 47	78bG	78bG
10 dgl. IS 45	–	–
F 5 Helaba Pf 6	109G	109G
6 dgl. Pf 60	93,25G	93,25G
8 dgl. Pf 73	100,6G	100,6G
4 dgl. KO 5	102,5G	102,5G
H 6 Hyp.i.Hbg. Pf 96	80,5	80,5
6½ dgl. Pf 80	89,25G	88,75G
8 dgl. Pf. 248	100,55	100,55G
9 dgl. KO 125	100,35G	100,35G
8 dgl. KO 175	100,7G	100,5G
9 dgl. KO 259	102,4	102,4
9¾ dgl. KO 282	101,6G	101,7G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	113,5G	113,5G
5 dgl. Pf 12	69G	69G
7 dgl. Pf 25	93,25G	93,25G
10 dgl. Pf 40	101,9G	101,9G
6 dgl. KO 30	99,8G	99,8G
9¾ dgl. K 84	102G	102G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 11	86,5T	86,5T
7 dgl. Pf 12	90,25G	90,25G
4½ dgl. KO 6	100,25G	100,25G
7¼ dgl. KO 80	100,2G	100,2G
8½ dgl. KO 81	99G	99G
S 8½ LKbk Badw. Pf 8	101,25G	101,25G
6 dgl. Pf 28	87,5G	87,5G
6 dgl. Pf 49	85G	85G
8 dgl. KS 1	93,2G	93,2G
8¼ dgl. KS 8	101,25G	101,25G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	80,5	80,5
7 dgl. Pf 97	89,5	89,25
10 dgl. Pf 32	100,25G	100,25G
10 dgl. Pf 33	102,5G	102,8G
6¼ dgl. KS 78	97,25G	97,25G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 6½ Münch.Hypo.Pf 100	82,5G	82,5G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	102G	103G
6½ dgl. Pf 42	98,25	98G
Hn 7 Nord. Lbk. Pf 1	94,2G	93,2G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	101G	101G
9 dgl. KO 53	102G	101,8G
7½ dgl. IS 6	98,3G	98,5G
10 dgl. IS 37	101,7bG	101,7bG
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	118G	118G
6 dgl. Pf 58	82,75G	82,75G
6 dgl. Pf 95	80G	80G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	125bG	125bG
5½ dgl. K	109G	109G
4 dgl. Pf 18	103G	103G
6 dgl. Pf 28	91,75G	91,75G
6½ dgl. Pf 67	84G	84G
5½ dgl. KO J+E	112G	111G
9½ dgl. KO 58	101,5G	101,5G
7¼ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	89G	89G
7 dgl. Pf 125	98,5G	98,5G
7 dgl. Pf 128	88,5G	88,5G
8 dgl. Pf 177	103,75G	103,75G
9 dgl. Pf 167	100G	100G
6 dgl. KS 77	78G	78G
6½ dgl. KS 80/1	99,85G	99,85G
8½ dgl. KS 110	101G	101G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
5 dgl. Pf 36	83,25G	83,25G
5½ dgl. Pf 43	83,1G	83,1G
6 dgl. Pf 56	79G	79G
7 dgl. Pf 61	87,1G	87,1G
8 dgl. Pf 70	100G	100G
9 dgl. Pf 68	101,85G	101,85G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	98,2G	98,2G
7½ dgl. Pf 45	100,5G	100,5G
M 6 Süddboden Pf 41	87,5G	87,5G
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	93G	93G
7 dgl. Pf 87	93bG	93bG
7½ dgl. Pf 104	95G	95bG
7 dgl. KS 49	91,5G	91,5G
7¼ dgl. KS 81	99,5G	99,5G
8 dgl. KS 133	97TG	97TG
8½ dgl. KS 132	101G	101G
9 dgl. KS 185	101,75G	101,75G
9¼ dgl. KS 171	104,5G	104,5G

Pfandbriefe (3)

	31. 1.	30. 1.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	77G	77G
7 dgl. Pf 100	99,6G	99,6G
D 8 WestLB Pf 350	100,7G	100,65G
6¾ dgl. Pf 403	96,7G	96,55G
9½ dgl. Pf 1007	105,3G	105,05G
8 dgl. Pf 1015	98,2G	97,95G
7 dgl. KO 556	99,75bG	99,65G
6¼ dgl. KS 420	95,1G	94,95G
9¼ dgl. KO 1301	104,3bG	104,05G
8½ dgl. KS 1278	101,45G	101,4G
8 dgl. IS 1512	99,8G	99,6T
8¼ dgl. IS 1520	102,1G	102,05bG
6½ dgl. IS 679	93,55G	93,35bG
7½ dgl. IS 1503	100,3G	100,35
D 4 Westf. Land. Pf 4	99G	99G
6 dgl. Pf 16	94G	94G
6½ dgl. Pf 19	84G	84G
7 dgl. Pf 20	68,5G	68,5G
D 8¼ Westf.Hypo. Pf 550	100,9G	100,9G
9¾ dgl. Pf 564	102,7bG	102,7G
9¾ dgl. KS 294	102,5G	102,5G
9½ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	78G	78G
7 dgl. KS 58	100G	100G
S 6½ Wür. KoLa Pf 1	87,2G	87,2G
7 dgl. Pf 5	99,9G	99,9G

Sonderinstitute

	31. 1.	30. 1.
D 6 DSLB Pf 28	83G	83G
6 dgl. Pf 47	79G	79G
7 dgl. Pf 63	88G	88G
7½ dgl. Pf 89	92G	92G
8 dgl. Pf 104	97G	97,6bG
8 dgl. Pf 165	99G	99G
5¾ dgl. RS 45	97,75G	97,75G
6 dgl. RS 73	98G	98G
8 dgl. RS 120	100,25bG	100,25G
8½ dgl. RS 153	101,5G	101,5G
7 dgl. RS 182	95,25G	95,25G
9½ dgl. RS 172	103,75G	103,75G
9 dgl. RS 186	103G	103G
10 dgl. RS 193	104,5G	104,5G
11¼ dgl. RS 195	108G	108G
D 6½ IKB 69	100G	100G
F 7½ KfW 70	100,5	100,5
8 dgl. 70	101G	101
7¾ dgl. 79	98,15	98,15
F 10 Kredit 81	108,2G	108,2
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	101,25T	101T
F 6 Lwd.Rentbk. RS 14	99G	99G
6 dgl. RS 15	96,5G	98,5G
6 dgl. RS 18	96G	96G
6 dgl. RS 19	95,25G	95,25G
6 dgl. RS 20	99,4G	99,4G
6 dgl. RS 21	98,8G	98,8G
6 dgl. RS 26	99G	99G
7½ dgl. RS 27	99,75G	99,75G
6½ dgl. RS 60	95,4G	95,4G
7 dgl. 94	94,75G	94,75G
7 dgl. 99	99,6	99,6G
8 dgl. 101	99,5bG	99,5bG
7½ dgl. 102	96,5G	96,5G
9½ dgl. 126	104G	104G
D 7¾ LAG TS 76	100G	100
8 dgl. TS 78	100,9G	100,9G
6½ dgl. TS 77	95,5G	95,5G
5½ dgl. 78	93G	93G
7 dgl. 79	97,3	97,4

Industrieanleihen

	31. 1.	30. 1.
F 6 Badenwerk 64	99,5G	99,5G
6 dgl. 78	94,5G	94,5
5 BASF 59	98,75G	98,75G
5 Bayernw. 59	98,25T	98,25T
F 8 Chem. Hüls 71	100,25	100
7¾ Cont. Gum. 71	99,3T	99,3T
6 Dt. Texaco 64	99,6T	99,6T
5¾ HEW 62	96,25G	96,25G
7½ dgl. 71	99,6G	99,6G
4½ Harpen 59	183G	183G
6 Hoechst 64	99,6T	99,6T
6 Hoesch 64	99G	99T
7½ dgl. 71	99G	99G
7½ Karstadt 71	99,15T	99,15T
7½ Kaufhof 71	99,3G	99,3G
7¾ dgl. 71	99,5G	99,5bG
7½ dgl. 76	98,25T	98,25G
7½ Klöckner W. 71	98,5G	–Zhp
8 dgl. 72	98,8	98T
F 6 Krupp 64	99,8G	99,8G
6 Linde 64	99,3G	99,3G
5 Mannesmann 59	98,5	98,75T
6 NWK 61	98,5	98,5G
6 dgl. 62	96,25G	96,25
6 OsDon. Kraft. 64	94,5T	94,4
F 6 Rh.Braw. 63	94,5G	94,5G
6 dgl. 65	94,5T	94,5T
6 RWE 63	96T	96T
6 dgl. 65	94,8T	94,75T
7¼ dgl. 71	99,8	99,85
7 dgl. 72	99	98,75T
6 Rh.-M.-Don. 62	97G	96,75
6½ dgl. 68	98,75	98,5G
8 Schleswag 71	100T	100T
5 STEAG 59	98G	98G
7½ Thyssen 71	99,6	99,25T
8 dgl 72	99,85	99,85G
7¼ dgl. 77	96	95,5
5 Veba 59	99,5G	99,5G
8 VEW 71	100,25	100T
6¾ dgl. 77	95,5G	95,5bG
7 VW 72	98T	98T

Optionsscheine

	31. 1.	30. 1.
F 11 BASF Over Zea 82	74,9	75,3
7¼ Bayer Fin. 79	83,5	85
10¼ Bayer Fin. 82	93,4	94,5
7½ BHF Bk. Int. 83	134	129
6¾ Ciba-Geigy 75	1178	1168
3½ Commerzbk. 78	70	70bG
7 Combk. Int. Lux. 83	90	90
4½ Dt. Bk. Comp. 77	163	160
3½ Dt. Bk. Int. 83	159,4	153
8¼ Degussa 83	152,5	153,5
4 Dresdner Bk. Int. 83	74,5	71,6
4 dgl. 83 II	84	81,8
10 Hoechst 75	425	426
6¾ dgl. 79	95	98,5
8 Hoechst 83	112,5	114,6
7½ Jap.Syn.Rubber 82	1885	1895
5¾ Jusco 83	3540	3550
Mitsui 82	290,5	293
7¾ Siemens 83	194	188,1
6,875 Schering 83	126	126
4 Veba 83	70	66,7
6½ Wells F. 73	411	415
F 8½ BASF 74	81,8	82,2
Stumpf 78	92bB	92,7G

Optionsanleihen

	31. 1.	30. 1.
F 7½ BHF Bk.Int.83 m0	115,5	115,5
7½ dgl. 83 o0	79	79G
3½ ComBk. Int. 78 m0 DM	119T	117
F 3½ dgl. 78 o0 DM	88,75	88,75
4½ C F DT. Bk. 77 m0 $	132	130
4½ dgl. 77 o0 $	80,5	80,25
3¾ Dt. Bk. 83 m0	129,5	128,5
3¾ dgl. 83 o0	82,35	82,55
6¼ Dt. Bk. 83 m0	109,25	109,25
8¼ dgl. 83 o0	72,75	72,25
4 Dresd. Bk. 83 m0	113,5	112,5
4 dgl. o0	86	85,9
7½ Jap. Synth. 82	173,5G	173,5
7½ dgl. 82 o0	99,45G	99,45
5¾ Jusco 83 m0	151G	151
5¾ dgl. 83 o0	93,25G	93,25G
F 6½ Wells F. 73 m0 DM	–	136T
6½ dgl. 73 o0 DM	97,9bB	97,25G
F 8½ BASF 74 m 0	157bG	157,1
8½ BASF 74 o0	101bG	101,05
M 3½ Stumpf 88 m0	165G	165G
M 3½ Stumpf o0	82,5bB	82,5bB

Währungsanleihen

	31. 1.	30. 1.
F 8 Brasilien 72	97,75G	97,75G
6¼ Kopenhagen 72	97,25	97
9½ Norwegen 79	99G	99G

Wandelanleihen

	31. 1.	30. 1.
F 5 Bayer 69	100,9	100,85
H 8 Beiersdorf 82	180	178,5
D 9 Girmes 74	410	410
6½ KSB 83	135	135

Anmerkungen:
- Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Wandelanleihen

	31. 1.	30. 1.
F 4¾ AKZO 69	92,1G	92,1G
F 5 Asics Corp. 83	116	117
F 3½ All Nippon 78	102,9	102,5
F 3¼ Asahi Opt. 78	137bG	137G
F 4¾ Canon Inc. 77	482	484G
F 3½ Cas. Comp. 78	239	238G
F 5¾ Daiei Inc. 80	129,5	130
F 4¼ Fujitsu Lim. 78	711G	721G
F 5 dgl. 79	480T	484G
F 5¼ Hoogovens 68	89G	89G
F 3½ Izumiya Co 78	128,5	128G
F 3½ Jusco Co. 78	111G	111,5
F 4 Kansai El. 79	138	140
F 6 Komatsu 76	172G	173
F 6 Konishiroku Pho. 81	148,25G	149,6
F 6¾ dgl. 82	138,25	139,6G
F 3½ Korakuen 78	112G	112
F 7½ Kraft Inc. 70	117T	115bG
F 3½ Marudai F 78	105,75	106,5
F 6 Michelin Int. 70	94G	94G
F 5¾ Minolta 77	228G	231G
F 4 dgl. 79	176G	178bG
F 6¾ Mitsub. Ch. 76	243G	245,5
F 6,75 Mitsub. H 81	156,5G	156,75
F 6 dgl. 81	123	122,5
F 6 Nichii Co Ltd 80	132,5	126,5G
F 7 Nippon Sh. Bl. 82	195,5G	195,5bG
F 3¼ Nippon Sh. 78	170G	170G
F 3½ Nissan Mot. 78	100T	100bG
F 4 Nisshin Steel 78	201	200T
F 6½ Oce v. d. Gr. 69	100G	100G
F 3½ Olympus 78	278G	275
F 3¾ Omron Tat 79	445G	435G
F 4¾ Orient Fin 79	245G	245G
F 3½ Ricoh Comp 78	222G	224G
F 8½ Rothm. Int. 72	95bG	95,5
F 3¾ SankyoElec 78	150G	150
F 3½ Sanyo Elec. 78	221G	223G
F 3¾ Seyu Stores 78	100,45	100,4bG
F 6¼ Sekisui 76	147,5G	147,5
F 3½ Stanley 78	157,5	151G
F 6 Taiyo Yuden 82	143	144
F 5 Texaco Int. 66	97	97
F 3½ Tok. Elec. 78	460T	460T
F 4 Tokyu Land 79	110G	110bG
F 3½ Trio Kenw. 78	109,75	109,5G
F 6½ Uny Ltd. 79	223G	223G

Ausländische Aktien

	31. 1.	30. 1.
F L'Air Liquide	180	183G
D Akzo	105,5	105,5
F Alcan	102	103
F Alcoa	119T	125exD
F Alg.Bk.Nedld.	385	387
F All Nippon Air	4,3G	4,5
F Amax	70	72
F Am. Cyanamid	130T	134G
D American Expr.	86	88
D Am Motors	20	20,5
F Am. T & T	50,5	51,5
F Amro Bank	71,5	71,9
F Anglo Am. Corp	45,5	45,2
M Anglo Am. Gold	300B	298
F Arbed	74	74
F Asahi Chem.	5,25	5,5
M Atl. Richfield	126,5	128exT
H Atlas Copco	426	426
M Avon	72,6	72,9
D Baker Int.	52,9exD	53
F Ball Canada	25	25,7
F Banco de Bilbao	24,6	24,7
F Banco Central	28,1	28,1
F Banco Hisp. Americ.	20,8	20,8
F Banco de Santander	20,4	20,4
F Banco de Vizcaya	31,9	31,9
F Barlow Rand	29T	28,5G
M Baxter Trav. Lab.	59	60,7
D Beatrice Foods	88G	91G
D Bell Canada	71T	72G
F Black & Decker	74	74bG
F Boeing	129,5	133
M Bougainville Copper	6,3	6,75
F Bowater	11,7	11,6
D BP	17,4	17,6
M Broken Hill	34,6	34,8
F Bull	12,2	12,05
F Cdn. Pacific	113	116
F Canon	18,9	18,9
F Casio Comp.	17,95T	17,8
F Caterpillar	136,5	141
D Ch. Manhattan	143,5	142
F Chrysler	84,5bG	87,5
M Citicorp.	106,5	107,2
F City Investing	108G	111
F Coca-Cola	145	147,5
D Colgate	59,5G	61
M Comm. Satellite	89,2	91,1
F Cons. Gold F.	20,9	20,8
D Cont. Group	144G	147G
F Control Data	130	133,5
H Courtaulds	5,48	5,35
M CRA	13,7	13,75
M CSR	10,55	10,55
F Daiei	8,2G	8,2G
F Dart & Kraft	192	195
M De Beers Cons.	23B	23
F Deere Comp.	102,5bG	103
F Diam. Shamrock	56,8	57,2
M Digital Equipm.	246,5	249
M Disney Prod.	154,7	152,5
H Distillers	9,3G	9,3G
M Dome Petroleum	8,95	9,1
D Dow Chemical	89	91
D Dresser	56	58,3
M Driefontein Cons.	87,5B	87,1
D DuPont	145	144
H Dunlop	26	2
D Eastern Air Lines	19,8	19,9
F Eastman Kodak	207	208,5
F Elf Aquitaine	72,2	78
F Emhart	88,5	86,5G
D Ericsson	130T	135T
D Esmark	120G	123G
D Exxon	110	109
D Fiat St.	6,6	6,7
D dgl. Vz.	5,45	5,45
F Finsider	0,9G	–
D Fisons	30T	30T
M Fluor	52,7	54,2
D Ford	122,5	122,5
F Fujitsu	17,1	17,45
F General Electric	150,2	154
F General Mining	80,5	80,5

	31. 1.	30. 1.
D General Motors	209	212
D Gen. Shopping	475T	475T
M Getty Oil	338	335,5
D Gevaert	152G	151G
F Goodyear	79,5	81
H Grace	124G	124G
D GKN	7,75T	8T
F Gulf	149,5	152exD
D Halliburton	100	103,1
M Hewlett Packard	114,8	118,2
D Highveld Steel	12,2bB	12TB
D dgl. o.O.	12	12TB
F Hitachi	1070	1060
M Holiday Inns	136	138
F Homestake	82	83
M Hongk. & Shanghai Bank	3,25B	3,25G
D Hoogovens	52,2	54,5
D Hughes Tool	53,5	53
F IBM	322	328
F ICI	25	24,5
M Impala Plat. Hold.	34,9	34,8
M Imperial Oil	81,7	82,2
F Inco	39,5	41
F Int. T & T	123	126
D Istituto Fin. Ind.	8,7G	8,7G
F Italcementi	–	72G
F Izumiya	11T	11T
F Japan Line	2	2
D Jusco	12bB	12bG
F Kawasaki Kisen	1,75G	1,75G
F Kawasaki Steel	2,4	2,45
M Kloof Gold Min.	116,3	115,5G
F Komatsu	6,4	6,4
D KLM	208	205
F Konishiroku Photo	8,5T	8,5T
F Kubota	4,25	4,2
D Lafarge	–	–
D Litton Ind.	184	187
F Lone Star	80,4	80,4
D LTV	51	52,8
M M.I.M. Hold.	17,35	17,45
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3,5G	3,5G
F Marudai Food	8,3G	8,3G
D Matsushita El.	23,9	24,5
M McDonald's	191	192,5bG
M Merrill Lynch	87,8B	88exD
F McDonnell D.	165	169
M Minerals & Res.	27,6	27,3
D Minnesota M.	214T	214T
D Minolta Camera	8G	8G
F Mitsubishi Chem.	3,7	3,7
F Mitsubishi El.	5,25	5,25
F Mitsui Bk.	7,6G	7,6G
F Mitsui & Co.	4,4	4,3
F Mitsui Engin.	1,95	1,95
F Mitsui O. S. K.	2,3T	2,3T
F Mitsumi El.	13,9	14
H Mobil Corp.	83exD	85
F Monsanto	272	274G
F Montedison	0,39	0,38
F Murata	39,2	39,5
M Nat. Semicond.	44,8	45,5
D Nat. Westminster	29T	29T
F NEC Corp.	18,4	18,8
F Nestlé	6180	6205
F Nestlé Tz.	622	630
D Nikko Sec.	5,26	5,4G
F Nippon Kokan	1,9	1,9
F Nippon Shinpan	9,1G	9,3G
F Nippon Yusen	3,2	3,1T
F Nissan Motor	9,15	9,3
F Nisshin Steel	2,3	2,4
F Nissho - Iwai	3,9	3,9
D NL Industries	42	42
F Norsk Hydro	207,5	204
H Occ. Petroleum	80G	80,5
F Océ v. d. Grint	233G	235G
F Olivetti St.	7,05	7
F Olivetti Vz.	6,95	6,95
F Olympus Optical	12,9	12,6G
H v. Ommeren	29,4	28,9
F Omron Tateisi	24,5G	24,5G

	31. 1.	30. 1.
F Pakhoed	65,5	67
F Pakhoed Z.	59	61,5
M PanAm	23,9	24,2
D Parker Drilling	27,1	27,5
F Peko Wallsend	14,3	14,65
M Pepsi	102,4	104,9
F Pernod-Ricard	260G	265G
F Peugeot	84	85
F Philip Morris	209,9	212
H Philips	42	42,2
D Phoenix Ass	167	171
F Pirelli	3	3
M Polaroid	84,8	86,5
M Prime Computer	50,6	53,6
F Procter & G	145	148
D Ramada Inns	27,5	27,5G
M Ranger Oil	28,8	29,1
F Rank Org.	9,1	9,1
F Ricoh	13,4	13,5
F Rio Tinto NA-St	25,5	25,5
F Rio Tinto Kumm	25,5T	25T
H Robeco	307,5	309,5
F Rockwell	84,9	87,5
H Rolinco	311	300
F Rorento	185	185
F Rothmans Int.	4,6G	4,6
D Rowan Cos.	33,5	31,6
H Royal Dutch	142,5	143,7
M Rustenburg Plat Hold	29,3	28,8B
F Sanko Steamship	2,4T	2,4T
F Sanden Corp.	9,9	9,7
M Santos	19,4	19,85B
F Sanyo Elec.	6,85	6,6
F Sanwa Bk.	8,36	8,3
M SASOL	9,7	9,7G
F Schlumberger	129,5	134
F Schw. Alum.	1163	1170
F Schw. Bankverein PS	368	365
F Schw. Bankverein OR	9,05	9,05
M Sears, Roebuck	104,1	104,8
F Seiyu Stores	8,3	8,3G
F Sekisui House	6,9	7,3G
F Selected Risk	41,5G	41,5G
H Shell T & T	–	–
D Singer	73,1	77
F Snia Viscosa	2,58	2,55
D Solvay	–	202G
D Sony Corp.	46,5	47
D Sperry Corp.	138,5	131,5
F Squibb	131G	135G
F Stanley Elec.	9,3T	9,3T
F Steyr-Daimler-P.	21,5	21,4
F Sumitomo	6,3	6,4
F Sumitomo Heavy	2,7T	2,7T
D Sumitomo Metal	2G	2G
D Sun	147	151TG
M Sunshine Mining	35,5	35,1
F Swissair	1309	1299
F Taisei Kens.	2,65T	2,65T
M Tandy	100	104,7
F Taiyo Yuden	16G	16G
F Tenneco	117,5	120exD
D Texaco	110	106
D Thomson-CSF	104T	99,5T
D Thorn Emi	24,5exD	25T
F Tokyo El.	17,8	18
D Tokyo Pac	355G	355G
F Tokyo Sanyo El.	8,9	8,8
D Toray	5,15G	5,25T
D Toshiba	5,25	5,3T
F TRIO Kenwood	8,3	8T
F TRW	208G	215
D UAL	102G	106
H Unilever	244,5	245
F Union Carbide	162	164
D Uniroyal	45	44
F United Techn.	194	194
F US Steel	87	89,8
M Vaal Reefs Expl.	293	287G
D Vmf-Stork	100	101
D Volvo A	165T	165T
D dgl. Nam B	165T	165T
F Warner Commun.	81,9	83,8bG
F Warner Lambert	85,5	89,9
F Wells Fargo	115	119,9
M Western Deep L.	136,2	133,8
M Western Mining	10,7	10,85
M Westinghouse El.	145,90	149exD
F Westl.-Utrecht H.	–	122,5
D Xerox Corp.	137	140,5

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer gingen Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	31. 1.	30. 1.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	329,00	331,50
Mai	334,00	334,75
Juli	332,50	332,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	249,50	249,80
Amber Durum	239,15	240,05
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	139,10	139,40
Mai	141,00	141,60
Juli	142,00	142,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	132,50	133,00
Mai	126,60	126,90
Juli	127,00	124,00
Hafer Chicago (c/bush)		
März	181,00	180,25
Mai	180,00	180,50
Juli	177,75	177,75
Mais Chicago (c/bush)		
März	329,25	328,50
Mai	332,50	332,00
Juli	332,75	331,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
März	133,10	133,40
Mai	132,60	132,90
Juli	132,80	132,90

Genußmittel

	31. 1.	30. 1.
Kaffee New York (c/lb)		
März	142,40	142,80
Mai	137,05	137,10
Juli	133,78	134,45
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. März	2512	2620
Mai	2502	2587
Juli	2482	2570
Umsatz	3736	–
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	7,50	7,53
Mai	7,81	7,81
Juli	8,14	8,16
Sept.	8,40	8,42
Okt.	8,53	8,58
Umsatz	10 535	9 409
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	unerhältl.	6,93
Kaffee London (£/t) Robusta-		
Kontrakt Jan.	–	2065–2071
März	2067–2080	2081–2084
Mai	1979–1980	1967–1969
Umsatz	3483	1094
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	1883–1885	1989–1990
Mai	1875–1878	1986–1989
Juli	1852–1855	1984–1985
Umsatz	11 810	4 877
Zucker London (£/t)		
März	137,25	134,50–134,75
Mai	142,60	139,25
Umsatz	2367	1877
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	400,00	400,00
weißer Sarawak	637,50	637,00
weißer Muntok	645,00	645,00
Orangensaft New York (c/lb)		
März	156,60	158,30
Mai	156,50	158,70
Juli	156,75	157,00
Sept.	156,90	157,00
Nov.	155,50	155,80
Umsatz	1000	1000

Öle, Fette, Tierprodukte

	31. 1.	30. 1.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	47,50	47,50
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	28,25	28,25
Sojaöl Chicago (c/lb)		
März	27,28	26,95
Mai	27,70	27,43
Juli	27,85	27,65
Aug.	27,65	27,30
Sept.	26,90	26,60
Okt.	26,30	26,10
Dez.	26,15	26,00
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	30,00	30,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	20,00	20,00
Choice white hog 4% fr. F.	19,00	19,00
Talg New York (c/lb)		
top white	18,75	18,75
fancy	18,25	18,25
bleichfähig	18,00	18,00
yellow max. 10% fr. F.	16,75	16,75
Schweine Chicago (c/lb)		
Febr.	50,95	52,00
Apr.	46,95	48,20
Juni	52,70	54,25
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	65,55	67,35
März	66,02	68,10
Mai	67,36	69,20
Häute Chicago (c/lb)		
Ochsen sieb. schwere River Northern	54,00	54,00
Kühe sieb. schwere River Northern	57,00	57,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
März	731,50	734,00
Mai	748,00	751,00
Juli	761,00	763,00
Aug.	757,00	760,50
Sept.	731,00	732,50
Nov.	714,50	717,00
Jan.	727,00	729,50
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
März	194,00	196,30
Mai	197,50	199,20
Juli	200,60	202,20
Aug.	201,00	202,00
Sept.	198,50	198,50
Okt.	193,00	195,00
Dez.	194,50	197,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)		
März	378,50	378,00
Mai	381,50	381,90
Juni	383,00	383,50
Kokosöl New York (c/lb)		
Westküste fob Werk	58,50	60,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. cif	1015,00	1020,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	525,00	525,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	800,00	1000,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	207,50	214,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1125,00	1125,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	311,00	309,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	31. 1.	30. 1.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
März	77,40	76,25
Mai	77,05	76,31
Juli	76,41	76,01
Okt.	73,20	72,75
Dez.	61,60	71,39
März	73,05	72,50
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	58,25	58,00
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:		
Jan.	–	419–431
März	440–441	437–441
Mai	460–462	457–461
Umsatz	227	319
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:		
März	48,00	geschl.
Mai	48,40	geschl.
Juli	48,80	geschl.
Okt.	49,20	geschl.
Umsatz	0	–
Tendenz:		stetig
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype		
März	578,50–579,00	geschl.
Mai	590,00–591,00	geschl.
Juli	601,00–603,00	geschl.
Umsatz	99	–
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen		
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager		
Febr.	13 930	13 929
März	13 927	13 929
Kautschuk London (p/kg)		
Nr. 1 RSS loco	91,00–93,00	90,00–91,50
März	91,30–92,00	90,20–91,00
April	91,40–91,90	90,00–91,70
April/Juni	92,00–92,10	91,60–91,80
Tendenz: stetig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)		
Febr.	256,50–257,00	265,00–267,00
März	274,75–275,50	273,60–274,50
Nr. 2 RSS Febr.	258,00–259,00	257,00–258,00
Nr. 3 RSS Febr.	254,50–255,50	253,50–254,50
Nr. 4 RSS Febr.	248,00–249,00	247,00–248,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)		
BWC	500,00	500,00
BWD	495,00	495,00
BTC	500,00	500,00
BTD	495,00	495,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	31. 1.	30. 1.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	110,74–110,94	110,99–111,39
drittfolg. Monat	113,31–113,51	113,97–114,16
Zink: Basis London		
laufend. Monat	283,77–283,97	284,62–285,41
drittfolg. Monat	281,00–281,20	280,45–280,65
Produz.-Preis	284,61	284,63
Reinzinn 99,9%	3842–3880	3845–3883

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	31. 1.	30. 1.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke		
(DEL-Notiz)*	395,11–397,08	396,60–398,58
Blei in Kabeln	118,50–119,50	118,75–119,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–452,00	430,50–452,00
Vorziehdraht	439,50–464,00	439,50–464,00

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 18 Kupferverarbeiter und [illegible].

Messingnotierungen

	31. 1.	30. 1.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	377–394	377–395
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	426–427	424–426
MS 63	420–426	422–427

Zinn-Preis Penang

	31. 1.	30. 1.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	31. 1.	30. 1.
Leg. 225	470–473	470–473
Leg. 226	472–475	472–475
Leg. 231	502–505	502–505
Leg. 233	512–515	512–515

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	31. 1.	30. 1.
Platin (DM je g)	37,50	37,50
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	34 050	33 850
Rücknahmepr.	33 300	33 100
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	34 030	33 820
Rücknahmepr.	33 500	33 300
verarbeitet	35 720	35 500
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 710	33 410
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	775,20	761,90
Rücknahmepr.	759,70	746,70
verarbeitet	809,60	795,70

Internationale Edelmetalle

	31. 1.	30. 1.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	371,90	369,25
15.00	373,75	369,85
Zürich mittags	372,50–373,00	369,70–370,20
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	103 000	102 250
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	600,65	589,05
3 Monate	614,10	602,55
6 Monate	629,55	617,35
12 Monate	659,65	647,90
Platin (£-Feinunze) London		
fr. Markt	274,55	272,50
Palladium (£-Feinunze) London		
1. Händlerpr.	114,80	112,50
New Yorker Preise		
Gold H & H Ankauf	373,75	369,85
Silber H & H Ankauf	865,00	826,50
Platin fr. Händlerpr.	371,00–377,00	371,00–377,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	160,00–162,00	158,00–160,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Feb.	860,50	835,80
März	863,00	840,00
Mai	873,20	853,00
Juli	877,00	870,00
Sept.	890,00	884,00
Dez.	909,70	907,00
Jan.	928,00	914,80
Umsatz	30 000	19 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	31. 1.	30. 1.
Feb.	63,65	62,45
März	64,40	63,05
Mai	65,65	64,25
Juli	66,85	65,50
Sept.	68,40	67,00
Dez.	70,40	69,00
Jan.	71,10	69,70
Umsatz	8 500	11 000

Londoner Metallbörse

	31. 1.	30. 1.
Aluminium (£/t)		
Kasse	1082,5–1083,5	1075,0–1076,0
3 Monate	1110,0–1110,5	1103,0–1103,5
Blei (£/t) Kasse	278,50–279,50	278,00–279,00
3 Monate	285,00–286,50	285,50–286,00
Kupfer Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	986,50–987,00	988,00–988,50
3 Monate	1010,5–1011,0	1012,5–1013,0
abends Kasse	992,50–993,50	987,50–988,00
3 Monate	1017,0–1017,5	1011,5–1012,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	984,00–985,00	979,00–980,00
3 Monate	1003,5–1004,0	998,00–998,50
Zink (£/t) Kasse	731,00–732,00	712,50–713,50
3 Monate	717,00–718,00	704,50–705,00
Zinn (£/t) Kasse	8630–8640	8620–8630
3 Monate	8790–8791	8780–8785
Quecksilber ($/Fl.)	305,00–315,00	305,00–315,00
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	72,00–77,00	72,00–77,00





KLÖCKNER-WERKE AG DUISBURG

Bekanntmachung

über die Auslosung unserer
7½%-Anleihe von 1971 M/N

– Wertpapier-Kenn-Nr. 371 531 – 371 540 –

Für die am 1. Mai 1984 fällige achte Tilgungsrate werden aus dem Tilgungsfonds nom. DM 1 700 000,- zur Verfügung gestellt. Weiterhin wurden gem. § 4 (5) und (6) der Anleihebedingungen unter notarieller Aufsicht die noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen der Serie 1

– Wertpapier-Kenn-Nr. 371 531 –

in Höhe von nom. DM 8 200 000,- zur Rückzahlung ausgelost, so daß die diesjährige Tilgung insgesamt nom. DM 9 900 000,- beträgt. Unter Hinzurechnung der in den vergangenen Jahren getilgten nom. DM 65 100 000,- Teilschuldverschreibungen wird der in § 4 (3) der Anleihebedingungen genannte Mindest-Tilgungsgesamtbetrag per 1984 in Höhe von DM 75 000 000,- erreicht.

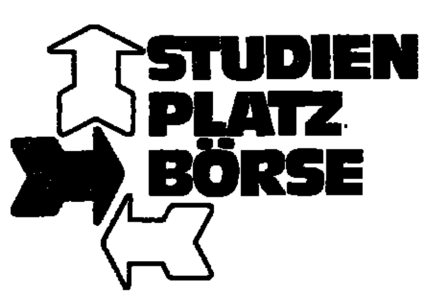
Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 2. Mai 1984 an bei den in § 6 (1) der Anleihebedingungen genannten Banken eingelöst.

Den ausgelosten Stücken sind die dazugehörigen Zinsscheine Nr. 27 uff. beizufügen. Der Betrag fehlender Zinsscheine wird bedingungsgemäß vom Kapitalbetrag abgezogen. Die Verzinsung der ausgelosten Stücke endet mit dem Fälligkeitstage.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß von den früher ausgelosten Gruppen 3, 5, 6, 7, 9 und 10 noch nicht alle Teilschuldverschreibungen zur Einlösung vorgelegt worden sind.

Duisburg, im Februar 1984 Der Vorstand





Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 00 55, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1984

Rechtswissenschaften
1. Semester

von	nach
1 FU Berlin	Bonn
2 FU Berlin	Bremen
3 FU Berlin	Hamburg
4 FU Berlin	Köln
5 FU Berlin	Münster
6 FU Berlin	Osnabrück
7 Erlangen	Bonn
8 Erlangen	Bochum
9 Erlangen	Köln
10 Erlangen	Münster
11 Freiburg	FU Berlin
12 Freiburg	Hamburg
13 Freiburg	Uni Kiel
14 Gießen	Bochum
15 Gießen	Hamburg
16 Göttingen	Hamburg
17 Uni Kiel	Hamburg
18 Mannheim	Hannover
29 Mannheim	Bremen
20 Mannheim	Hamburg
21 Mannheim	Uni Kiel
22 Marburg	Hannover
23 Münster	Bonn
24 Mainz	Münster
25 Osnabrück	Bremen
26 Passau	Hamburg
27 Passau	Köln
28 Passau	Münster
29 Regensburg	Hannover
30 Regensburg	Hamburg
33 Regensburg	Uni Kiel
34 Regensburg	Münster
33 Saarbrücken	Bonn
34 Saarbrücken	Bochum
35 Saarbrücken	Frankfurt
36 Saarbrücken	Münster
37 Trier	Bonn
38 Trier	Köln
39 Würzburg	Bonn
40 Würzburg	Göttingen
41 Würzburg	Köln
42 Würzburg	Münster

Rechtswissenschaften
2. Semester

von	nach
1 Frankfurt	FU Berlin
2 Heidelberg	Frankfurt
3 Heidelberg	Hamburg
4 Heidelberg	Mainz
5 Mannheim	Hamburg
6 Marburg	Münster
7 Mainz	Hamburg
8 Regensburg	Hamburg

Rechtswissenschaften
3. Semester

von	nach
1 FU Berlin	Hamburg
2 Freiburg	Hamburg
3 Göttingen	Uni Kiel
4 Göttingen	Tübingen
5 Hamburg	Uni Kiel
6 Uni München	Hamburg
7 Mainz	Frankfurt
8 Tübingen	Hamburg

Rechtswissenschaften
4. Semester

von	nach
1 FU Berlin	Hamburg
2 FU Berlin	Uni Kiel

Rechtswissenschaften
5. Semester

von	nach
1 Bonn	Hamburg
2 Freiburg	Hamburg
3 Freiburg	Mannheim
4 Heidelberg	Hamburg
5 Osnabrück	Uni Kiel
6 Tübingen	Hamburg

Psychologie
1. Semester

von	nach
1 Bamberg	Uni München
2 Bielefeld	Düsseldorf
3 Bielefeld	Köln
4 Bielefeld	Münster
5 Bonn	Köln
6 Bochum	Bonn
7 Bochum	Köln
8 TU Berlin	Bonn
9 TU Berlin	Düsseldorf
10 TU Berlin	Köln
11 FU Berlin	Bochum
12 FU Berlin	Köln
13 Freiburg	TU Berlin
14 Freiburg	FU Berlin
15 Freiburg	Hamburg
16 Freiburg	Münster
17 Freiburg	Tübingen
18 Gießen	FU Berlin
19 Gießen	Erlangen
20 Gießen	Frankfurt
21 Gießen	Freiburg
22 Gießen	Göttingen
23 Gießen	Heidelberg
24 Gießen	Hamburg
25 Gießen	Uni München
26 Gießen	Tübingen
27 Uni Kiel	TU Berlin
28 Uni Kiel	FU Berlin
29 Uni Kiel	Erlangen
30 Uni Kiel	Göttingen
31 Uni Kiel	Hamburg
32 Konstanz	Hamburg
33 Konstanz	Uni München
34 Konstanz	Tübingen
35 Landau	TU Berlin
36 Landau	FU Berlin
37 Landau	Frankfurt
38 Landau	Freiburg
39 Landau	Bremen
40 Landau	Heidelberg
41 Landau	Hamburg
42 Landau	Uni München
43 Landau	Regensburg
44 Landau	Tübingen
45 Mannheim	Bonn
46 Mannheim	Freiburg
47 Mannheim	Göttingen
48 Mannheim	Heidelberg
49 Mannheim	Hamburg
50 Mannheim	Marburg
51 Mannheim	Tübingen
52 Marburg	Bonn
53 Marburg	Frankfurt
54 Marburg	Köln
55 Marburg	Wuppertal
56 Mainz	Freiburg
57 Mainz	Heidelberg
58 Mainz	Hamburg
59 Mainz	Uni Kiel
60 Mainz	Marburg
61 Oldenburg	Bochum
62 Regensburg	Heidelberg
63 Regensburg	Mannheim
64 Regensburg	Uni München
65 Regensburg	Tübingen
66 Saarbrücken	TU Berlin
67 Saarbrücken	FU Berlin
68 Trier	TU Berlin
69 Trier	FU Berlin
70 Trier	Düsseldorf
71 Trier	Freiburg
72 Trier	Göttingen
73 Trier	Heidelberg
74 Trier	Hamburg
75 Trier	Köln
76 Trier	Uni Kiel
77 Trier	Mannheim
78 Trier	Tübingen
79 Trier	Wuppertal
80 Tübingen	Münster
81 Würzburg	Hamburg
82 Würzburg	Münster
83 Würzburg	Oldenburg
84 Würzburg	Osnabrück
85 Würzburg	Tübingen

Psychologie
2. Semester

von	nach
1 Braunschweig	Marburg
2 FU Berlin	Freiburg
3 FU Berlin	Hamburg
4 Heidelberg	Bochum
5 Heidelberg	Düsseldorf
6 Heidelberg	Münster
7 Hamburg	Heidelberg
8 Mainz	Bonn
9 Mainz	Düsseldorf
10 Mainz	Wuppertal
11 Trier	Bonn
12 Trier	Köln
13 Würzburg	Freiburg
14 Würzburg	Bremen
15 Würzburg	Hamburg
16 Würzburg	Uni München
17 Würzburg	Tübingen

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1983/84

FINANZANZEIGEN

International Bank for Reconstruction and Development

(Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)
– WELTBANK –

5½% Deutsche Mark-Anleihe von 1965
–WKN 451 832–

Auslosung

Für die am 1. April 1984 fällige Tilgungsrate werden nom. DM 2 388 000,– Teilschuldverschreibungen aus dem Tilgungsfonds zur Verfügung gestellt. Weitere nom. DM 14.612.000,– Teilschuldverschreibungen wurden am 23. Januar 1984 unter notarieller Aufsicht ausgelost. Unter Berücksichtigung der bereits früher getilgten Teilschuldverschreibungen wurden ausgelost die noch umlaufenden Stücke der Nummernkreise

71 117 bis 136 394
136 979 bis 158 169 zu je DM 1.000,–.

Die Einlösung der verlosten Teilschuldverschreibungen erfolgt vom 2. April 1984 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Teilschuldverschreibungen und Zinsscheine per 1. Oktober 1984 uff. bei den nachstehend aufgeführten Banken sowie deren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
ADCA-BANK Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Badische Kommunale Landesbank – Girozentrale –
Bayerische Hypotheken und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Bremer Landesbank
Delbrück & Co.
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank
Conrad Hinrich Donner
Hallbaum, Maier & Co. AG-Landkreditbank
Handels- und Privatbank Aktiengesellschaft
Hessische Landesbank – Girozentrale –
von der Heydt-Kersten & Söhne
Landesbank Rheinland-Pfalz – Girozentrale –
Merck, Finck & Co.
National-Bank Aktiengesellschaft
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal Oppenheim jr. & Cie.
Reuschel & Co.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Simonbank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bankhaus H. Aufhäuser
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Bankers Trust GmbH
Bayerische Landesbank – Girozentrale –
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Braunschweigische Landessparkasse
Commerzbank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Effectenbank-Warburg Aktiengesellschaft
Hamburgische Landesbank – Girozentrale –
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Bankhaus Neelmeyer Aktiengesellschaft
Oldenburgische Landesbank Aktiengesellschaft
Poensgenbank GmbH
Karl Schmidt Bankgeschäft
Schwäbische Bank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
Weberbank Kommanditgesellschaft auf Aktien
Westfalenbank Aktiengesellschaft
Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale

Die Verzinsung der ausgelosten Stücke endet am 31. März 1984. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrag einbehalten.

Die zum 1. April 1984 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den in den Vorjahren ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Nummernfolgen 192–11572, 24410–71116 und 213664–250000 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Washington, im Januar 1984

INTERNATIONAL BANK FOR RECONSTRUCTION AND DEVELOPMENT

Bekanntmachung

über die Rückzahlung von Teilschuldverschreibungen
der 5% Anleihe von 1959/1984
(ehem. Gewerkschaft Wintershall)
– Wertpapier-Kenn-Nr. 363 780

Die Gewerkenversammlung vom 8. Juni 1970 hat die Umwandlung der Gewerkschaft Wintershall auf die BASF beschlossen.
Die Umwandlung ist am 24. Juni 1970 in das Handelsregister beim Amtsgericht Celle eingetragen worden. Damit sind die Verpflichtungen aus der Anleihe auf die BASF übergegangen.

Entsprechend § 3 der Anleihebedingungen wird die letzte Tilgungsrate

Serie 14 mit den Nummern 01691–01820
23126–24750
33423–33916
39671–40060

im Nennbetrag von DM 2 600 000,–

am 2. Mai 1984 zur Rückzahlung zum Nennwert fällig. Die Teilschuldverschreibungen werden ab 2. Mai 1984 bei einer der nachstehenden Zahlstellen und ihren Niederlassungen eingelöst:

Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
Westfalenbank AG
Deutsche Bank Saar AG

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 30. April 1984.

Von den per 2. Mai 1973, 2. Mai 1978, 2. Mai 1979, 2. Mai 1980, 2. Mai 1981, 2. Mai 1982 und 2. Mai 1983 ausgelosten Serien 2, 3, 5, 7, 9, 11 und 13 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Ludwigshafen, im Februar 1984
Der Vorstand

BASF Aktiengesellschaft
6700 Ludwigshafen

BASF

Ratten und Trompeten

Mtn. – „Behüt' dich Gott! es wär so schön gewesen; / Behüt dich Gott! es hat nicht sollen sein!" Würden Worte keine Flügel haben, man hätte sich seinen Büchmann erfinden müssen. Dank diesem aber fliegt noch so manches Wort in der deutschen Gefühlssemantik herum, was ansonsten vorzeitig abgestürzt wäre.

In unserem Fall sind es zwei Verse aus einem Werk, das heute keiner mehr kennt, jedoch von einem Autor, der zu seinen Lebzeiten zu den meistgefeierten Deutschen gerechnet wurde: Sie stammen aus dem „Trompeter von Säkkingen". Bis zum Jahr 1913 erlebte das 1854 erschienene Werk sage und schreibe 299 Auflagen. Heute tut man sich da etwas schwerer. Man hat bereits Mühe, überhaupt den Autor zu kennen.

In Bad Säckingen ist das natürlich anders. Da weiß jedes Kind, daß es Joseph Viktor von Scheffel war. Und damit es bald auch andernorts wieder mehr wissen, hat sich die Stadt am Hochrhein etwas einfallen lassen. Sie will ein Trompetenmuseum einrichten. Es wäre wohl das erste dieser Art auf der Welt.

Analog dem Rattenmuseum in Hameln, dem Käthchenmuseum von Heilbronn, dem Minnamuseum in Barnhelm, dem Brückenmuseum am Tay und dem Jungfrauenmuseum von Orleans, analog also dieser vorhandenen oder zu erwägenden Spezialkabinette will man in Bad Säckingen nun kräftig auf die Pauke hauen, pardon: die Trompete blasen.

Fünfundvierzig blinkende Instrumente aus 350 Jahren, allesamt restauriert und spielfähig – was bei manchem Liebhaber den Speichelfluß beschleunigen dürfte –, hat man bereits zusammengetragen. Es wird gewiß nicht dabei bleiben. Außerdem sollen Dokumente, Bücher, Schallplatten, Bilder, aber auch einschlägiger Nippes gesammelt werden. Man denkt auch schon an diverse Shows, zunächst freilich nur im Audio-Video-Rahmen. Kurz: Man greift zu jeder Rarität, sofern sie nur etwas mit dem Trompetenblasen zu tun hat. Vermutlich wird man sich nicht scheuen, auch den Ohrwurm unter die Glasvitrine zu legen.

Der Mann, der Orwell inspirierte: Der utopische Schrecken des Jewgenij Samjatin

D-503 rebelliert durch Liebe

In all den Betrachtungen über die Bedeutung von George Orwell für das Jahr 1984 ist bisher ein Mann unerwähnt geblieben, dessen Schicksal mit Orwells Roman eng verbunden ist: der Russe Jewgenij Iwanowitsch Samjatin. Es ist zwar ein Zufall, daß der 100. Geburtstag Samjatins heute am 1. Februar in das „Orwelljahr" 1984 fällt. Tatsache bleibt jedoch, daß sein antiutopischer Roman „Wir" aus den Jahren 1919/20 zumindest Anregung, wenn nicht sogar Vorbild für Orwells „1984" gewesen ist. Und noch ein drittes: Die offizielle Wertung Samjatins in der heutigen Sowjetunion läßt sich am besten mit einem „Fall in ein Orwellsches Gedächtnisloch" beschreiben.

Sieht man von ganz seltenen Erwähnungen ab, so ist Samjatin seit seiner Emigration aus der offiziellen Literaturgeschichtsschreibung verschwunden, als habe es ihn nie gegeben. Dabei war der aus dem Provinzstädtchen Lebedjan stammende Jewgenij Samjatin bereits als 17jähriger der Partei der Bolschewiki beigetreten und hatte sich dafür Gefängnishaft und Verbannung in die Provinz eingehandelt. Illegal in die Hauptstadt zurückgekehrt, konnte er durch einen Irrtum der Behörden sein Studium am Polytechnischen Institut, Fachrichtung Schiffbau, abschließen.

Das bedeutete für ihn Bruch mit den Bolschewiki. Samjatin wurde Dozent für Schiffbau, doch die Vergangenheit als Revolutionär holte ihn ein: Die Polizei hatte nach fünf Jahren ihren Irrtum bemerkt, und so mußte er wieder in die Provinz. Dort begann er seine Karriere als Schriftsteller, ohne allerdings die Arbeit als Schiffbauingenieur aufzugeben. Zumindest bis 1918 baute er Schiffe: erst im russischen Süden, dann 1916/17 in England, wo er im Auftrag der Regierung den Bau von Eisbrechern leitete. In dieser Zeit publizierte er insgesamt zehn Erzählungen, die ihm den Beifall der Literaturkritik, aber auch Strafverfahren wegen Beleidigung der Armee einbrachten.



Jewgenij Samjatin, wie ihn der Maler M. M. Prechtl sieht FOTO: BÜCHERGILDE GUTENBERG

Nach der Oktoberrevolution, die er als stürmisches Aufbegehren gegen alte Konventionen und Verkrustungen begrüßte, widmete er sich ganz der Literatur. Weil er aber die Revolution mehr philosophisch als politisch bejahte, war er den Bolschewiki gegenüber skeptisch eingestellt. Schon 1917 kritisierte er verschiedene ihrer Maßnahmen in satirischen Märchenparodien, deren Motive sich auch in seinem Roman „Wir" wiederfinden.

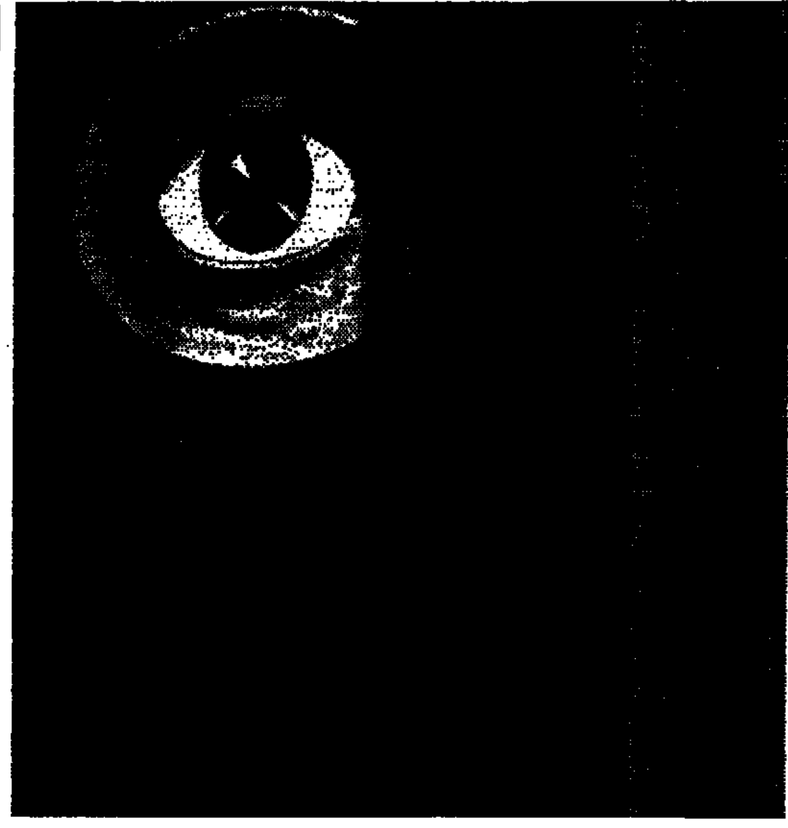
Damals arbeitete Samjatin eng mit Maxim Gorkij in Petrograd zusammen. In verschiedenen Verlagen war er als Lektor und Herausgeber tätig, im „Haus der Künste" hielt er Vorträge über die Technik des literarischen Schreibens, außerdem betreute er eine Vereinigung junger Literaten, die sich „Serapionsbrüder" nannten und zu denen später so bekannte Autoren wie Konstantin Fedin oder Michail Soschtschenko gehörten. Er wurde Vorsitzender der Leningrader Sektion des Allrussischen Schriftstellerverbandes, der sich in erster Linie für eine möglichst große Unabhängigkeit der Literatur einsetzte.

In vielen seiner Essays betont Samjatin, daß wirkliche Kunst nicht von kleinkarierten Bürokraten geschaffen werden könne, sondern nur von „Verrückten, Häretikern, Träumern, Aufrührern und Skeptikern". Dahinter stand die Auffassung, daß Literatur im tiefsten Sinne des Wortes revolutionär sein müsse, eine „bittere und deshalb heilsame Medizin" gegen jede Form von intellektueller, politischer und gesellschaftlicher Sattheit, Erstarrung und Verkrustung, einen Zustand, den er „Entropie" nennt.

Vom Kampf eines Außenseiters gegen eine völlig „entropische" Gesellschaft handelt der Roman „Wir": In einem Staatswesen, in dem man weder Namen noch Moden oder Gefühle kennt, sondern nur noch uniformierte, rational denkende Nummern, wandelt sich der Raumschiffkonstrukteur D-503 unter dem Einfluß einer nicht genehmigten Liebe vom linientreuen Mitglied des Kollektivs („Wir"!) zu einem Individuum, das mit den Aufständischen sympathisiert. Die Rebellen setzen sich für Chaos, Irrationalität und Individualismus ein. Der Schluß des Romans ist offen: Es siegen weder die Rebellion noch der totale Staat – so wie im Individuum der Konflikt zwischen Gefühl und Ratio in der Gesellschaft der Konflikt zwischen Freiheit und Ordnung, zwischen neuen Kräften und etablierter Macht nicht endgültig entschieden werden kann.

Es ist einleuchtend, daß dieser Roman die Zensur Sowjetrußlands nicht passieren konnte: Zu vieles mußten die Machthaber als auf sich selbst gemünzt ansehen. Samjatin war vertraglich an ein Berliner Verlagshaus gebunden; dort ließ man den Roman 1925 ins Englische, später ins Tschechische übersetzen, einer Auslandspublikation auf Russisch stimmte der Autor nicht zu. 1927 aber druckte eine Emigrantenzeitschrift Auszüge des Romans auf Russisch ab, wogegen Samjatin (vorsichtshalber) protestierte. Trotzdem war dies 1929, als die Literaten gleichgeschaltet werden sollten, ein Vorwand, um Samjatin anzugreifen und aus allen Ämtern zu verdrängen. Seiner Existenzgrundlage beraubt, wandte er sich 1931 in einem Brief an Stalin, in dem er bat, solange ins Ausland reisen zu dürfen, bis es wieder möglich wäre, „großen Ideen zu dienen, ohne kleinen Leuten hörig zu sein". Dem Gesuch wurde stattgegeben, der Autor reiste nach Frankreich aus, wo er 1937 starb.

So wichtig Samjatins Rolle als Organisator und Mentor für die jungen Sowjetschriftsteller gewesen ist, so ernst man ihn als Publizisten und mutigen Kritiker des Sowjetsystems nehmen muß, so sollte man doch nicht den Künstler vernachlässigen. Samjatin ist einer der ganz großen Stilisten der russischen Literatur, seine Stärke ist nicht die epische Breite, sondern die Konzentration auf das wirklich Wesentliche. Die eliptische Syntax, die vielschichtige Metaphorik und der ausgefeilte Rhythmus charakterisieren seinen Stil so stark, daß man den Autor in der Regel schon nach wenigen Sätzen erkennt. Es lohnt sich, Samjatin zu lesen. Nicht nur 1984. NORBERT FRANZ



Der Blick in eine bislang unbekannte Fotolandschaft: „Die Zeit dauert" von Jaromir Funke (1930-34), aus der Ausstellung in Essen FOTO: KATALOG

Essen zeigt „Tschechische Fotografie 1918-1938"

Weiße Flecken getilgt

Tschechoslowakische Fotografen sind bekannt. Sie wurden wiederholt in Deutschland ausgestellt. Karel Teige und Eugen Markalous waren bereits bei der Stuttgarter Werkbundausstellung „Film und Foto" dabei. Es gab Einzelausstellungen von Josef Sudek, Jaromir Funke, Jaroslav Rössler und Frantisek Drtikol. Diese Fotografen und Vaclav Jiru, Jan Lukas und noch einige andere wurden bei Auktionen angeboten und auch verkauft. Die tschechoslowakische Fotografie ist jedoch bei uns weitgehend unbekannt. Dem will nun das Museum Folkwang in Essen mit der Ausstellung „Tschechische Fotografie 1918–1938" abhelfen.

Mehr als ein halbes hundert Fotografen sind dabei vertreten. Die bekannten sind darunter, aber auch viele, deren Namen bislang in der deutschsprachigen Fotoliteratur noch nicht auftauchen. Und das ist ein Defizit. Denn diese Fotografen, in verschiedenen Gruppen organisiert, die sich teils der künstlerischen Avantgarde, teils der sozialdokumentarischen Fotografie verpflichtet fühlten, strebten keinen nationalen Stil an. Sie pflegten die Verbindung nach Westen, vor allem zum Bauhaus, und sie partizipierten von den Emigranten, die nach 1933 in Prag Station machten. Trotzdem ist die tschechische Fotografie nicht epigonal.

Die Ausstellung beginnt mit den Ausläufern der „Kunstphotographie", aber sie zeigt auch die vielfältigen Experimente, die in ihren Ergebnissen dem gleichen, was man bisher als eine besondere Entwicklung in Deutschland ansah. Dabei fällt es oft schwer, zu entscheiden, ob die ersten Fotogramme, Montagen und Collagen in Berlin oder Prag entstanden, ob der Versuch, die Welt mit Hilfe der sozialdokumentarischen Fotografie zu ändern, den amerikanischen Vorbildern zuerst in Deutschland oder in der Tschechoslowakei abgeguckt wurde.

Wie so oft bei Fotoausstellungen, entdeckt man hier nicht nur neue Welten, sondern erkennt auch, daß es noch so manchen weißen Fleck in der Fotohistorie gibt. (Bis 11. März; dann Wien; Katalog: 20 Mark)

PETER JOVISHOFF

JOURNAL

Ägypten boykottiert „Columbia"-Verleih

AFP, Kairo

Der ägyptische Kulturminister Mohamed Abdel Hamid Radwane hat den Boykott sämtlicher Filme des amerikanischen Produzenten und Verleihers „Columbia Pictures" verfügt. Es handelt sich dabei offensichtlich um eine „Vergeltungsmaßnahme" gegenüber der von „Columbia" produzierten und vertriebenen Fernseh-Serie über das Leben des ermordeten ägyptischen Staatspräsidenten Anwar el Sadat. Radwane zufolge soll die Sendereihe „zahlreiche Unwahrheiten" enthalten und die Rolle des ägyptischen Volkes „in schräges Licht stellen".

Schliemann-Villa wird Münzenmuseum

AP, Athen

Die Athener Villa, in der der deutsche Altertumsforscher und Wiederentdecker Trojas, Heinrich Schliemann, im vorigen Jahrhundert gelebt hat, soll nach ihrer Restaurierung zur Stätte des größten griechischen Museums für Münzen aus der Antike werden. Das geht aus einem vom Athener Kabinett veröffentlichten Programm hervor. Schliemann hatte im Jahre 1868 in Athen seinen ständigen Wohnsitz genommen.

Kunstpreis Berlin an Olivier Messiaen

PHG. Berlin

Der „Große Kunstpreis Berlin" wird in diesem Jahr in der Sparte Musik vergeben. Preisträger ist der Komponist Olivier Messiaen. Daneben werden in einzelnen Sparten wieder Förderungspreise verliehen: an Rolf Eisenburg und Raffael Rheinsberg (Bildende Kunst), Uwe Kiessler (Baukunst), Kolja Blacher (Musik), Guntram Vesper (Literatur), Benedict Freitag, Ernst Stötzner (Darstellende Kunst) und Ilse Hofmann (Film-Hörfunk-Fernsehen). Die Preisübergabe findet am 23. März in der Berliner Akademie der Künste statt.

Studienband über René Schickele

DW. Straßburg

Im Nachhang zum 100. Geburtstag des im Elsaß geborenen Schriftstellers René Schickele im vorigen Jahr hat der Morstadt Verlag (Kehl, Basel, Salzburg u. Straßburg) jetzt einen Studienband über Schickeles Leben und Werk vorgelegt: „Elsässer, Europäer, Pazifist" (275 S., 48 Mark). Das von Adrien Finck und Maryse Staiber herausgegebene Buch vereinigt Vorträge, die aus Anlaß des Jubiläums gehalten wurden, sowie Beiträge zum internationalen Schickele-Symposium im Juni 1983 an der Straßburger Universität. Die Themen der Aufsätze reichen vom „Geistigen Elsässertum" Schickelescher Prägung bis hin zum Stand der gegenwärtigen deutschsprachigen Literatur im Elsaß.

Kultur beim Münchner Katholikentag

KNA, München

Mit einem umfangreichen Kulturprogramm wird der 88. Deutsche Katholikentag vom 4. bis 8. Juli in München aufwarten. Der bayerische Kultusminister Hans Maier, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, kommentierte die Planungen mit den Worten, Katholikentage seien der Ausdruck von Lebensäußerungen des einzelnen und der Gesellschaft. Da Kunst und Kultur, insbesondere in Bayern, selbstverständlicher Bestandteil kirchlichen und religiösen Lebens seien, würden sie beim Katholikentag in München nicht als schmückendes Beiwerk verstanden. Neben den Eigenveranstaltungen des Katholikentages selbst wollen sich vor allem die öffentlichen Kulturinstitute Münchens, zum Teil schon im Vorfeld des Katholikentages, am Programm beteiligen. So befassen sich die großen Museen wie das Haus der Kunst und das Nationalmuseum, aber auch die experimentierfreudige „Künstlerwerkstatt Lothringerstraße" mit der Idee des Religiösen in der Kunst und dessen künstlerischen Ausdrucksmöglichkeiten.

Provokation durch Thatcher-Porträt

dpa, London

Ein satirisches Porträt der britischen Premierministerin Margaret Thatcher hat dem in New York lebenden deutschen Künstler Hans Haacke seine bisher größte Publizität in Großbritannien eingebracht. Das noch unvollendete Bild steht im Mittelpunkt einer jetzt in der Londoner Tate Gallery eröffneten Haacke-Ausstellung, die einen Überblick über sein Schaffen seit 1978 geben soll. Es stellt die Premierministerin in der typischen Pose einer Monarchin dar, mit strengem Blick und zusammengepreßten Lippen, in wallendem türkisfarbenen Chiffon-Gewand und gefaßt von einem verschnörkelten Rahmen.

Den ganzen Wagner für Australien: Sydneys ehrgeiziges Opernprojekt

Eine Million Dollar für einen Ring

Die australische Oper in Sydney verwirklicht mit deutscher Hilfe ihr bisher ehrgeizigstes Projekt: eine eigene Inszenierung von Wagners „Ring"-Zyklus. Das geschlossene Werk ist auf den Antipoden zum letzten Mal vor 70 Jahren aufgeführt worden, bei einer Australien-Tournee von Thomas Quinlan und der englischen Oper. Mehr als zwei Generationen später werden die opernbegeisterten „Aussies" nun wieder alle Werke des „Rings" erleben können, in aufwendigen Inszenierungen, die der Größe des Meisterwerkes angemessen sein sollen.

Die Bundesregierung in Bonn und ein Konsortium deutscher Firmen, die in Australien tätig sind, haben dafür eine Million Dollar – rund zweieinhalb Millionen Mark – zur Verfügung gestellt. „Diese hervorragende Geste", war im Leitartikel der Tageszeitung „The Australian" zu lesen, „erscheint in Größe und Vision dem kolossalen Werk Wagners angemessen, das sie subsidieren soll." Das größte Geldgeschenk, das der australischen Oper jemals zugeflossen ist, veranlaßte freilich einen anderen Kritiker zu der ironischen Bemerkung, daß Wagner sich nie mit dem Billigsten zufriedengegeben hat – genausowenig wie das Opernhaus von Sydney.

Zu den deutschen Unternehmen, die als Mäzene auftreten, gehören BMW und Mercedes-Benz, die Columbus-Linie, Hochtief, Ruhrkohle, Weserhütte und Degussa. Firmen-„Sponsorships" sind in Australien durchaus üblich, man könnte fast sagen: nötig, um ein gutes Image zu bewahren.

Der Mann, der das Konsortium zusammenbrachte und die Hilfsaktion organisierte, hat Deutschland vor 50 Jahren aus rassischen Gründen verlassen müssen und ist seit langem einer der erfolgreichsten Förderer deutsch-australischer Zusammenarbeit in Wirtschaft und Kultur. Die Rede ist von Charles Berg, dem aus Berlin stammenden Präsidenten der australischen Oper.

Zur Zeit wird „Das Rheingold" einstudiert – Premiere ist im Juni dieses Jahres. „Die Walküre", seit Oktober letzten Jahres auf dem Spielplan, soll in wenigen Wochen neu aufgeführt werden: Eine englische Übersetzung des gesungenen deutschen Textes soll dabei während der Aufführung auf eine Leinwand über der Bühne projiziert werden.

„Siegfried" und „Götterdämmerung" sind für 1985 und 1986 vorgesehen. Die Inszenierung des „Rings" wurde von Andrew Sinclair übernommen, Dirigent ist Carlo Felice Cillario. Die erste geschlossene Aufführung von Wagners Meisterwerk wird einer der Höhepunkte des australischen Kulturlebens sein – und ein passendes Geschenk der australischen Oper anläßlich der für 1988 vorgesehenen 200-Jahr-Feiern der Besiedlung des Kontinents.

JÜRGEN CORLEIS

„Die Heirat" in Bonn: Mussorgskijs Opernfragment à la Peter Ustinov

Ob es je zu einem Ende kommt?

Ach du heiliges Rußland! Da hat sich aber Peter Ustinov etwas einfallen lassen! Auf solch eine Idee wäre nicht einmal Gogol und Tschechow gemeinsam verfallen. Allerdings: Gogol ist mit von der Partie bei dieser „Heirat", die jetzt in der Werkstatt des Bonner Theaters zu ihrer deutschen Erstaufführung kam.

Gogols „Heirat" nämlich wollte Modest Mussorgskij einmal als Oper komponieren. Das heißt: Er wollte eigentlich nicht. Es war nur eine Wette mit dem Komponisten Dargomyshskij, in der es darum ging, wieweit es möglich ist, in der Oper Sprachmelodie zu komponieren, also die Musik ganz dem Text anzuschmiegen. Dargomyshskij, wie bekannt, vollendete seinen „steinernen Gast". Mussorgskij, wie weitgehend unbekannt, komponierte immerhin vier Szenen seiner „Heirat", wenn auch nur im Klavierauszug.

Ustinov nun ist angetreten, dieses Fragment zu retten. Nicht nur aus purer Liebe zur Musik, sondern weil er die Idee hatte, daraus eine hübsche Satire auf das Russentum zu basteln. Gogols „Heirat" ist ja schon eine solche Satire, und eine bittere dazu. Mussorgskijs Oeuvre in Fragmenten ist die tragikomische russische Satire, die das Künstlerleben schrieb: Er hat ja vieles angefangen und so gut wie nichts vollendet, weil entweder der Suff oder die Depression dazwischenkam und meistens beides zugleich. So wurde er mit seinem lächerlichen Funken Genie und seiner handwerklichen Stümperei zum russischsten aller Komponisten.

Um dieses musikalische Fragment herum dichtete nun Ustinov eine Rahmenhandlung, und die wird zur beinahe kabarettistischen Satire auf Rußland. Eine Bühne nämlich probt die vier Szenen dieser „Heirat" Mussorgskijs seit sechs Jahren, tagtäglich eine *Lieferung* weiterer Szenen aus der Komponistenwerkstatt erwartend. Sie kommt nie. Aber man hat vergessen, am Theater die Plakate für die Uraufführung abzuhängen, die dort seit Jahren schon kleben. Eines Tages, bei der Probe, ist der Zuschauerraum voll mit erwartungsvollen Premierengästen. Man zeigt ihnen, was man fertig hat: vier Szenen.

In dieser Rahmenhandlung ist Platz für alle Bühnenintrigen und für Sarkasmen über russische Bürokratie. Denn natürlich wird man, so schließt sich der Rahmen, weiterproben, auch wenn inzwischen alle Aussicht auf eine Vollendung des Werks geschwunden ist. Schließlich ist man ein Etatposten im Kulturministerium, und das gilt es zu nutzen. Meint Ustinov etwa gar nicht das zaristische Rußland...?

Die Bonner Aufführung dieses Fünfviertelstünders, der sich mit Tom Johnsons ebenfalls kabarettreifer „Vierton-Oper" zum Abendprogramm ergänzt, trifft in Paul Sterns *Regie* sowohl das altrussische Ambiente wie den Ton hinter den Theaterkulissen vergnüglich genau. Man darf lauthals lachen und muß doch oft schlucken. REINHARD BEUTH

Das Bayerische Nationalmuseum zeigt seine neue Jugendstil-Sammlung

Übernatur einer morbiden Eleganz

München soll wieder zu einem Zentrum des Jugendstils werden. Wenn auch verspätet, hat diese Kunstrichtung nun doch Einzug gehalten, und zwar mit der beachtlichen Sammlung des Kunsthistorikers Siegfried Wichmann, die der bayerische Staat jetzt für 1,6 Millionen Mark erwarb. In der Austellung „Jugendstil floral funktional" stellt das Bayerische Nationalmuseum diese Neuerwerbung vor.

„Jugendstil" ist inzwischen ein Reizwort, bei dem trotz einer Distanz von nun nahezu drei Generationen noch immer die Ambivalenz von Kunst und Kitsch mitschwingt. An den rund zweihundert Objekten der Münchner Ausstellung offenbart sich jedoch die Pluralität der künstlerischen Kräfte, wird das Wechselspiel zwischen einer gewissen morbiden Eleganz und den Versuchen, die neuen Techniken der Kunst dienstbar zu machen, bewußt.

Wichmann, der diese Ausstellung mitkonzipierte, geht es vor allem um das „wüchsige Element der Pflanze, nicht nur ihr Abbild als ornamentale Folge". Seine Untersuchungen basieren hauptsächlich auf dem Werk des Zoologen und Naturphilosophen Ernst Haeckel (1834–1919). Seine „Kunstformen der Natur" sind, so meint Wichmann, der Schlüssel für zeichnerische Vorlagen und formale Ableitungen von Jugendstil-Künstlern. Die Bezeichnung „floral" soll deshalb als Sammelbegriff für eine Gestaltung verstanden werden, die auch die Flora des Meeres, die geheimnisvolle Welt der Medusen und Quallen, der Sporentierchen und Kalkschwämme einbezieht.

Wie Fischschuppen oder Schlangenhaut glitzern die Jugendstilvasen. Gläserne Pflanzen und Bäume werden durch Lampen erhellt und tragen diese „Übernatur" in die Wohnungen. So dramatisch beginnt auch der Rundgang durch die Münchner Ausstellung. Aus einem dunkel ausgeschlagenen Raum „erblühen" die kostbarsten Stücke, die vielfarbigen Tiffany-Lampen. In diesem raffinierten Arrangement leuchten Deckenlüster in Form von weißen Lilien, Tulpenknollen, Mohnblüten und Apfelknospen. Fasziniert von den neuen Möglichkeiten der Technik schufen Künstler Meisterhaftes: Glas wird gepreßt und mechanisch poliert, Farbigkeit durch Oxydation gewonnen. Die Farbe wirkt kostbar, leuchtende Rot- und Goldtöne werden bevorzugt.

Unter den Münchner Ausstellungsstücken findet man auch Raoul François Larches Bronzelampe in Gestalt der durch ihren Schleiertanz berühmten Tänzerin Loie Fuller. Eine für alle Zeit im Schwung einer Drehung erstarrte Bewegung. Auch die gläsernen Kostbarkeiten der Gebrüder Gallé und Daum, die Hand in Hand mit dem literarischen Symbolismus Baudelaires gehen, erblickt man in dieser gut inszenierten Ausstellung.

Kühler und bodenständiger als bei den Franzosen gehen die Münchner Jugendstilkünstler zu Werke. Knorrig, ästig wirken z. B. die Möbel von Hermann Obrist. Auch August Endell und Richard Riemerschmid verzichteten fast ganz auf das florale Dekor. Bei ihren Möbelentwürfen dominieren die klaren Umrisse und die in die Fläche übergreifenden Linienschwünge. Noch „kühler", noch „reiner" sind die Wiener: Josef Hoffmann, Otto Wagner, Adolf Loos und Kolo Moser. Hier dominiert die vereinfachte, silhouettierende Form. Denn sie war Voraussetzung dafür, daß funktionelle „Volks"-Möbel entstehen konnten.

München bietet nun die Gelegenheit, all die verschiedenen Richtungen des Jugendstils zu betrachten; die Skala reicht vom Schmuck über Glas und Keramik, Textilien und Möbeln bis zur Architektur. Doch es ist nur ein Gastspiel. Am 31. März verschwindet alles wieder im Depot. Wo und wann diese Sammlung ein endgültiges Domizil in München finden wird, bleibt vorerst ungewiß. (Bis 31. März; Katalog 48 Mark)

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

THEATER-KALENDER

2. **Wien**, Theater in der Josefstadt; Svevo: Die Kusinen (R: Manker)
3. **Braunschweig**, Staatstheater; Calderón: Das große Welttheater (R: Stroux)
   Mannheim, Nationaltheater; Schiller: Die Verschwörung des Fiesco zu Genua (R: Bosse)
4. **Berlin**, Schaubühne; Tschechow: Drei Schwestern (R: Stein)
   Fürth, Stadttheater (Bad. Kammerschauspiele); Schweinitz: Labyrinth (U) (R: Kraft-Alexander)
   Hamburg, Deutsches Schauspielhaus; Musil: Die Schwärmer (R: Rudolph)
   Zürich, Schauspielhaus; Lessing: Emilia Galotti (R: Flimm)
5. **Düsseldorf**, Schauspielhaus; Allen: Die magische Glühlampe (DE) (R: Chundela)
   Hamburg, Thalia Theater; Goethe: Torquato Tasso (R: Kleinselbeck)
8. **Pforzheim**, Stadttheater; Langner: Frau Emma kämpft im Hinterland (R: Meyer)
   Wien, Akademietheater; Gatti: Die zweite Existenz des Lagers Tatenberg (R: Höring)
10. **München**, Cuvilliés-Theater; Molière: Der Menschenfeind (R: Tragelehn)
11. **Düsseldorf**, Schauspielhaus; Büchner: Leonce und Lena (R: König)
18. **Darmstadt**, Staatstheater; Goethe: Iphigenie auf Tauris (R: Gramss)
    München, Residenztheater; Lautensack: Hahnenkampf (R: Drexel)
    Zürich, Schauspielhaus; Vilar: Die amerikanische Päpstin (DE) (R: Lindtberg)
22. **Nürnberg**, Schauspielhaus; Halbe: Der Strom (R: Richter)
26. **Bonn**, Bühnen der Stadt; Vitrac: Der Werwolf (R: Munck)
27. **Wien**, Kammerspiele; Sherman: Messias (DE) (R: Brandauer)

Zum Tod von E. Schaper

Hoffnung auf ein letztes Erbarmen

Edzard Schaper ist gestorben. Er hat ein bewegtes Leben hinter sich gebracht. Und er hat uns eine beachtliche Reihe bewegender Bücher hinterlassen. Denn Schaper war einer der wenigen religiösen Dichter deutscher Sprache, die wir noch hatten und die uns nun fehlen.

Seine Herkunft verrät die scheinbar unvereinbaren Quellen, aus denen sich seine Anschauungen und sein Werk ergaben. Als Sohn einer ostfriesischen Mutter und eines Offiziers aus Hannover wurde er 1908 in der preußischen Grenzgarnisonsstadt Ostrowo in der preußischen Provinz Posen geboren. Von 1930 bis 1940 lebte er im damals freien Estland als Korrespondent der amerikanischen Nachrichtenagentur UPI. Vor der sowjetischen Besetzung floh er nach Finnland, dann nach Schweden, wo er sich als Waldarbeiter durchschlug, und 1947 ging er in die Schweiz.

Noch in Estland entstand der Roman „Die sterbende Kirche", eine breitangelegte Erzählung über den Verfall einer Kirchengemeinde nach der Oktoberrevolution. Ein düsteres Thema, jedoch von der „Hoffnung auf ein letztes Erbarmen des Schöpfers" geprägt. Für Schaper war die Religion ein zentraler Punkt seines Denkens und Lebens. Das bestimmte auch 1951 seine Konversion vom russisch-orthodoxen Glauben zum Katholizismus.

Ein christlicher Dichter: Edzard Schaper (1908-1984) FOTO: TAPPE

Die Jugend und die ersten Mannesjahre in einem vielsprachigen Raum, in dem die wechselnden Geschicke der Völker und Konfessionen noch Teil einer spannungsreichen Gegenwart waren, hat seine literarische Arbeit bestimmt. Und wenn er eines seiner wichtigen Bücher auch „Am Abend der Zeit" nannte – es ist die Geschichte eines jungen estnisch-russischen Offiziers –, so lehrt er uns doch stets, daß es der Abend vor einem neuen Morgen ist.

JOHANN SCHLEE

Fortuna wird zum Problem für Justitia

Im Münchener Spielbanken-Prozeß fiel auch der Hauptbelastungszeuge aus / Gutachter können sich nicht einigen

PETER SCHMALZ, München

Fortuna hat Oberstaatsanwalt Martin Haager nicht auf seiner Seite. Im Saal 264 des Münchner Justizgebäudes blickt der Jurist aus seiner schwarzen Robe mit der traurigen Miene eines Spielers, der nach dem „Rien ne va plus" mit Schrecken erkennt, daß er auf die falsche Zahl gesetzt hat. Und auf der Anklagebank gegenüber verschränkt Vladimir Granec die Arme über dem beachtlichen Bauch und lächelt wie einer, dem der Haupttreffer gelungen ist.

Manipuliertes Glück?

Durch fortgesetzten Betrug, so der Staatsanwalt, soll Granec, ein gebürtiger Tscheche mit deutschem Paß, die Spielbank von Bad Wiessee am Tegernsee in nur zweieinhalb Jahren um mehr als sechs Millionen Mark erleichtert haben. Laut Anklage soll der 62jährige selbst oder über Mittelsmänner an Roulette-Kesseln die schmalen Holzstege gelockert und durch schmalere ersetzt haben, um so dem Glück auf die Sprünge zu helfen. Dabei soll ihm der einstige technische Direktor des oberbayerischen Casinos, Horst W., geholfen haben. Gegen ihn ermittelt die Staatsanwaltschaft seit Monaten, fand bisher aber nicht das für eine Anklage nötige Belastungsmaterial.

Auch der gelernte Nationalökonom Granec beteuert seine Unschuld: Er habe nur die Eigenheiten jeder dieser handgefertigten Roulettemaschinen genutzt. Aus bis zu 30 000 Spielen, deren Gewinnzahlen er von Mitarbeitern fleißig notieren ließ, habe er jene Zahlen herausgefiltert, die im Roulettekessel besonders häufig fallen. Dem Glück so auf die Schliche gekommen, war er in der Branche bald in ganz Europa als „Goldfinger" bekannt.

Seit mehr als zwei Monaten bietet der Staatsanwalt nun Belastungszeugen an, die jedoch vor Gericht fast ausnahmslos Entlastungsmaterial präsentieren. Selbst ein Casino-Mitarbeiter bekundet, *man* registriere seit geraumer Zeit die Gewinnzahlen mit einem Computer und habe festgestellt, daß jede Maschine Abweichungen zeige, die bis zu zehn Prozent höhere Gewinnchancen bringe.

Doch Ankläger Haager glaubte sich noch eines Trumpfes sicher: Hans B., Saalchef der Spielbank, hatte bei der Polizei präzise und schwer belastende Angaben zu Protokoll gegeben. Er habe den – als Granec-Gehilfe verdächtigen – Ex-Direktor W. beim Auswechseln der Roulettezylinder ertappt; er habe erlebt, wie der Direktor einen Spieltisch frühzeitig geschlossen und damit den Spielern des Angeklagten einen hohen Gewinn sicherte, er habe zudem die Namen der Granec-Gruppe genau gekannt.

Aussagen korrigiert

Doch vor Gericht ins Kreuzverhör genommen, mußte der Casino-Angestellte in allen Punkten von seiner Polizeiaussage abrücken: Niemals habe er den Direktor beim Auswechseln einer Maschine überrascht, sondern ihn nur bei Reparaturen gesehen. Von Auswechseln im Sinne von auswechseln habe er niemals gesprochen ...

Auch die angeblichen Gewinnspiele der angeblichen Granec-Leute am Abend vor dem Schließen des Tisches habe er selbst nicht beobachtet. Und wenn im Polizeiprotokoll steht, ein Pilot, der für Granec einmal tätig war, habe ihm dessen Spieler alle namentlich genannt, dann sei gemeint, daß nicht der Pilot, sondern er, der Zeuge, die Namen genannt habe. Der Pilot habe dabei nur gelächelt.

Da war dem Staatsanwalt aber das Lachen längst vergangen und er faßte den Aussagegehalt seines Hauptbelastungszeugen enttäuscht mit den Worten zusammen: „Tue ich Ihnen unrecht, wenn ich behaupten will: Sie haben vorschnell aus Beobachtungen Schlüsse gezogen?" Da mag ihm der Mann im Zeugenstuhl nicht widersprechen.

Nach dieser Aussage darf der Ex-Direktor hoffen, daß die Ermittlungsakte gegen ihn geschlossen wird. Und Granec sieht sich einem Freispruch noch näher. Denn auch die Sachverständigen haben nicht die befürchtete Belastung gebracht. Sie konnten sich nicht einig werden, welche Wirkung die Stärke der Stege auf den *Lauf der Kugel hat*. Die einen meinen, die weiße Elfenbeinkugel bevorzuge die Zahlen zwischen den breiteren Stegen, die anderen meinen, dies sei bei den schmaleren Leisten der Fall. Worauf ein Verteidiger erleichtert den scherzhaften Rat gibt: „Man sollte alle Sachverständigen in Beugehaft nehmen, bis sie sich geeinigt haben." Das Urteil wird in den nächsten Tagen erwartet.



Lauf-Werk

FOTO: MANFRED GROHE

„Scotty" schloß den Bund fürs Leben – zum 26. Mal

ERNST HAUBROCK, Blythe

Auf den ersten Blick macht der *muntere* 75jährige *mit dem flotten* Mundwerk den Eindruck eines Unikums, dessen Worte man nicht auf die Goldwaage legen sollte. Doch mit seiner Behauptung, „Weltrekordler im monogamen Heiraten" zu sein, hat alles seine Richtigkeit: der Amerikaner Glynn Wolfe, von Freunden und hellen Scharen von Damen liebevoll „Scotty" genannt, schloß am letzten Wochenende zum 26. Mal den „Bund fürs Leben", wobei der einschlägig erfahrene Bräutigam diese Ausdrucksweise als poetisch und nicht unbedingt im Wortsinne verstanden haben möchte.

Die 25 Ehen zuvor endeten alle durch juristisch unanfechtbare Scheidungen. Mit seinen 23 Ex-Ehefrauen – zwei von ihnen heiratete er zweimal – hat er noch immer, so beteuert er, „ein freundschaftliches Verhältnis". „Ich liebte sie alle, aber für einen länger währenden Bund reichte es dann doch nicht." Seine längste Ehe dauerte fünf Jahre, seine kürzeste 19 Tage. An Einzelheiten zerrüttender Zwiste kann Scotty sich nicht erinnern: „Ist ja auch unwichtig, *und man soll ja nicht nachtragend* sein." Für die Scheidung Nr. 25 im April letzten Jahres nach vier Monaten Ehe weiß er noch den Grund: „Sie benutzte meine Zahnbürste."

Von seiner neuesten Errungenschaft, der 38jährigen Christine Camachao, scheint der Bräutigam vorerst noch sehr angetan: „Sie ist sehr verständnisvoll. Ich kenne sie seit zehn Jahren. Sie kennt viele meiner Verflossenen. Ihr einziger Nachteil: *Sie knackt Sonnenblumenkerne im* Bett." Die Frage, ob sich die Kerne zur 26. Scheidung auswachsen könnten, läßt er lachend unbeantwortet. Derweil hält Christine, die 26., ihren eigenen Rekord. Ihre Vorgängerinnen waren alle jünger, genauer gesagt zum Zeitpunkt der Hochzeit nicht älter als 22.



Glynn Wolfe mit Gemahlin – die 26. und älteste. FOTO: AP

„Hochzeit machen", so orakelt augenzwinkernd der vitale Mittsiebziger über seine Heiratsfreudigkeit, „macht sehr viel Spaß und ist das zweitgrößte Abenteuer, das diese Welt zu bieten hat. Es kommt gleich nach dem Sterben." Erläuternd zitiert der Ex-Goldsucher, Ex-Buschpilot, ehemalige Schwarzbrenner und Laienprediger mehrere Bibelstellen, in denen außereheliche Verbindungen verdammt werden: „Ich glaube an die heilige Institution Ehe", sagt er – auf den Segen der Kirche verzichtete er allerdings auch diesmal wieder.

Seine 26. Vermählung zog er, wie schon viele zuvor, im Schnellverfahren in einer der Mini-Kapellen durch, die den Prachtboulevard „Las Vegas *Strip" in der gleichnamigen* Spielerstadt säumen. Die kommerziell betriebenen Trauungen gehen dort in fünf Minuten über die Bühne. Ein Zeuge beschrieb die Braut als „sehr nette Dame, aber stark tätowiert".

Scotty versichert bei Gesprächen über seinen neuen Heiratsrekord, mit dem wieder mal die neueste Ausgabe des „Guinness Book of World Records" veraltete, daß er zuvor alle Verbindlichkeiten aus früheren Verbindungen beglichen habe. Mehr als eine Million Dollar (2,8 Millionen Mark) an Alimenten haben ihn bisher angeblich seine Ex-Ehen und die daraus hervorgegangenen 40 Kinder gekostet.

Womit er solche Summen verdient, bleibt sein Geheimnis. Zur Zeit betreibt er in dem Nest Blythe in der südkalifornischen Wüste ein Hotel, das er stolz „Castle" (Schloß) nennt, seit seine Freunde ihn „Heiratskönig" tauften. Kleiner Schönheitsfehler: Die Baubehörde schloß es kürzlich wegen Baufälligkeit. (SAD)

Riesenfang in Belgien: 75 Kilo Heroin

AFP, Antwerpen

Fast 75 Kilogramm reines Heroin im Wert von 7,5 Milliarden Belgischen Francs (knapp 350 Millionen Mark) hat *die belgische Polizei,* wie erst jetzt bekannt wurde, am letzten Wochenende in Antwerpen beschlagnahmt. Zehn Drogenschmuggler, sämtlich Chinesen, wurden verhaftet. Nach Angaben der Antwerpener Staatsanwaltschaft handelt es sich um den bisher bedeutendsten Drogenfang in Belgien. Die Droge war bei zwei Razzien beschlagnahmt worden. Zunächst war am Samstag ein chinesischer Dealer aus Hongkong festgenommen worden, als er 18 Kilogramm reines Heroin von dem thailändischen Frachter „Anchan" übernehmen wollte, der im Hafen von Antwerpen angelegt hatte. In der Nacht zum Sonntag wurden vier weitere Verdächtige in Antwerpen festgenommen. Ihre Aussagen im Verhör ermöglichten die Beschlagnahme weiterer 56,5 Kilogramm reinen Heroins, die in Säckchen auf einem Lastwagen unter einer Ladung exotischer Früchte aus Thailand versteckt waren. In zwei Luxus-Appartements in Antwerpen wurden anschließend fünf weitere chinesische Dealer festgenommen, unter ihnen eine Frau. Die Ladung thailändischer Früchte war wenige Tage zuvor im Hafen von Bremen auf den Lastwagen umgeladen worden. Das beschlagnahmte Heroin hat einen Reinheitsgrad von 97 Prozent

„Störfall"

AP, Frankfurt

Eine dicke Qualmwolke stand gestern über dem Werk Griesheim der Hoechst AG in Frankfurt. Die Frankfurter Berufsfeuerwehr, die von zahlreichen Bürgern wegen des „beißenden Qualms" angerufen wurde, erhielt auf Rückfrage bei der Werksfeuerwehr des Unternehmens die Auskunft, es handele sich um einen „Störfall in einem Safa-Ofen", den man aber voll unter Kontrolle habe.

Neuer Erdstoß

dpa, Neapel

In Pozzuoli bei Neapel hat gestern wieder die Erde gebebt. Ein Stoß von 3,5 Grad auf der Richterskala erschreckte die Bewohner der Kleinstadt, deren Zentrum seit Monaten evakuiert ist.

Fälscherbande

DW. Saarbrücken

Eine deutsch-italienische Fälscherbande, die Dollarblüten im Nennwert von 30 Millionen (85 Millionen Mark) in Umlauf bringen wollte, ließ das Bundeskriminalamt jetzt in Saarbrücken auffliegen. Kopf der Bande war ein italienischer Kaufmann. Weitere Einzelheiten gab das BKA nicht preis.

Tod auf der Flucht

AP, Kuala Lumpur

In den letzten drei Monaten sind nach Mitteilung des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) mindestens 104 vietnamesische Flüchtlinge von Piraten getötet worden. Derzeit verließen jeden Monat rund 2000 Vietnamesen auf dem Seeweg ihre Heimat.

Prozeß geht ohne Herstatt weiter

Nach der Entscheidung des Oberlandesgerichts kommt das Kölner Verfahren zur Sache

KNUT TESKE, Köln

So schnell ändert sich die Lage: Iwan D. Herstatt – vorgestern für die Kölner Richter wegen seiner angeblichen Erkrankung und der damit verbundenen Abwesenheit vor Gericht noch ein rotes Tuch – spielte gestern schon keine Rolle mehr. Erschienen war er allerdings auch diesmal nicht. Zwischen diesen beiden Tagen aber lag eine Entscheidung des Oberlandesgerichts (OLG), auf die die Richter nur gewartet hatten: Das Obergericht erlaubte ihnen – und zwar in einer unanfechtbaren Entscheidung –, gegen den Kölner Ex-Bankier auch in dessen Abwesenheit zu verhandeln.

Erfolg für Strafkammer

Freie Fahrt also für die unter Zeitdruck stehende 6. Kammer; eine Schlappe andererseits aber für die Herstatt-Verteidigung. Richter Alois Johann Weiss, Vorsitzender der 6. Strafkammer und gewöhnlich der Sarkasmus in Person, wenn es darum geht, die Taktik der Verteidigung als prozeßverschleppend zu enttarnen, machte gestern von diesem Erfolg keinerlei Aufhebens: „Wir stellen fest", leitete er die Sitzung ein, „daß Herr Herstatt, für den wir eigens einen weiteren Sessel haben heranrükken lassen, von diesem Angebot keinen Gebrauch gemacht hat."

Für das ungewohnte Entgegenkommen der Verteidigung, die versicherte, wie sehr ihrem Mandanten daran gelegen sei, persönlich an diesem Verfahren teilzunehmen, wäre er doch erst dazu wieder in der Lage, hatte Weiss nur die knappe Antwort: „Bitte, meine Herren, lassen Sie sich Zeit. Herr Herstatt sollte sich in aller Ruhe auskurieren. Wir müssen ihm nicht hinterherlaufen."

Dieses Ende des Tauziehens um den Angeklagten, dem unter anderem betrügerischer Bankrott und Untreue vorgeworfen werden, täuscht freilich nicht darüber hinweg, daß Wochen wegen Nebensächlichkeiten verstrichen sind. Zum Kern – dem Schuldnachweis des Iwan D. Herstatt – dringt das Gericht weiterhin nur mühsam vor. So prozeßökonomisch nämlich, dem Gericht auch in dieser Hauptfrage Unterstützung zukommen zu lassen, versteht sich die Verteidigung denn nun doch nicht. Und so hagelte es durch Rechtsanwalt Helge Millinger sofort neue Befangenheitsanträge, als es endlich zur Sache gehen sollte. Richter Weiss kann zwar nicht verhindern, daß Millinger die seitenlangen Anträge verliest, ihre Behandlung aber bleibt für ihn eine Sache von Sekunden, auch der Befangenheitsantrag gegen ihn selbst.

Befangenheitsanträge

Millinger: „Ich hätte da noch einen Antrag." Weiss: „Später." Millinger: „Manches ist ja unverzüglich." Weiss: „So unverzüglich nun auch wieder nicht." Millinger: „Ein Befangenheitsantrag." Weiss: „Gegen wen?" Millinger: „Gegen Sie, Herr Vorsitzender." Weiss: „Ja, dann machen wir es wie am 11. 1.", und läßt den Antrag verlesen; der Staatsanwalt regt in zwei Sätzen die Ablehnung an. Weiss vertagt die Entscheidung, entzieht dem aufbegehrenden Rechtsanwalt das Wort und fährt in der Beweisaufnahme fort.

Gefährliche Launen der Natur in Afrika

Buschbrände, Überschwemmungen und Dürre im Süden des Schwarzen Kontinents

MONIKA GERMANI, Johannesburg

Während der tropische Zyklon „Domoina" von der Straße von Moçambique *in die östlichen Teile der* südafrikanischen Provinz Transvaal zog, sich dort langsam totlief und Niederschläge bis zu 400 Millimeter pro Quadratmeter brachte, versuchten Feuerwehrleute am Kap der Guten Hoffnung verzweifelt, das größte Buschfeuer seit Jahrzehnten unter Kontrolle zu bringen. Gleichzeitig begannen Farmer im Westteil des Transvaal und im Oranje-Freistaat die Felder mit Mais und Sonnenblumen, die noch im Dezember nach reichlichen Niederschlägen vielversprechend aussahen, umzuflügen, da die Niederschläge für den Monat Januar weit unter der Hälfte des Durchschnitts geblieben waren.

Das Kap brennt

Seit zehn Tagen bemühen sich Feuerwehr und freiwillige Helfer, den größten Brand am „schönsten Kap", wie Francis Drake es einst nannte, in den Griff zu bekommen. Neun Feuerwehrleute wurden bei Ausbruch des Feuers von den Flammen überrascht und verbrannten. Die Berge um Franschoek, *in der Nähe des weltberühmten* Weinortes Stellenbosch, sind kahl. Während das Kap, wo kleinere Brände um diese Jahreszeit nicht ungewöhnlich sind und sonst schnell wieder gelöscht werden, brennt, setzte „Domoina" die seit drei Jahren ausgedörrten Gebiete Moçambiques unter Wasser. Der Hafen von Maputo mußte vor dem Sturm geschlossen werden, kein Schiff konnte auslaufen. Die Regierung in Maputo forderte die Bewohner auf, ihre Dörfer an den Ufern der Flüsse wegen Überschwemmungsgefahr sofort zu räumen.

Im benachbarten Südafrika sieht es nicht viel besser aus. Die Straßen im Ost-Transvaal mußten größtenteils gesperrt werden, die Flüsse, die teilweise seit vielen Jahren kein Wasser mehr geführt hatten, traten auch hier reißend über ihre Ufer. Die Eisenbahnstrecke zwischen Moçambique und Südafrika wurde stellenweise von den Regenmassen aus den Bergen gewaschen, die Straße zwischen beiden Ländern versank im Wasser.

Hubschrauber der südafrikanischen Armee retteten von den Fluten eingeschlossene Farmer. Der Grenzort Komatiepoort lag im Auge des Taifuns und war fast völlig von der Außenwelt abgeschnitten. Es waren die schlimmsten Überflutungen seit 1939.

Farmer sind bankrott

Im Transvaal und im Oranje-Freistaat schlug die Trockenzeit dagegen wieder umbarmherzig zu. Die südafrikanische Landwirtschaftsunion und die Maiserzeuger-Organisation Nampo erklärten diese Woche, daß die betroffenen Farmer jetzt vom totalen Bankrott bedroht seien. „Nach drei Jahren einer vernichtenden Trockenheit und mehr als viereinhalb Milliarden Mark Verlust besteht die Gefahr, daß die westlichen Farmdistrikte des Landes bald von der Kalahari-Wüste aufgesogen werden", erklärte ein Sprecher der Nampo.

ZU GUTER LETZT

„Berliner rammte Mercedes auf Bundesstraße 404" Überschrift aus dem „Stormarner Tageblatt"

WETTER: Wechselhaft und mild

Wetterlage: In der von Westen her zufließenden wolkenreichen Atlantikluft werden weitere Schlechtwetterfronten zum Festland geführt, die zum Abend auf den Westen Deutschlands übergreifen.



Vorhersage für Mittwoch:

Ganz Deutschland: Örtlich Frühnebel. Sonst Wechsel zwischen größeren Auflockerungen und starker Bewölkung mit einzelnen Schauern, im Bergland meist als Schnee. In der Nacht im Rheinland aufkommende Niederschläge, ostwärts ausgreifend. Tagestemperaturen 3 bis 7 Grad. Nächtliche Tiefstwerte 5 bis null Grad. Mäßiger, später im Westen auffrischender Südwestwind.

Weitere Aussichten:
Weiterhin wechselhaft und mild.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	2°	Kairo	18°
Bonn	5°	Kopenh.	1°
Dresden	2°	Las Palmas	18°
Essen	4°	London	5°
Frankfurt	4°	Madrid	10°
Hamburg	3°	Mailand	2°
List/Sylt	1°	Mallorca	13°
München	2°	Moskau	–12°
Stuttgart	3°	Nizza	7°
Algier	12°	Oslo	1°
Amsterdam	5°	Paris	8°
Athen	12°	Prag	–1°
Barcelona	11°	Rom	12°
Brüssel	6°	Stockholm	0°
Budapest	0°	Tel Aviv	19°
Bukarest	1°	Tunis	13°
Helsinki	–6°	Wien	–1°
Istanbul	8°	Zürich	4°

*Sonnenaufgang am Donnerstag: 8.00 Uhr, Untergang: 17.12 Uhr, Mondaufgang: 8.46 Uhr, Untergang: 17.30 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Chinas Sonne heizt deutsche Häuser

DIETMAR SCHULZ, Peking

Von deutschen Wissenschaftlern und Architekten entworfene Häuser sollen Chinas Paradepferd für die Sonnenenergienutzung werden. Die sechs Gebäude, bei denen auch in strengen Wintern eine Zusatzheizung überflüssig ist, entstehen in Daxing, einem Dorf südlich von Peking. Allein die gespeicherte Sonnenwärme sorgt für angenehme Temperaturen in den später von Bauern bewohnten Häusern, einem Gästehaus und im Kindergarten des Dorfes.

Das mit rund zwei Millionen Mark von deutscher Seite finanzierte Sonnen-Dorf – eines der größten Kooperationsprojekte deutscher und chinesischer Forscher – soll ein Modell sein, in dem Fachleute aus ganz China Studien betreiben können. Ergänzt werden wird es durch andere Alternativenergie-Projekte: eine Biogas-Anlage in Daxing und ein Windrad zur Stromerzeugung auf einer Hügelkette nahe der Chinesischen Mauer nordwestlich von Peking.

Die Bundesrepublik Deutschland ist bisher Chinas einziger ausländischer Partner bei dieser Energieforschung. In vielen Gegenden des Reichs der Mitte fehlt es an elektrischer Energie und an Brennmaterial. Mancherorts könnte daher die Nutzung der Sonnenwärme und der Windkraft sowie die Erzeugung von Biogas wirksame Hilfe bedeuten. Die Pekinger Führung ist deshalb bemüht, die Forschung und die praktische Nutzung dieser Energiequellen voranzutreiben.

Die Häuser in Daxing haben eins gemeinsam: Sie sind an ihrer Südseite mit viel Glas ausgestattet, um die Sonnenwärme ins Innere dringen zu lassen. Mit Glas verkleidete Erker und Vorbauten sorgen für einen zusätzlichen Treibhauseffekt. Schwarz gestrichene Ziegelwände hinter den Glasfassaden nehmen tagsüber die Sonnenwärme auf und geben sie nachts wieder ab. Abdeckplatten oder Rolläden schaffen dann an der Fassade eine Wärmedämmung, so daß die erwärmte Luft ohne wesentliche Abkühlung nach oben steigt und sich im Raum verteilt. Dieses und andere Verfahren, bei denen beispielsweise Wasser von der Sonne aufgeheizt wird, bringen für den Laien erstaunlich gute Resultate.

Die deutsche Beteiligung an dem Solardorf Daxing wurde 1980 vereinbart. Im Sommer 1982 begann der Bau der Häuser. Wegen Fehlplanungen auf chinesischer Seite, wie die Verantwortlichen in Peking zugeben, verzögerte sich die Fertigstellung aber bis zu diesem Frühjahr. Danach beginnt die etwa zweijährige wissenschaftliche Auswertung der Temperaturmessungen und anderer Untersuchungen.

An dem Projekt sind insgesamt 20 deutsche Fachleute beteiligt, einige arbeiten für Institute in West-Berlin und Karlsruhe. Die deutschen Firmen hoffen, daß sich ihre Arbeit eines Tages in Lieferaufträgen aus China auszahlt. Doch die Pekinger Funktionäre geben sich zurückhaltend. „Davon war bisher nicht die Rede", erklären sie, wollen aber den Erwerb deutscher Lizenzen nicht ausschließen.

Neben den von Deutschen entworfenen Häusern werden auch fünf Gebäude nach chinesischen Plänen errichtet. Dabei experimentieren Wissenschaftler zweier chinesischer Universitäten mit Anlagen zur Wärmespeicherung. Über die chinesischen Ausgaben bei diesen Bauten spricht man in Peking nicht gern. Sie bleiben „Staatsgeheimnis". (dpa)

LEUTE HEUTE

Erschöpft

Billy Graham (65), international bekannter amerikanischer Prediger, kam jetzt wegen akuter Erschöpfung in ein Krankenhaus in Rochester. Erst vor wenigen Tagen war er von einer Reise durch Großbritannien zurückgekommen, wo er zahlreiche Ansprachen gehalten und von Königin **Elizabeth** sowie dem Erzbischof von Canterbury empfangen worden war.



Probates Mittel

Ein nicht ganz billiges, aber offensichtlich probates Mittel, um sehr alt zu werden, verriet jetzt zu ihrem 106. Geburtstag **Gabrielle du Chesne** aus Marseille. Sie liebe gutes Essen und guten Wein – vor allem aber Champagner. Nachahmern sei noch verraten, daß das Geburtstagskind ansonsten den ganzen Tag strickt und regelmäßig um 22 Uhr zu Bett geht.

Erbe verurteilt

Roger Gauntlett (44), Erbe des US-Pharmazieunternehmens Upjohn, wurde von einem Gericht zu einer „chemischen Kastration" verurteilt, weil er jahrelang seine Stieftochter vergewaltigt hat. Das Mittel wird von der Firma Upjohn hergestellt, die der Urgroßvater Gauntletts vor 118 Jahren gegründet hatte. Außerdem wurde dem Angeklagten eine fünfjährige Bewährungszeit auferlegt, wobei er das erste Jahr im Gefängnis verbringen muß.

Geste mit Turm

Hollywood-Star **Burt Reynolds** (49) läßt sich auf seiner Ranch in Florida eine Hochzeitskapelle samt Glockenturm bauen – nur für den eigenen Gebrauch. Nach Zeitungsberichten hofft der Schauspieler, daß seine heiratsunwillige Freundin und Kollegin **Sally Field** (37) sich von dieser romantischen Geste bewegen läßt, ihm doch endlich das Ja-Wort zu geben. Erst vor kurzem ließ Reynolds auf der Ranch ein Mausoleum für seine noch lebenden Eltern errichten.